REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 337 · 16.12.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Göttinger Polizei nach Prügelorgie in der Defensive
2. "Nein, sie schämen sich nicht!" Zur IG-Farben-Aktionärsversammlung
3. Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg?
4. Estland: Finnische Preise, sowjetische Löhne
5. Sowjetunion ade! Der größte Staat der Erde zerfällt - Andreas Skrypietz
6. Die Krise der Staatsfinanzen. Warum hat die UdSSR kein Geld mehr - Andreas Skrypietz
7. §218 - Sonderausschuß für Zwangsberatung
8. Dokumentation: Keine Indikation, keine strafbewährte Beratung
9. Rückendeckung aus Karlsruhe. Bundesgerichtshof bestätigt Memminger Urteil
10. Der Zwang zur Beratung verletzt die Frau Von Conny Hühn
11. Dokumentation: Presseerklärung von Jutta Ditfurth zur Anklage von S. Ernst
12. Dokumentation: Petra Bläss (PDS/LL) zur Neuregelung des § 218
13. Die Rote Kapelle (Teil 2). "Alles, was ich tat ..." (Harro Schulze-Boysen)
14. Westeuropa: Erweiterung oder Vertiefung?
15. Flüchtlinge raus! "Gebt der Schalomgemeinde ihre Kirche zurück." (Jansen, SPD)
16. Dokumentation: An die Flüchtlinge im SCHALOM (Brief von Kirchenvorstand und Pastor Helmut Frenz, 8.12.91)
17. Widerstandsinitiative gegen Rassismus, Hamburg. Warum ist der Kampf in Norderstedt wichtig?
18. Alles zu Ende? Sieben Wochen TU-Besetzung in Berlin - eine Zwischenbilanz
19. Chemnitz - Freital - Dresden - Zeithain/Riesa Die Situation Asylsuchender in Ostdeutschland Eindrücke auf einer Reise vom 26./27.11.91
20. Strukturen der Dominanzkultur. Ein Querschnitt durch aktuelle Rassismustheorien rien
21. Was geschah am 9.November 1991? Gedanken über Rassismus und nationalen Konsens
22. Kein Bedarf an neuer Sozialfaschismusthese. Antwort auf "Deutschland ist ausländerfreundlich" (ak 336)
23. Israel und die BRD: Imperialistische Allianzen und konkurrierende Interessen
24. Staatsterrorismus am Beispiel Gladio: Der "Piano Solo" - Alexander Muth, Wien
25. Einige Daten aus der Geschichte des italienischen Staatsterrors
26. Massenstreik in Südafrika - Stärkung der Gewerkschaften - - Johan Verstuyck, Pretoria
27. Wahlen in Sambia - Johny Lenaerts, Windhoek
28. Staatliche Strategien gegen die PDS Neudeutsche Repression
29. Die Entlassung des Rektors Heinrich Fink
30. "Das Lied im Kieselstein" - Märchen von Mauricio Rosencof - Katja Leyrer
31. Suche nach der Strategie des Glücks. Gedanken nach einem Gespräch mit Louis Rosadilla von Lutz Taufer
32. Spätfolgen des Kalten Krieges
33. DKP: Unaufhörlicher inhaltlicher Niedergang
34. Die neunte Anstrengung. Fülberths Anregungen aufnehmen (zu Fülberth, Sieben Anstrengungen)
35. Berlin als spirituelles Zentrum. Neudeutscher Hauptstadtkult und deutscher Nationalismus
36. Linker Antisemitismus. - Betr.: Kontroverse über linken Antisemitismus (AK 335, Leserbrief AK 336)
37. Demokratie und Sozialismus. - Betr.: Demokratie und Sozialismus (AK 335)
38. Vereinzelt springen Terroristen über Wiesen ... Buchbesprechung: "Terroristen und Richter" - Katja Leyrer
39. Wo bleibt das Geld beim ak?
40. Lotta armata
41. Quelldatei 17.htm
42. Quelldatei 19.htm
43. Quelldatei hoy.htm

44. Quelldatei jugo.htm
45. Quelldatei kasts1.htm
46. Quelldatei para218.htm
47. Quelldatei sicht.htm
48. Quelldatei su.htm

1. Göttinger Polizei nach Prügelorgie in der Defensive

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:13

Über 1.000 Menschen trafen sich am 16. November 1991 in Göttingen, um mit einer Mahnwache an den Tod von Conny Wessmann zu erinnern. Conny, die zu einer Gruppe autonomer AntifaschistInnen gehörte, war vor zwei Jahren von einem Schlägertrupp der Polizei angegriffen und auf eine vielbefahrene Straße getrieben worden. Dort wurde sie von einem Auto erfaßt und getötet. Nach einem umstrittenen massiven Schlagstockeinsatz gegen die Besucher der Mahnwache ist die Göttinger Polizei jetzt politisch in die Defensive geraten.

Schon zu Beginn der Kundgebung auf dem Marktplatz hatte sich die von der Polizeiführung im "Göttinger Tageblatt" angekündigte "De-Eskalationstaktik" als Propaganda herausgestellt: Zahlenmäßig mindestens ebenbürtig und in voller Kampfmontur war man den Teilnehmern der Kundgebung auch optisch präsent. Vielfach zeigte man sich sogar mit neuen Eishockey-Schienbeinschützern, die von nationalfarbenen Bändern zusammengehalten wurden. Im letzten Jahr hatte sich die Polizei bei der Demonstration zum ersten Todestag von Conny wenigstens am Ort der Mahnwache noch Zurückhaltung auferlegt. Diesmal wurde dagegen schnell deutlich, daß man sich alle Mühe geben werde, ein Exempel an denen zu statuieren, die es auch noch zwei Jahre nach Connys Tod wagen, die Bestrafung der Schuldigen und die Absetzung der politisch Verantwortlichen zu fordern.

Ohnehin war die Stimmung von der lokalen Presse kurz vor Connys Todestag kräftig angeheizt worden: Schlagzeilen wie "Göttingen im Herbst: Eskaliert die Gewalt?" ("Extra-Tip" vom 3.11.) führten dazu, daß Karstadt & Co. schon frühzeitig ihre Schaufenster verrammelten.

Der Demonstrationszug, der sich nach der Kundgebung formierte, wurde denn auch schon nach wenigen Metern durch einen ersten Prügeleinsatz eines Sondereinsatzkommandos und eine Festnahme aufgehalten. Erst nachdem Polizeieinsatzleiter Otto Knoke die Freilassung des Festgenommenen zusicherte, erreichte der Demonstrationszug den Ort, an dem Conny Wessmann getötet worden war. Dort angekommen wurden Feuer entfacht, Lieder aus dem griechischen und türkischen Widerstand gespielt und später am Abend eine Dia-Show gezeigt. Die entspannte Atmosphäre an der Mahnwache wurde erst wieder durch einen Angriff des Sondereinsatzkommandos gestört, der angeblich dazu dienen sollte, "Farbschmierereien zu verhindern". Bei der Prügelorgie des SEKs, bei der man ohne Vorwarnung auf flüchtende oder schon am Boden liegende KundgebungsteilnehmerInnen einschlug und die selbst das konservative "Göttinger Tageblatt" als "schwer nachzuvollziehen" wertete, wurden mehrere Menschen verletzt.

Unter den Verletzten befand sich auch ein Pressefotograf, der unterdessen in einem NDR-Interview den Vorwurf erhoben hat, die Polizei habe ganz gezielt auf ihn eingeprügelt und sein Blitzgerät zerstört, um dadurch Bilddokumente zu verhindern. Dem freien Fotografen wurde dann binnen einer Woche seine Stellung bei einem lokalen Anzeigenblättchen gekündigt. Begründung: "... die Vorkommnisse der vergangenen Tage". Mittlerweile weisen Indizien wie ein Redaktionsbesuch des Polizeipressesprechers auf massive Einflußnahme der Göttinger Polizei hin. Polizeieinsatzleiter Knoke verwies im Zusammenhang mit dem Schlagstockeinsatz gegen den Pressefotografen lapidar auf dessen gefährlichen Arbeitsplatz: Wer sich in die Phalanx der Steinewerfer begebe und den Polizisten direkt in die Augen blitze, müsse eben damit rechnen, etwas abzubekommen.

Von einem "Steinhagel von Seiten der Demonstranten", mit dem die Polizei ihren brutalen Einsatz zu rechtfertigen versuchte, ist unterdessen auch nicht mehr die Rede. Polizeivideos, die im Innenausschuß des niedersächsischen Landtages gezeigt wurden, veranlaßten selbst Innenminister Gerd Glogowski (SPD) zu der Versicherung, daß an der Mahnwache außer "Wandschmierereien" keine Straftaten von Seiten der DemonstrantInnen begangen worden seien.

Harte Kritik am Polizeieinsatz wird inzwischen auch von den "Bürgern gegen Rechtsextremismus und Gewalt" geübt: DemonstrantInnen aus dem Umfeld der losen Gruppe, die dem kritisch-liberalen Spektrum zuzuordnen ist, bezeugen Aktivitäten des Sondereinsatzkommandos, die die Strategie des Polizeieinsatzes erhellen können: Zum einen wurden zwei SEKler dabei beobachtet, wie sie einen Krähenfuß in einem

liegengebliebenen Rucksack versteckten. Zum zweiten hat ein Polizeibeamter den Versuch unternommen, einer Demonstrantin mit den Worten "für später" einen Pflasterstein zuzustecken.

Einsatzleiter Knoke hat bis heute zu diesen Vorfällen keine ausreichende Erklärung abgegeben. Er verbucht sie in einem Interview lediglich unter der Rubrik "Horrormärchen".

Zwar haben die harten Vorwürfe gegen die Göttinger Polizeiführung bisher wenig Wirkung gezeigt, die Rufe nach personellen Konsequenzen werden aber immer lauter: Jürgen Trittin (Grüne), niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, bezeichnet den Polizeieinsatz als "unverhältnismäßig, um es höflich auszudrücken" und "politisch nicht zu tolerieren". Sein Parteikollege Hannes Kempmann erklärte, die Polizeiführung in Göttingen müsse mit Personen neu besetzt werden, die auch tatsächlich in der Lage seien, auf die Probleme im Raum Göttingen angemessen zu reagieren.

Jörg, Göttingen

2. "Nein, sie schämen sich nicht!" Zur IG-Farben-Aktionärsversammlung

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:24

Am 29.11.91 fand sie nun in Frankfurt statt: die Hauptversammlung der IG Farben in Abwicklung. Die turbulente Versammlung, die unter sehr starken Sicherheitsvorkehrungen stattfand, bestätigte die Linie der Liquidatoren, Vollmann und Bartels, IG Farben umzubenennen und den Firmenzweck in Richtung Expansion gen Osten auszudehnen.

Nach dem Ärger und den Protesten der letzten Monate (siehe Artikel in ak 336) war den Liquidatoren, genau wie dem Großteil der AktionärInnen, klar, daß es diesmal ein großes öffentliches Interesse an der diesjährigen Aktionärsversammlung geben würde. Die angekündigten Proteste außerhalb und während der Versammlung waren so auch von einem großen Medienecho begleitet.

Die Liquidatoren (die ihren Namen in der Tat nicht verdienen) bestanden in mehreren Interviews darauf, mit den "alten" IG Farben nichts zu tun zu haben, während sie die Ansprüche auf enteignetes Vermögen für völlig legitim halten.

Vorstand und Liquidatoren von IG Farben bemühten sich auf der Versammlung selbst, ihre AktionärInnen zumindest ein bißchen im Zaum zu halten, was hieß, daß Hans Frankenthal, überlebender IG-Farben-Zwangsarbeiter und Auschwitz-Häftling, die Vertreter des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, sowie Kritische Aktionäre nicht tätlich angegriffen wurden.

Draußen mußten sich die GegendemonstrantInnen anhören, IG Farben hätte Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti und anderen von Vernichtung Bedrohten durch die Zwangsarbeit das Leben gerettet, oder zumindest verlängert. Dieser Satz eines Aktionärs wurde auch unkommentiert im Fernsehen verbreitet; auch andere AktionärInnen machten diese Aussage.

Die 50 bis 100 Protestierenden, die sich kurz vor Beginn der Hauptversammlung vor dem Hotel Frankfurter Hof versammelten, sahen sich einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber. Überlebende, Gewerkschafter und eine kleine Zahl anderer Linker bildeten ein Spalier, durch das die AktionärInnen mußten, ehe sie ins Hotel kamen. Sie wurden mit Rufen wie "Schämt euch!" empfangen, was Peter Gingold, dessen Schwester und Bruder in Auschwitz ausgelöscht wurden und der selbst im französischen Widerstand überlebte, mit der Bemerkung kommentierte: "Nein, sie schämen sich nicht."

Und so war es auch: jeder moralische Appell an die AktionärInnen verbat sich angesichts ihres Verhaltens, welches mensch sonst von aufgebrachten BesucherInnen von Nazi-Veranstaltungen gewohnt ist. So griff ein Aktionär ein Kamerateam von CNN an und schrie: "Ich bin auch ein Verfolgter!" Das Kamerateam bestand aus zwei schwarzen Männern und einer schwarzen Frau.

Es fielen Sätze wie: "Seid doch dankbar, so kamen sie nicht gleich ins Gas. - Da kommen die Juden wieder." Müßig, das alles aufzuzählen.

Wir, die draußen waren, zeigten uns dann aber doch überrascht, als wir derartige Aussagen auch von der Hauptversammlung hörten, weil wir nicht gedacht hatten, daß die Damen und Herren Aktionäre sich eine solche Blöße geben.

Hans Frankenthal, Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees in der BRD, durfte erst sprechen, nachdem das Präsidium der Veranstaltung bedauernd festgestellt hatte, daß es keine Möglichkeit gäbe, dies zu verhindern. Frankenthal gehörte zu der kleinen Gruppe kritischer Aktionäre, die versuchte, auf der Forderung nach Liquidation zu bestehen.

"Mit dem Leid der Juden keine Politik machen"

So überschrieb die FAZ vom 30.11.91 ihren Artikel über die Hauptversammlung. In dem Artikel wird geschildert, wie die AktionärInnen auf den Beitrag Hans Frankenthals reagierten: "Das hören wir nun schon seit 45 Jahren ... Frankenthal solle sich nicht so haben, 'sonst hören Sie sich mal meine Lebensgeschichte an'

... Wohl auch noch stolz drauf?" Die FAZ erzählt auch die Geschichte von Klein-Aktionär Fiebich, der noch letztes Jahr erklärt hatte, wegen der Entschädigungen bräuchte sich IG Farben nur an die Juden zu halten, die wüßten, wie der Besitz zurückzubekommen sei.

Dieses Jahr nun erklärt Fiebich bebend, daß er kein Nazi sei, im Gegenteil, er wäre schon 1946 im Entnazifizierungsausschuß von Oldenburg gewesen (als ob das etwas heißen würde!) und er zählt "gute Freunde jüdischen Glaubens" auf - bis er sich selbst unterbricht und sagt, das hätte mit IG Farben heute gar nichts mehr zu tun - und er (!) wehre sich dagegen, mit "Leid der Juden Politik zu machen."

Aufsichtsratsvorsitzender Krienke betonte, IG Farben habe keine "Sympathie für nationalsozialistisches Unrecht" (1). Er kündigte an, mit dem Erlös aus dem wiedergewonnenen Ost-Vermögen eine gemeinnützige Stiftung zu gründen (2). Was diese soll, blieb im Unklaren. Mittlerweile meldete IG Farben Ansprüche auf 130.000 qm Grundfläche in Ostberlin an. Und: IG Farben will 5% des rückgewonnenen oder wiederverwerteten Vermögens aus dem Osten in eine Stiftung einbringen, um "nach früheren Leistungen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter (im Dritten Reich) ein weiteres Mal ein Zeichen im Dienst humanitärer Hilfe (zu) setzen." (3) Entschieden wird darüber frühestens bei der Hauptversammlung im nächsten Jahr.

Hans Frankenthal machte auf einer Pressekonferenz nach der IG-Hauptversammlung noch einmal deutlich, worum es den Überlebenden geht: Nicht nur um die Erstattung der Arbeitsleistung, was die Entschädigung wäre, sondern vor allem um die Auflösung von IG Farben und die Gründung einer Stiftung aus dem Vermögen, das auf 180 Millionen DM geschätzt wird und deren Verwaltung in den Händen der Überlebenden und ihrer FreundInnen liegt. Das Angebot der IG Farben bezeichnete er als Augenwischerei.

Die Stiftung solle sich, so Frankenthal, um die Überlebenden und deren Angehörige kümmern und um den Erhalt und Ausbau der Gedenkstätten, vor allem Auschwitz.

Zunächst aber müßten beträchtliche Beträge für die überlebenden ZwangsarbeiterInnen im Ausland und für Roma und Sinti zur Verfügung gestellt werden, die bisher keinen Pfennig sahen. Frankenthal machte deutlich, daß im Gegensatz zu den meisten Deutschen, die Überlebenden nie vergessen könnten und genausowenig ihre Kinder und Enkel in aller Welt. "Wir hätten nie Kinder bekommen dürfen", faßte er zusammen. So widersprach er auch allen, die auf eine "biologische Lösung" hoffen: daß die Überlebenden wegsterben und damit die Erinnerung ausgelöscht wird.

Jetzt scheint es gelaufen: IG Farben heißt bald anders, gibt sich generös, die Auflösung scheint in unabsehbare Ferne gerückt. Aber: Schon lange nicht mehr waren IG Farben für sie so unvorteilhaft in den Schlagzeilen: kaum ein Presseartikel, der nicht den Zusammenhang von IG Farben mit Zyklon B und Auschwitz benannte. Auch in der internationalen Presse: "I.G. Farben, a company ordered into extinction after World War II for fueling the Nazi war maschine, held its annual meeting Friday behind police lines blocking angry demonstrators," leitet z.B. The Wall Street Journal seinen Bericht ein (4).

Ausschlaggebend für Sein oder Nicht- Sein von IG Farben ist nach Ansicht des Auschwitz-Komitees, das die Proteste mitorganisiert hat, weitere Öffentlichkeit, die möglichen Anlegern den Spaß verderben könnte, sowie Widerstand gegen die IG Farben an den Orten, wo sie Vermögen wiederbekommen möchte.

Das zu betonen, klingt vielleicht weltfremd: es geht um existenzielle Rechte der Überlebenden.

Tjark Kunstreich, Katja Leyrer

Anmerkungen:

(1) Mannheimer Morgen, 30.11.91

(2) FAZ, 30.11.91

(3) FAZ, 7.12.91

(4) "IG Farben, ein Unternehmen, dessen Auflösung nach dem zweiten Weltkrieg angeordnet war, weil es die Nazi-Kriegsmaschine zum Laufen gebracht hat, hielt seine Jahresversammlung hinter Polizeilinien, die wütende Demonstranten fernhielten, ab." Wall Street Journal, 2.12.91

3. Jugoslawien: Winterpause im Bürgerkrieg?

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:45

Am 25. Juni, einen Tag früher als zunächst angekündigt, proklamierten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit und staatliche Souveränität. Für Slowenien bedeutete das die zeremonielle Besiegelung der in den vorangegangenen Monaten ohnehin schon vollzogenen Trennung von Jugoslawien. Bereits im September 1990 hatte Slowenien eine Verfassungsänderung verabschiedet, mit der die Bundesgesetze ihre Gültigkeit für die Republik verloren. Außerdem übernahm die slowenische Regierung das Kommando über die Territorialstreitkräfte. Diese Verbände waren noch zu Titos Zeiten zur Verstärkung der Armee auf Republikebene gebildet worden, unterstanden aber der Befehlsgewalt der Zentrale.

Weniger eindeutig war die Situation Kroatiens, das die Proklamation der Unabhängigkeit nur als "ersten Schritt" zur Lösung aus dem südslawischen Staatenbund definierte. Die kroatische Regierung hatte sehr viel intensiver und interessierter als die slowenische in den Monaten vor dem 25. Juni versucht, die Drohung mit der Sezession politisch auszuspielen, um eine Neuformierung Jugoslawiens als Konföderation gleichberechtigter Republiken durchzusetzen. Auf die Ausübung und Verteidigung der Unabhängigkeit war es sehr viel schlechter vorbereitet als sein nördlicher Nachbar.

Für diese Diskrepanz gab es neben anderen auch objektive Gründe. Kroatien mußte sich mit einer serbischen Minderheit von etwa 13 % auseinandersetzen, die im Verwaltungsapparat und in der Polizei deutlich "überrepräsentiert" war und die schon im Frühjahr 1991 ihre Opposition gegen eine Trennung von Jugoslawien teilweise mit bewaffneter Gewalt demonstrierte. Außerdem hatte die Belgrader Regierung es im Mai 1990 geschafft, einen großen Teil der Waffen der kroatischen Territorialverteidigung zu beschlagnahmen, was ihr in Slowenien mißlungen war. Kroatien hatte deshalb für den Fall einer militärischen Konfrontation viel zu wenig Waffen zur Verfügung.

Sezession mit Vorwarnzeit

Angesichts von EG- und KSZE-Politikern, die am 25. Juni aus allen Wolken zu fallen schienen, ist daran zu erinnern, daß die Entwicklung seit vielen Monaten vorhersehbar war, ohne daß irgendein internationaler "Krisenstab" Vermittlerdienste anbot, die damals eventuell noch einen gewissen Nutzen hätten haben können. Das Parlament in Ljubljana hatte schon am 2. Juli 1990 eine "Deklaration über die Souveränität des Staates Slowenien" verabschiedet. Damit erhob es den Anspruch, seine Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik selbst zu bestimmen. Im September 1990 wurde die Verfassung der Republik entsprechend geändert. Am 23. Dezember 1990 fand ein Referendum statt, dessen Frage ganz deutlich gelautet hatte "Soll die Republik Slowenien ein selbständiger und unabhängiger Staat werden?" - 88,5 % der WählerInnen stimmten zu.

Mit dem Referendum verbunden war der Auftrag an die slowenische Regierung, innerhalb von sechs Monaten alle noch fehlenden Voraussetzungen für die staatliche Unabhängigkeit zu schaffen. Am 20. Februar 1991 beschloß das Parlament in Ljubljana die Trennung von Jugoslawien und die Konstituierung Sloweniens als souveränen, selbständigen Staat. Am 21. Februar zog Kroatien teilweise nach, indem es den Vorrang der Republikgesetze vor denen des Bundes proklamierte.

Als Reaktion versuchte die Armeeführung im März, die Verhängung des Ausnahmezustands über das ganze Land und eine Einberufung von Reservisten durchzusetzen. Das Staatspräsidium lehnte mehrheitlich ab und wies auch die Forderung der Militärs zurück, zukünftig in eigener Verantwortung über den Einsatz von Truppen verfügen zu können. Anfang April scheiterte Serbien im Staatspräsidium mit dem Begehren, die "serbischen Siedlungsgebiete" in Kroatien unter Militärverwaltung zu stellen. Es mehrten sich Schießereien zwischen kroatischer Polizei und serbischen Partisanen.

Am 19. Mai entschied Kroatien in einem Referendum über seine Unabhängigkeit. 93,2 % der WählerInnen stimmten mit Ja. Allerdings boykottierte die serbische Bevölkerung mehrheitlich die Wahl. Im größten "serbischen Siedlungsgebiet" Kroatiens, der Krajina, hatte schon am 12. Mai eine inoffizielle Abstimmung zugunsten des Anschlusses an Serbien stattgefunden - angeblich mit dem Parade-Ergebnis von 99 %. Nach

dem Referendum gab Präsident Tudjman bekannt, Kroatien werde sich von Jugoslawien trennen, falls bis Ende Juni keine Einigung über eine neue Form der konföderativen Kooperation erreicht würde.

Am 15. Juni verständigten sich Kroatien und Slowenien auf den 26. Juni als Datum ihrer Unabhängigkeitserklärung. Die Belgrader Regierung reagierte mit der Drohung, keine einseitigen Maßnahmen zu dulden. Ministerpräsident Markovic kündigte an, daß "alle verfassungsmäßigen Mittel" eingesetzt würden, um eine Sezession der beiden Republiken zu verhindern. In den serbischen Medien wurde das Eingreifen der Armee gefordert. Das sei notwendig, um die Einheit des Bundes und die Kreditwürdigkeit Jugoslawiens zu wahren.

EG: Erpressung zur Einheit

Tatsächlich hatten die kapitalistischen Großmächte der serbischen Seite bis dahin allen Grund zu der Erwartung gegeben, eine militärische "Strafexpedition" gegen die sezessionistischen Republiken würde nicht nur toleriert werden, sondern sei insgeheim sogar erwünscht. Schon Mitte Februar hatte eine EG-Delegation Belgrad besucht, um das besondere Interesse der EG und des Europarats am Fortbestand eines einheitlichen Jugoslawien zu betonen. Nur dieses könne die Voraussetzung für eine adäquate Partnerschaft sein. Nur unter dieser Voraussetzung werde die EG Jugoslawien finanziell und durch Investitionen unterstützen. Damals versuchten Slowenien und Kroatien gerade, inoffiziell die Möglichkeiten einer Vermittlerrolle der UNO oder einer anderen übernationalen Instanz zu sondieren. Niemand war interessiert.

Ende Mai besuchten der Vorsitzende des Europarats, Santer, und der Vorsitzende der Europäischen Kommission, Delors, Belgrad. Ihren Bekundungen nach wünschte die EG keine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens" und wollte keine Vermittlerrolle übernehmen. Ihre ganze Botschaft lautete lediglich: Jugoslawien müsse als politische Institution erhalten werden. Und es könne solange kein assoziiertes Mitglied der EG werden, bis es seine inneren Probleme bewältigt habe.

Vermutlich unter dem Eindruck dieser Lektion kam am 6. Juni zwischen den Präsidenten der sechs Republiken ein merkwürdiger "Kompromiß" zustande, der allen Konfliktparteien das Gewünschte zu bieten schien: Jugoslawien sollte als Bundesstaat souveräner Republiken weiterbestehen. Die Republiken wären Völkerrechtssubjekte, könnte eigene Streitkräfte unterhalten und eine eigene Außenpolitik betreiben. Andererseits wurden neben der Wirtschaft aber auch die Verteidigung und die Außenpolitik als Gebiete gemeinsamer bundesstaatlicher Politik bezeichnet. Insgesamt ein evident widersprüchliches, praktisch unbrauchbares Papier, das vor allem die Interessen der am Konflikt nicht beteiligten Republiken Bosnien-Hercegowina und Makedonien am Offenhalten der Situation ausdrückte. Die sechs Republikpräsidenten akzeptierten das Papier als "Verhandlungsgrundlage", was zu nichts verpflichtete. Die EG äußerte sich hocherfreut über diesen "ermutigenden Schritt zurück zu einer verfassungsmäßigen Ordnung und zum friedlichen Dialog". Aber leider: Serbien distanzierte sich zwei Tage später von dem "Kompromiß": Er sei gegen die Interessen des serbischen Volkes gerichtet. Aus ihrer Sicht eine berechtigte Kritik, denn den außerhalb des "Mutterlandes" lebenden Serben war in dem Papier kein Lostrennungsrecht zugestanden worden.

Als letzter Bote des Westens besuchte US-Außenminister Baker am 21. Juni, wenige Tage vor dem Termin der Unabhängigkeitserklärung, Belgrad. Er verwies auf den Appell des eben stattgefundenen KSZE-Treffens (am 19. und 20. Juni in Berlin), Jugoslawien als Einheit und in seiner territorialen Integrität zu bewahren. Slowenien und Kroatien wurden von Baker eindringlich vor "einseitigen Schritten" gewarnt, die eine "Verhandlungslösung" erschweren könnten. Die beiden Republiken dürften nicht auf Anerkennung durch die USA hoffen. Ministerpräsident Markovic lobte, daß die Stellungnahme der KSZE gegen eine Abspaltung Sloweniens und Kroatiens "einer demokratischen Lösung unserer Schwierigkeiten hilfreich" sei.

Inzwischen weiß man aber, daß die CIA schon Ende 1990 prognostiziert hatte, daß der jugoslawische Bundesstaat innerhalb der nächsten 18 Monate zerfallen würde. Aufgrund der jahrelangen Vorgeschichte des Konflikts, sowie aufgrund der 1990 und im ersten Halbjahr 1991 vollzogenen praktischen Schritte war offensichtlich, daß beim Stand der Fakten und der Widersprüche keine Verhandlungslösung mehr zu erwarten war. Insofern hatten die serbische Regierung und die Armeeführung durchaus Grund, das Insistieren westlicher Politiker auf der "Einheit" Jugoslawiens als Aufforderung zu einer militärisch-autoritären Konfliktbereinigung zu interpretieren.

Angriff auf Slowenien

Sofort nach Bekanntgabe der Unabhängigkeitserklärungen am 25. Juni deklarierte die Belgrader Regierung diese als illegal. "Maßnahmen zur Sicherung der Landesgrenzen und Aufrechterhaltung staatlicher Funktionen" wurden angekündigt. Am 27. Juni begann der kurze Krieg der Bundesarmee gegen Slowenien. Panzereinheiten bewegten sich durch Ljubljana Richtung Flughafen, wurden aber zunächst von der Bevölkerung mit Barrikaden gestoppt. Andere Truppen bezogen an den slowenischen Grenzübergängen nach Österreich und Italien Stellung. Überall in Slowenien war die Bevölkerung bemüht, die Hauptstraßen gegen Bewegungen der Bundesarmee zu blockieren.

Am 28. Juni griffen Bundestruppen die slowenischen Grenzstationen an. Eine von der EG vermittelte Waffenruhe hielt nur kurz. Ministerpräsident Markovic beschuldigte die Armee, sie habe in Slowenien auf eigene Faust gehandelt und ihren Auftrag überschritten.

Die härtesten Kämpfe gab es am 2. Juli an der österreichischen Grenze. Die Armee bombardierte den Flughafen von Ljubljana und mehrere Grenzorte. Am Nachmittag wurde ein neuer Waffenstillstand ausgehandelt. Am gleichen Abend hielt Armeechef Adzic im Fernsehen eine Ansprache, die einer Putschdeklaration gleichkam: Er sprach von "Verrat" - anscheinend auf Markovic gemünzt - und kündigte einen "Krieg bis zum Ende" an. Die Armee sei zum Kampf gezwungen worden und werde sich nicht durch Verhandlungen von ihrem Ziel abbringen lassen. Erst am Nachmittag des folgenden Tages stellte der für die Region zuständige Kommandant Raseta klar, daß die Armee die Autorität des Staatspräsidiums anerkenne und sich an die Waffenruhe halten werde. Praktisch war das, wie sich aber erst später zeigte, schon das Ende des Feldzugs gegen Slowenien.

Was noch folgte, war ein "Krieg" der Einschüchterungsversuche und Ultimaten. Am 18. Juli beschloß das Staatspräsidium, gegen die Stimme des kroatischen Präsidenten Mesic, aber mit Unterstützung der Armeeführung, alle Truppen aus Slowenien abzuziehen. Kroatien hatte die Nachbarrepublik während des kurzen Krieges nur wenig unterstützt. Die kroatischen Vertreter hatten die Politik der Ultimaten gegen Slowenien im Wesentlichen mitgetragen, anscheinend aus der Überlegung, daß ein separater Rückzug der Armee aus Slowenien Kräfte gegen Kroatien freimachen würde. Am 25. Oktober verließen die letzten Bundestruppen Slowenien. Die Regierung in Ljubljana setzte sich mit ihrer Forderung durch, daß sämtliche schweren Waffen in Slowenien zurückbleiben müßten - gewissermaßen als Pfand für eine spätere Abrechnung der Kriegsschäden.

Aus den von der Armee nicht korrigierten Angaben Sloweniens geht hervor, daß bei den Kämpfen 64 Menschen getötet wurden, darunter 37 Armeeangehörige, 7 Soldaten der slowenischen Territorialverteidigung, 4 slowenische Milizionäre, 6 Zivilisten und 10 Ausländer. 2984 Angehörige der Volksarmee und 139 Slowenen wurden gefangengenommen. Diese recht einseitige Bilanz, namentlich die geringen Menschenverluste auf slowenischer Seite, veranlaßten einen noch vom Irak- Krieg verwöhnten "antideutschen" Kommentator zu der enttäuschten Bemerkung, die jugoslawische Armee könne offenbar kein fremdes Blut sehen und nehme lieber eigene Verluste hin, statt "rücksichtslos ihre schweren Waffen zu gebrauchen". (Wolfgang Pohrt, "konkret" 9/91)

Dieser Irrtum dürfte inzwischen auf den kroatischen "Schlachtfeldern" eindeutig korrigiert worden sein. Die Bundesarmee scheint in Slowenien, so seltsam das klingen mag, tatsächlich eine militärische Niederlage erlitten zu haben. Die slowenischen Streitkräfte praktizierten, wie die relativ große Zahl der Gefangenen und Überläufer zeigte, im großen Stil die Taktik, gegnerische Truppen sehr schnell in ihren Kasernen, auf Anmarschwegen oder in ungünstigen Positionen festzusetzen und ihnen die Versorgung total abzuschneiden. Hinzu kam, daß Slowenien anscheinend in den letzten Jahren eine modern gerüstete, professionelle Truppe aufgebaut hat, und daß die zu dieser Zeit noch multinational zusammengesetzte Volksarmee unter Motivationsmangel litt.

Im Übrigen war der Rückzug aus Slowenien sicher auch eine politisch begründete Entscheidung. Krieg gegen Slowenien ließ sich nach innen und außen schlechter legitimieren als der folgende Feldzug in Kroatien, der angeblich die serbische Volksgruppe vor der Vernichtung retten soll und der in der Gleichsetzung der heutigen Republik mit dem faschistischen Ustascha-Staat ein gutes Propagandamaterial vorfindet.

Die EG greift ein

Am Tag der ersten schweren Gefechte, dem 28. Juni, wurde der gerade acht Tage vorher von der KSZE vereinbarte "Krisenmechanismus" erstmals in Kraft gesetzt. Die amtierende Führungstroika der EG - die Außenminister Luxemburgs, Italiens und der Niederlande - flog nach Belgrad. Am 29. Juni einigten sich die Regierungschefs der EG auf eine gemeinsame Initiative: 1. Waffenstillstand; Rückzug der Streitkräfte in ihre Stützpunkte. 2. Kroatien und Slowenien sollen ihre Unabhängigkeit für drei Monate "aussetzen". 3. Wahl des Kroaten Mesic zum Staatspräsidenten. - Die jugoslawische Verfassung sieht vor, daß das Präsidentenamt unter den Vertretern der Republiken im Staatspräsidium nach einer festgelegten Reihenfolge rotiert. Es handelt sich also genau genommen nicht um eine Wahl, sondern um eine formelle Bestätigung. Regulär wäre diese für Mesic Mitte Mai fällig gewesen, doch Serbien und Montenegro vereitelten die Rotation. Seither war Jugoslawien ohne offizielles Staatsoberhaupt. Am 1. Juli erfolgte wunschgemäß die Wahl von Mesic, in Anwesenheit der EG-Troika. Der Akt blieb ohne jede praktische Bedeutung.

Am 5. Juli beschloß die EG die Entsendung einer Beobachtermission (anfangs 30-50 Leute) zur Überwachung des Waffenstillstands in Slowenien. Außerdem sollte auf Wunsch der Belgrader Regierung eine Vermittlungsdelegation den Dialog zwischen den Konfliktparteien in Gang bringen. Ein Antrag Genschers, mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens für den Fall weiterer Armeeangriffe zu drohen, fand keine Zustimmung. Die Mehrheit trug offenbar die Position des niederländischen Außenministers van den Broek mit: Die EG wünsche eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem 25. Juni. - Von praktischer Bedeutung war die Entscheidung der EG, gegen Jugoslawien ein Waffenembargo zu verhängen. Das traf, wie die Politiker wußten und also wohl auch beabsichtigten, in erster Linie Kroatien, das im Mai 1990 viele seiner Waffen an die Bundesarmee zurückgeben mußte. Die jugoslawische Armee hat Waffen genug, und die Zentren der Rüstungsproduktion liegen in Serbien. - Dem Waffenembargo schloß sich später auch der UN-Sicherheitsrat an.

Am 8. Juli kam unter Vermittlung und auf Vorschlag der EG das Abkommen von Brioni zustande. In allen umstrittenen Punkten war es so ungenau formuliert, daß es den Konfliktparteien ihre eigenen Interpretationen erlaubte:

- "Nur die Völker Jugoslawiens können über ihre Zukunft entscheiden". Nach Belgrader Interpretation, die der Tendenz nach von etlichen EG-Regierungen mitgetragen wurde, hieß das nicht etwa Selbstbestimmung der Republiken, sondern: die Gesamtbevölkerung Jugoslawiens muß entscheiden. Das würde praktisch bedeuten, daß Serbien jede Verhandlungslösung blockieren und zumindest den Status quo aufrechterhalten kann.

- "Aussetzung der Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate." Nach Belgrader und EG-Interpretation hieß das: zurück zum früheren Zustand; Verzicht Sloweniens und Kroatiens auf Ausübung ihrer staatlichen Souveränität. Hingegen nach slowenischer Interpretation bedeutete es letzten Endes überhaupt nichts. Man konnte das unterschreiben und trotzdem weitermachen wie beabsichtigt.

- "Das Staatspräsidium muß volle Verfügungsgewalt über die Armee besitzen". Kroatien und sein Vertreter Mesic meinten, daß damit dieser in seiner Funktion als Präsident, Staatsoberhaupt und "oberster Heerführer" gemeint sei. Serbien und die Armee waren ganz und gar nicht dieser Ansicht. Da der "serbische Block" (Serbien plus zwei Provinzen plus Montenegro) nach dem Fernbleiben Sloweniens vom Staatspräsidium in diesem Gremium die Mehrheit hatte, war ihre Auslegung der Vereinbarung klar: Der "serbische Block" muß die Armee kommandieren. Dagegen hatte Belgrad natürlich nichts einzuwenden.

- "Verhandlungen müssen spätestens bis zum 1. August beginnen." Das war zwar präzis, was das Datum anging, aber unverbindlich im Inhaltlichen. Es interessierte sich niemand für diesen Termin. Nicht einmal die EG maß ihm irgendeine Bedeutung bei.

Krieg in Kroatien

Eine evidente Schwäche des Abkommens von Brioni war, daß es nur Aussagen über Slowenien traf, wo die Kämpfe ohnehin schon eingestellt waren, nicht aber über Kroatien, wo sie gerade an Schärfe und Zahl zunahmen.

Die Legitimation des Armee-Einsatzes in Kroatien sieht grundsätzlich anders aus als die Begründung des Slowenien-Feldzugs. Jene argumentierte mit dem Erhalt der verfassungsmäßigen Ordnung und des Bundesstaates. Unter diesem Aspekt hätte die Armee natürlich sofort auch gegen die kroatische

Unabhängigkeitserklärung vorgehen müssen. Das geschah jedoch nicht. Während in Slowenien gekämpft wurde, blieb es in Kroatien ruhig. Stattdessen kam die Armee etwas später mit dem Argument, sie müsse sich trennend, schadensbegrenzend und vermittelnd zwischen die streitenden Parteien - kroatische Miliz und serbische Partisanen - stellen. Diese Behauptung war in der Praxis bald widerlegt, da die Armee offen parteilich agierte und mit den serbischen Partisanen kooperierte. Nun wurde der Schutz der serbischen Minderheit vor der Vernichtung durch den neuen Ustascha-Staat als Kriegsziel deklariert. Inzwischen ist offensichtlich, daß es der Armeeführung darum geht, die Schaffung eines Staates zu ermöglichen, in dem möglichst alle serbischen Bewohner Jugoslawiens vereint sind.

Das Schutzargument bezieht seine Kraft aus der Geschichte. Der Ustascha-Staat hat genocidartig Hunderttausende ermorden lassen, in erster Linie Serben. Aber während des bisherigen Kriegsverlaufs sind anscheinend in Kroatien kaum serbische Zivilisten verfolgt worden, wie umgekehrt auch festzustellen ist, daß die kroatische Minderheit in der serbischen Provinz Vojvodina bisher in Ruhe gelassen wurde. Im Übrigen könnte die Armee die meisten Serben in Kroatien gar nicht schützen, denn nur etwa ein Drittel von ihnen lebt in den "Siedlungsgebieten", wo jetzt gekämpft wird; der größere Teil aber wohnt beispielsweise in den Städten wie Zagreb und Rijeka. Falls überhaupt etwas, dann hätte die Kriegführung der Armee nicht deren Schutz sichern, sondern Racheaktionen gegen sie provozieren können.

In Kroatien leben insgesamt etwa 600.000 Serben. Starke Mehrheiten (75- 89%) bilden sie im Gebiet um Knin, zwischen der bosnischen Grenze und der dalmatinischen Küste, jetzt Krajina genannt. Ferner auch in einigen Bezirken zwischen Bosnien und Zagreb (60-88%). In der Krajina ist die serbische Kontrolle offenbar unstrittig, denn von dort werden keine Kämpfe gemeldet. In dem zweiten genannten Gebiet sind besonders die Städte Karlovac und Sisak umkämpft; andere wie Kostajnica und Petrinja hat Kroatien schon verloren.

Im Hauptgebiet der bisherigen Kriegführung, Ostslawonien mit den "berühmt" gewordenen Städten Vukovar, Osijek und Vinkovci, liegen die Anteile der serbischen Bevölkerung je nach Bezirk zwischen 17 und 37 %, insgesamt wohl bei maximal 25%. Die Bodengewinne der Armee sind in dieser Region, gemessen an der Nähe zur serbischen Grenze einerseits und den langen, problematischen Nachschubwegen der Kroaten andererseits, erstaunlich gering. Vukovar, das von der Armee erst nach wochenlanger Einschließung und unter großen eigenen Verlusten Mitte Oktober eingenommen werden konnte, liegt unmittelbar an der Grenze. Serbien hat inzwischen begonnen, die eroberten Gebiete in Ostslawonien, derzeit ein Streifen von maximal 25 km Breite, dauerhaft anzuschließen. Aus den eroberten Orten wird die kroatische Bevölkerung vertrieben, und Serben - angeblich Flüchtlinge aus anderen Kampfgebieten - werden angesiedelt.

Das dritte Kriegsgebiet ist Westslawonien, das eine große strategische Bedeutung hat. Sofern es der Armee gelingen würde, die Ost-West-Verbindungen in diesem Gebiet zu unterbrechen, wäre der ganze Rest Slawoniens abgeschnitten und schwerlich noch lange zu halten. Hier liegen umkämpfte Städte wie Novska, Pakrac, Nova Gradiska. Dort gibt es drei Bezirke, in denen die Kroaten und Serben fast gleich stark vertreten sind, bei leichtem kroatischen Übergewicht.

Die vierte Front liegt in Süddalmatien. Hier geht es in erster Linie um den Besitz von Dubrovnik und der südlich angrenzenden Küste bis Montenegro. Eine relevante serbische Minderheit, mit der argumentiert werden könnte, gibt es dort nicht. Serbien und die Armeeführung tragen in dieser Region ihre strategischen Interessen "pur" aus. Letztlich könnte es um die gesamte kroatische Küste Dalmatiens südlich der Autonomen Serbischen Region Krajina gehen, die praktisch nur noch über eine Hauptstraße mit dem übrigen Kroatien verbunden ist. Südwestlich der Krajina könnte zwischen Zadar und Sibenik eine fünfte Front entstehen mit dem Ziel, Süddalmatien zu isolieren.

Bosnien-Hercegowina

Eine Sonderstellung nehmen im jugoslawischen Konfliktnetz die Republiken Bosnien-Hercegowina und Makedonien ein. Beide setzten sich sehr intensiv dafür ein, irgendeine Form von kollektiver Staatlichkeit und Wirtschaftsgemeinschaft aufrecht zu erhalten. Beide gehören zu den ärmsten Landesteilen, die bisher von den hohen Zahlungen Sloweniens und Kroatiens in die Bundeskasse profitierten. Beide können sich absolut keine Hoffnungen machen, in absehbaren Zeiträumen Anschluß an die EG zu finden. Für das Vielvölkergebiet Bosnien-Hercegowina kommt hinzu, daß mit dem Zerfall des Bundesstaates Jugoslawien seine eigene Desintegration engstens verbunden ist. Andererseits steht für die Makedonen ebenso wie für die Muslim und

Kroaten von Bosnien-Hercegowina fest, daß sie nicht Teil einer Föderation ohne Slowenien und Kroatien bleiben wollen, die dann vom übermächtigen "serbischen Block" dominiert würde.

Die Bevölkerung von Bosnien-Hercegowina besteht zu 44% aus Muslim, 31% Serben und 17% Kroaten. Muslim ist in diesem Zusammenhang als ethnischer Begriff gemeint. In ganz Jugoslawien gibt es schätzungsweise 5 Millionen Muslim, aber nur etwa die Hälfte davon haben sich bei der letzten Volkszählung als "ethnische Muslim" registrieren lassen, was bedeutet, daß ihnen dies wichtiger ist als die Zugehörigkeit zu einer Nationalität. Die meisten "ethnischen Muslim" leben in Bosnien-Hercegowina, außerdem etwa 250.000 in Serbien und Montenegro. Die übrigen 2,5 Mio. Muslim Jugoslawiens legten Wert darauf, sich als Albaner - das ist bei weitem der größte Anteil -, Makedonen oder Türken zu bekennen.

Die Kroaten der Republik leben im Wesentlichen in einem geschlossenen Gebiet nördlich von Dubrovnik, wo sie in neun Bezirken die große Mehrheit bilden, meist um die 90%. Überdurchschnittlich stark sind sie außerdem in dem südlich an Ostslawonien angrenzenden Gebiet vertreten, in einigen Bezirken sogar als größte Volksgruppe. Muslimische Mehrheiten gibt es in vier Bezirken des äußersten Nordwestens, die durch "serbische Siedlungsgebiete" isoliert sind, sowie im Südosten, rund um Sarajewo. Das größte geschlossene Gebiet mit serbischer Mehrheit, die Bosanska Krajina mit der Hauptstadt Banja Luka, nimmt den Nordwesten der Republik ein. Ein weiteres Gebiet von sechs Bezirken liegt im Südosten, an Montenegro angrenzend. Die übrigen Gebiete mit serbischer Mehrheit liegen verstreut. Insgesamt haben, beginnend mit der bosnischen Krajina Anfang September, sieben Gebiete der Republik sich zu Serbischen Autonomen Regionen erklärt. Sie beanspruchen zusammen mehr als die Hälfte des Territoriums der Republik, wobei großzügig auch Gebiete "eingemeindet" werden, die keine serbische Mehrheit haben.

Bosnien-Hercegowina ist für die Kriegsführung der Armee von strategischer Bedeutung. Abgesehen vom Kriegsschauplatz Ostslawonien, der an die serbische Provinz Vojvodina grenzt, stellt an den übrigen Fronten in Kroatien die Republik Bosnien-Hercegowina das logistische Hinterland für die Operationen der Bundesarmee dar. Ebenso liegen hier die Rückzugsgebiete der serbischen Partisanen, die in Kroatien operieren. Faktisch haben sich die überwiegend serbischen Gebiete der Republik jeder Kontrolle durch die Regierung in Sarajewo schon entzogen. Auch in den übrigen Gebieten operiert die Armee ganz nach eigenem Willen, ohne Proteste der Regierung und des Parlaments zu beachten, die Bosnien-Hercegowina aus dem Krieg heraushalten möchten.

Vor den Wahlen (18.11. und 2.12.90) hatten sich die drei ethnischen Parteien der Republik auf ein Abkommen verständigt, künftig gemeinsam zu regieren. Dieses in Jugoslawien einmalige Bündnis ist als Folge des serbisch-kroatischen Bürgerkriegs zerbrochen. Am 19. September faßte die Regierung mit den Stimmen der Muslim und Kroaten den Beschluß, keine Soldaten mehr für die Bundesarmee zu stellen. Die aus der Republik stammenden Soldaten wurden zur Fahnenflucht aufgerufen. Die Mobilmachung der Armee wurde für illegal erklärt. Praktisch bedeutet das, daß die Armee in den serbischen Gebieten frei rekrutiert, soweit ihr die Leute nicht auch dort weglaufen, während in den Gebieten mit muslimischer und kroatischer Mehrheit alles versucht wird, um die Rekrutierung zu boykottieren. Am 24. September verlangte die Regierung in Sarajewo, über das Gebiet der Republik keine Truppen und Waffen mehr ohne ihre Genehmigung zu führen. Die Armee kümmert sich selbstverständlich nicht um diesen Einspruch.

Am 15. Oktober beschloß das Parlament in Sarajewo mit 133 anwesenden Abgeordneten (von 240 gewählten) die "Souveränität" der Republik, da die Struktur Jugoslawiens "irreparabel verändert" sei. Die 70 Abgeordneten der serbischen Partei SDS hatten zuvor aus Protest die Sitzung verlassen. Mit ihnen zusammen waren anscheinend auch die Abgeordneten der Ex-KP und der Reformpartei von Ministerpräsident Markovic gegangen. Der Parlamentsbeschluß ist nur symbolisch zu verstehen und bedeutet in der Realität wenig oder nichts. Der Anspruch auf eigene Staatlichkeit ist damit bisher nicht verbunden, zumal er praktisch gar nicht durchzusetzen wäre.

Die SDS kündigte sofort nach dieser Abstimmung jede Zusammenarbeit auf und konstituierte in Sarajewo ein eigenes Zweitparlament. Am 10. November wurde in den serbischen Gebieten der Republik ein selbstorganisiertes Referendum durchgeführt, das erwartungsgemäß eine riesige Mehrheit für die Lostrennung von Bosnien-Hercegowina ergab.

Mehr als politische Gegendemonstration, denn als echte Sezession ist ein Referendum zu sehen, das die Muslim des Sandzak von Novi Pazar am 27. Oktober durchführten. Der Sandzak besteht aus 11 Bezirken, von denen sechs in Serbien und fünf in Montenegro liegen. In diesem Gebiet leben insgesamt 440.000 Menschen, von denen rund 250.000 "ethnische" Muslim sind. Fünf Bezirke des südlichen Sandzak habe große muslimische Mehrheiten, in zweien sind die Verhältnisse ausgeglichen, während es in den nördlichen Bezirken nur wenige Muslim gibt. Das muslimische Kerngebiet des Sandzak ist also von den muslimischen Gebieten in Bosnien-Hercegowina durch eine "serbische Barriere" getrennt. Das Referendum war in erster Linie als politische Warnung an Serbien zu verstehen, daß die Sandzak- Muslim im Fall einer Auflösung Bosnien-Hercegowinas ihren Zusammenschluß mit den Muslim im Norden betreiben könnten.

Hat Bosnien-Hercegowina noch eine Chance, einem blutigen, langwierigen Bürgerkrieg zu entgehen? Die Volksarmee räumt, unter Vermittlung der EG, Zug um Zug ihre Kasernen im Inneren Kroatiens und verlegt die Truppen nach Bosnien-Hercegowina. Der größte Teil der Armee, soweit er nicht an den kroatischen Fronten engagiert ist, wurde mittlerweile in dieser Republik konzentriert. Jede Entwicklung, die nicht auf Krieg hinausliefe, würde ein mittleres Wunder voraussetzen. Beispielsweise, daß der Bundesstaat Jugoslawien sich wider alle Voraussicht als rekonstruierbar erweist. Oder daß die Muslim sich entschließen - "der Klügere gibt nach" - einstweilen lieber eine Union mit dem übermächtigen Serbien zu ertragen statt eines Krieges. Oder daß die Serben der Republik von ihrem Traum ablassen, Teil eines Großserbiens zu werden, und stattdessen dazu beitragen, Bosnien-Hercegowina zu einer Art Schweiz des Balkan zu machen.

Es ist angesichts der Risiken jedenfalls einsichtig - und läßt Spielraum für Hoffnungen -, daß sich gerade in Bosnien-Hercegowina die breiteste Bewegung gegen den Krieg gebildet hat. In ganz Jugoslawien ist es wohl bisher die einzige Friedensbewegung, die mehrmals Zehntausende von Menschen auf die Straßen gebracht hat.

Makedonien

Die Makedonen sind in gewisser Weise die jüngste Nation Europas, auch wenn sie einen geschichtsträchtigen Namen führen. Makedonen leben, so jedenfalls sieht es ihre Nationalbewegung, in Jugoslawien, Bulgarien und Nordgriechenland. Im ersten jugoslawischen Staat (1918-41) galten die Makedonen nicht als eigene Volksgruppe, sondern als Südserben. Bulgarien hingegen sah (und sieht) in ihnen Bulgaren. Und für Griechenland ist allein der Begriff Makedonen schon eine Beleidigung, weil sie ihn als Eigentum der griechischen Geschichte betrachten. (Alexander "der Große" war Makedone. Bis zu seiner Zeit hatten die Griechen ihre nördlichen Nachbarn allerdings nicht als Landsleute, sondern als "Barbaren" betrachtet.) Im Zweiten Weltkrieg annektierte das mit dem Deutschen Reich verbündete Bulgarien das jugoslawische Makedonien. Das fand anfangs Beifall bei Teilen der Bevölkerung, bis diese die brutalen Praktiken des "großen Bruders" zu spüren bekam.

Nach dem Krieg wurde den Makedonen eine eigene Nationalität und Republik in der jugoslawischen Föderation zugestanden. Daraus ergab sich ein permanenter Propagandakrieg mit Bulgarien: Jenes erhob Ansprüche auf die südlichste Republik Jugoslawiens, während Belgrad als Schutzmacht für die makedonische Minderheit in Bulgarien auftrat, die es nach dessen offizieller Sicht jedoch gar nicht gibt.

In Makedonien leben (laut Volkszählung 1981) 67% Makedonen, 20% Albaner, 4,5% Türken und 2,3% Serben. Das Verhältnis hat sich seither zugunsten der Albaner verschoben, die heute etwa ein Viertel der Bevölkerung stellen. Die Makedonen Jugoslawiens leben praktisch ausschließlich in ihrer Republik. Im Norden, ans Kosovo angrenzend, gibt es drei Bezirke mit albanischer Mehrheit.

Bei der Wahl im November 1990 wurde die nationalistische VMRO stärkste Partei mit 38 (von 120) Mandaten. Die Ex-KP bekam 30 und die Reformpartei von Markovic 18 Abgeordnete. 25 Mandate fielen an die Partei der Albaner. Somit bestand eine Pattsituation und ein Zwang zu Kompromissen, der auch die VMRO zur Mäßigung brachte. Ihr Projekt eines Großmakedoniens (unter Einschluß von Teilen Bulgariens und Griechenlands) gilt derzeit nicht mehr als aktuell. Auch ihre rassistische, nach Repressionen rufende Kampagne gegen die albanische Minderheit, scheint zumindest abgemildert.

Bis zum 25. Juni hatte Makedonien gemeinsam mit Bosnien-Hercegowina versucht, die Sezession der zwei nördlichen Republiken zu verhindern und die Option einer grundlegenden Reformierung des jugoslawischen Bundesstaats offen zu halten. Nach Kriegsbeginn war das, zumindest als unmittelbares Ziel, offensichtlich

unrealistisch geworden. Am 7.August beschloß das Parlament in Skopje, am 8.September ein Referendum über die Unabhängigkeit Makedoniens stattfinden zu lassen. Die Debatte darüber verlief sehr kontrovers. Die Nationalisten verlangten die sofortige Ausrufung der Unabhängigkeit. Außerdem war ihnen die Fragestellung viel zu vorsichtig und zweideutig. Diese lautete nämlich: "Sind Sie für ein souveränes und selbständiges Makedonien, das berechtigt ist, in einen Bund souveräner Staaten Jugoslawiens einzutreten?"

Am 14. August forderte Präsident Gligorov die Rückkehr der aus der Republik stammenden Wehrpflichtigen. Makedonien habe zu der derzeitigen Lage nicht beigetragen und lehne einen "Bruderkrieg" ab. Der Belgrader Verteidigungsminister Kadijevic antwortete mit der Drohung, die Armeeführung werde bis Ende August die Rekrutierung in Makedonien selbst in die Hand nehmen. Das scheint aber nicht geschehen zu sein.

Die Wahlbeteiligung zum Referendum wird mit etwa 75% angegeben, wovon über 90% mit Ja stimmten. Die albanische Partei PDP hatte zum Boykott aufgerufen, ebenso wie die Sprecher der kleinen serbischen Minderheit. Die PDP sagt zwar, daß sich in Makedonien gegenüber früher einiges zum Besseren verändert hat - die Albaner wurden dort bisher nicht weniger unterdrückt als im serbischen Kosovo -, aber die Lage sei immer noch alles andere als zufriedenstellend.

Makedonische Politiker hatten gesagt, das Referendum bedeute noch nicht den definitiven Ausstieg aus der Föderation. So ließ man sich denn noch gut zwei Monate Zeit, ehe am 18. November das Parlament in Skopje eine neue Verfassung verabschiedete. Sie definiert Makedonien als "sozialen, demokratischen, souveränen und autonomen Staat". Nur die albanischen Abgeordneten hatten mit Nein gestimmt.

Zwei Tage nach dieser Unabhängigkeitserklärung stellte sich die Belgrader Regierung in bekannter Weise als Beschützerin der angeblich gefährdeten serbischen Volksgruppe in Makedonien vor. Laut Volkszählung liegt deren Zahl bei etwa 45.000. Ihr höchster Anteil in einem nordmakedonischen Bezirk liegt bei etwa 11 %. Plötzlich aber sprechen serbische Politiker von 300.000 Landsleuten. Man werde alles tun, um sie in den fortwährenden Genuß der demokratischen Rechte der jugoslawischen Verfassung kommen zu lassen, drohte Serbiens stellvertretender Regierungschef Kosutic. Gewalt sei dabei nicht auszuschließen.

Erst einmal sieht es jedoch nach dem Gegenteil aus: Lange Kolonnen der Bundesarmee verlassen Makedonien. Daß die inzwischen kriegsmüde Armee sich im nächsten Frühjahr auf diesen Gegner hetzen läßt, wo die ideologische Motivation gleich Null wäre, ist unwahrscheinlich. Sie stünde überdies, falls sie dennoch einen Angriff unternähme, vor riesigen militärischen Problemen. Auf dem gebirgigen makedonischen Terrain wäre die waffentechnische Überlegenheit der Bundesarmee nur von geringem Nutzen.

Unterdessen wirbt der neue Staat bereits um internationale Anerkennung. Wie es scheint, könnte Bulgarien dabei eine Vorreiterrolle spielen. Als erste Regierung der Welt verkündete die bulgarische, sie würde einen Staat Makedonien ohne weiteres anerkennen; allerdings würde sie niemals die Existenz einer "sogenannten" makedonischen Nation akzeptieren. Feindselig verhält sich Griechenland, das traditionell die Existenz nationaler Minderheiten (seien es nun Slawen oder Türken) auf seinem Territorium bestreitet und daher schon im Namen Makedonien eine programmatische Provokation sieht. Ein Interesse an guten Beziehungen zu Skopje wird hingegen der Türkei nachgesagt. Überhaupt wird möglicherweise der Türkei eine einflußnehmende Rolle in ihrem ehemaligen europäischen Vorgarten, dem Balkan, zugeschoben werden - und wäre es "nur" als Schutzmacht der Millionen südosteuropäischer Muslim. (Auch Albanien wird sich vermutlich rasch als ein wesentlich islamisch geprägtes Land entpuppen.)

Ein weiterer Konfliktherd ist die zu über 80% von Albanern bewohnte Provinz Kosovo, der Serbien 1990 formal die letzten Autonomierechte entzogen hat, die praktisch ohnehin schon in den vergangenen Jahren kassiert worden waren. Kosovo wird von Belgrad mit den Methoden einer Besatzungsmacht regiert. Das hat sich kriegsbedingt noch verschärft. Im August verfügte die serbische Regionalverwaltung das Verbot des albanischen Sprachunterrichts an höheren Schulen. 6000 albanische Lehrer wurden entlassen. Begründung: sie hätten sich konstant geweigert, serbischen Lehrplänen, Vorschriften und Gesetzen zu folgen. Andererseits ist zu vermuten, daß mit der Konzentration der Armee auf die kroatischen Kriegsschauplätze und das bosnisch-hercegowinische Hinterland der unmittelbare Druck auf das Kosovo etwas nachgelassen hat. Die serbische Regierung und die Armeeführung können derzeit nicht daran interessiert sein, im Kosovo eine zusätzliche Front zu eröffnen.

Ende September fand ein - von Serbien verbotenes - selbstorganisiertes Referendum der Kosovo-Albaner statt, um sich für den Status einer eigenen Republik auszusprechen. Sollte es nicht zu einer Erneuerung der jugoslawischen Föderation kommen, wird auch die Lostrennung ins Auge gefaßt. Im Oktober bildete das von Serbien aufgelöste, aber "im Untergrund" weiter fungierende Regionalparlament eine eigene Regierung. Deren wichtigste Aufgabe soll darin bestehen, freie Wahlen vorzubereiten. Die Kosovo-Albaner fordern, bisher vergeblich, mit Unterstützung der Regierung in Tirana, daß sie an den von der EG vermittelten Verhandlungen über die Zukunft Jugoslawiens beteiligt werden.

Das Kosovo profitiert, ebenso wie Bosnien-Hercegowina und Makedonien, einstweilen davon, daß die Armee auf den kroatischen Kriegsschauplätzen gebunden ist, daß die Kriegsmüdigkeit in Serbien selbst zunimmt, und daß der beginnende Winter militärische Aktionen sehr erschweren würde. Insofern können sie nur bedingt an einer definitiven Waffenruhe in Kroatien interessiert sein. Eine Entscheidung, wie Belgrad und die Militärs gegenüber den beiden Republiken und dem Kosovo weiter verfahren wollen, kann wohl frühestens im nächsten Frühjahr fallen.

14 mal Waffenstillstand, keinmal Frieden

Die Rolle der EG bewegt sich zwischen dem großen Anspruch, am Beispiel Jugoslawiens erstmals "europäisches Krisenmanagement" vorzuführen, und ihrem völligen Versagen in der Praxis, sofern man nicht das Versinken Jugoslawiens im Bürgerkrieg als gewolltes Ergebnis der vereinten EG-Bemühungen interpretieren will.

Der Schwerpunkt des EG-Eingreifens lag bisher auf der Vermittlung von Waffenstillständen. Jetzt sind es 14 an der Zahl, von denen einer auf das Konto von Gorbatschow geht und einer dem UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar zuliebe abgeschlossen wurde. Die übrigen kann die EG, namentlich Lord Carrington, für sich verbuchen. Das Hauptproblem ist, daß beide Seiten bisher kaum an einem Waffenstillstand interessiert waren, und daß einer absoluten Unterbrechung der Kämpfe auch "technische" Probleme im Weg stehen.

Serbien und die Armee führen in Kroatien einen Eroberungskrieg. Militärisch gesehen gibt es für sie überhaupt noch keinen Grund, sich mit dem jetzt Erreichten zufrieden zu geben. Auf der anderen Seite besagt die internationale Erfahrung - siehe die schrittweise Expansion Israels -, daß Waffenstillstandslinien dazu tendieren, im Laufe der Zeit zu festen Grenzen zu werden. Davor scheut Kroatien bisher zurück.

Hinzu kommt, daß die Kriegsschauplätze zwar aus Sicht der Bundesarmee eine geschlossene Front darstellen, weil diese Bosnien-Hercegowina als Hinterland benutzen kann. Für Kroatien handelt es sich aber um von einander isolierte Fronten mit entweder gefährdeten oder vom Gegner blockierten Versorgungswegen. Diese Wege müssen zwangsläufig geöffnet oder offengehalten werden, wenn eine Waffenruhe nicht zum Aushungern der Fronten und der Bevölkerung der Kampfgebiete führen soll. Selbstverständlich versuchen während eines Waffenstillstands beide Seiten, ihre Positionen zu verbessern, wozu eben auch die Kontrolle über die Verkehrslinien gehört.

Drittens gibt es auf beiden Seiten so viele "irreguläre", nicht zentral kontrollierte bewaffnete Gruppen, daß es ganz leicht ist, einen Waffenstillstand punktuell zu brechen und eine allgemeine Wiederaufnahme der Kämpfe zu provozieren.

Die Entsendung von EG-"Beobachtern" zur Überwachung des Waffenstillstands, mittlerweile sind es mehrere Hundert, hat sich als überhaupt nicht effektiv erwiesen. Sie konnten, so wie ihre Aufgaben definiert sind, nicht mehr leisten als die zahlreichen Journalisten, die über die Kriegsschauplätze vagabundieren: feststellen, daß beide Seiten die Waffenstillstands-Vereinbarungen brechen. Hinzu kommt, daß die "Beobachter" sich oft auf den menschlich verständlichen Standpunkt stellen, ihre Tätigkeit habe eine Waffenruhe zur Voraussetzung und könne während anhaltender Kämpfe nicht ausgeübt werden - weshalb sie gern einmal den Rückzug aus Kampfgebieten antreten. Im Übrigen dauerte es bis zum 22. Juli, bis die EG-Staaten dem Ministerrat überhaupt eine Ausweitung der Beobachtermission auf Kroatien "empfehlen" mochten. Bis dahin waren sie nur in Slowenien stationiert.

Wohin mit den Blauhelmen?

Es scheint, daß der Beobachter-Einsatz seitens maßgeblicher Kräfte in der EG zunächst als Einstieg für einen größeren militärischen Einsatz gedacht war. Die Intention war zunächst, erstmals die WEU als Rahmen einer

zu formierenden "europäischen Friedenstruppe" ins Spiel zu bringen. Anfang August befaßte sich der Ständige Rat der WEU mit der Aufstellung einer solchen Truppe für Jugoslawien. Insbesondere der französische Vertreter argumentierte, der Zeitpunkt dafür sei noch nicht gekommen, aber der Eventualfall müsse jetzt schon rechtzeitig vorbereitet werden. Gleichzeitig schlug Präsident Mitterand von internationalen Beobachtern überwachte Volksabstimmungen vor: "überall dort, wo es Konflikte gibt" und "so rasch wie möglich".

Am 11. September befürwortete Mitterand die Entsendung einer Puffertruppe der UNO nach Jugoslawien. Falls diese sich dazu aber nicht in der Lage sähe, sollte die EG die Initiative ergreifen. Der Gedanke wurde von Kroatien positiv aufgenommen, von Serbien scharf zurückgewiesen. Am 16. September beantragte der niederländische Außenminister van den Broek als Vorsitzender des EG-Ministerrats die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung der WEU. Thema: die Entsendung einer "leichtbewaffneten Friedenstruppe". Am 19. September gab das Außenministertreffen der EG an die WEU den Auftrag weiter, alle Varianten eines bewaffneten Eingreifens in Jugoslawien zu prüfen. Danach sollte die EG dann entscheiden, welche Optionen sie sich offenhalten würde. Übereinstimmung bestand, daß jedes Eingreifen die volle Zustimmung erstens aller Kriegsparteien, zweitens des UN-Sicherheitsrats und drittens der KSZE haben müßte.

Am 30. September befaßte sich die WEU mit dem Bericht einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe. Er analysierte vier unterschiedliche Optionen für einen Militäreinsatz in Jugoslawien: 1. "Logistische Unterstützung" der Beobachter durch 2- 3000 Soldaten. 2. Eine leichtbewaffnete Truppe von 5-6000 Mann, die die Beobachter eskortieren und schützen könnte. 3. Eine "Friedenstruppe" von 5000 Mann mit etwa ebensoviel logistischem Personal zur "aktiven Unterstützung" der Beobachter. 4. Eine 20-30.000 Mann starke "Friedenstruppe". (20.000 Mann Kampftruppe plus 10.000 Hilfspersonen).

In der Diskussion ergab sich keine Mehrheit für eine der vier Optionen. Die meisten Einwände gab es gegen die am weitesten gehende vierte Variante. Darauf wurde an die einzelnen EG-Staaten die Frage gerichtet, mit welchen Kräften sie sich eventuell an einer "Friedenstruppe" beteiligen würden. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß die vierte Option die Möglichkeiten der EG übersteigen würde und von vornherein fallengelassen werden müßte. Diese wohl eher politisch als militärtechnisch motivierte Entscheidung führte letztlich dazu, daß das Thema an den UN-Sicherheitsrat weitergereicht wurde, da andererseits die Größenordnung der Optionen 1 bis 3 als unzureichend angesehen wurde.

Am 9. November, einen Tag, nachdem die EG Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien verhängt hatte, stimmte das Staatspräsidium - inzwischen nur noch bestehend aus den Vertretern Serbiens und Montenegros - der Stationierung einer UNO-"Friedenstruppe" zu. Am 13. November richtete die EG an den UN-Sicherheitsrat die Aufforderung, über die Entsendung von "Blauhelmen" zu befinden. Der frühere US-Außenminister Vance, jetzt Sonderbotschafter der UNO, nannte daraufhin fünf Voraussetzungen für einen solchen Beschluß: 1. Einigung aller Kriegsgegner, einschließlich der "Freiwilligenverbände" (gemeint sind offenbar die serbischen Partisanen und autonomen Milizen), auf einen Waffenstillstand. 2. Einigung aller Kriegsgegner auf ein klares Mandat. (Modalitäten, Umfang, Orte des Einsatzes). 3. Der Sicherheitsrat muß die allgemeine Unterstützung haben, bei Verstößen auch Druck ausüben zu können. 4. Eine Verpflichtung der UN-Mitglieder auf die Stellung der notwendigen Truppen. 5. Eine Verpflichtung der Mitglieder, die finanziellen Belastungen mitzutragen.

Seither hängt der weitere Gang der Dinge bereits am ersten Punkt fest: Es gibt immer noch keine stabile Waffenruhe an allen Fronten, wenn auch die Kämpfe nachgelassen haben. (Was aber möglicherweise mehr der Jahreszeit als einem Wandel der politischen Ziele zuzuschreiben ist.) Einige Politiker haben den Vorschlag gemacht, man könnte die "Blauhelme" ja auch in Etappen nach Jugoslawien schicken - immer dorthin, wo schon Waffenruhe eingetreten ist.

Das Haupthindernis bildet der zweite Punkt. Kroatien und Serbien haben eine "Friedenstruppe" zwar im Prinzip akzeptiert, streiten aber darum, wo sie Positionen beziehen soll. Nach kroatischer Auffassung an den Grenzen der Republik, nach serbischem Standpunkt hingegen an den aktuellen Frontlinien. Das würde Serbien die Möglichkeit verschaffen, seine Geländegewinne zu konsolidieren. Außerdem könnte es dann durch die begonnene Politik von Kroaten-Vertreibung einerseits, Serben-Ansiedelung andererseits die Voraussetzungen für künftige Volksabstimmungen in den umstrittenen Gebieten erheblich verbessern. Die "Kompromißlinie" der UNO sieht anscheinend vor, daß die Blauhelme flächendeckend über alle umkämpften Gebiete verteilt werden und zugleich die Armee sich von dort zurückzieht. Damit wäre, soweit es sich um Gebiete mit serbischer

Mehrheit handelt, deren Lostrennung von Kroatien vermutlich etabliert, da dort dann die autonomen serbischen Regierungen und deren Milizen die einzige Autorität wären.

Ein besonderes Problem stellt Bosnien-Hercegowina dar. Die Republikregierung - nur noch mit den Stimmen der muslimischen und der kroatischen Partei - fordert die Stationierung von UNO-Soldaten auch auf ihrem Territorium. Die autonomen serbischen Regionen in Bosnien-Hercegowina haben sehr drastisch ihre Ablehnung dieser Idee deutlich gemacht: sie würden UN-Truppen mit Waffengewalt vertreiben.

Wirtschaftssanktionen

Seit dem 8. November sind ökonomische Sanktionen der EG in Kraft, die sich selektiv gegen Serbien (und Montenegro) richten sollen. Das soll die Reaktion auf die Ablehnung eines mehrfach veränderten "Friedensvorschlags" der EG durch Serbien sein. Praktisch liefe dieser Vorschlag darauf hinaus, den Zerfall Jugoslawiens in mehrere souveräne Staaten zu akzeptieren, aber zwischen diesen Formen einer politischen und wirtschaftlichen Union herzustellen. Völkern, die weiterhin in einem Staat zusammenleben wollen, soll das ermöglicht werden. Die serbische Volksgruppe in Kroatien soll weitgehende Autonomierechte bekommen; ihre Gebiete sollen unter internationaler Kontrolle "entmilitarisiert" werden. Auf Drängen Serbiens wurde aus dem Entwurf die Forderung nach Wiederherstellung der Autonomierechte für Kosovo und Vojvodina gestrichen.

Ende Oktober beschloß die EG eine Fristsetzung bis zum 5. November. Republiken, die bis zu diesem Termin dem "Friedensvorschlag" nicht zugestimmt hätten, sollten danach von Sanktionen getroffen werden. Am 4. November einigten sich die EG-Außenminister auf eine vorbereitete Liste von Strafmaßnahmen, die im Eventualfall verhängt werden sollten. Am 8. November wurden die vorbereiteten Sanktionen in Kraft gesetzt.

Sie richteten sich allerdings erst einmal gegen Jugoslawien insgesamt. Die EG- Außenminister konnten sich zunächst nicht einigen, welche Republiken als "kooperationsbereit" ausgenommen werden sollten. Einige Regierungen fürchteten, Sanktionen nur gegen Serbien könnten als Anerkennung Sloweniens und Kroatiens mißverstanden werden. Warum man sich dann aber nicht wenigstens sofort darauf verständigen konnte, die offensichtlich absolut unbeteiligten Republiken Bosnien-Hercegowina und Makedonien von den Sanktionen auszunehmen, bleibt unverständlich. Die EG-Außenminister brauchten noch bis zum 2. Dezember, um eine Beschränkung der Sanktionen auf Serbien (und Montenegro) zu beschließen. Die US-Regierung, die sich am 10. November den Sanktionen gegen Jugoslawien anschloß, macht diese Differenzierung nicht mit, sondern "bestraft" alle gleichermaßen. Angesichts der geringen Quantitäten, um die es dabei geht, spielt dies Verhalten der USA allerdings keine Rolle.

Wieweit die Sanktionen wirksam sein können, ist umstritten. "Deutsche Wirtschaftskreise" hatten schon Anfang August behauptet, daß Sanktionen gegen Serbien wirkungslos sein würden. Erstens sei Serbien kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, so daß eine Differenzierung problematisch wäre. Zweitens gebe es, zumindest von deutscher Seite, ohnehin kaum noch Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien, die unterbrochen werden könnten. Der Handel sei praktisch lahmgelegt. Außerhalb von Slowenien gebe es kaum noch Geschäfte zu tätigen. (FAZ, 9.8.) Die Bundesregierung fordert, als ihrer Meinung nach wirksamste Waffe, ein Erdöl-Embargo gegen Serbien, kann sich damit aber in der EG bisher nicht durchsetzen. Als einseitige Maßnahme hat sie das Verkehrsabkommen mit Jugoslawien Serbien betreffend suspendiert.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich die internationale Anerkennung Sloweniens und Kroatiens bringen, entweder als kollektiven Schritt der EG, oder durch einseitige Maßnahmen der BRD und einiger anderer Staaten, denen dann die übrigen folgen dürften. Anders als noch im Juli gibt es heute keinen westlichen Politiker mehr, der nicht den Zerfall Jugoslawiens als Realität konstatiert. Alle Regierungen sagen in der einen oder anderen Form, daß die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens (und der anderen Republiken, die das wünschen) eine ausgemachte Sache sei. Fraglich sei nicht mehr das Ob, sondern nur noch das Wie und Wann.

Ein wesentliches Gegenargument war zuletzt noch, daß man die Republiken nicht anerkennen könne, bevor nicht die Minderheitenrechte zufriedenstellend geregelt sind. Besonders die französische Regierung reizte dieses Scheinargument exzessiv aus. Das ist weder logisch noch aufrichtig, denn gleichzeitig bestehen die diplomatischen Beziehungen zur jugoslawischen Bundesregierung fort, die einen nicht mehr bestehenden Staat vertritt und die in Punkto Minderheitenrechte - siehe Kosovo - eine ganz schlechte Bilanz aufzuweisen hat. Seltsamerweise sind die gleichen Politiker offenbar nicht auf den Gedanken gekommen, die Anerkennung

der baltischen Republiken vor einigen Monaten mit der Sicherung von Minderheitenrechten zu koppeln, obwohl dies vielleicht eine sinnvolle Idee gewesen wäre. Überhaupt wird nirgendwo sonst auf der Welt die Anerkennung eines Staates von der Achtung der Minderheitenrechte abhängig gemacht; es gäbe sonst viele diplomatische Beziehungen abzubrechen. Und was Slowenien angeht, ist die Stellung der - nicht sehr zahlreichen - nationalen Minderheiten ohnehin seit längerem mindestens ebenso gut geregelt wie in irgendeinem Land der EG. Kroatien hat sich mittlerweile von deutschen Beratern ein Minderheitenrecht formulieren lassen, das kaum noch Ansatzpunkte für Kritik bieten dürfte.

Es fragt sich, wie die Lage in Jugoslawien heute wäre, wenn die EG sich am 25. Juni dafür entschieden hätte, erstens Slowenien sofort anzuerkennen, und zweitens Kroatien die Anerkennung verbindlich in Aussicht zu stellen unter der Voraussetzung einer zufriedenstellenden, eventuell international garantierten Minderheitenregelung für die serbischen BewohnerInnen der Republik. Schlimmer als jetzt wäre die Entwicklung jedenfalls vermutlich nicht verlaufen.

Kt.

4. Estland: Finnische Preise, sowjetische Löhne

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:12

Auf der Überfahrt von Helsinki nach Tallin warnte uns ein estnischer Begleiter: "Take care of taxis, girls and excessive drinking!" Wenn wir uns daran hielten, meinte er, könne gar nichts mehr schiefgehen. Denn an sich seien die Esten sehr gastfreundliche Leute, ja, man könne sogar fast von einer überzogenen Verehrung von Ausländern sprechen. Wir reisten Mitte bis Ende November nach Estland, um an einem Seminar über estnische Dokumentar- und nichtprofessionelle Filme teilzunehmen.

Das Ziel: aus erster Hand Eindrücke über das Alltagsleben und die politischen Debatten in dem Land zu gewinnen, dessen Unabhängigkeit ebenso wie die Lettlands und Litauens erst international anerkannt wurde, nachdem der August- Putsch in der UdSSR gescheitert war.

1.In Helsinki war der Ansturm auf die täglich verkehrende Fähre "Tallink" so groß, daß wir kein Ticket mehr ergattern konnten. Auch alle 400 Plätze des Vergnügungsdampfers, auf dem wir schließlich in vier Stunden die 80 km Seeweg von Helsinki nach Tallin zurücklegten, waren belegt - vor allem mit Finnen. Der Grund: 24-Stunden-Ausflüge nach Estland sind sehr beliebt. Die Ausflügler lassen sich bereits auf See mit zollfreien Spirituosen regelmäßig bis an den Rand vollaufen (in Finnland ist Alkohol überaus teuer: die Dose Bier 6-8 DM; ein kleines Glas Wein 7-9 DM), übernachten auf dem Schiff, gehen am nächsten Tag in Tallin gut & billig essen und lassen sich bei der Rückfahrt erneut vollaufen.

Ein beträchtlicher Teil des devisenträchtigen Tourismus läuft nach diesem Schema ab. Dies festzustellen hat - leider! - nichts mit polemischer Überspitzung zu tun. Daß andere Motive wie Bildungs- und kulturelle Interessen bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, zeigt auch die Tatsache, daß in der sehenswerten und historisch bedeutenden Stadt Tartu, 180 km südlich von Tallin, so gut wie keine finnischen Besucher zu finden sind. Von vielen Gesprächspartnern wird der Tourismus dennoch als wichtige Deviseneinnahmequelle einer künftig unabhängigen estnischen Ökonomie eingeplant.

2.Im Hafen Tallins wurden die sowjetischen Zöllner erst am 3. November von ihren blutjungen estnischen Kollegen abgelöst. Seither stellen sie dort an einem improvisierten Stand gegen ein Entgelt von 40.- DM Visa der Republik Estland aus, die vom estnischen Grenzbeamten noch mit alten sowjetischen Hoheitszeichen abgestempelt werden. Die Einreise ist für westliche Besucher problemlos.

Ein Drittel aller 1,573 Mio Bewohner Estlands lebt in der Hauptstadt Tallin, die 515.000 Einwohner hat. Der Anteil der Esten, die ein Idiom der finno-ugrischen Sprachgruppe sprechen und das lateinische Alphabet benutzen, beträgt hier 47,3% (im ganzen Land 61,5%); ca. 60% der Einwohner in der Hauptstadt, vor allem Soldaten der Roten Armee und deren Familien sowie ein Großteil der Arbeitenden in den großen Industriekombinaten, gehören anderen Nationalitäten an und sprechen russisch (im ganzen Land 30,3% Russen; 3,1% Ukrainer; 1,8% Belorussen, insgesamt 602.000 Personen).

Das Estnische ist so eng mit dem Finnischen verwandt, daß die gegenseitige Verständigung ohne große Probleme möglich ist. In Estland konnten seit jeher finnische Radiosender empfangen werden, so daß, ähnlich wie in der DDR, die offizielle Propaganda zwar in den Printmedien weitgehend konkurrenzlos war, das staatstragende Meinungsmonopol jedoch durch westliche Rundfunksendungen relativiert wurde.

3."Wir haben haben die Nase voll von Politik, jetzt geht es um unseren Alltag. Die Preise steigen ständig und viele Güter sind vom Markt verschwunden. Seit Wochen gibt es so gut wie keinen Treibstoff. Butter und Milchprodukte sind in den Läden kaum noch zu finden. Vor zwei Jahren haben wir für die Freiheit Estlands große Demonstrationen gemacht, und als Armee und KGB im August versuchten, in Moskau die Macht zu übernehmen, protestierten wir dagegen. Aber die Euphorie ist weg. Die letzten zwei Jahre haben wir fast nur über Politik diskutiert, man konnte sich einfach nicht entziehen, nicht einmal in der Sauna. Jetzt geht es um unsere Zukunft. Wir sind jetzt unabhängig, gut! Dafür haben wir die ganzen Jahre gekämpft. Aber damit sind unsere Probleme nicht gelöst. Demonstrationen helfen uns jetzt nicht weiter, jetzt geht es darum, die Wirtschaft neu zu organisieren."

Tiid Merisalu, Vorsitzender der Filmclubs, die uns zu ihrem Seminar eingeladen hatten, steht mit seiner Meinung nicht alleine. Der gelernte Elektroingenieur, der jahrelang an der Technischen Hochschule gearbeitet

hatte, lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in einer Drei-Zimmer-Wohnung in einem der gesichtslosen grauen Kästen, nicht allzuweit vom Stadtzentrum entfernt. Die vierköpfige Familie muß im Monat mit 800-1000 Rubel auskommen, was eher etwas über dem durchschnittlichen Einkommen liegt. Die Wohnung kostet nur ein paar Rubel. Das Problem liegt in der Versorgung mit wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs. Kaffee, Tee, Zucker, Fette, Öl, Milchprodukte, Zigaretten etc. sind aus den Regalen der staatlichen Läden weitgehend verschwunden und werden zu mehrfach höheren Preisen auf dem freien Markt gehandelt: 50g Kaffee, die im Laden eigentlich 0.95 Rubel kosten, werden auf dem freien Markt für 8,50 Rubel angeboten; 20 Zigaretten der Billigmarke Astra kosten auf Bezugsschein (Ration: 5 Schachteln pro Person und Monat) 0,75 Rubel, in Kiosken werden sie für 2,75 verkauft; andere einheimische Marken kosten 4-6 Rubel pro Schachtel und Westware 12-25 Rubel pro Päckchen; dies entspricht beinahe einem durchschnittlichen Tagesverdienst.

Tiid: "Wir können die notwendigen Dinge immer noch besorgen, aber sie werden immer teuerer und wir müssen dafür immer länger anstehen." Der Alltag wird spürbar beschwerlicher, aber gravieren- de Versorgungsunterbrechungen, vollends leere Regale oder gar ein "Hungerwinter" - Probleme, die weiten Teilen Rußlands, vor allem den Ballungsräumen um Moskau und St. Petersburg ins Haus stehen - gibt es in Estland nicht. Schon vor Monaten wurden die sowjetischen Öllieferungen eingeschränkt, um die estnische Regierung zu wirtschaftlichen Zugeständnissen zu zwingen. Seither ist es wesentlich schwieriger, an Benzin heranzukommen. Der offizielle Preis liegt theoretisch bei einem Rubel pro Liter, der Schwarzmarktpreis bei vier Rubeln - dafür können Leute, die Beziehungen haben, Sprit besorgen; für Devisen, eine Finnmark (ca. 15 Rubel) pro Liter, kann man einfach an eine der wenigen Tankstellen fahren und wird auch bedient. Was für Ausländer billig ist, bleibt für Esten, die durchschnittlich zwei Finnmark (ca. 0,80 DM) am Tag verdienen, unerschwinglich. Die Lösung: Tiid hat auf dem Balkon fünf stinkende Plastikbehälter mit etwas Benzin gelagert. Der Kofferraum seines klapprigen Lada ist voll mit leeren Kanistern. Es könnte ja sein, daß es überraschend irgendwo doch Benzin gibt. Und zur Sicherheit ist in der Sauna des selbstgebauten Sommerhäuschens, das einige Kilometer außerhalb Tallins liegt, noch ein kleines Depot versteckt. Wenn auch dort nichts mehr zu holen ist, kann man noch beim Bruder fragen. Noch wesentlich schwieriger ist es, die seit Monaten ruinierten Bremsbeläge auszutauschen. Der Markt ist leergefegt und ohne Devisen ist hier nichts zu machen.

Tiid: "Wir müssen nach wie vor den Rubel benutzen, dessen Wert jedoch rapide verfällt. Im nächsten Jahr wird eine eigene Währung eingeführt, die Estnische Krone. Wir hoffen, daß sich die Situation dann bessert. Aber was passiert, wenn wir unsere Geschäfte mit der Union und mit Rußland nur noch gegen Devisen abwickeln, weiß ich auch nicht. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob wir dann zum Beispiel das Öl aus der UdSSR überhaupt bezahlen können. Denn die sowjetischen Kombinate haben schon angekündigt, daß sie im nächsten Jahr auch nur noch gegen harte Währungen liefern werden." In Tallin werden 40% der gesamten Industrieproduktion Estlands hergestellt, vor allem Maschinen, chemische Produkte, Elektro- und Elektronikartikel, Rüstungsgüter, Textilien, Schuhe etc.

Estland gehört zu den am höchsten industrialisierten Gebieten der UdSSR, ist auf Rohstofflieferungen aus der Union angewiesen und produzierte für den sowjetischen Markt. Tallins Hafen spielt für den Warenverkehr der gesamten UdSSR eine zentrale Rolle. Wenngleich die Produktivität der Landwirtschaft und die Qualität der Industrieerzeugnisse weit über dem sowjetischen Durchschnitt liegen, so sind diese Produkte auf dem Weltmarkt dennoch nicht konkurrenzfähig.

Die enge Verflechtung mit dem sowjetischen Markt engt die Handlungsspielräume der unabhängigen Republik Estland stark ein. Die Abhängigkeit von Brennstoff- und Öllieferungen aus den übrigen Staaten der Union sowie die Notwendigkeit, die Absatzmärkte in diesen Gebieten zu erhalten, machen einseitige wirtschaftspolitische Schritte gegen die Interessen Rußlands recht unwahrscheinlich. Auf welcher Grundlage die wirtschaftlichen Beziehungen in Zukunft konkret abgewickelt werden, darüber gibt es außer vagen Aussagen noch wenig greifbare Antworten. Für die Einzelnen bleibt derzeit keine andere Wahl, als von der Substanz zu zehren, zu versuchen an Devisen heranzukommen und sich irgendwie durch den Alltag zu wurschteln.

Der Filmvorführer Aari: "Wir haben zwar eine Menge Schwierigkeiten, aber wir sind dennoch weitaus besser dran, als die Einwohner Leningrads. Meine Cousine arbeitet dort als Fremdenführerin in der Eremitage. Sie kommt wie viele andere Russen am Wochenende mit dem Zug hierher, um einzukaufen. Sie kaufen alles leer. Dort gibt es einfach nichts. Wie das erst im Winter werden soll, weiß ich auch nicht. Jetzt sind wir zwar unabhängig, aber die Russen haben noch keine Grenzposten aufgestellt, die Armee und der KGB sind immer

noch in Tallin. Viele davon haben Familienangehörige und Freunde in Leningrad. Leningrad ist nah, wenn es dort nichts mehr zu essen gibt, was wird dann passieren? Manchmal habe ich Angst davor, daß Estland ein großes Flüchtlingscamp wird, das hunderttausende hungernde Russen aufnehmen muß."

4.Für westliche Besucher stellt sich die Lage wesentlich günstiger dar als für Esten. Die Preise sind, sofern Rubel für Waren oder Dienstleistungen akzeptiert werden, für unsereins spottbillig, da der offizielle Rubelkurs, zu dem Touristen tauschen können, Tag für Tag verfällt. Bei der Einreise am 15. November bekamen wir 32 Rubel für eine DM; zehn Tage später bereits 44 Rubel pro DM und am 10. Dezember lag der Kurs bei ca. 65 Rubel. Ein sehr gutes Essen mit Vorspeise, Fleischgericht, Nachspeise und einer Flasche Sekt kostet in den besten Restaurants nicht über 150 Rubel. In der Bahnhofskneipe werden Gäste für 20 Rubel, ein halber Tageslohn in Estland, gut bedient.

Aufgrund dieser für estnische Normalverbraucher unerträglich hohen Preise ist es auch kein Problem, in Speisegaststätten Plätze zu finden. Die Kosten für Bus- oder Bahnfahrkarten, Karten für Ausstellungen, Museen oder Theater sind auch für Einheimische erschwinglich. Für Inhaber von Devisen kosten diese Dinge so gut wie gar nichts. Unter diesen Umständen ist es leicht zu verstehen, warum so viele Finnen zu einem kurzen Wochenendtrip nach Tallin kommen und durch die Straßen und Gassen der mittelalterlichen Altstadt flanieren. Die systematische Ausplünderung des Landes wird über Währungsrelationen vermittelt und ist völlig legal!

5.Viele Konsumartikel werden gegen Rubel gar nicht verkauft. Um diese zu erwerben, muß man in Import-Export-Lä- den gehen, wo nur mit Devisen bezahlt werden kann. Die Preise für japanische Elektro- und Elektronikartikel, westliche Kleidung, US-Dosenbier oder was auch immer liegen kräftig über den in der Bundesrepublik üblichen. Die Bezugsgröße sind hier die Preise von Helsinki, einer der teuersten Städte Europas. Die westlich aufgestylten Import-Export-Shops mit dem unsereins vertrauten Warenangebot gibt es mittlerweile in den wichtigsten Städten Estlands.

Wer allerdings außer Touristen, Wirtschaftsverbrechern und Zuhältern das Geld hat, um 3 US-Dollar für eine 0,33 l Dose Bier oder 2,5 US-Dollar für 200 g Schokolade oder ich weiß nicht wieviel für Schampoo oder Seife zu berappen, blieb mir schleierhaft. Die vor Sauberkeit glänzenden Läden waren denn auch fast immer ohne Kundschaft, jedoch gut bewacht von Polizisten; in jedem Devisenladen stand sich mindestens einer die Füße in den Bauch. Die Hotels, zum Teil bereits in Händen von kanadischen, schwedischen und finnischen Konzernen, müssen ebenfalls in Devisen bezahlt werden. Kostenpunkt: zwischen 60 und 150 US-Dollar pro Nacht für zwei Personen. Darunter geht trotz des miserablen Services nichts. Aufgrund der knappen Kapazität sind sie auch außerhalb der Saison ausgebucht. In dieser Branche ist sicherlich Geld zu machen. Ob die Devisen dabei im Land bleiben, darf jedoch angesichts des Engagements interantionaler Freizeitmultis bezweifelt werden.

6.Um die wirtschaftliche Krise zu meistern, setzten alle unsere Gesprächspartner auf Hilfe aus Finnland. Ihre Illusionen in den wohltätigen Charakter kapitalistischen Investments einmal beiseite gelassen, ist daran zweifellos richtig, daß Finnland und Schweden mit Sicherheit für Estland, und unter Umständen für das gesamte Baltikum, als Tore zum Westen fungieren werden. Neben dem Tourismus ist hier vor allem bedeutend, daß in diesem Jahr bereits 100.000 Esten nach Finnland reisten, um Verwandte zu besuchen.

Viele arbeiten dort auch illegal, um einige Finnmark zu verdienen. Prostitution und Schmuggel von Alkohol spielen auch eine gewisse Rolle - allein der Verkauf einer Flasche Wodka in Helsinki erbringt den Gegenwert von ein bis zwei Monatslöhnen! Finnland verschärfte bereits seine Visabestimmungen, um die Einreise von Esten zu bremsen. An der Grenze werden Esten und Menschen aus der Sowjetunion scharf kontrolliert.

Bis zum 1. November 1991 erteilte das estnische Außenhandelsministerium 170 ausländischen Firmen aus 23 Ländern die Erlaubnis, Geschäftsbüros zu eröffnen. Davon kamen 65 aus Finnland, 33 aus Schweden, 18 aus der BRD und 11 aus den USA. Bis zum 1. Oktober 1991 gab es in Estland insgesamt 1.116 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung, wobei Finnland mit Anteilen an 457 Firmen weit vor Schweden mit 148, den USA mit 45 und der BRD mit 43 Firmenbeteiligungen lag. Finnische Konzerne haben im Vergleich zu BRD-Multis insgesamt 25 mal soviel Kapital in Estland investiert - schwedische Unternehmen sogar die 36-fache Summe. Die UdSSR hat ebensoviel Kapital in Unternehmen investiert wie Finnland und kontrolliert dort noch 339 Kombinate. Die Angabe der Investitionsvolumina in Rubel spare ich mir, da der Umrechnungskurs nicht

angegeben war, was die Angaben unbrauchbar macht. Die Zahlen lassen keine Detailanalyse zu. Sie ermöglichen jedoch eine grobe Abschätzung. Sie wurden vom estnischen Außenhandelsministerium auf Postern veröffentlicht, die bei einer wichtigten Exportmesse Tallins aufgestellt waren. Wir besuchten diese Messe am 20. November. Dort zeigte sich allein von der Zusammensetzung der ausländischen Aussteller und Einkäufer - vor allem Finnen und Schweden, nur vereinzelte Deutsche -, daß die oben zitierten Zahlen den groben Trend zutreffend skizzieren.

Finnland steckt derzeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit 25 Jahren. Die Arbeitslosigkeit schnellte auf ca. 10% hoch, das Haushaltsdefizit beträgt fast 30 Mrd. Mark, die Industrieproduktion ging innerhalb eines Jahres um 10% und der Export um 7% zurück. Der Rückgang des Handels mit der Sowjetunion - Finnland war nach der BRD der zweitwichtigste westliche Handelspartner der UdSSR - um 75-80% kommt einem Zusammenbruch gleich. Nun versucht die bürgerliche finnische Regierung dem Desaster mit einer Lohnsenkung um 4-5%, einem totalen Moratorium der Staatsausgaben - wobei allerdings die Verteidigungsausgaben gesteigert werden! - und ähnlichen neoliberalen Kuren beizukommen. Diese Turbulenzen haben Auswirkungen: finnische Unternehmen sind derzeit weder bereit noch in der Lage, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten und in größerem Umfang in Estland zu investieren. Der Staat spart. Insofern sind viele estnische Hoffnungen auf Sand gebaut, viele Finnmark kämen und wendeten alles zum Guten. Dennoch werden Finnland und Schweden die wichtigsten Handelspartner Estlands sein.

Deutsche Konzerne spielen dabei eine randständige Rolle. Ich vermag aus der Sicht von BRD-Unternehmen auch keine ökonomischen Faktoren zu sehen, die zu einer grundlegenden Neubewertung der Lage führen müßten. Was die Nachkommen der "Baltendeutschen", ehemalige Großgrundbesitzer, betrifft, so dürfte für diese sehr wenig Hoffnung auf die Einsetzung in alte Macht und Herrlichkeit bestehen, sofern diese Herrschaften denn überhaupt derartigen Träumen nachhängen.

Die Güter der Baltendeutschen wurden bereits 1918 von der damaligen bürgerlichen Regierung Estlands enteignet und das Land an Kleinbauern verteilt. Nun sollen zwar enteignete Güter zurückgegeben werden, das Stichjahr liegt jedoch bei 1940. Sollte es bei einem Teil der Mächtigen in der BRD, wie von der anti-deutschen Strömung der BRD-Linken behauptet, aufgrund historischer Bindungen ein Interesse an besonderen Beziehungen zum Baltikum sowie zu Kroatien geben, so haben diese bisher wenigstens in Estland keine reale ökonomische Interessensbasis. In diesem Falle deutet sich meiner Ansicht nach auch nicht an, daß spezielle ökonomische Interessen der BRD sich herauskristallisieren könnten, welche die Grundlage einer besonders reaktionären und chauvinistischen Politik sein könnten. Historisch gesehen bestanden diese speziellen Interessen wohl: sie lagen im Streben nach Aufrechterhaltung des von deutschen kontrollierten Großgrundbesitzes und Streben nach politischer Vorherrschaft der deutschen Minderheit. Hier lag eine wichtige Wurzel für ultrarechte politische Orientierung der Baltendeutschen.

7.In allen Diskussionen versuchten wir herauszufinden, welche Bedeutung denn für die Gesprächspartner die nationale Frage hatte. Alle waren pro-estnisch und in diesem Sinne patriotisch. Was die russischsprachige Minderheit betraf, so waren sich die Befragten weitgehend einig. "Diejenigen, die hier sind, die sollen bleiben. Wir müssen uns mit ihnen irgendwie arrangieren. Aber die Rote Armee muß sich zurückziehen, ebenso der KGB, der immer noch in Tallin agiert. Weitere Russen sollen nicht kommen, denn was Estland produziert, ist für die Esten da", meinte Victor.

Auf die Frage, ob das auch gelte, wenn in Leningrad wirklich die Versorgung zusammenbreche, zuckte er mit den Schultern. Dann kämen sie sowieso, sagte er. "Die Rote Armee zieht sich auch deshalb nicht zurück, weil sie durch ihre Anwesenheit dafür sorgen will, daß wir nichts gegen die Russen hier unternehmen", fügte er hinzu. "Einer der wenigen Vorteile, die wir wirklich haben: hier gibt es keine extremistischen Gruppen. Niemand will gewaltsame Lösungen, es gab noch keinen einzigen Anschlag nationalistischer Gruppen. So etwas würden auch alle ablehnen, das will niemand."

In diesem Zusammenhang bleibt mir eine Szene aus einem der vielen Dokumentarfilme unvergeßlich, die wir im Rahmen des Filmseminars sahen. In Narwa, der Grenzstadt zur UdSSR, zu 95% von Russen und nur zu 4% von Esten bewohnt, demonstrierten auf der estnischen Seite mehrere tausend Einwohner gegen die sowjetischen Behörden für das Offenhalten der Grenzen. Hüben und drüben ähnliche Lebensbedingungen, Verwandte, ähnliche kaputte, gesichtslose Städte, dieselbe Arbeit in der Leichtindustrie. Eine Exil-Estin aus den USA nutzt die Gunst der Stunde, entert das Podium und beginnt scharfe Parolen gegen die UdSSR,

gegen Gorbatschow und den Kommunismus an sich zu skandieren, redet sich in Rage, brüllt ins Mikrophon. Erst drehten sich die Zuhörer um, wandten sich ab und gingen dann auf die andere Straßenseite. Schließlich stand die US- Agitatorin völlig alleine da.

Aari versuchte mir seine Haltung zu erklären: "Wenn Russen hier in Fabriken arbeiten, ist mir das kein Problem. Aber wenn ich in ein Geschäft komme, oder zum Arzt gehe, etwas brauche und dort auf russisch angesprochen werde, ist mir das schon eines." Aber er spreche doch sicherlich russisch, wie vermutlich alle seines Alters, was sei da so schwierig? "Ja gut, aber ich bin hier in Estland, in meinem Land, nicht in Rußland, und hier kann man doch wohl schon erwarten,... ." Daß wir das alles nicht so recht kapieren können oder wollen, ist wohl überdeutlich von unseren Gesichtern abzulesen, trotz Höflichkeit und der Bereitschaft zu verstehen. Kurz bevor er gegen 1.30 Uhr nachts nach Hause ging, kam Aari noch einmal zurück: "Ich bin für die Unabhängigkeit, aber nicht daß ihr meint, ich bin ein Nationalist! Meine Frau ist Russin, lebt und arbeitet in Moskau und meine Töchter sprechen beide Sprachen. Ich weiß nicht einmal sicher, in welcher sie denken!"

Al., Nürnberg

6. Dezember 1991

5. Sowjetunion ade! Der größte Staat der Erde zerfällt

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:41

"Das Zentrum bin ich", sagte Gorbatschow in einem Interview mit französischen Journalisten. Doch wovon, fragt sich nicht nur der schlangestehende Sowjetmensch. Spätestens seit dem am Wochenende vom 7./8.12. beschlossenen Staatenbund zwischen Belorußland, der Ukraine und Rußland scheint die UdSSR endgültig von der politischen Weltkarte verschwunden. Die Präsidenten dieser drei Republiken erklärten, daß die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts aufgehört habe zu existieren. Sie reklamieren für sich die Nachfolge dieses Staates mit seinen Rechten und Pflichten. Diese nicht ganz unerwartete Entwicklung war nach dem Ausgang der Wahlen in der Ukraine möglich geworden. Mit Jelzin und Krawtschuk haben die zwei wichtigsten Republiken der alten UdSSR vom Volk gewählte Präsidenten. Ein Umstand, von dem Gorbatschow nur träumen kann.

Das Volk der Ukraine war Anfang Dezember zu den Urnen gerufen worden. Es galt, darüber abzustimmen, ob das Land unabhängig werden und welchen Präsidenten es an seiner Spitze haben wollte. Im Vorfeld dieser Wahlen hatten sowohl der sowjetische als auch der russische Präsident vor einer Entscheidung gewarnt, die auf eine Lostrennung der Ukraine von der übrigen Union hinauslaufen würde. Gorbatschow und auch Jelzin konnten, respektive wollten, sich keine Union ohne die Ukraine vorstellen. Angesichts der ökonomischen Bedeutung dieser Republik auch nicht weiter verwunderlich, ist doch die Ukraine nach der Russischen Föderation die bedeutendste Republik, was industrielle und auch landwirtschaftliche Produktion anbelangt.

Mit überwältigender Mehrheit beschlossen die BürgerInnen der Ukraine, daß ihr Staat sich von der Union trennen, unabhängig werden solle und daß Leonid Krawtschuk ihr Präsident werde. Dieser erklärte denn auch, daß er nicht beabsichtige, Gorbatschow in seinen Plänen einer Union Souveräner Staaten zu folgen, sondern daß die Ukraine als unabhängiger Staat Teil der Völkergemeinschaft werden solle. Zwar müsse über die in der Ukraine stationierten A-Waffen geredet werden, aber für die Ukraine bestünde kein Interesse an einer wie auch immer gearteten politischen Zentrale.

Dies war ein deutlicher Hieb gegen Gorbatschow und sein Festhalten an einer zentralen Macht. Seit den Tagen des Doppelputsches im August wurden alle Versuche des Präsidenten, eine neue Union zu bilden, torpediert. Der versuchte Aufstand einiger Apparatschiks zielte auf die Verhinderung des neuen Unionsvertrages, das mehr oder weniger diktatorische Vorgehen der russischen Regierung in diesen Tagen galt ebenso wie das "Austrocknen" der Staatsbank der Ausschaltung der Zentrale. Aber auch die zögerliche Haltung der asiatischen Republiken bei der Zustimmung zu einer Union Souveräner Staaten war von dem Mißtrauen gegenüber einer neuen Zentrale geprägt. So ergab sich die vertrackte Situation, daß kaum jemand eine Zentralregierung, -instanz oder dergleichen möchte, aber alle wissen, daß es ohne eine zentrale Koordinierung - um es etwas beschönigend zu umschreiben - gerade auf dem Feld der wirtschaftlichen Beziehungen untereinander nicht geht.

Solschenyzistan

Alexander Solschenyzin machte vor nicht allzu langer Zeit den Vorschlag, daß sich die Sowjetunion von den nichtslawischen Republiken und Völkern trennen müsse und zu ihren Ursprüngen zurückkehren solle. Dieser Plan ist mit dem Abkommen von Brest in einem gewissen Sinne verwirklicht. Die drei "slawischen" Republiken beschließen einen unabhängigen Staatenbund. Dieser ist für alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion offen, wenn sie die Ziele und Grundsätze des Gründungsvertrages teilen. Hört sich gut an, nur weckt dieser Vertrag innerhalb der Völker und Nationen der alten UdSSR Mißtrauen.

Nursultan Nasarbajew, der Präsident Kasachstans, der mit 98,88 Prozent der Stimmen Anfang Dezember gewählt wurde, ist so etwas wie der Sprecher der asiatischen Republiken. Er beschwerte sich auch nach Bekanntwerden des Abkommens, daß weder er noch ein anderer Repräsentant der zentralasiatischen Republiken konsultiert worden sei. Folglich stellte er sich an die Seite Gorbatschows und forderte, daß es zwischen den Republiken eine engere Zusammenarbeit geben müsse als vom Staatenbund anvisiert. Gleichzeitig konstatierte er, daß in diesem Rahmen Gorbatschow eine wichtige politische Aufgabe und

Funktion zufallen würde. Nur welche, hat er dabei nicht gesagt. Insbesondere die Frage der Verfügung über die atomare Bewaffnung der UdSSR sei aus seiner Sicht nicht hinreichend beantwortet.

Hierzu gibt es wie zu vielen anderen Bereichen eine stattliche Anzahl von Äußerungen der verschiedenen Repräsentanten. Gorbatschow wiederholt ständig, daß sich die A-Waffen unter seiner Kontrolle befänden, die Republiken des Staatenbundes behaupten, daß sie die Kontrolle über diese Waffen der UdSSR gewährleisteten, während Nasarbajew als Präsident der vierten Republik, in der A-Waffen stationiert sind, nicht einbezogen wurde. Ein Grund zur Besorgnis?

Das Recht des Stärkeren

Nach dem Austritt der baltischen Staaten haben sich nun die politisch bedeutendsten und ökonomisch stärksten Republiken zusammengeschlossen. Dieser Schritt bietet einige Vorteile. So ist es möglich, in diesen drei Republiken eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben, ihre ökonomische Struktur ist recht ähnlich, ihr Entwicklungsniveau vergleichbar. Aufgrund seines ökonomischen Gewichts ist der Staatenbund in der Lage, gegenüber dem Westen nicht nur als Garant alter Verpflichtungen der UdSSR aufzutreten, sondern auch als zukünftiger Ansprechpartner anerkannt zu werden. Wichtigster Punkt hierbei ist die Übernahme der Schulden der UdSSR durch die Republiken und die gleichzeitige Garantie Rußlands, die Zahlungen aus dem Staatshaushalt der UdSSR zu gewährleisten. Hiermit hat sich Boris Jelzin die besten Ausgangsbedingungen geschaffen, um als Nachfolger Gorbatschows antreten zu können.

Die Verlierer in diesen Erbstreitigkeiten werden die asiatischen und kaukasischen Republiken sein. Allen voran die fünf asiatischen Republiken fürchten um ihre bisherige Entwicklung. Kasachstan, Kyrgystan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan haben vom burdensharing innerhalb der SU profitiert. Sowohl die alten Bolschewiki als auch die spätere Staatspartei haben immer Wert darauf gelegt, daß in diesen Republiken die materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung zu modernen Gesellschaften gegeben waren. Seien es Alphabetisierungskampagnen, Förderung von Wissenschaft und Kultur oder die Ansiedlung von Prestigeprojekten, diese Republiken wurden nicht vergessen.

Durch diese hier nur kurz angerissene regionale Entwicklungspolitik Moskaus wurden aus den Gebieten der asiatischen Republiken relativ moderne Gemeinwesen - von der Nomadenwirtschaft ins 20. Jahrhundert. Diese Entwicklung war nur durch die finanziellen Mittel aus dem Unionshaushalt möglich. Ob sie in Zukunft weiter fließen werden, darf nach dem Zusammenlegen der sowjetischen und russischen Staatshaushalte bezweifelt werden. Denn die reichen Republiken der Union waren schon im Sommer dieses Jahres nicht mehr bereit, diese Lastenteilung aufrecht zu erhalten. Somit fürchten die asiatischen Republiken zu Recht um ihren Lebensstandard.

Vergessen sollte mensch an dieser Stelle nicht, daß diese Republiken für ihre vermeintliche Sonderbehandlung einen hohen Preis bezahlt haben. Aufgrund der extensiven Wasserentnahme zur Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen versalzt der Aralsee und trocknet aus.

Die angrenzenden Gebiete von Kasachstan und Usbekistan leiden bereits seit Jahren unter Trinkwassermangel und Versalzung der spärlich vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Kasachstan ist nicht nur mit einem großen Teil der Interkontinentalraketen der UdSSR vollgestopft, sondern auch noch vom Weltraumschrott der Forschungszentren in Baikonur und Semipalatinsk übersät. Zwar wird dem Land Rohstoffreichtum in Form von Erdöl nachgesagt, doch verfügen weder die UdSSR noch irgendeine der Republiken über die finanziellen und technischen Möglichkeiten der erforderlichen Offshore-Technik.

Usbekistan produziert 60% der sowjetischen Baumwolle, und entsprechend ist das Land strukturiert und ruiniert. Selbst zaghafte Versuche in den sechziger und siebziger Jahren, die Monokultur zu durchbrechen, wurden seitens der Zentrale boykottiert. Die für Ackerbau und Viehzucht brauchbare Fläche ist durch den extensiven Anbau von Baumwolle auf Jahre geschädigt.

Tadschikistan produziert ebenfalls hauptsächlich Baumwolle mit den gleichen Problemen wie Usbekistan. In Turkmenistan ist der Anteil der Schafszucht am Nationaleinkommen der Republik etwas höher, aber wichtigstes Produkt ist auch hier die Baumwolle. Kyrgystan schließlich lebt hauptsächlich von der Zucht von Schafen und Ziegen, ist aber insgesamt das ärmste Land der Sowjetunion.

Die Böden dieser Länder sind durch die extensive Nutzung als Baumwollanbaufläche auf Jahre verseucht und geschädigt. Wenn nun die finanziellen Zuwendungen aus der Zentrale wegfallen, werden diese Regionen der alten UdSSR unweigerlich in längst vergangen geglaubte Zustände zurückfallen. Schon jetzt haben diese fünf Republiken in der Produktion von pflanzlichem Rauschgift das Goldene Dreieck und die südamerikanischen Staaten hinter sich gelassen. Mohn gedeiht halt auf Baumwollfeldern recht gut. Auch eine Art von Zukunft, nur sind die, die jetzt lauthals das Erbe der Union antreten wollen, hieran nicht ganz unschuldig.

Auf nach Westen

Die Vereinbarung von Minsk, die Gründung des Staatenbundes zwischen der Ukraine, Belorußland und der Russischen Föderation, soll innerhalb und außerhalb der alten SU Signale setzen. Allein durch die Wahl des offiziellen Standortes der Koordinationsorgane der Gemeinschaft wird deutlich, wohin die Reise gehen soll. Die belorussische Hauptstadt Minsk, die westlichste der noch verbliebenen Republikhauptstädte, wurde hierzu erkoren. Zum einen soll damit gezeigt werden, daß Rußland nicht die Oberherrschaft des Staatenbundes innehat, zum andern, daß sich die Gemeinschaft mit ihrer Politik zum Westen hin orientieren will. Hauptansprechpartner und auch Hoffnungsträger ist dabei die Europäische Gemeinschaft.

So hat Leonid Krawtschuk bereits am Tag nach seiner Wahl gesagt, daß die Ukraine - bei allen Schwierigkeiten, die dieser Prozeß beinhaltet - einen Aufnahmeantrag in die EG stellen will. Die EG ist hierbei vor allem als Partner, Helfer in Sachen wirtschaftlicher, technologischer und politischer Entwicklung gewünscht. Aber auch die ehemaligen Bündnispartner im RGW sind Adressaten dieser neuen politischen Option. Die Formulierung im Gründungsvertrag, daß das Abkommen für andere Staaten offen sei, zielt auf Polen, Rumänien, Bulgarien, die CSFR und Ungarn. Nicht nur, daß der Dreierbund sich nach wie vor diesen Staaten freundschaftlich verbunden fühlt, man erwartet von einer möglichst engen Zusammenarbeit das Gedeihen des eigenen Anwesens. Obendrein würde eine derartige Kooperation mit den ehemaligen Partnern die Chance eröffnen, sowohl an alte Beziehungen und Erfahrungen anknüpfen zu können, als auch eine Art östliche EG zu bilden.

Die Abkommen der Europäischen Gemeinschaft haben offenbar auf die drei Präsidenten einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Denn in dem gleichzeitig unterschriebenen Wirtschaftsabkommen wird nicht nur von enger Zusammenarbeit geredet, sondern es werden gemeinsame Anstrengungen skizziert, um zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu kommen. Sei es die Geldpolitik, die Regulierung der Preise, Wirtschaftsförderung oder Außenwirtschaft - in allem soll eine gemeinsame Politik formuliert und umgesetzt werden. Dies ist sicherlich angesichts der engen Zusammenarbeit dieser drei Republiken innerhalb der alten SU naheliegend, dennoch sind Abschottungs-und Absetzungstendenzen unverkennbar.

Mit der Wahl von Minsk als Hauptstadt des slawischen Bundes wird der Abstand zu den nichtslawischen Republiken in Asien und im Kaukasus vergrößert. Dies ist politisch und ökonomisch beabsichtigt. Um der eigenen Entwicklung Willen möchte mensch sich von den "Kostgängern" des alten Systems befreien. Unabhängig von irgendwelchen Verhandlungsergebnissen über neue Unionsverträge mit neuer Lastenverteilung sollen die ärmeren Regionen der alten Sowjetunion allein gelassen werden.

Erbe als Verantwortung

Der Staatenbund beruft sich in seinen ersten Erklärungen auf seine Rechte als Gründungsmitglied der UdSSR 1921. Als solche hätten sie das Recht, die UdSSR für aufgelöst zu erklären und sich selbst als Nachfolger zu bezeichnen und zu begreifen. Mal abgesehen von der Frage, ob die drei Staaten überhaupt verfassungsrechtlich zur Auflösung der Union berechtigt sind, ergeben sich darüber hinaus weitreichende Konsequenzen.

Zwar versicherten die drei Gründer, daß sie die Verträge der Sowjetunion auf dem internationalen Parkett einhalten werden, aber die Frage der inneren Verträge der SU wurde - bewußt? - ausgeklammert. Es ist von daher nicht verwunderlich, daß die Repräsentanten der übrigen Republiken zunächst mit Zurückhaltung reagierten. Nursultan Nasarbajew, der Präsident Kasachstans, war offensichtlich beleidigt, daß er als legitimer Vertreter der vierten Atommacht innerhalb der alten SU nicht zur Gründung des neuen Zusammenschlusses eingeladen worden war. Folglich versuchte er zunächst Gorbatschow zu stärken und auf Abstand zu den drei slawischen Republiken zu gehen. Doch dies war mehr eine politische Trotzreaktion denn Kalkül.

Auch Nasarbajew ist nicht entgangen, daß Gorbatschow mittlerweile ein Herrscher ohne Land und ohne Macht ist. Zudem gehört er selbst auch zu jenen Politikern, die einen Abbau des Zentralismus gefordert haben. Zwar hat Kasachstan zusammen mit den anderen zentralasiatischen Republiken ein größeres Interesse an einer zentralen Macht, von der sie auch weiterhin die für ihre Länder zwingend notwendigen materiellen Zuwendungen und Förderungen erhielten, als etwa Rußland oder die Ukraine. Doch aus den alten starren Verhältnissen möchten auch sie entfliehen.

Was Nasarbajew und auch die Repräsentanten anderen Republiken dazu bewogen hat, an dem Dreierbund doch Interesse zu finden, ist sicherlich auch die starre Haltung des Noch-Präsidenten. Durch seine Äußerung "Ich bin das Zentrum" hat er viele brüskiert, die in ihm einen wichtigen Partner, Vermittler und auch Garanten von Stabilität sahen; und sei es nur in der Frage des Umgangs mit den Atomwaffen. Klar ist allerdings, daß Gorbatschow diese Funktion nur in einem Bündnis mit Jelzin, Krawtschuk und Co. realisieren kann. Ohne sie hat er kein Geld, keine Macht.

Ob die Armee hinter ihm, dem formalen Oberbefehlshaber, steht, muß bezweifelt werden. So ist in den führenden Armeekreisen Jelzin wesentlicher angesehener. Der jetzige militärische Oberbefehlshaber hat Anfang der Woche Jelzin versichert, daß die Armee sich zurückhalten und nicht in die politischen Prozesse eingreifen werde. Eine Erklärung, die Jelzin in der derzeitigen Lage nützt, die aber real keinen Wert hat. Denn niemand kann derzeit sagen, daß die Armee politisch einheitlich und als Ganzes noch existent sei. Sicherlich, das Gros der Truppen und Einrichtungen befindet sich auf dem Gebiet der Russischen Föderation, aber in den Republiken geht der Aufbau nationaler Garden mit unvermindertem Tempo weiter. Es entstehen kleine und kleinere Armeen, die sich der Kontrolle der zentralen Armeeführung und damit auch der politischen Kontrolle entziehen.

Aber auch innerhalb der Sowjetarmee kann niemand für deren Einheit und Zusammenhalt garantieren. Der Zusammenbruch der geregelten Versorgung, die Unzufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen kennzeichnen logischerweise auch die Stimmung innerhalb der Armee. Da ist es naheliegend, wenn Offiziere oder Mannschaftsteile auf die Idee kommen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Folglich sind immer wieder auftauchende Putschgerüchte, bei aller damit bezweckten politischen Stimmungsmache, auch ernstzunehmen.

Jelzin, Schuschkewitsch und Krawtschuk haben mit ihrem Erbschaftsanspruch für wesentlich mehr als die drei Republiken die Verantwortung übernommen. Sei es die Frage der atomaren Bewaffnung, der Fürsorge für das Militär, seien es die Beziehungen zu den restlichen Republiken - für die Lösung dieser Fragen sind die drei verantwortlich. Im Falle ihres Scheiterns werden sie versuchen, Gorbatschow mit seiner zögerlichen Politik den Schwarzen Peter zuzuschieben. Doch den Kaiser, der zum Hofnarr wird, sollte kein ehrlicher Mensch mit Dreck bewerfen.

Bürgerkrieg, Anarchie, Chaos

Mit diesen Schlagworten wird sowohl seitens des alten Zentrums aber auch vom Westen argumentiert, wenn es um die Frage geht, was aus der Sowjetunion wird. Gorbatschow und die Zentristen möchten in irgendeiner Form die Union mit einem starken Machtzentrum erhalten. Doch diese Pläne wurden jetzt zum zweitenmal in diesem Jahr durchkreuzt. So konnte Gorbatschow zwar einen Vertrag über eine gemeinsame Wirtschaftsunion durchsetzen, doch ist dieser von keiner der zwölf beitrittswilligen Republiken ratifiziert worden; zu kompliziert, zu langwierig die Verhandlungen über fast dreißig Unterabkommen. Zu groß aber auch ist das Mißtrauen gegenüber den Repräsentanten der alten Zentrale, zu tief sitzt die Befürchtung, daß mit schönen Worten die Etablierung einer neuen Zentralmacht vollzogen werden soll. Angesichts der divergierenden Interessen ist das nicht besonders verwunderlich.

Die Republiken wollten den Gremien der Union repräsentative und auf die Bereiche Außenwirtschaft und interne Koordination beschränkte Befugnisse geben. Diese sollten sie von den Republiken qua Staatsakt erhalten; es wäre also eine Union von Republiksgnaden gewesen.

Gorbatschow hingegen wollte, daß die Gremien und Repräsentanten der Union vom Volk gewählt werden, daß die Union ein eigenes Parlament und eine eigenständige Regierung erhält. Dies aber ging und geht den Republiken zu weit, ist aus ihrer Sicht nur die Neuauflage dessen, was jahrelang praktiziert wurde.

Aus der Sicht von Gorbatschow und seinen Leuten ist die jetzige Entwicklung chaotisch und muß auf Bürgerkrieg hinauslaufen, da die "ordnende Hand" der Zentrale fehlt. Diese Gefahr ist sicherlich real vorhanden. Nur würde sie durch eine wie auch immer geartete Zentrale nicht gemildert oder ausgeschlossen werden. Das Gegenteil wäre wohl eher der Fall.

Richtig ist ebenfalls, daß die Wirtschaft, die wirtschaftlichen Strukturen innerhalb der alten SU zusammenbrechen und die Gefahr von Hungersnöten, Riots und Aufständen gegeben ist. Die Versorgungslage der großen Städte insbesondere in Rußland verschlechtert sich täglich, Gorbatschow hat schon den Westen um Hilfe für Moskau und Leningrad (oh verdammt, ich kann mich an den neuen alten Namen noch nicht gewöhnen) gebeten. Im Abkommen des Dreierbundes ist auch vereinbart worden, daß diese Städte aus der Ukraine und Belorußland bevorzugt in den nächsten Tagen und Wochen mit Lebensmitteln beliefert werden.

Gorbatschow selber hätte dies nicht bewerkstelligen können, da der Widerstand gegen seine Politik und seine Person mittlerweile so groß geworden ist, daß die Nichtversorgung der Bevölkerung bewußt in Kauf genommen wird. Zu eng identifizieren die Menschen in den Republiken Gorbatschow mit dem Zentrum. Durch sein starres Festhalten an dieser Funktion verliert er innen- wie außenpolitisch das letzte Fünkchen Ansehen, er wird zu einer tragischen Figur.

Auch das Herbeireden von Anarchie und Chaos interessiert die Menschen recht wenig, sie wollen aus der derzeitigen Misere raus. Wie ist relativ egal. Die einen sehen in Jelzin und dem Staatenbund eine Möglichkeit, andere rufen nach dem starken Mann - und haben dabei Stalin vor Augen; wieder andere wenden sich ab und wollen von dem Geschwätz der Politiker nichts mehr hören. Es ist auch so gut wie unmöglich, für irgendeine Option Partei zu ergreifen. Denn alle laufen auf die Verschlechterung der Lebensverhältnisse hinaus, ob nun demokratisch legitimiert oder unter diktatorischen Verhältnissen. Ob nun Anarchie, Chaos oder ähnliche Begriffe, das Auseinanderfallen der Sowjetunion bringt Unübersichtlichkeiten, Unwägbarkeiten mit sich, die neu sind. Neu für die Menschen, die dort leben, neu für uns, die von diesen Prozessen nur mittelbar betroffen sind. Da sollten sich eigentlich solche Worte mit eindeutig diffamatorischem Charakter verbieten. Sie werden sowohl in der SU als auch bei uns benutzt, um die Ängste und Befürchtungen der Menschen zu schüren, sie für Lösungen nach der Devise "Law and Order" zu gewinnen. Letztendlich haben sie aber noch nie den Menschen genutzt.

Rußland: Ein besonderes Problem

Die neue slawische Union ist in sich ein latent instabiles Gebilde. Allein Belorußland hebt sich dadurch ab, daß bislang keine nationalen Zerwürfnisse die Republik erschüttern. Das sieht bei den beiden anderen Partnern schon anders aus.

Trotz des überzeugenden Wahlsieges von Leonid Krawtschuk ist die Möglichkeit einer Spaltung der Ukraine nicht vom Tisch. Aufgrund des geschickten Agierens von Krawtschuk hat die Nationalbewegung Ruch gerade im Westteil der Ukraine in letzter Zeit an Einfluß verloren, aber der Streit zwischen den Landesteilen wird wieder aufflammen, wenn die erhofften positiven Entwicklungsschübe durch die Unabhängigkeitserklärung und den jetzigen Bund ausbleiben.

Da davon auszugehen ist, daß sich die ökonomische Talfahrt weiter fortsetzen wird, werden auch die Gegensätze zwischen den politischen Optionen in der Ost- und Westukraine wieder zu Tage treten. In der letzteren gibt die Ruch nach wie vor den politischen Ton an, sie wird auch in Zukunft weiter für eine Lostrennung von der Ostukraine werben und mit dem anhaltenden Niedergang auch wieder verstärkt Zulauf erhalten. Dann werden auch sie versuchen, ihr Heil alleine zu finden. Demgegenüber werden in der Ostukraine die Forderungen nach einem Anschluß an Rußland wieder lauter werden. Zur Zeit sind diese Konflikte verdeckt, da sich alle große Hoffnungen machen in punkto Aufbruch nach Westen.

Der Russischen Föderation stehen die größten Auseinandersetzungen erst noch bevor. Vereinzelt beginnen schon die Nationen, die in autonomen Gebieten leben, sich von Rußland loszusagen. Dies geschieht überhaupt nicht in der Schärfe und Härte wie in der übrigen Union, doch können derartige regionale Konflikte sehr schnell eine eigene Dynamik entwickeln. Besonders schmerzlich für die Russische Föderation sind dabei die Separationsbestrebungen der Völkerschaften Sibiriens, die ihre Bodenschätze zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten und nicht mehr Rußland finanzieren wollen. So jedenfalls sind die Verlautbarungen des sibirischen

Städtebundes zu verstehen, in dem fast alle größeren sibirischen Städte vertreten sind. Im Auge hat dieser Bund eine enge Zusammenarbeit mit Japan, Korea und den USA, von Jelzin und Moskau wird so gut wie gar nicht geredet.

Desweiteren muß sich Jelzin bei der Durchsetzung seines Wirtschaftsprogrammes auf den Widerstand des militärisch-industriellen Komplexes einstellen. In Rußland ist die größte Zahl der Rüstungsbetriebe der alten Union beheimatet und ein immenser Wirtschaftsfaktor. In der Reformskizze von Jelzin und Co. sind es natürlich immense Kosten, die es gilt loszuwerden. Doch dies wird nicht einfach sein.

Mit Nikolai Rutzkoj hat der MIK einen namhaften und populären Fürsprecher, der mit seiner Partei, den demokratischen Kommunisten Rußlands, auch über eine recht starke politische Formation verfügt. Rutzkoj ist Stellvertreter Jelzins und sitzt somit im Zentrum der Macht Rußlands. Dies ist eine ähnliche Konstellation, wie sie mit Gorbatschow und Ryschkow auf Unionsebene gegeben war. Die Betriebe und Beschäftigten der Rüstungsindustrie befinden sich in einer mißlichen Lage. Sie sind außerhalb der derzeitigen Strukturen des Wirtschaftslebens. Zwar haben sie viel Geld, aber keine Produkte, die sie mit anderen Betrieben tauschen können, was mittlerweile der Normalfall wirtschaftlicher Beziehungen ist. Sie sind auf die Versorgungsleistungen des Staates angewiesen, und die funktionieren im Moment überhaupt nicht mehr. Der MIK mit seinen Beschäftigten ist nach wie vor der Ort, an dem konservative Lösungsmodelle hohen Zuspruch finden. Käme es zu einem Bündnis von MIK und relevanten Teilen der Armee - ein klassischer Militärputsch wäre nicht auszuschließen. Doch der ist aufgrund der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse und der Divergenz der Interesse derzeit nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht ganz auszuschließen.

Aufgrund der inneren Lage Rußlands erscheint die slawische Union auch so etwas wie ein Rettungsanker für Boris Jelzin zu sein. Denn alleine, nur als Rußland, sind die Chancen, dieses riesige Reich aus der Krise zu führen, recht gering.

Präsidenten - Großfürsten - Potentaten

Jelzin, Krawtschuk, Schuschkewitsch, Nasarbajew und wie sie im Moment alle heißen, die sich um das Erbe der alten SU streiten, sie sind genauso wie Gorbatschow selbst Kandidaten einer Übergangsperiode. Einer Periode, deren Ende genau sowenig abzusehen ist wie deren Resultat. In dieser Zeit werden die Erfolge der Oktoberrevolution nicht nur zunichte gemacht, die neuen Gesellschaften werden darüber hinweg gehen. Es steht zu befürchten, daß weite Teile des Gebietes der SU auf Verhältnisse zurückgeworfen werden, wie sie vor der Revolution bestanden haben.

Die einen werden von Despoten regiert werden - ansatzweise schon in Georgien zu erkennen, andere werden sich ihrer Stammestraditionen erinnern und zur Nomadenwirtschaft zurückkehren. Republiken wie Aserbaidschan und Kasachstan versuchen sich mehrere Optionen offen zu halten: zum einen Anschluß halten an die Entwicklung der slawischen Union, zum andern aber auch Orientierung zur islamischen Welt, beide Republiken sind bereits Vollmitglieder der "islamischen Konferenz".

Logisch ist, daß alle versuchen, sich in dieser Situation alle möglichen Bündnisoptionen offen zu halten. Bündniskonstellationen werden schneller wechseln als die Jahreszeiten, der Prozeß der "Umgestaltung" der politischen Landkarte hat mit dem Ausradieren der alten Grenz- und Bündnislinien gerade erst begonnen. Für neue gibts im Moment weder Stift noch Papier, weder gegen Rubel noch gegen Devisen.

Andreas Skrypietz

6. Die Krise der Staatsfinanzen. Warum hat die UdSSR kein Geld mehr

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:20

"Staatsbankrott gerade noch abgewendet" - so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der letzten Tage über die wirtschaftliche Situation in der UdSSR. Es schien, als habe die ehemalige Weltmacht kein Geld mehr. Gerüchte kursierten, daß der Staat seinen Bediensteten den Lohn nicht mehr zahlen könne und daß der UdSSR ein katastrophaler Winter drohe. Gleichzeitig trat ein Abkommen mit den westlichen Gläubigern in Kraft, das der UdSSR erlaubt, bis zum Jahre 1993 die Schulden nicht mehr zu bedienen, sondern lediglich die Zinsen zu zahlen. Die Republiken versicherten - nach einigem Hin und Her - die Schulden der UdSSR zu bezahlen und alle Verträge, die die UdSSR bisher eingegangen sei, einzuhalten. Dennoch bleibt die Frage, wieso hat die Union kein Geld mehr, obwohl das Land fast in Rubeln ertrinkt?

Die Finanzkrise der Zentralmacht der Union ist nur im Zusammenhang mit dem laufenden Machtkampf zwischen der Zentrale und den Republiken zu erklären. Der Bankrott der sowjetischen Staatsbank - Gosbank - ist bewußt herbeigeführt worden. Vordergründig sind die russischen Abgeordneten im Parlament der Union verantwortlich. Diese hatten auf Geheiß der russischen Regierung die Zustimmung zum Nachtragshaushalt der Union über 90,5 Milliarden Rubel für den Rest des Jahres abgelehnt und obendrein ihre Zustimmung zur Deckung der Finanzlücke mittels der Notenpresse verweigert. Dies war das Ende der Liquidität der Staatsbank und auch das Ende einer zielstrebigen Politik der russischen Regierung.

Nach dem Doppelputsch im August hatte Boris Jelzin immer wieder versucht, Gorbatschow davon zu überzeugen, daß die russische Regierung die Kontrolle der Staatsfinanzen übernehmen müsse. Dies aus zwei Gründen: Zum einen finanziere die Russische Föderation den größten Teil des Staatshaushaltes - es sind dies fast 80% - und zum anderen gefährde das Finanzgebaren der Union die Reformvorhaben der russischen Regierung. Denn bislang versuchte die Staatsbank fast ausschließlich über das Drucken von Geldnoten den Finanzbedarf zu decken. Dies ist natürlich ein Verfahren, das über kurz oder lang zu einer galoppierenden Inflation führen muß.

Da die russische Regierung beabsichtigt, eine Mehrwertsteuer in Höhe von 28% einzuführen, die Preise für den größten Teil der Produkte freizugeben, und obendrein nicht ausgeschlossen wird, daß es einen Lohnstopp gibt, ist es naheliegend, alle weiteren, die Inflation anheizenden finanzpolitischen Maßnahmen, zu unterbinden. Denn allein die eben aufgezählten Maßnahmen der russischen Regierung, die ab dem 16. Dezember in Kraft treten werden, führen dazu, daß die Inflation pro Woche um mindestens zwei Prozentpunkte ansteigen wird. Diese liegt nach vorsichtigen Schätzungen im Augenblick bei 18% im Monat. Aber Gorbatschow und Wiktor Geraschtschenko, der Chef von Gosbank, waren zu keinen Zugeständnissen in dieser Frage gegenüber der russischen Regierung bereit. Also entschloß sich Jelzin, die Staatsbank in die Pleite zu treiben.

Hauptsache, der Rubel rollt

Rubel befinden sich derzeit in der Union mehr in Umlauf, als für die Staatsfinanzen gut ist. Allein der Bestand, der privat bei den Bürgern des Landes "gehortet" wird, beläuft sich nach Angaben von Gosbank auf ca. 300 Millionen Rubel. Gleichzeitig fließen Rubel säckeweise nach Rußland. Viele Betriebe und staatliche Einrichtungen in den Republiken transferieren ihre Rubelbestände nach Rußland, da sie fürchten, bei Einführung nationaler Währungen ihre Liquidität zu verlieren. Ebenso gelangt sehr viel Schwarzmarktgeld nach Rußland. Damit werden Waren gekauft, die in Rußland eigentlich für die Republik selbst produziert werden. Allein durch diese Rubelströme ergeben sich für die russische Regierung genügend Möglichkeiten, die Scheine in ihre Tresore zu befördern, anstatt sie an Gosbank weiterzuleiten. Rubel sind somit mehr als ausreichend vorhanden, nur eben nicht im Besitz der Staatsbank.

Als Wiktor Geraschtschenko am 29.11. der sowjetischen Öffentlichkeit via TV kundtat, daß seine Institution, die Staatsbank, bankrott sei, fuhr den Menschen der Schreck in die Glieder. Wenn Millionen von Staatsbediensteten, Rentnern, Soldaten kein Geld erhielten, wäre die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Millionen Menschen ohne Einkommen, da wäre der Volksaufstand, wären "riots" vorprogrammiert.

Was aber dem Publikum nicht mitgeteilt wurde, war die Tatsache, daß die Zentralbank Rußlands der Staatsbank das so dringend benötigte Geld vorenthalten und ihre Zahlungen an die Gosbank eingestellt hatte. Da muß noch hinzugerechnet werden, daß fast alle Republiken ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Zentrale eingestellt haben, was aber angesichts der Lastenverteilung nicht so ins Gewicht fällt wie die Verweigerung der russischen Zentralbank. Nur durch diese wirtschaftliche Boykottmaßnahme war es möglich, daß sich Boris Jelzin als Retter der Staatsfinanzen präsentieren konnte. Mit dem Satz: "Rußland garantiert das!" übernahm die russische Föderation die Zahlungsverpflichtungen der Staatsbank und Jelzin die Verantwortung für den Staatshaushalt der Union. Der Rubel rollt in der Union nur noch mit seiner Zustimmung; Gorbatschow und Geraschtschenko vereinbarten mit Jelzin, daß der russische und der sowjetische Haushalt zusammengelegt werden.

Teilerfolg oder Pyrrhussieg?

Für Jelzin und seine Berater Gennadij Burbulis und Jegor Gajdar, ist die Zusammenlegung der Haushalte ein Teilerfolg. Denn sie wollen über eine Konsolidierung der Staatsfinanzen die ökonomische Souveränität der russischen Föderation ermöglichen und absichern. Ihr Reformprogramm, die beschleunigte Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Risiken, kann aus ihrer Sicht nur funktionieren, wenn seitens der Zentrale finanzpolitische Disziplin gewahrt wird. Doch wie diese aussieht und eventuell umgesetzt werden soll, weiß niemand.

Hauptkritikpunkt ist die bisherige Ausgabenpraxis des Kreml. Seit dem offenen Ausbruch nationalistischer Bestrebungen gerade in den südlichen Republiken versuchte die Zentrale diese mittels sozialpolitisch kaschierter Zuwendungen weiter an sich zu binden. Als im Frühjahr dieses Jahres der damalige Ministerpräsident Pawlow unter Wirtschaftsreform nur Preiserhöhung verstand, war für die reicheren Republiken das Ende der Fahnenstange erreicht. Denn Pawlow wollte neben den Preiserhöhungen ein System von Kompensationszahlungen etablieren, das die Belastung der Bevölkerung in Grenzen gehalten hätte. Hiervon aber hätten ausschließlich die asiatischen und kaukasischen Republiken profitiert, während allen voran Rußland und die Ukraine zu den Hauptfinanziers des Vorhabens geworden wären. Sie verweigerten daraufhin die Zahlungen an den Zentralhaushalt. Da Moskau aber bei den übrigen Republiken im Wort, besser gesagt im Geld ist, mußte welches gedruckt werden. Will also die russische Regierung die Staatsfinanzen konsolidieren, müssen Ausgaben begrenzt werden.

Hauptbetroffene hiervon werden die südlichen Republiken der Union sein. Darüberhinaus Rentner und andere, die mit ihrem Einkommen von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Denn die Sozialprogramme stehen ganz oben auf der Streichungs- und Kürzungsliste. Dies wird als fast die einzige Möglichkeit angesehen, Geld zu sparen. Denn die Deviseneinnahmen der Union sinken beständig. Dies liegt hauptsächlich am Rückgang der sowjetischen Erdölförderung. Aufgrund der Überalterung der Anlagen droht sogar der Zusammenbruch der Förderung. Damit fällt ein wichtiger Devisenbringer aus. Aber auch die gesamte Industrieproduktion ist rückläufig. Zum einen brechen die Anlagen aufgrund der fehlenden Ersatzinvestitionen zusammen, zum anderen können viele Betriebe nicht weiter produzieren, weil die bisherige Arbeitsteilung und Zulieferbeziehungen nicht mehr funktionieren. Eine wie auch immer geartete Exportoffensive der sowjetischen Wirtschaft kann es somit nicht geben.

Aber der Versuch, die Finanzkrise der Union mittels einer restriktiven Haushaltspolitik zu lösen, kann die bestehenden Widersprüche zwischen reichen und armen Republiken, zwischen Zentrale, Rußland und der Peripherie nur verstärken. Mittlerweile ist Rußland in der Situation, daß es aufgrund der übernommenen Pflichten etwas machen muß, wofür es die Zentrale vehement kritisiert hat: es muß 36,5 Milliarden Rubel drucken. Der Teilerfolg der Zusammenlegung der Haushalte kann aufgrund der finanzpolitischen Verantwortung Rußlands für den gesamten Staatshaushalt schnell zum Pyrrhussieg werden.

Konvertierbarkeit des Rubels

Ein weiteres Ziel der derzeitigen Versuche, den Haushalt zu konsolidieren, ist die freie Konvertierbarkeit des Rubels. Während viele Republiken, insbesondere die westlichen, überlegen, eigene Währungen einzuführen, setzt die russische Regierung darauf, den Rubel konvertierbar zu machen. Allerdings ist momentan völlig offen, wie dies geschehen soll. Denn der Rubel verliert täglich an Wert. Wenige Tage vor der Bankrotterklärung mußte die Staatsbank den bisherigen Touristenkurs für Rubel aufgeben und die Abgabe von

Rubel an Touristen und andere Devisenbesitzer einstellen. Der Kurs von 47 Rubel für 1 Dollar war nicht mehr zu halten. Mittlerweile wird der Dollar auf dem Schwarzmarkt in Moskau mit 88 Rubel gehandelt, an der Börse in Moskau mit 100 Rubel. Dieser Kurs ist täglich fallend aus Sicht des Rubels.

Angesichts dieser Entwicklung ist es verständlich, daß alle dieser Währung entfliehen möchten, nicht in diesen Sog hinein wollen. Die Einführung eigener Währungen ist aus Sicht einiger Republiken ein probates Mittel, für den großen Teil der Bevölkerung aber bedeutet es, daß ihr Einkommen immer weniger wert ist, daß die Lebenshaltungskosten explodieren. Wie aber eine Währung, die unter einem derartigen inflationären Druck steht, frei konvertierbar werden soll, kann niemand sagen.

Geht mensch nach den Lehrbüchern westlicher Ökonomen, kann da nur eine drastische Abwertung helfen. Doch dies ist in der SU nicht machbar. Es hieße, weite Teile der Bevölkerung dem Hunger auszuliefern, Hungerrevolten zu provozieren. Hinzu kommt, daß derzeit keine staatliche Institution in Sicht ist, die ein solches, notwendigerweise dirigistisches Programm für den gesamten Bereich der SU umsetzen könnte.

Andreas Skrypietz

7. §218 - Sonderausschuß für Zwangsberatung

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:44

Am 12. November und 6. Dezember fanden die sogenannten Expertenanhörungen zur Neuregelung des Abtreibungsrechts statt.

Für diese Anhörungen war unter dem Vorsitz der CSU-Abgeordneten Ursula Männle ein Sonderausschuß eingerichtet worden. Zu welchen Ergebnissen dieser Ausschuß in der Mehrheit kommen soll ist klar. Allein die Bezeichnung des Ausschusses "Schutz des ungeborenen Lebens " dürfte da keine Zweifel mehr aufkommen lassen. So hatte man denn auch vornehmlich männliche "Experten" aus dem liberalen bis konservativ-klerikalen Lager eingeladen. Und bei der ersten Ausschußsitzung wurden Sachverständige aus der ehemaligen DDR vorsorglich "vergessen". Der Versuch der Abgeordneten Christina Schenk (Unabhängiger Frauenverband, Bündnis 90/Grüne) daraufhin die erste Ausschußsitzung zu verschieben, wurde abgebügelt.

So brachte die erste Anhörung denn auch keine Überraschungen. Auf der Ausschußsitzung im November wurde von der Mehrheit der Experten der Unionsentwurf wegen seiner unklaren Aussage zu den Entscheidungsbefugnissen des Arztes und der daraus resultierenden Rechtsunsicherheit zwar (noch) kritisiert. Dafür fand der Entwurf der FDP Zustimmung, der eine Fristenregelung bei Fortbestehen der Strafandrohung und mit einer verschärften Zwangsberatung vorsieht. Nach der Anhörung beeilte sich die frauenpolitische Sprecherin der FDP, Uta Würfel, dann sogleich zu erklären, daß sie einen Kompromiß zwischen einer Indikations-und Fristenregelung für möglich hält, bei dem ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verboten ist, in einer Notlage aber die Frau nach Zwangsberatung selbst entscheiden kann. Ähnliche Vorstellungen waren auch von Rita Süßmuth auf einer Hamburger Veranstaltung zu vernehmen.

Teile der Union und Rechtspolitiker warnen allerdings vor einer Fristenregelung. So erklärte der ehemalige Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, Benda, auf der zweiten Ausschußsitzung, daß alle vorliegenden Gesetzentwürfe mit Fristenregelung aus seiner Sicht, verfassungswidrig seien. Dennoch könnte ein "Kompromiß" zwischen einer Indikationsregelung und einer Fristenreglung mit verschärfter Zwangsberatung im Bundestag durchaus Mehrheiten bekommen. Von Sozialdemokratinnen ist schon zu hören, daß sie die Beratungsfrage neu überdenken müßten.

Aus dem radikaldemokratischen, grünen und linken Spektrum ist bislang wenig Widerstand zu verspüren. Hatte frau noch vor einigen Jahren eine Verschärfung der Zwangsberatung im Bündnis mit anderen erfolgreich verhindern können, so wird jetzt, vielleicht aus Resignation oder aus Angst vor noch Schlimmerem eine defensive und abwartende Haltung eingenommen. Teile der Frauenbewegung wie die EMMA rufen sogar dazu auf, dem FDP-Gesetz als kleinerem Übel zuzustimmen.

Es wird Zeit, daß diejenigen, "die da noch durchblicken", sich zu Wort melden. Aus diesem Anlaß drucken wir hier Auszüge ab aus einem Beitrag von Conny Hühn, den sie als Sachverständige auf der ersten Sonderausschußsitzung vortrug. Darin setzt sie sich kritisch mit der Zwangsberatung und ihren Folgen für die Frauen auseinander. Die Autorin ist Psychologin und arbeitet als Beraterin im Feministischen Frauengesundheitszentrum in Frankfurt.

Sy.

8. Dokumentation: Keine Indikation, keine strafbewährte Beratung

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:27

Am Ende des fünften Tages der Anhörung zur Reform des Abtreibungsrechtes in Deutschland erklärt die Abgeordnete Christina Schenk vom Unabhängigen Frauenverband (UFV) Bündnis 90/Die Grünen:

Indikationsmodelle und strafbewährte Zwangsberatung sind obsolet und nicht dazu geeignet, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern.

Die gereizte Atmosphäre, die in der heutigen Anhörung zeitweise zu spüren war sowie die ratlosen Fragen radikaler Abtreibungsgegner deuten darauf hin, daß diese Modelle gesellschaftlich ausgespielt haben.

Die Zwangsberatung, die im FDP-Entwurf enthalten ist, wurde von namhaften Expertinnen scharf kritisiert.

Die Anhörung des Sonderausschusses hat insgesamt ergeben, daß die SPD sehr gute Chancen hat, die wesentlichen Teile ihres Gesetzentwurfes durchzusetzen. Allerdings setzt dies voraus, daß die SPD konsequent zu den von ihr verkündeten Grundsätzen steht. Der Unabhängige Frauenverband (UFV) wird das diesbezügliche Verhalten dieser Partei kritisch beobachten.

Bündnis 90/Die Grünen

9. Rückendeckung aus Karlsruhe. Bundesgerichtshof bestätigt Memminger Urteil

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:43

Anfang Dezember fällte der Bundesgerichtshof (BGH) im Fall Dr. Horst Theissen sein Urteil: Hexenprozesse sind weiterhin möglich. Der Revisionsantrag gegen die im Mai 1989 vom Memminger Landgericht verhängte Gesamtstrafe gegen Dr. Theissen wurde weitgehend abgelehnt. Die Memminger Richter hatten Theissen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und zu drei Jahren Berufsverbot wegen Abtreibung in 79 Fällen verurteilt, 36 Abtreibungen seien ohne vorliegende Notlagenindikation durchgeführt worden. Der BGH bestätigte nunmehr, daß eine Notlagenindikation auch dann nicht gegeben ist, wenn eine Frau mit sechs Kindern total überfordert ist, wenn ein Mann seine 17jährige schwangere Freundin verprügelt und wenn eine 45jährige Frau sich zu alt für ein Kind fühlt. Die Verurteilung wegen Steuerhinterziehung spielte nur eine untergeordnete Rolle. Sie war nur der Anlaß, um am Fall Theissen ein politisches Exempel zu statuieren. Lediglich in 20 Fällen wurde Dr. Theissen vom BGH freigesprochen. Die Memminger Richter hatten "übersehen" daß 20 Fälle schon zu Beginn der Ermittlungen gegen Theissen im Jahre 1986 verjährt waren.

Mit dem Urteil des BGH aus Karlsruhe ist die Entscheidung der Memminger Richter in vollem Umfang bestätigt und gedeckt worden. So konnte der Vorsitzende des ersten Strafsenats des BGH denn auch zufrieden feststellen, Theissen sei es mit seinem Revisionsversuch nicht gelungen, das Memminger Urteil zu Fall zu bringen. Die Karlsruher Richter kamen zu dem Schluß, daß es nicht erheblich sei, daß sich die Memminger Richter immer wieder gegenseitig für unbefangen erklärt hätten. Sie hätten dem Recht genügen wollen, auch wenn dies nicht gelungen sei! Die Verteidigung von Theissen hatte den Memminger Richtern Barner und Ott Befangenheit vorgeworfen, weil Barner im Gerichtsverfahren ein Ermittlungsverfahren gegen den Frauenarzt aus dem Jahre 1979 in die Debatte gebracht hatte, aus dem Dr. Theissen aber als unschuldig hervorgegangen war. Richter Ott, der sich durch seine besonders üble Befragung der Zeuginnen gegen Dr. Theissen einen Namen gemacht hat, konnte nachgewiesen werden, daß seine eigene Freundin 1980 abgetrieben hatte. Er bestreitet, sie dazu gedrängt zu haben. Er habe bei dem Beratungsgespräch mit dem Arzt nur "mehr gesprochen" als sie. Die Richter einer anderen Kammer lehnten den Befangenheitsantrag gegen Barner ab. Ein Befangenheitsantrag gegen diese Richter wurde dann aber wieder von Barner und Ott abgelehnt. Damit hatten sich die Richter quasi ihre eigene Unbefangenheit bestätigt!

Die Beschlagnahmung der Patientinnenkartei durch die Steuerfahnder und das Weiterleiten an die Staatsanwaltschaft wurde vom BGH ebenfalls als rechtmäßig anerkannt. Mehr als 150 Frauen und rund 60 Männer hatten durch die Beschlagnahmung Strafbefehle wegen illegaler Abtreibung bis zu 3.200 DM erhalten. 79 Frauen waren unter Androhung von Beugehaft gegen Theissen vor Gericht und in den Zeugenstand gezwungen worden, wo sie sich peinlicher und diskriminierender Befragung aussetzen mußten. Die Begründung der Karlsruher Richter: Die Wahrheitsfindung und Einhaltung des Gesetzes habe hier Vorrang vor Datenschutz und Schweigepflicht! Damit kann also weiterhin in der Intimsphäre von Patientinnen herumgeschnüffelt werden.

Von Bedeutung ist auch, daß der BGH das Recht der zuständigen Gerichte bestätigte, über eine Notlagenindikation zu urteilen. Ob der Arzt seinen Pflichten, "die näheren Umstände aufzuklären" genügend nachgekommen sei, falle in die Entscheidungskompetenz des Tatrichters. Damit ist klar: Kein Arzt kann es mehr wagen, eine Indikation auszustellen, wenn er nicht mit einem Bein im Gefängnis stehen will!

Das Urteil des BGH zielt eindeutig auf eine Entlastung und Bestätigung des Memminger Gerichts. Ob dieses Urteil eine positive Auswirkung auf die Entscheidung bei einer Neuregelung des § 218 hat, weil es "jedes Indikationsmodell in Verruf" bringt, wie die "taz" zu hoffen wagt, ist fraglich. Eher ist anzunehmen, daß dieses Urteil die Debatte dahingehend beeinflussen kann, daß kein "liberaleres Gesetz" rauskommt. Warum war man in Karlsruhe sonst so sehr darauf bedacht, noch vor der Neuregelung eine Entscheidung zu treffen? Der Antrag der Anwälte von Dr. Theissen, den Prozeß zu vertagen und die Entscheidung des Bundestages abzuwarten, war vom BGH abgelehnt worden.

Das Verfahren zur Festsetzung der Strafe gegen Dr. Theissen ist an das Landgericht Augsburg verwiesen worden. Es ist nicht auszuschließen, daß dort das inzwischen vom Münchner Landgericht aufgehobene

dreijährige Berufsverbot gegen Dr. Theissen wieder gekippt wird. Die Existenz von Dr. Theissen ist weiterhin gefährdet.

Sy.

Pro Familia hat ein Spendenkonto eingerichtet: Stichwort "Sonderkonto Dr. Theissen", Hamburger Sparkasse, Kto. 1013/216880, BLZ 20050550

10. Der Zwang zur Beratung verletzt die Frau Von Conny Hühn

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:39

Stellungnahme zu Fragen der Beratung ungewollt schwangerer Frauen für die Anhörung des Sonderausschusses des Deutschen Bundestages "Schutz des ungeborenen Lebens" am 15.11.1991

Grundsätzliches zu Beratungen

Menschen suchen Beratungen auf, weil sie sich informieren wollen. Für das Aufsuchen psychologischer Beratungen ist ein Leidensdruck und Veränderungswunsch des ratsuchenden Individuums Voraussetzung. Menschen wollen sich in psychologischen Beratungen mehr Bewußtsein über ihre Motive, Wünsche und Konflikte erarbeiten, um dadurch entscheidungs- und handlungsfähiger zu werden. Der Leidensdruck motiviert und ermöglicht es dem ratsuchenden Menschen, sich mit seinem Innenleben einem fremden, fachkundigen Menschen zu öffnen. Der ratsuchende Mensch erlaubt durch das freiwillige Aufsuchen einer Beratung einem anderen Menschen Zugang zu seinen Gefühlen, Empfindungen und Gedanken. Selbst zwischen Psychologinnen und Psychologen unterschiedlicher Ausrichtung herrscht eine erstaunliche Übereinstimmung darüber vor, daß Freiwilligkeit der ratsuchenden Person, wohlwollende Neutralität und Schweigepflicht nicht Neben- oder Randbedingungen sondern Konstitutionsbedingungen eines psychologischen Gesprächs sind.

Schwangerschaftsberatungen, so wie sie die Gesetzentwürfe der CDU/CSU, der FDP und der Abgeordnetengruppe H. Werner et al. vorsehen, sind demnach psychologische Beratungen, da es in ihnen um Gefühle und Einstellungen schwangerer Frauen zu ihren Schwangerschaften geht.

Eine Beratungspflicht verletzt die allgemein anerkannte Grundvoraussetzung der Freiwilligkeit bei Beratungen. Es liegt ein Verstoß gegen das Gebot der Neutralität vor, wenn Beratungsfachleute eine Beratungssituation nach Interessen, die außerhalb der Bedürfnisse der Ratsuchenden liegen, einseitig zu beeinflussen versuchen, z.B. in Form von von außen gesetzten Beratungszielen; zusätzlich stellt dies einen Mißbrauch des Vertrauens der Ratsuchenden dar, besonders, wenn es sich um psychische Konflikte handelt, zu deren Lösung Hilfe gesucht wird.

Von Außeninteressen geleitete Beeinflussungen in einer Beratungssituation schädigen den betroffenen Menschen, indem gegen seinen Willen und gegen seine Interessen in sein Innenleben eingedrungen und eingegriffen wird. Solche Eingriffe sind manipulativ und indoktrinativ. Auch helfende Intentionen bei verpflichtenden Gesprächen mit vorgeblich guten Zielen ändern nichts am eindringenden Charakter einer vorgeschriebenen Beratung. Eine Beratungspflicht ist abzulehnen, da sie der Grundvoraussetzung einer Beratung, nämlich die Freiwilligkeit, widerspricht und ein mißbräuchliches Eindringen in die psychische Welt eines Menschen darstellt.

Gesetzlich-vorgeschriebene Beratungen und deren Auswirkungen auf Frauen

Die Gesetzentwürfe der CDU/CSU, der FDP und der Abgeordnetengruppe H. Werner et al. sehen eine Beratung als Bedingung für einen Schwangerschaftsabbruch vor. Durch diese Vorschrift werden Frauen, die ungewollt schwanger sind, zu einem Gespräch mit einer ihnen fremden Fachperson über ihre Schwangerschaft verpflichtet. Das bedeutet ein Sprechen über Prozesse, die sich in ihrem Körper ereignen, die mit ihrer Sexualität und ihren zwischenmenschlichen Beziehungen zu tun haben und die eine Vielfalt von Gefühlen, Empfindungen und Gedanken bei den betroffenen Frauen auslösen. Bei Gesprächen über Schwangerschaft geht es sinnlich-konkret um den körperlichen und psychischen Innenraum von Frauen. Es besteht ein entscheidender Unterschied darin, ob eine Frau von sich aus ein solches Gespräch über ihre Schwangerschaft wünscht und sich dafür freiwillig öffnet, um Hilfe zu bekommen, oder ob Außenstehenden durch eine Gesprächspflicht Zugang zum Inneren einer Frau verschafft wird, die überhaupt keine Beratung wünscht und benötigt. Auch hilfsbereite Angebote freundlicher BeraterInnen ändern nichts an der Tatsache, daß Gespräche, die nicht freiwillig aufgesucht werden, prinzipiell einen eindringenden und entblößenden Charakter haben.

Festgelegte Beratungsziele verstärken den eindringenden und entmündigenden Charakter von Pflichtberatungen noch erheblich. Solche Beeinflussungen, die dazu dienen sollen, Frauen daran zu hindern

nach ihren eigenen Bereitschaften und Bedürfnissen zu entscheiden und zu handeln, sind gefährlich. Es kann erhebliche krankmachende Folgen für Frauen haben, wenn sie überredet oder genötigt werden, ihre Schwangerschaften auszutragen (oder abzubrechen), wenn sie selbst es nicht wollen.

In den vorgenannten Gesetzentwürfen werden verpflichtende Gespräche als Hilfsangebot für Frauen in Konflikten begründet und gerechtfertigt.

Im psychologischen Bereich ist eine Definition psychischer Konflikte durch Dritte und die daraus folgende Ableitung einer Beratungspflicht nicht legitim, da nur die betroffene Person über eine Beratungsbedürftigkeit der von ihr als solche empfundenen Konflikte entscheiden kann. Allgemeinpsychologisch ist es natürlich eine Tatsache, daß alle existentiell wichtigen Entscheidungen von Menschen mit Ambivalenzen und Konflikten behaftet sind. Bei anderen existentiellen Entscheidungen wird aber auch nicht von einer Beratungspflicht ausgegangen, z.B. beim Heiraten, der Berufswahl und beim Kinderkriegen, die auch alle wichtige Entscheidungen mit inhärentem Konfliktpotential sind.

Der Widerspruch zwischen dem Angebot einer Hilfeleistung und der gleichzeitig vorhandenen Verpflichtung, diese anzunehmen, ist nur durch die Annahme aufzulösen, daß es legitim sei, Frauen zu ihrem "Glück" durch wohlmeinenden, aber ungebetene Hilfestellung zu zwingen.

Frauen, die sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschlossen haben, wollen und brauchen in der Regel keine Beratung. Für Frauen mit Ambivalenzen und Konflikten, die Beratung wünschen, muß ein freiwilliges Angebot neutraler Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Hier können sie dann mit professioneller Hilfe die ihnen gemäße Lösung finden - ohne Beeinflussung durch Dritte. Als langjährige Mitarbeiterin einer Beratungsstelle, die freiwillige Beratung für ungewollt schwangere Frauen anbietet, ist mir durch viele Beratungsgespräche mit unterschiedlichen Frauen bekannt, wie unangenehm und penetrierend sie die Verpflichtung zur Beratung bei ihren Schwangerschaften empfinden. Viele Frauen benötigen und wollen dann eine freiwillige Beratung darüber, wie sie eine vorgeschriebene Beratung möglichst gut überstehen können.

Viele Frauen, die schon Pflichtberatungen aufgesucht haben, berichten wie unangenehm und verletzend diese Beratungen für sie waren.

Die Begründung und Rechtfertigung, eine Pflichtberatung für ungewollt schwan- gere Frauen helfe, werdendes Leben zu schützen, übergeht realitätsfern und unzulässig die konkreten sozialen und körperlich-sinnlichen Zusammenhänge, in denen Schwangerschaften stattfinden:

Das werdende Leben, also die Schwangerschaft der Frau, befindet sich im körperlichen Innenraum der Frau, d.h. in ihrer Gebärmutter. Eine ausgetragene, erwünschte Schwangerschaft ist ein körperlich-seelischer Prozeß, bei dem die Frau sich öffnet, in dem sie die Erweiterung ihres Körpers wünscht und zuläßt mit dem Ziel, einem Kind das Leben zu schenken. Die Vorstellung eines Schutzes eines solchen werdenden Lebens gegen die Frau ist eine erstaunliche Vorstellung: Diese Konstruktion trennt die Schwangerschaft von der Frau, mit der sie untrennbar verbunden ist. "Schwanger sein" ist eine Eigenschaft und Fähigkeit von Frauen, wenn sie es wollen; eine Schwangerschaft ohne die schwangere Frau kann also eigentlich gar nicht gedacht werden. Der Gedanke eines Lebensschutzes gegen die schwangere Frau impliziert aber einen solchen Gedanken.

Durch Pflichtberatung wird also in die körperlich-seelische Innenwelt der Frau eingedrungen, die "Produzentin" und Trägerin ihrer Schwangerschaft, ihrer Leibesfrucht ist. Die Frau, die schwanger sein will, schützt ihre Schwangerschaft selbst, genauso wie ihr eigenes Leben, weil beides untrennbar verbunden ist. Nur sie kann auf dem "Territorium" ihres Körpers entscheiden, ob sie die Schwangerschaft austragen will oder sich von ihr trennen möchte.

Frauen haben, wenn sie schwanger sind, prinzipiell zwei Möglichkeiten: Sie können sich für eine Veränderung und Erweiterung ihres Körpers mit allen daraus entstehenden körperlichen , psychischen und sozialen Folgen entscheiden und die Schwangerschaft austragen. Oder sie können sich dafür entscheiden, nicht schwanger bleiben zu wollen, wenn sie diese Veränderung in Körper, Seele und sozialem Leben nicht wünschen.

Seit Menschengedenken haben Frauen die beiden Möglichkeiten genutzt, mit ihrer Fruchtbarkeit umzugehen. Meistens ist bei gelebter Sexualität die Zeugung von Schwangerschaften nicht intendiert. Meistens geht es um das Leben von Lust in der Beziehung zwischen Frau und Mann. Bei gewünschten Schwangerschaften geht es auch um eine Art von Lust, nämlich die Freude und die Lust, durch eine gewünschte Erweiterung des Körpers

einen neuen Menschen hervorzubringen. Bei ungewollten Schwangerschaften ist dieses Bedürfnis und diese Lust nicht vorhanden. Es stellt einen Akt der Gewalt gegen Frauen dar, wenn Außenstehende gegen den Willen einer Frau ihre Schwangerschaft aufrechterhalten wollen; und es ist ein Akt psychischer Gewalt, einer Frau einzureden, daß sie etwas eigentlich ja doch will, obwohl sie "Nein" sagt. "So beglückend die gewollte Schwangerschaft sein mag, ist die ungewollte Schwangerschaft für die Frau buchstäblich eine gewaltsame Invasion ihres Körpers - ein Unterschied, der wohl am ehesten mit dem Liebesakt und Vergewaltigung vergleichbar ist." (1)

Da Menschen ein großes Potential sexuellen Begehrens haben und Frauen ca. 40 Jahre ihres Lebens körperlich fruchtbar sind, haben sie im Verlauf der Menschheitsgeschichte Kulturtechniken entwickelt , ihre sexuellen Wünsche und ihre Kinderwünsche in Einklang zu bringen. Zu diesen Kulturtechniken gehören alle fruchtbarkeitskontrollierenden, schwangerschaftsverhütenden Mittel für Frau und Mann und schwangerschaftsabbrechende Methoden und Mittel für die Frau.

Wenn Frauen sich entschließen, sich von einer Schwangerschaft zu trennen, das heißt, sie abzubrechen, wie sie es seit Menschengedenken getan haben (2), ist dies kein abnormer oder gar pathologischer Vorgang. Ungefähr jede zweite oder dritte Frau in Deutschland hatte einen (oder mehrere) Schwangerschaftsabbrüche. Die Lebenserfahrung von einer Vielzahl von Frauen und die überwältigende Mehrheit seriöser wissenschaftlicher Untersuchungen zu dem Thema besagen, daß Frauen Schwangerschaftsabbrüche in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle gut bewältigen. (3)

Die gesundheitlichen Risiken sind bekanntlich sehr gering und im Vergleich zum gesundheitlichen Risiko für eine Frau bei der Geburt eines Kindes völlig unbedeutend. (4)

Ein von der Frau gewünschter Schwangerschaftsabbruch ist keine dauerhafte Verletzung für sie oder gar ein Trauma, sondern ein Eingriff, der ihren Körper wieder in die ihren Wünschen entsprechende Lage versetzt, nämlich nicht mehr schwanger zu sein.

Psychologisch gibt es keine Veranlassung anzunehmen, daß Frauen sich schädigen, wenn sie sich für die vorhandene Handlungsalternative eines Schwangerschaftsabbruchs entscheiden, wenn sie auf diese Weise mit den Folgen ihrer Sexualität und ihren damit verbundenen körperlichen und seelischen Vorgängen umgehen. Menschen, die meinen, daß ein Schwangerschaftsabbruch etwas Schädliches sei, gehen meistens von der Grundvoraussetzung aus, daß Mutterschaft in jedem Fall einer Frau mehr entspreche und sie glücklicher mache als andere Lebensentwürfe. Dies kann aber nur die betroffene Frau selbst von Fall zu Fall entscheiden.

Schlußfolgerung

Jahrelange Beratungserfahrungen in dem Bereich haben gezeigt, daß es für solche Frauen eine Verletzung ihrer seelischen Integrität darstellt, wenn sie durch eine Verpflichtung zur Beratung dazu gezwungen sind, einem anderen Menschen Zugang zu ihrer inneren, psychischen Welt zu verschaffen.

Noch schwerwiegender wird der Eingriff, wenn Frauen zielgerichtet davon überzeugt werden sollen, eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen. Gespräche oder Beratungen, die Frauen, die ihre Schwangerschaften abbrechen wollen, zum Austragen überzeugen oder überreden wollen, penetrieren in Seele und Gedanken der Frauen und mißachten und verletzen sie dadurch, z.B. auch durch das Einreden von Traumen, Verletzungen und sogenannten Spätfolgen. Dies berichten viele Frauen in freiwilligen, neutralen Beratungen.

Zu psychischen Beeinträchtigungen und Schädigungen kommt es, wenn eine Frau sich nur auf Grund äußerer Beeinflussungen für oder gegen eine Schwangerschaft entscheidet - ohne eigene innere Bereitschaft. Auch das Beispiel von Frauen, die infolge eines Schwangerschaftsabbruchs psychisch erkranken, spricht nicht für, sondern gegen die verpflichtende Beratung. Wirkungsvolle Hilfsangebote auf psychologischer Ebene können in solchen Fällen nur gute Hilfsangebote auf freiwilliger Basis sein und die Ermunterung an Frauen, sie in Not-und Konfliktsituationen in Anspruch zu nehmen.

Verpflichtende Beratungen und Beratungen mit festgelegtem Beratungsziel sind deshalb abzulehnen.

Selbst die BefürworterInnen einer verpflichtenden Beratung im Deutschen Bundestag spüren das Einschneidende der existentiellen Entscheidung von Frauen für oder gegen das Austragen einer Schwangerschaft. Deshalb hat auch der Bundestag den Fraktionszwang aufgehoben, um der Freiheit der persönlichen Gewissensentscheidung der Abgeordneten Raum zu geben. Es wäre inkonsequent, dies den schwangeren Frauen zu verweigern.

Conny Hühn

Anmerkungen:

1) E. Willis: Abtreibung - Sind Frauen auch Menschen ? in: A. Snitow et al. "Die Politik des Begehrens", Berlin 1985

2) N.E. Himes: Medical History of Contraception, New York 1963

3) M. Mall-Haefeli et al.: Eine Prospektivstudie des Sozialmedizinischen Dienstes der Universitäts-Frauenklinik Basel über den Schwangerschaftsabbruch, in: H. Poettgen (Hrsg.) : "Die ungewollte Schwangerschaft", Köln 1982; Ärzte-Zeitung vom 17.4.1990 und viele andere Untersuchungen

4) E. Ketting und P. v. Praag: Schwangerschaftsabbruch. Gesetz und Praxis im internationalen Vergleich, Tübingen 1985;

H. H. Bräutigam und D. A. Grimes: Ärztliche Aspekte des legalen Schwangerschaftsabbruchs in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Stuttgart 1984 und viele andere Untersuchungen

11. Dokumentation: Presseerklärung von Jutta Ditfurth zur Anklage von S. Ernst

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:26

Dokumentation Abtreibungsgegner Siegfried Ernst verklagt Jutta Ditfurth (Ökologische Linke) wegen Äußerungen in RTL-Explosiv

Das Polizeipräsidium schickt mir soeben eine Vorladung für Freitag, den 13. Dezember 1991. Ich soll als Beschuldigte vernommen werden, angegebener Grund: "Vorliegende Strafsache wegen Verdacht der Beleidigung (§185) zum Nachteil Dr. Ernst am 1.10.1991 in der Fernsehsendung ‚Explosiv' (RTL-Plus)." In dieser Fernsehsendung gab es eine Konfrontation zwischen AbtreibungsgegnerInnen (sog. LebensschützerInnen) und mir über den §218.

Wer ist Dr. Siegfried Ernst? Zum Beispiel Dr. med. Siegfried Ernst: Er gründete 1975 die einflußreiche "Europäische Ärzteaktion (EÄA)". 1964 initiierte er die "Ulmer Denkschrift zur Frage der Geburtenbeschränkung", die von 400 Ärzten, darunter fast allen Chefärzten der größeren Frauenkliniken Baden- Württembergs, unterschrieben wurde. An den Pranger gestellt wurden darin die "öffentliche Sexualisierung und die Abtreibungsseuche". Ernst, von 1962-1975 auch CDU-Stadtrat in Ulm und bis 1989 Alterspräsident der evangelischen Landessynode Baden-Württemberg, führte 1972 offizielle Verhandlungen mit der NPD für eine Wählerinitiative. Seine feste Überzeugung: Mit dem millionenfachen Tod abgetriebener deutscher (!) Kinder sei das "Volksganze" bedroht. Leider sei das durch "Hitlers Verbrechen" tabuisiert, dennoch sei der Intelligenzquotient bei sozialen Schichten und Rassen verschieden.

Es gäbe kein Recht auf ein glückliches Sexualleben, die höchste Gabe der Frau sei die Mutterschaft, die Verwirklichung ihres Lebenssinns Ehe und Familie. (1) So führe die "Zwangssexualkunde in den Kindergärten" zur Überschwemmung der Strände mit Nudisten und "Frauen lernen ... sich auszuziehen... was sie am Strand lernen", treiben sie später heftig bei "Sexparties und Gruppensex". Dazu tragen auch die teuflischen "gruppendynamischen Übungen in der Schule und bei Tagungen" (GewerkschafterInnen aufpassen!) bei, was "reine Frauen und Mütter wie Mutter Teresa" gar nicht lieben. Der "Sexualtrieb" müsse unbedingt "unterdrückt" werden, dagegen sei der "Besitz- und Erwerbstrieb ein genetisch verankerter, lebenserhaltender Trieb ... ein Teil des Ernährungstriebes wie beim Hamster". "Marxismus und Sexualismus breiten sich aus wie der Schimmelpilz auf faulen Früchten."

An Hitler, auf den er sich immer wieder positiv bezieht (der sei zum Beispiel in Wirklichkeit verantwortlich für das `deutsche Wirtschaftswunder'), kritisiert er nicht viel mehr, als daß er sich nicht habe von Gott führen lassen. Leider lasse sich das Volk heute von einem "Anti-Hitler- Leitbild" führen, Vertreter der EÄA aber sind gegen Streiks, für die Todesstrafe, für deutsche Identität (wer nicht deutschnational ist, ist ein vaterlandsloser Gesell, Verräter, Spion oder Aussteiger). Die EÄA wütet gegen Rassenvermischung, gegen Homosexualität und entartete Kunst, gegen schlampige Frauen und Soldatenopfer fürs Vaterland. (2) Grafisch leistet sich das Kampfblatt der EÄA "Medizin und Ideologie" Bilder, die eine Übereinstimmung zwischen Bischof Tutu's Faust und dem Faschistengruß der Nazis belegen sollen. (3) Auszug aus meinem Beitrag "Hölle, Schuld und Knast" in dem soeben erschienenen Knaur-Taschenbuch "Zur Diskussion §218".

Siegfried Ernst hatte RTL im Juli 1991 als Diskussionsgegner für die Sendung am 1.10.1991 fest zugesagt und dann kurz vor der Sendung gekniffen. Über seine Geisteshaltung mag sein Leserbrief in der Südwestpresse (Ulm) vom 15.10.1991 informieren:

"Vielen Dank für Ihre Glosse über den Versuch von Fräulein (sie ist ja bisher nicht verheiratet) Jutta Ditfurth, mich als ‚Neo-Faschist` in meiner Abwesenheit in der Sendung ‚Explosiv` von RTL-Plus anzupöbeln ..." Dann zählt Ernst seine angeblichen Gründe auf, seine Teilnahme an der Sendung abzusagen (Kritik an pornographischen Sendungen von RTL) und nennt als 4. Absage-Grund:

"Viertens hatte ich keine Lust, eine zu diesen Sendungen durchaus passende Dame öffentlich aufzuwerten, die sich ihres ‚lustvollen`außerehelichen ‚Sexuallebens`rühmt und ihrer verschiedenen Abtreibungen. Es gibt bekanntlich das sogenannte ‚Post-Abortion-Syndrom`, also eine psychiatrische Fehlreaktion nach Abtreibungen, die dann durchaus dazu führen kann, daß man diejenigen, die sich für das Lebensrecht der

ungeborenen Kinder einsetzen, als ‚Neo-Faschisten` beleidigt im Sinne einer ‚Haltet-den-Dieb!`-Reaktion ... Da es schwierig ist zu klären, ob sie infolge des Post-Abortion-Syndroms für ihre Äußerungen voll verantwortlich gemacht werden kann, werden wir ... diese Frage vom Gericht klären lassen müssen."

Nun, es wird außerordentlich interessant sein, vor einem Gericht weitere Informationen über diesen rechtsextremistischen Rassisten, Lebensfeind und Frauenhasser zu veröffentlichen.

Jutta Ditfurth

Frankfurt, den 10. Dezember

Anmerkungen:

1) Siegfried Ernst (Hg.), Wissenschaft von gestern als ideologischer Irrtum von heute, Verlag Europäische Ärzteaktion, Ulm, 1990

2) Siegfried Ernst, Dein ist das Reich, Christiana Verlag, Stein am Rhein, 1982

3) Siegfried Ernst, Zeitschrift "Medizin und Ideologie" - Informationsblatt der EÄA, verschiedene Jahrgänge, u.a.: 8. Jg., Feb. 1986

12. Dokumentation: Petra Bläss (PDS/LL) zur Neuregelung des § 218

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:28

Petra Bläss zur Neuregelung des Paragraphen 218

Zur Fortsetzung der Sachverständigenanhörung zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs erklärt die frauenpolitische Sprecherin der PDS/LL im Bundestag, Petra Bläss:

Im letzten Teil der Anhörung des Sonderausschusses "Schutz des ungeborenen Lebens" kamen sie - dank der hartnäckigen Forderung der Abgeordnetengruppen PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne - nun doch noch zu Wort: Vertreterinnen des Frauenpolitischen Runden Tisches und des Unabhängigen Frauenverbandes, die authentisch über die Erfahrungen mit der in der DDR geltenden Fristenregelung berichten konnten. Eigentlich war ihre Anhörung eine Selbstverständlichkeit. Doch gerade weil sich die bisherige parlamentarische Debatte einseitig an der bisher in der BRD geltenden Regelung orientiert hat, verdient sie besondere Erwähnung.

Nachdem im ersten Teil der Anhörung realitätsferne und durchaus anzweifelbare Rechtsgelehrtenweisheiten reichlich zu hören waren, konnten sie die These, daß Frauen im Falle grundsätzlicher Straffreiheit mit einem Schwangerschaftsabbruch leichtfertig umgehen würden, eindeutig widerlegen. Deutlich geworden ist auch, daß Frauen in den neuen Bundesländern nicht bereit sind, einen solch gravierenden Eingriff in ihre persönliche Freiheit hinzunehmen, wie sie die Verweigerung der eigenen Entscheidungsfreiheit und die staatlich verordnete Beratung im Sinne des Lebensschutzes darstellen. Zurecht verwies die Verfassungsrechtlerin Prof. Monika Frommel darauf, daß nach wie vor für aus der DDR kommende Frauen eine strafrechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs absolut unvorstellbar ist und daß es keine guten Gründe gäbe, ihnen das geltende Westrecht automatisch überzustülpen.

Bleibt zu hoffen, daß die Worte der angehörten Sachverständigen des Frauenpolitischen Runden Tisches, des Unabhängigen Frauenverbandes, des DGB, der Pro Familia und anderer Einzelsachverständiger nicht ganz spurlos an den Ohren der Abgeordneten der Koalitionsparteien vorbeigegangen sind.

13. Die Rote Kapelle (Teil 2). "Alles, was ich tat ..." (Harro Schulze-Boysen)

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:37

Die EG auf dem Weg zur Politischen Union

Teil 2: Der Maastrichter Gipfel

Das bewährte deutsch-französische EG- Tandem hatte anfangs weitgehende Forderungen gestellt. Seit die beiden Regierungen auf dem Dubliner EG-Gipfel vom Juni letzten Jahres den kommenden Binnenmarkt durch eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie die Politische Union komplettieren wollten, zogen sich die Auseinandersetzungen über zwei Regierungskonferenzen in Rom und Luxemburg hin. Erst auf dem EG-Gipfel in Maastricht prallten die unterschiedlichen nationalen Interessenlagen der Zwölf mit aller Schärfe aufeinander.

Erwartungsgemäß wurden die deutsch- französischen Maximalforderungen erheblich reduziert, woran auch nach der Thatcher-Ära vor allem die Briten ihren maßgeblichen Anteil hatten. Ob die Deutschen auf ihre D-Mark, die Franzosen auf ihren Franc und die Griechen auf ihren Drachmen am Ende dieses Jahrtausends verzichten müssen, steht in den Sternen.

Das Europäische Parlament (EP) wird auch künftig nicht mehr sein als eine einträgliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, und die "Vergemeinschaftung" weiterer Politikfelder - von der Außen- und Sicherheitspolitik bis zum Asylrecht und zur Sozialpolitik - blieb am Veto der nationalstaatlichen Souveränitätsvorbehalte stecken.

Das deutsche Junktim aus einer "Parallelität" zwischen WWU einerseits und der Politischen Union andererseits sowie der "Unumkehrbarkeit" der EG-Integration wurde reichlich verwässert. Allein Österreich und Schweden dürfen sich freuen, denn mit ihnen sollen im nächsten Jahr die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, da sie ihre Beitritts-Schularbeiten größtenteils schon absolviert haben.

Das vielleicht wichtigste Ergebnis von Maastricht besteht darin, daß die Zwölf stillschweigend auf ein "Europa mehrerer Geschwindigkeiten" zusteuern, die der ungleichmäßigen Entwicklung und der nach wie vor bestehenden divergierenden politischen Interessenlagen geschuldet sind.

Auch eine weitere EG-Vertragsreform - die zweite nach Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) vor vier Jahren - resultiert übrigens direkt aus der deutschen Einheit, die das Kräfteparallelogramm auf diesem Kontinent ebenso verschob wie der Zerfall und Zusammenbruch des realsozialistischen Machtbereichs.

Historisch begründetes Mißtrauen der westeuropäischen Nachbarvölker und aktuelle Befürchtungen über eine Renaissance deutscher "Sonderwege" angesichts neuer Chancen, vorerst aber vor allem erheblicher Risiken im Osten, veranlaßten den deutschen Kanzler, im April letzten Jahres das kühne Unternehmen einer Politischen Union und einer verbindlich festgeschriebenen WWU einzufordern.

Mit dem klaren Bekenntnis zur Westpräferenz und zur Eingebundenheit in die EG-Integration wollte Kohl die übrigen Elf besänftigen. Diesen bleibt nur die Wahl zwischen zwei Übeln: entweder sie befürworten die EG-Integration und die deutsche Hegemonierolle in der Gemeinschaft der zwölf, wohl bald 14 Staaten, einschließlich eines pangermanischen Blocks mit Österreich - oder aber der innenpolitische Nationalismus der Deutschen bekommt auch außenpolitische Konturen, die Deutschen setzen ihre europäische Großmachtpolitik, die in Preußen ihren Anfang nahm und vorerst mit der Niederlage des Faschismus endete, ohne Rücksichtnahmen auf die EG-Sachzwänge fort.

Doch solche neudeutschen Großmachtoptionen, die von Herbert Kremp in der "Welt" offen erörtert werden, passen den übrigen Elf erst recht nicht und treffen sich mit dem derzeitigen außenpolitischen Grundkonsens der politisch herrschenden Klasse in der BRD (1). Und dieser besteht darin, daß sich deutsche Großmachtpolitik in der EG besser realisieren läßt als außerhalb, auch wenn dafür Kompromisse wie im Jugoslawien-Streit in Kauf genommen werden müssen. Denn neudeutsche Ost-Optionen erscheinen angesichts der politischen wie wirtschaftlichen Risiken als unkalkulierbar und von geringerem Nutzen.

Das Bonner Junktim

Es war Bundeskanzler Kohl, der ein Junktim zwischen der Schaffung der WWU, die bereits vor zwei Jahren auf den Weg gebracht worden war, und der Politischen Union herstellte. Der EG-Integrationsprozeß müsse "unumkehrbar" gemacht werden, verhieß der Annexionskanzler zur Beruhigung der westeuropäischen Nachbarn.

Souveränitätsverzicht der Deutschen auf ihren entscheidenden Trumpf - die D-Mark-Hegemonie - gegen allgemeine politische Souveränitätsverzichte der anderen, so ließe sich der Kohl'sche Deal umschreiben.

Doch wenige Wochen vor Maastricht nahm Kohl seine Forderung nach einer "Parallelität" beider Integrationsprozesse nicht mehr in den Mund, als sich bereits das Scheitern dieses kühnen Vorhabens während der laufenden Verhandlungen in den Ministerräten abzeichnete.

Das Paket wurde vor Maastricht also wieder aufgeschnürt und heraus kamen etliche, zum Teil vage Kompromisse.

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Seit dem 1. Juli 1990 läuft bereits die erste Stufe der WWU, die auf einem modifizierten "Delors-Plan" von 1989 basiert. Man kann diese Phase als "Konvergenzphase" bezeichnen, da nur ein wirtschaftspolitischer Gleichklang, eine schrittweise Angleichung der Produktivität, des Wachstums, der Inflations- und Zinsraten, der öffentlichen Verschuldung usw. in den zwölf EG-Ländern eine gemeinsame Europäische Zentralbank (EZB) und eine gemeinsame Währung möglich machen.

Denn mit der Währungsunion würden die Außenwerte der elf EG-Währungen (Luxemburg hat den belgischen Franc als Tausch- und Zahlungsmittel) ihre Pufferfunktionen verlieren, Auf- und Abwertungen verunmöglichen und somit einschneidende Folgen für die wirtschaftlich schwächeren EG-Länder haben. Was in einem solchen Falle passieren würde, ist mit der Währungsunion der BRD mit der damaligen DDR in einer krassen Form vorexerziert worden. Ganz ähnlich würde es so auch Portugal, Griechenland oder Irland ergehen, wenn sie ohne eigene Zins- und Wechselkurspolitik der freien Konkurrenz im freien Binnenmarkt ausgesetzt wären.

Zu Stufe 1 der WWU gehört auch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Abschaffung der staatlichen Kapitalverkehrskontrollen, für die Spanien, Portugal, Griechenland und Irland zwei-bzw. vierjährige Übergangsfristen eingeräumt bekamen. Ferner besteht eine geld-, zins- und währungspolitische Kooperation aller elf EG-Notenbankchefs im gemeinsamen "Währungsausschuß", der jedoch keine Weisungsbefugnisse gegenüber den jeweiligen Ländern besitzt. Dennoch ist diese erste Keimform einer EZB von Bedeutung, denn sie brachte einstimmig ein Statut zustande, das im wesentlichen dem Bundesbankgesetz entspricht: unabhängig von Regierungen und Weisungen, auf das Primat der Geldwertstabilität verpflichtet.

Außerdem sollen in der ersten Phase alle elf Währungen dem 1978/79 installierten "Europäischen Währungssystem" (EWS) beitreten - einem Währungsverbund, in dem fast alle Landeswährungen aufeinander fixiert sind, so daß dem Spiel von Auf- und Abwertungen schon seit langem Einhalt geboten wurde. Das britische Pfund trat dem EWS im Oktober letzten Jahres bei, außen vor bleiben die griechische Drachme und der portugiesische Escudo.

Ohnehin ist das EWS die Basis für die Diskussionen um die WWU, denn im Rahmen des EWS hat die eindeutige Leitwährung, die D-Mark und die bundesdeutsche Notenbankpolitik den Ton angegeben und alle übrigen Länder nach und nach ihre Stabilitätspolitik mit dem Primat restriktiver Etatpolitik und Inflationsbekämpfung aufgezwungen (2).

Das hat u.a. dazu geführt, daß die drei Benelux-Länder (und außerhalb der EG Österreich) direkt nach der Pfeife der Bundesbank tanzen. Jede Zinserhöhung, jede Veränderung der Diskont- und Lombardsätze, die die Frankfurter Zentralbank vornimmt, wird dort unmittelbar nachvollzogen. Auch einige andere Staaten wie Frankreich richten sich nach der Geldpolitik in Bonn, mögen sich jedoch aus politischen Gründen nicht offen dem D-Mark-Diktat und der deutschen Zuchtmeisterrolle unterordnen. Die faktisch seit 1979 angelaufene Konvergenzphase, die im wesentlichen in der Unterordnung der anderen Elf unter die "monetaristischen" Zielsetzungen der hegemonialen Deutschen bestand und 1989 in Form der ersten WWU-Stufe fortgeschrieben

wurde, hat jedoch die bestehenden Produktivitäts- und Entwicklungsunterschiede und damit das bestehende Gefälle nicht etwa aufgehoben, sondern zementiert.

Auf der einen Seite existiert der starke D-Mark-Block aus den genannten vier Staaten, um die sich die anderen herumgruppieren. Hier ist eine sehr weitgehende Konvergenz in den wichtigen volkswirtschaftlichen Kennziffern eingetreten. Auf der anderen Seite hat sich der Abstand zwischen den reichen "Hartwährungsländern" und den ärmeren "Schwachwährungsländern" wie Spanien, Portugal, Irland und Griechenland seit 1988 eher noch vergrößert.

Vor diesem Hintergrund müssen die Maastrichter WWU-Beschlüsse betrachtet werden. Offiziell heißt es aus dem niederländischen Städtchen, daß der WWU-Prozeß "unumkehrbar" gemacht wurde. Wirklich? Zunächst einmal erhalten Großbritannien und Dänemark eine Optionsklausel ("opting out"), um 1996, wenn es zum Schwur kommen soll, aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen nicht mitmachen zu müssen.

Wenn in fünf Jahren Bilanz über die wirtschaftliche Konvergenz gezogen werden wird, dann soll dies anhand von vier wirtschaftlichen Kriterien geschehen, die bei derzeitiger Anwendung bewirkten, daß nur zwei Staaten (Frankreich und Luxemburg) die Beitrittsanforderungen für die dritte Stufe erfüllen.

Die Kriterien lauten, daß die Inflationsrate nicht mehr als 1,5%, der Leitzins nicht mehr als 3% über dem Niveau der drei "stabilsten" Länder liegen darf. Die jährliche Neuverschuldung sowie die Gesamtverschuldung der staatlichen Haushalte dürfen 3% bzw. 60% des Bruttoinlandprodukts (BIP) nicht überschreiten (siehe Tabelle).

Tabelle : siehe am Ende des Textes

So ganz ernst sind diese Zielstellungen nicht zu nehmen, denn schon jetzt ist absehbar, daß sie auch in fünf Jahren nur von einer Minderheit der EG-Länder zu erfüllen sind. Im Hinblick auf Italien, das eine Rekord-Gesamtverschuldung von 107% des BIP aufweist, ist bereits öffentlich darauf hingewiesen worden, daß man so genau nicht hinsehen wolle, wenn nur der gute Wille bei der italienischen Regierung für eine restriktive Etatpolitik gegeben sei.

Mit anderen Worten: die Zündung der dritten Stufe der WWU wird in frühstens fünf Jahren politisch entschieden. Wenn dort keine einstimmige Verständigung über den Einstieg zustande kommt, dann soll 1998 mit einfacher Mehrheit eine Entscheidung gefällt werden können. Damit hat Maastricht die Schaffung der WWU faktisch auf 1996 vertagt, wobei der WWU folgende Risiken entgegenstehen: erstens haben die Spanier, unterstützt von Portugal, Irland und Griechenland, den "Kohäsionsfonds" durchgesetzt - eine Art Ausgleichsfonds, aus dem Mittel für die ärmeren Länder und Regionen zugunsten der Konvergenz bereitgestellt werden sollen.

Bislang erhalten die vier Staaten, aber auch andere unterentwickelte Regionen (darunter neuerdings auch die DDR) aus den Töpfen der EG-Struktur- und Regionalfonds zwischen 1989 und 1993 einen Finanzausgleich in Höhe von 124 Mrd. DM.

Bis 1996 kämen nach seriösen Berechnungen der Spanier noch einmal 250 Mrd. DM hinzu - allein die BRD hätte weitere 65 Mrd. DM zu überweisen. Die konkreten Verhandlungen über die Aufstockung dieser Mittel erfolgen jedoch erst Ende nächsten Jahres - konkretere Zusagen wurden den Ärmeren nicht gemacht.

Zweitens sind Portugal und Griechenland noch nicht einmal dem EWS beigetreten und haben damit noch nicht die Voraussetzungen der ersten Stufe erfüllt. Drittens ist die deutsche Forderung nach einer von den Regierungen weisungsunabhängigen Zentralbank nur von der BRD und den Niederländern erfüllt - alle anderen müssen erst die gesetzlichen Voraussetzungen in ihren Ländern schaffen. Da das Wörtchen "unabhängig" interpretierbar ist - auch die Deutsche Bundesbank ist in der Realität nicht wirklich unabhängig - schlummert auch hier noch ein Konfliktpotential (3).

Viertens sind die weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen und konjunkturellen Aussichten nicht kalkulierbar. Es hat sich bezüglich der EG gezeigt, daß Krisen wie etwa die von 1980/82 den Integrationsprozeß eher blockiert als vorangebracht haben. Insofern spielt der Kriterienkatalog für die Entscheidung der dritten Stufe keine Rolle, wohl aber übt sie eine zusätzliche disziplinierende Funktion auf jene Länder aus, die ihre Stabilitäts-Hausaufgaben nur unzureichend erfüllen.

Bei Zuwiderhandlungen sind gegen die möglichen Straftäter Sanktionsmaßnahmen vorgesehen, die in der Praxis jedoch leicht zu umgehen sein werden. Ausgerechnet die BRD führt derzeit vor, wie das geht: um die tatsächliche jährliche Etatverschuldung zu kaschieren, wurden die immensen Annexionskosten in etlichen Schatten- und Nebenhaushalten geparkt, um die Statistik zu schönen.

Fünftens hat der Maastrichter EG-Gipfel, wenn auch nicht offen benannt, die seit langem von der Deutschen Bundesbank erhobene Forderung nach einem "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" festgeschrieben. Das gilt nicht so sehr für die politischen Vorbehalte Großbritanniens und Dänemarks, die in Zukunft eher ab- als zunehmen werden, sondern für das wirtschaftliche Produktivitätsgefälle. Es ist ein ehernes Gesetz im Kapitalismus, daß es kein Nullsummenspiel geben kann: die wirtschaftlich stärkere, sprich produktivere Nation wird dabei immer gewinnen, die schwächere immer verlieren - es sei denn, es kommt zu gewaltigen Nord-Süd-Transfers, gegen die sich jedoch die BRD und andere Länder vehement sträuben. Wenn es also zur dritten Stufe kommen sollte, was nach wie vor fraglich erscheint, dann werden die schwächeren Länder (Spanien, Portugal, Irland und Griechenland) daran voraussichtlich nicht beteiligt sein, denen so oder so gewaltige wirtschaftspolitische Roßkuren bevorstehen.

Es kann sogar sein, daß Österreich und Schweden, wenn die Beitrittsverhandlungen bis 1996 zum Abschluß kommen, noch eher in die WWU aufgenommen werden als die älteren EG-Mitgliedsstaaten, denn die beiden Neuen unternehmen in ihren Ländern erhebliche Anpassungsleistungen, die in einem Fall (Schweden) zur radikalen Abkehr von dem bisherigen sozialstaatlichen Modell führt.

Relativ unproblematisch ist die vereinbarte Stufe 2; der schon bestehende "Währungsausschuß" wird ab 1994 in "Europäisches Währungsinstitut" (EWI) umbenannt. Die zwölf Notenbankchefs erhalten einen ordentlichen Präsidenten und einen Vize und bilden die Keimform der EZB, ohne allerdings in die nationalstaatliche Souveränität der Einzelstaaten eingreifen zu können.

Hinsichtlich der grundlegenden Philosophien und Prinzipien dem Primat der Geldwertstabilität, der Weisungsunabhängigkeit der Zentralbank usw. - haben sich die Deutschen im Kern voll durchsetzen können; faktisch haben die anderen Länder die "D-Mark-Hegemonie" akzeptiert.

Die Politische Union

Die Politische Union sollte nach den deutsch-französischen Vorstellungen zum einen eine Festschreibung auf das gemeinsame Ziel, zum anderen eine weitere "Vergemeinschaftung" wichtiger Politikbereiche zum Inhalt haben. Darunter wird im allgemeinen die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf EG-Institutionen, verbunden mit der Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen anstelle des Einstimmigkeitsprinzips, verstanden.

Seit der ersten Reform der Römischen EWG-Verträge in Form der EEA vor sechs Jahren, rechtsgültig seit vier Jahren, wurden einige Politikbereiche, die der Vollendung des Binnenmarkts dienten, Mehrheitsentscheidungen unterworfen (4).

Über die in Maastricht behandelten Bereiche hinaus sind vor allem noch folgende Probleme vakant: das gemeinsame Steuersystem, die Liberalisierung der Energiepolitik, der EG-Haushalt und eine durchgreifende Reform des Gemeinsamen Agrarmarktes, des wichtigsten Stolpersteins für ein GATT-Abkommen (5).

Außerdem meldete die BRD noch Sonderwünsche hinsichtlich der Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments (EP) an, da der EG selbst ein Mindestmaß an parlamentarischer Legitimation fehle.

EG und Demokratie

Um gleich beim letzten Punkt zu beginnen: Das EP wird bis auf weiteres nicht einmal die äußere Hülle bürgerlich-parlamentarischer Demokratien abgeben dürfen.

Nach wie vor hat das EP in allen wesentlichen Bereichen keine Gesetzgebungskompetenz. Die Mitentscheidungskompetenzen neben dem Ministerrat wurden auf Bereiche wie Niederlassungsfreiheit, Umwelt, Forschungsprogramme, Gesundheit, Kultur und Verkehrsnetze erweitert.

Man will, so in Maastricht bekundet, nach den nächsten EP-Wahlen 1994 erneut auf das Thema zu sprechen kommen, so daß es dabei bleibt, daß die EG-Integration nach "preußischem Muster" betrieben wird: im wesentlichen entscheiden die Ministerräte, flankiert von der EG-Kommission und ihrer Bürokratie.

II.1. EG und der Abbau der Demokratie

Beim Wegfall der Binnengrenzen im Gemeinsamen Markt, so die offizielle Begründung, müßten die so entstehenden "Sicherheitsdefizite" durch eine EG-weite "Harmonisierung" kompensiert werden. Dazu zählen die Bereiche der grenzüberschreitenden Fahndung nach und datenmäßiger Erfassung von Personen, besonders in den Gebieten der Drogen- und Schwerkriminalität sowie des Terrorismus.

Bestandteil einer gemeinsamen Innenpolitik wäre auch der Aufbau einer "Festung Europa" gegenüber den derzeitigen und zu erwartenden Migrationsbewegungen. Allein die Bonner Regierung drängte in diesen Punkten auf die "Vergemeinschaftung", die aber vornehmlich am Widerstand der Briten scheiterte.

Stattdessen vollzieht sich die "Vergemeinschaftung" in diesem Feld auch künftig über diverse, mehr oder weniger klandestine Institutionen. Dazu gehört TREVI, eine inoffzielle, außerhalb der EG angesiedelte Institution, an der die Innen-und Polizeichefs der EG-Staaten, aber auch einige EFTA-Länder und osteuropäische Staaten bis hin zu den USA und Kanada teilnehmen.

Von entscheidender Bedeutung für die EG ist die Schengen-Gruppe, mittlerweile aus acht EG-Ländern (ohne Griechenland, Irland, Großbritannien und Dänemark) bestehend, die hinsichtlich der "Harmonisierung des Asylrechts" entscheidende Fakten geschaffen hat. Und schließlich existierten die "Ad-hoc-Gruppe Einwanderung" der EG-Innenminister sowie die entsprechenden Ministerräte.

Auch ohne "Vergemeinschaftung" hat es in diesen Gremien in letzter Zeit beachtliche "Fortschritte" im Bereich der Flüchtlings- und Innenpolitik gegeben. So einigten sich alle EG-Innenminister im letzten Jahr auf die "Dubliner Konvention", nach der alle Flüchtlinge ihren Asylantrag in dem EG-Land stellen müssen, das sie zuerst betreten. Ebenso einigten sich die EG-Innenminister auf eine Liste von außereuropäischen Ländern, deren Bürger dem Visumzwang unterliegen, wenn sie in die EG einreisen wollen. Derzeit basteln die EG-Abschottungsminister an einheitlichen Anerkennungskriterien für Zufluchtsuchende und an Listen sogenannter "verfolgungsfreier Länder", in denen politische und sonstige Verfolgung angeblich nicht vorkommen, um Flüchtende aus diesen Staaten unverzüglich abschieben zu können (6).

Zur gemeinsamen Abschottungspolitik gehört auch der Aufbau des "Schengener Informations-Systems" (SIS), einer Datenbank, in der von Fingerabdrücken bis zu sonstigen (geheimdienstlichen) Erkenntnissen alles über die betreffenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge gespeichert wird.

In der erwähnten "Ad-hoc-Gruppe" haben sich die Zwölf inzwischen auch auf die "EUROPOL", einer Art westeuropäisches FBI, verständigt; zunächst ist die Aufstellung einer Europol-Drogenbekämpfungseinheit vorgesehen. Im Bereich der "Inneren Sicherheit" sowie der Flüchtlingsbekämpfung kommt die EG also auch ohne den "qualitativen Sprung" der "Vergemeinschaftung" aus, wobei sich auch in diesem Bereich "verschiedene Geschwindigkeiten" zwischen den acht "Schengen-Ländern" und den übrigen Vieren andeuten. Dabei ist klar, daß die Acht vollendete Tatsachen und politische "Sachzwänge" schaffen, denen die übrigen Regierungen wohl oder übel zustimmen müssen.

In Maastricht selbst haben sich die Zwölf nicht auf eine "Vergemeinschaftung" einigen können. Gemeinsame Euro- Visa bei festgelegten Länderlisten wird es ab 1996 geben, das Schengener Abkommen soll bis Anfang 1993 EG-weit die Migrations- und Fluchtbewegungen von Westeuropa fernhalten.

Sozial-, Umwelt- und Industriepolitik

Vor drei Jahren verabschiedete die EG gegen die Stimme der Briten eine allgemein gehaltene "Sozialcharta" mit Mindestschutz-Standards für die abhängig Beschäftigten in den EG-Ländern. Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Sozialpolitik sind im EG-Rahmen nur für die Mindeststandards für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zulässig, Vereinbarungen über alle anderen Problemfelder - angefangen bei den maximalen Arbeitszeiten, Verbot von Feiertagsarbeit, Belegschaftsvertretungen, Gleichbehandlung von Frau und Mann, die berufliche Eingliederung von Behinderten bis zu den Konzernbetriebsräten auf EG-Ebene - scheiterten größtenteils am britischen Veto.

Großbritannien trägt einen Teil des Vertragsentwurfs mit, den die Kapitalverbände und Gewerkschaften der Zwölf gemeinsam einbrachten: demnach kann der Ministerrat grenzüberschreitende Tarifabkommen und -verträge in multinationalen Konzernen für allgemeinverbindlich erklären. Sollte es etwa zu einer

Manteltarifvereinbarung im Bereich der EG-Stahlindustrie zwischen Kapital- und Erwerbsabhängigenseite kommen, könnte ihnen eine allgemeine Verbindlichkeit zugesprochen werden, an die sich alle Stahlunternehmen zu halten hätten.

Letztlich übertrug man in Maastricht die "opting-out"-Klausel für Großbritannien bei der WWU nun auch auf die Sozialpolitik. Die Briten brauchen die Mehrheitsbeschlüsse der anderen Elf nicht zu übernehmen, bleiben aber trotzdem dabei.

Der britische Premier machte auch deutlich, warum es keine britischen Zugeständnisse in diesem Bereich geben könne. Die EG-Sozialstandards für abhängig Erwerbstätige würden nur Arbeitslosigkeit provozieren und die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie untergraben.

Im Bereich der Umweltpolitik erfolgte in Maastricht eine weitgehende Einigung, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen anzuwenden. Ausgenommen davon bleiben lediglich die steuerlichen Bestimmungen (z.B. Umweltabgaben), Maßnahmen der Raumordnung und der Bodennutzung.

Bei der Industriepolitik steht sich eine britisch-deutsche Minderheit einer zehnköpfigen Mehrheit gegenüber. Auf französischen Vorstoß hin sollte sich die EG um "Maßnahmen zugunsten zukunftsträchtiger Industrien" kümmern. Briten und Deutsche sehen darin jedoch ein westeuropäisches "MITI" nach japanischem Vorbild auf sich zukommen, was ihren Philosophien nach freiem Wettbewerb, weniger Staat und freiem Markt widerspricht.

Zwar verfügt nahezu jeder EG-Staat über eine eigene Industrieförderung und im Rahmen der EG wird staatliche Industriepolitik, etwa in den Bereichen der Rüstung, der Raumfahrt und im "Eureka"-Programm, betrieben. Dabei soll es jedoch auch künftig bleiben.

Hintergrund dafür sind unterschiedliche Unternehmensstrategien. Sowohl die führenden deutschen wie britischen Konzerne suchen sich ihre "strategischen Allianzen" (Kooperation Daimler-Mitsubishi) zum Abstecken ihrer Weltmarktclaims und zwecks Entwicklung neuer Technologien und Fertigungen. Frankreich hält demgegenüber eher an ihrer "Planificacion" fest, einer staatlich flankierten und häufig auch induzierten Industriepolitik. Der französische Vorstoß hatte somit zum Ziel, die eigenen Industrien stärker am gemeinsamen Binnenmarkt partizipieren zu lassen und bezüglich gemeinsamer Projekte eine stärkere Europa-Konzentration zu erreichen, während sich etwa die bundesdeutschen Konzerne kaum an europäischen Grenzen wetzen, wenn es um weltweite Expansion geht. Außer einer allgemeinen Absichtserklärung, auf industriellem Gebiet künftig stärker kooperieren zu wollen, ist in Maastricht nichts herausgekommen.

Die Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik (GASP)

Auf die Nato- und EG-internen Widersprüche hinsichtlich der Rolle der Westeuropäischen Union (WEU) ist bereits im ersten Teil dieses Artikels näher eingegangen worden (vergl. ak 336 vom 18.11.1991).

Bei der von den Deutschen angestrebten "Vergemeinschaftung" der Außenpolitik bleibt die bisherige Form der Zusammenarbeit in der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) prägend; nur in bestimmten Fällen, wenn unter allen Zwölf Konsens besteht, kann der Außenministerrat "gemeinsame Aktionen" beschließen, in denen dann auch Mehrheitsentscheidungen in der Ausführung möglich sind.

Wird man sich in bestimmten Fragen nicht einig, können die einzelnen EG-Länder auch eine eigene Außenpolitik verfolgen. Größere praktische Auswirkungen hat das nicht; im Jugoslawien-Konflikt bleibt alles beim alten, auch Mehrheitsentscheidungen würden beim derzeitigen Stand nichts bewirken, da sich nach dem derzeitigen Stand sechs Staaten (darunter die BRD) für die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens noch in diesem Jahr ausgesprochen haben, während die anderen sechs Länder (darunter Frankreich und Großbritannien) dies ablehnen.

In der Frage der "europäischen Verteidigungsidentität" spiegeln sich die grundlegenden Differenzen zwischen der BRD und Frankreich einerseits und den "Atlantikern" um Großbritannien, Italien und Portugal andererseits wieder. Im wesentlichen verständigten sich die EG-Regierungschefs auf die Nato-Formel, nach der der "europäische Pfeiler" in der Nato zu stärken sei.

Umstritten blieb die Rolle der Westeuropäischen Union (WEU). Sie soll mit der Nato kompatibel sein und wird als "integraler Bestandteil" der Entwicklung der Union bezeichnet. Dahinter verbirgt sich ein Kompromiß; Briten und Italiener erwirkten, daß die WEU nicht als eine Institution der EG festgeschrieben wurde. Damit geht die Hängepartie mit der WEU weiter.

Vereinbart wurde die Aufnahme Griechenlands in die WEU, während alle anderen Nato-Staaten, die nicht der WEU angehören, "assoziierte Mitglieder" werden können. Mit der Aufnahme Griechenlands mußten die Briten nachgeben, die sich wegen des griechisch-türkischen Konflikts gegen den griechischen Beitritt ausgesprochen hatten.

Die Briten mußten auch hinnehmen, daß die WEU aus einem harten Kern von EG-Staaten und den nachrangig zugeordneten Staaten besteht, die nicht EG-Mitglieder sind. Damit haben sich die BRD und Frankreich die Option auf einen militärischen Arm der EG in Form der WEU offenhalten können, ohne die WEU als EG-Institution festschreiben zu können.

Der vielleicht wichtigste Aspekt ist, daß der EG-Ministerrat der WEU militärische Aufträge erteilen kann, die in der Praxis militärische Einsätze im Rahmen der WEU außerhalb des Nato-Vertragsgebietes bedeuten können ("out of area").

Zum eigentlichen Schwur wird es voraussichtlich erst in fünf Jahren kommen, wenn die nächste grundlegende EG-Vertragsreform ansteht. Denn 1998 läuft einerseits der WEU-Vertrag aus, andererseits wird viel davon abhängen, ob die deutsch-französischen Vereinbarungen über ein eigenes Korps vorankommen und sich daran weitere EG-Länder beteiligen.

Uneinigkeit über das gemeinsame Ziel

Über die Zielvorstellungen des EG-Integrationsprozesses gehen die Meinungen und Interessen der zwölf beteiligten Staaten zum Teil weit auseinander. Die Deutschen wollen ihr Modell auf die EG übertragen und sprechen von einem föderativen Bundesstaat, in dem die Einzelstaaten aufgehen sollten.

Mitterand spricht vage von einer Konföderation, einem Bund von Staaten, die allerdings wirtschaftlich und politisch sehr stark miteinander verzahnt sind. Die Briten wiederum wollen es am liebsten bei einer Art erweiterter Freihandelszone belassen und setzen im politischen Bereich auf intergouvernementale (zwischenstaatliche) Agreements in den politischen Bereichen.

Allerdings ist damit zu rechnen, daß sich die britische Position nach den bevorstehenden Wahlen zugunsten der EG-Integration verändern wird. Der Beitritt des britischen Pfund zum EWS war bereits ein erstes Signal, die maßgeblichen Banken- und Industrieverbände fordern schon seit langem ein Abrücken der britischen Blockadeposition, die auf lange Sicht eine weitere Schwächung der britischen Konkurrenzposition bedeuten würde.

Dem neuen EG-Vertrag wird eine Präambel vorangestellt, nach der das Maastrichter Abkommen "eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union zwischen den Völkern Europas darstellt, in der die Entscheidungen möglichst nahe bei den Bürgern getroffen werden" (Frankfurter Allgemeine, 11.12.91).

Das Wörtchen "föderativ" wurde auf Wunsch der Briten gestrichen, da die englische Übersetzung von "federal" dem Sinne nach "zentralistisch" lautet. Aber hinter der rein linguistischen Interpretation steckt weit mehr, denn die Briten sperren sich gegen eine weitgehende integrative Zielfestlegung.

Maastricht - wie weiter?

Die Bewertungen der Maastrichter Gipfelergebnisse schwanken zwischen Erfolg und Scheitern. Gemessen an den deutschen Forderungen, die weitgehend auch von Frankreich mitgetragen wurden, könnte man von einem Scheitern sprechen.

Dies würde jedoch die innere Widersprüchlichkeit und die bisherigen Erfahrungen im EG-Integrationsprozeß ignorieren. Auch bezüglich der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte ist vielfach von einem Mißerfolg die Rede gewesen.

Richtig ist, daß der von Kohl geforderte "qualitative Sprung" ausblieb und wieder einmal eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner vollzogen wurde. Aber das war und ist in der EG bisher nie die Ausnahme, sondern schon immer die Regel gewesen.

Wenn Maastricht etwas besonderes vorzuweisen hat, dann die Einsicht, daß der wirtschaftliche und politische Integrationsprozeß nicht mehr auf die Bremser, Blockierer und Schwächeren Rücksicht nehmen wird. Es kommt dabei, je nach Problemlage, zu unterschiedlichen Bündniskonstellationen zwischen jenen, die das Integrationstempo beschleunigen wollen, und anderen, die hinterhertraben oder nicht bereit sind, mitzumachen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Für Kremp ist die Vertiefung der EG-Integration tot, nachdem sich im Osten neue Optionen auftun. Wenn sich die EG auf 20 oder mehr Staaten erweiterte, "würde der Ballon der Politischen Union wie unter Überdruck zerplatzen. Dann bliebe, was für alle das Nützlichste ist: Eine große, den Wohlstand verbreitende Freihandelszone ... mit der Beschränkung auf eine Freihandelszone Groß-Europa (sic!) wäre der harte Zweck der Integration, die Kontrolle Deutschlands, aufgegeben" (H. Kremp, Europas Doppelleben, in: Die Welt, 20.6.91). Kremp und andere konservative Deutschnationale sehen die EG nur als Hindernis für großdeutsche Ambitionen. Es ist zu befürchten, daß solche Diskussionen in Deutschland noch zunehmen werden und auch Eingang in die offizielle Politik nehmen.

2) Über die Funktionsweise des EWS und der deutschen Hegemonierolle ist bereits an anderer Stelle dieser Zeitung ausführlicher eingegangen worden. Vergl. dazu ak 269 vom 7.4.88 und ak 306 vom 2.5.89.

3) Selbstverständlich folgt die Politik der Deutschen Bundesbank der allgemeinen Regierungsphilosophie. Es gab aber gerade in letzter Zeit markante Differenzen. Die erste in der Frage der Währungsunion mit der DDR, die die Bundesbank für "katastrophal" hielt; und zweitens ist die hiesige Zentralbank nach wie vor gegen die WWU und hatte die Ankündigung Kohls, bereits einen verbindlichen Zeitplan dafür zu vereinbaren, kritisiert. Das "letzte Wort" hatte aber jedes Mal die Regierung. Wie damit auf EG-Ebene in einer künftigen EZB verfahren werden soll, ist aus heutiger Sicht noch völlig unklar.

4) Von den rund 300 zu verabschiedenden EG-Richtlinien für die Einführung des Binnenmarktes haben EG-Kommission und Ministerräte, größtenteils per Mehrheitsentscheidungen, etwa drei Viertel abgearbeitet.

5) GATT steht für General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), das die internationalen "Spielregeln" des weltweiten Handels zwischen nahezu allen Staaten (mit Ausnahme der realsozialistischen) festlegen soll. Vor allem die USA drängen die EG darauf, den Subventionswettlauf im Kampf um weltweite Absatzmärkte für Agrarwaren zu beenden, was die EG unter Zugzwang gesetzt hat. Vor diesem Hintergrund ist der neueste Anlauf einer Revision der EG-Agrarpolitik zu sehen.

6) Vergl. u.a. Wolfgang Schäuble, "Europa ohne Grenzen - eine sichere Gemeinschaft", in: Europa-Archiv, Folge 6/1990.

TABELLE:

EG-StaatenKriterium IKriterium IIKriterium IIIKriterium IV*

Belgien 6,5%128,1% 2,5% 9,2%

Dänemark 1,3% 62,3% 1,8% 9,1%

Deutschland 4,6% 45,4%** 4,1% 8,3%

Frankreich 1,8% 37,3% 2,9% 9,0%

Griechenland18,3% 86,0%18,0%keine Angabe

Großbritannien 2,2% 44,5% 5,6%10,2%

Irland 3,8% 97,4% 3,2%10,2%

Italien10,1%103,3% 6,2%15,1%

Luxemburg-1,6% 4,7% 3,6% 9,2%

Niederlande 4,6% 83,0% 4,6% 8,8%

Portugal 5,5% 63,8%11,4%15,0%

Spanien 5,7% 43,0% 6,0%14,0%

*) Kriterium I: Jährliche Neuverschuldung in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP);

Kriterium II: Gesamtverschuldung in Prozent des BIP; Kriterium III: jährliche Inflationsrate;

Kriterium IV: jährlicher Satz der langfristigen Zinsen.

**) In die Gesamtverschuldung nicht einbezogen sind die zahlreichen Schatten- und Nebenhaus- halte, in denen ein Teil der "Kosten der deutschen Einheit" geparkt sind.

(Quelle: Europäische Kommission, Brüssel, Statistik)

14. Westeuropa: Erweiterung oder Vertiefung?

Die EG auf dem Weg zur Politischen Union (Teil 2)

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:36

Einige Wochen vor Maastricht hat sich die EG mal eben um die sieben Staaten der EFTA zum "Europäischen Wirtschaftsraum" (EWR) erweitert. Die Freihandelszone EFTA, der Österreich, die Schweiz, Finnland, Norwegen, Schweden, Island und Liechtenstein angehören, folgte der Sogwirkung des EG-Binnenmarktes und akzeptierte den Beitritt zum westeuropäischen Wirtschaftsraum zu den EG-Bedingungen. Danach müssen die EFTA-Länder nach und nach alle bestehenden 950 EG-Richtlinien sowie 160 Verordnungen in ihr nationales Recht umsetzen und insgesamt 4 Mrd. DM Eintrittsgeld zahlen, davon 1 Mrd. als "Zuschuß" für die ärmeren Südregionen der EG und 3 Mrd. an zinsgünstigen Krediten.

11.000 Tonnen Kabeljau müssen sie der EG ebenso überlassen wie einen jährlichen Alpentransit von 36.000 Brummis. Die Schweizer müssen für diese Zwecke neue Tunnel und Straßen bauen. Österreich kostet die freie Fahrt für freie Bürger eine weitere Umweltzerstörung, da die EG sich erst nach langem Feilschen dazu bereitfand, die Schadstoffemissionen aus dem Transitverkehr bis zum Jahre 2003 um 60% zu reduzieren.

Die EFTA-Länder mußten sich der EG schlicht unterwerfen; alle Bemühungen, bei künftigen EG-Entscheidungen, die ja auch sie direkt betreffen werden, zumindest mitzuberaten, wurden von den Zwölf zurückgewiesen. Die EG fand sich nur dazu bereit, die EFTA-Länder bei ihren Entscheidungen zu "konsultieren", mehr nicht. Der EWR mit seinen 380 Millionen Menschen konzentriert somit 30% des Weltsozialprodukts und 45% des Welthandels auf sich und ist damit der größte regionale Wirtschaftsverbund der Welt. Schon vor rund 20 Jahren schlossen die damalige EWG und die EFTA ein Freihandelsabkommen, und die EFTA wickelte im Schnitt 60% ihres Außenhandels mit der EG ab.

Zwangsläufig war die Bildung des EWR dennoch nicht, denn der EFTA drohte die Gefahr eines Auseinanderbrechens. Österreich und Schweden wollen lieber heute als morgen der EG beitreten, in Finnland und Norwegen, ja selbst in der Schweiz wurden ähnliche Überlegungen angestellt. Die sieben EFTA-Länder werden Schritt für Schritt ihre Anpassungsleistungen an die EG-Standards nachvollziehen, um die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen und die EFTA abzuwickeln. Der nunmehr vollzogenen wirtschaftlichen Integration soll dann die politische folgen.

Kein Eintritt ...

Während Österreich und Schweden gute Chancen eingeräumt werden, in einigen Jahren der EG beizutreten, da sie viele Voraussetzungen erfüllen und zu den reicheren Ländern zählen, sieht es für die übrigen drei Länder, die ihren Antrag offiziell stellten, schlechter aus. Malta, Zypern und die Türkei werden vorerst draußen bleiben müssen. Zypern hat keine Chancen wegen des griechisch-türkischen Konflikts, die Türkei wollen die Deutschen schon allein deshalb nicht in der EG sehen, weil sie die Freizügigkeit der türkischen Arbeiter fürchten. Die drei Beitrittswilligen erfüllen zudem nicht die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen.

Damit noch nicht genug. Die CSFR, Polen, Ungarn, die drei baltischen Republiken, Slowenien, Kroatien, Serbien, Albanien vielleicht auch bald schon die neuen Republiken aus der auseinanderberstenden Sowjetunion suchen ihren Anschluß an die EG in der Hoffnung, nicht als Drittweltstaaten an die Peripherie verwiesen zu werden.

Einen Antrag haben die CSFR, Ungarn und Polen erst gar nicht gestellt. Er wäre ohnehin negativ beschieden worden, da diese Länder nicht einmal die minimalsten Voraussetzungen erfüllen. Auch aus der immanenten Sicht dieser Transformationsstaaten hätte ein EG-Beitritt verheerende Folgen. Sie müßten sich gegenüber den Weltmarktbedingungen mit einem Schlage liften. Das hätte den Zusammenbruch ihrer Ökonomien zur Folge, ohne daß diese Staaten über die sozialen und materiellen Auffangnetze verfügten, die die alte BRD dem östlichen Annexionsgebiet zur Verfügung stellt.

Die politische Klasse dieser osteuropäischen Staaten wird wohl erst einige Enttäuschungen und Erschütterungen seitens der EG mit ihren bescheidenen Hilfsleistungen verarbeiten müssen, ehe sie sich darauf besinnen, daß ihre Illusionen vor allem in das größere Deutschland zerplatzen werden, und ehe sie

stattdessen den einzig erfolgversprechenden Weg einschlagen, die historisch entstandenen und gewachsenen Märkte untereinander zu stärken und einen RgW unter kapitalistischen Bedingungen zu bilden.

Die Regierungen der EG-Staaten selbst zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sie der kommenden Dinge noch Herr bleiben wollen. Unter der verkürzten Formel Vertiefung oder Erweiterung wird diese Debatte mit sehr unterschiedlichen Akzentsetzungen geführt.

Frankreich, Deutschland und die ärmeren EG-Staaten plädieren für Vertiefung. Mitterand will, wenn überhaupt, einige osteuropäische Staaten erst "in einigen Jahrzehnten", sofern der Planet bis dahin nicht vollständig ruiniert ist, in die EG aufnehmen. Die britische Regierung möchte gern ganz viele Staaten in die EG integrieren - allerdings auf einem Niveau, das sich irgendwo zwischen einer noch größeren Freihandelszone und politischen Minimalkonsensen zwischen den Staaten bewegt.

Klar ist, daß eine EG von 24 oder mehr Ländern keinen Bestand mehr in dieser Form hätte; EG-Gipfel mit 24 Regierungschefs und den derzeitigen Institutionen sind kaum politikfähig. Schon bei der vollen Integration von allen EFTA-Staaten wäre die bisherige institutionelle Komposition der EG vor unüberbrückbare Probleme gestellt.

So besteht derzeit aus den verschiedenen Interessenlagen der EG-Länder ein Minimalkonsens darüber, die Vertiefung vor der Erweiterung vorzuziehen, um sich als "Stabilitätsanker" gegenüber den rasanten und kaum noch kalkulierbaren Entwicklungen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zu erweisen. Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach ...

D./Westberlin

15. Flüchtlinge raus! "Gebt der Schalomgemeinde ihre Kirche zurück." (Jansen, SPD)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:47

Mehr als 13 Wochen stehen Flüchtlinge in der Schalomgemeinde in Norderstedt (Schleswig-Holstein) im Widerstand gegen ihre Verteilung in die DDR, nachdem sie zwischenzeitlich im Anschluß an einen Überfall auf ihr dortiges Flüchtlingsheim aus Greifswald (Mecklenburg) geflohen waren. Mittlerweile spitzt sich der staatliche und kirchliche Druck auf die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen zu.

Am 5. Dezember gab Schleswig-Holsteins sozialdemokratischer Sozialminister Günther Jansen das Signal: "Es muß jetzt endlich Schluß sein mit dem Polittheater selbsternannter Helfer aus der grünen und autonomen Szene Norddeutschlands! Gebt der Schalomgemeinde ihre Kirche zurück!"

Am 8. Dezember reagierte der Kirchenvorstand der Norderstedter Schalomgemeinde wunschgemäß. Er stellte den verbliebenen Flüchtlingen ein Ultimatum, bis zum 11. Dezember 12 Uhr die Kirche zu verlassen.

Am 11. Dezember erklärte Schalom-Pastor Helmut Frenz Punkt 12 Uhr: "Die Kirche betrachtet Sie ab sofort nicht mehr als Gäste. Sämtliche Hilfeleistungen und die Versorgung werden umgehend eingestellt". Den knapp 30 verbliebenen Flüchtlingen versagten die unbarmherzigen Kirchenvertreter das Wasser, die Lebensmittelversorgung, die Fahrgelegenheit, die medizinische Versorgung, das Telefon. Am Kirchenbüro wurde deutsch und englisch das Schild angebracht: "Kein Zutritt für Flüchtlinge und UnterstützerInnen". Ziel des Kirchenvorstands: den Flüchtlingen "den weiteren Aufenthalt so ungemütlich wie möglich zu gestalten" (Lübecker Nachrichten, 11.12.91).

Am 13. Dezember nahm die Gemeinde die "selbsternannten Helfer" ins Visier. Ihnen wurde ein Ultimatum zum Verlassen der Kirche inklusive aller infrastrukturellen Unterstützungsmaterialien gestellt, jeder weitere Aufenthalt auf Versammlungen werde als Hausfriedensbruch gewertet. Damit ist der Weg für Polizeieinsätze bereitet, so der Stand am 14.12.1991. Gegenüber dem "Hamburger Abendblatt" (13.12.) erklärte ein Mitglied des Kirchenvorstands: "Wenn wir das Gefühl haben, daß wir nicht mehr Herr im eigenen Haus sind oder unsere Mitarbeiter bedroht werden, ist eine polizeiliche Räumung nicht ausgeschlossen."

Sozialdemokratische Asylhetze

Drei politische Entwicklungen sind in Norderstedt bemerkenswert: die die künftige sozialdemokratische Asylpolitik präjudizierende Haltung der SPD, das restlose Einknicken auch linker Kirchenkreise (z.B. Pastor Frenz) und das Versagen der Liberalen und Demokraten gegenüber Flüchtlingen, die ihrem Opferbild nicht entsprechen.

Sozialminister Jansen hatte Anfang November deutlich gemacht, daß für die SPD die Unnachgiebigkeit gegenüber den Flüchtlingen essentiell ist. Es sollte kein Vorbild für andere Flüchtlinge zugelassen werden, wonach Widerstand gegen Verteilung auf die Länder und gegen das Asylverfahren erfolgreich sein könnte und zugleich nachdrücklich ein Beweis für die Erfolgsträchtigkeit der SPD-Position geliefert werden: Grundgesetzänderung nein, effektive Anti-Flüchtlingspolitik ja - Abschiebung an den Grenzen, beschleunigte Asylverfahren mit schneller Abschiebung, menschenunwürdige, kasernierte Unterbringung, Sammellager, erschwerte Lebensbedingungen (siehe auch AK 336). Während in Hessen die rot-grüne Regierung weniger repressiv bei der Verteilung von Flüchtlingen in die Ex-DDR verfährt, (keine erneute Verteilung, wenn sie dort wegen Bedrohung geflohen sind), lehnen die Schleswig-Holsteiner dies strikt ab. Ein wichtiger Grund dafür dürften die, anders als im Hessischen, bevorstehenden Landtagswahlen im April 1992 sein. Auf dem SPD-Landesparteitag in Harrislee Anfang Dezember brachten die einst als "links" gestarteten Nordlichter das Kunststück fertig, eine Resolution "Gegen Ausländerfeindlichkeit" zu verabschieden, die sich wortreich von der Asylmißbrauchs-Hetze der CDU distanziert, Überfälle gegen Flüchtlinge scharf verurteilt, von weltweiten Fluchtursachen und der Verantwortung Europas labert, um beim Kern zu landen: "Wenn sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht dem Vorwurf der absichtlichen Eskalation in einem äußerst sensiblen Thema aussetzen wollen, müssen die im sog. Kanzlergespräch abgesprochenen rechtlichen und administrativen Maßnahmen sofort umgesetzt werden. Der Landesparteitag begrüßt, daß

Schleswig-Holstein auf diesem Weg behutsam vorangegangen ist." Entsprechend erhielt Jansen, der bis 1988 die SPD in der Opposition als "linker" Landesvorsitzender führte, den stärksten Beifall seiner Parteifreunde.

Zu welcher Perfidie der staatstragende Rassismus der SPD fähig ist, hat die baden-württembergische Landespartei in Vorbereitung der dortigen Landtagswahl im März 1992 deutlich gemacht. Eine landesweite SPD-Plakataktion "Nach der Steuerlüge jetzt die Asyllüge der CDU" wirft der CDU "Wählerbetrug" und "Scheinlösung" vor, da sie mit ihrer Forderung nach Grundgesetzänderung Artikel 16 nicht effektiv den "Aussiedlerstrom" aufhalten könne (nur 3 Prozent weniger). "Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden. Deshalb wollen wir den unkontrollierten Aussiedlerzuzug stoppen und den Mißbrauch des Asylverfahrens beenden" wird versprochen und prophezeit: "Mit dem Konzept der SPD kann die Gesamtzahl der Zuwanderung um mehr als die Hälfte gesenkt werden."

"Liebe Schwestern und Brüder", haut ab

Die Realität bundesdeutscher Anti-Flüchtlingspolitik, der reale Wettlauf zwischen den staatstragenden Parteien um das effektivste Verhinderungs- und Abschiebeprogramm, wird in liberalen und humanistischen Kreisen kaum thematisiert. Daß die schleswig-holsteinische Landesregierung die Norderstedter Schalom-Gemeinde für ihren Kurs gewinnen konnte, muß als Einbruch in künftige Nutzung von Kirchenräumen zum Schutz von Flüchtlingen gewertet werden. Der Pastor der Gemeinde, Helmut Frenz, ist weithin als linker und humanistischer Unterstützer von Unterdrückten bekannt geworden. Als "Chile-Bischof" in den siebziger Jahren und anschließender Generalsekretär von Amnesty hat er sich diesen Ruf erworben. In Norderstedt hat er ihn in wenigen Wochen verspielt. Nicht, weil er möglicherweise an dem realen machtpolitischen Kräfteverhältnis gescheitert ist, nicht, weil er sich dem Druck der Kirchenleitung nicht zu widerstehen traute, nicht, weil er gegenüber einer möglicherweise mehrheitlich rassistischen Kirchenbasis verzagte, sondern weil er sich vollständig der Lesart der rassistischen Abschiebepolitik der Landesregierung unterworfen hat. Er hat sich an der Diskriminierung von Flüchtlingen und ihrer UnterstützerInnen beteiligt und schnöde Kirchenvolkes Stimme vom ungestörten, bevorstehenden Weihnachtsfest erhört.

Helmut Frenz hat das nebenstehende abgedruckte Ultimatum des Kirchenvorstands vom 8. Dezember an die Flüchtlinge unterzeichnet. Es ist eine einzige christliche Heuchelei. Statt einfach aufzuschreiben, ihr Flüchtlinge stört unsere normale Gemeindearbeit, insbesondere unsere harmonischen Weihnachtsvorbereitungen und unseren Adventsbasar mit dem Zweck Spenden für Neger; statt zu schreiben, unsere Gemeinde möchte ihr ausländerfreundliches Image bewahren, ohne direkt mit Flüchtlingen konfrontiert zu werden, aber mit Patenschaften für Flüchtlingskinder weiter weg; statt zu schreiben, uns ist der Frieden mit der Amtskirche und der Landesregierung wichtiger, als kirchliche Möglichkeiten auszuschöpfen, drangsalierte Flüchtlinge nicht nur dann zu unterstützen, wenn sie dem Bild einer hilfswilligen deutschen Kleinstadtgemeinde entsprechen; statt also die eigene Unfähigkeit und Unwilligkeit, sich den Problemen der Flüchtlinge, ihren Interessen ausgehend von ihrer Rechtlosigkeit und Benachteiligung zu stellen - statt dies alles zuzugeben, beteiligen sich Frenz und der Kirchenvorstand an der handelsüblichen Bewältigung der Flüchtlingsfälle, verpackt in unerträglich schwülstiger, christlicher Diktion, adressiert an die "lieben Schwestern und Brüder". Der Verweis auf den "politischen Kampf", den nur Deutsche, und das noch in "jahrelanger" Dauer, Richtung Veränderung führen könnten, ist ein zynisches Überstellen der Flüchtlinge in die Willkür rechtsradikaler Politiker wie dem CDU-Innenminister Diederich in Mecklenburg und in die Hände staatlicher Abschiebestellen. In offenkundiger Abgrenzung zu UnterstützerInnen, die den Flüchtlingen "nichts Gutes" tun, sieht Frenz hierin das Gute und Legale. Daß die verabscheute Illegalität zunehmend Flüchtlingslos in den europäischen Metropolen ist, Humanität also beginnen würde, nähme sie sich dieser Situation an, entgeht den Kirchenvorständlern. Von besonderem Übel ist der Versuch einer offenkundig anti-antirassistisch homogenisierten Kirchengemeinde, Flüchtlingen zwölf verschiedener Herkunftsländer und mit unterschiedlichen Fluchtmotiven, die als Gruppe allein der Wille zusammengeführt hat, sich dem rassistischen Terror nicht zu beugen, mit dem Verweis auf fehlende "Gemeinschaft" nach Gemeindeverständnis sowie auf "ins Unerträgliche gesteigerten Auseinandersetzungen" ein gemeinsames Interesse abzusprechen. Dazu erklärten die Flüchtlinge am 8. Dezember: "Es ist richtig, daß einige von uns, Familien mit Kindern, in die Ex-DDR zurückgegangen sind. Aber das war für die Menschen keine freie Entscheidung. Sie sind zurückgegangen, weil sie nach drei Monaten Widerstand unter äußerst schwierigen psychischen und physischen Belastungen den Druck der Landesregierungen und die Kirche nicht mehr aushalten konnten."

Vermutlich wertet Frenz die Tatsache, daß nach wochenlanger Zermürbung von über 70 Flüchtlingen noch knapp 30 übriggeblieben sind, als Beweis für seine Vorwürfe. Schließlich zeigt der Verweis auf die gleicherweise Erschöpfung der Schalomgemeinde nur das völlige Unverständnis für die vollständig unterschiedliche Ausgangssituation zwischen in ihrem Herkunftsland und in der BRD verfolgten Flüchtlingen sowie gestreßten Kirchenfunktionären und einem Gemeindepöbel, den außer der Sorge, "Wo sollen wir Weihnachten feiern?" (BILD-Umfrage) angesichts belegter Kirchenräume das Schicksal der Flüchtlinge wenig berührt.

"Die Kirchengemeinde Schalom in Norderstedt hat viel geleistet; sie ist an der Grenze ihrer Kräfte. Sie braucht die Adventszeit und ihre Kirchenräume auch, um wieder zu sich selbst zu finden", hatte Sozialminister Jansen am 5. Dezember Frenz und dem Kirchenvorstand vorformuliert (Situationspapier der Pressestelle der SPD-Regierung, 5.12.91). Das Bild von der guten Kirche und den "falschen Freunden" (Jansen) hat Frenz ebenso übernommen, wie die Darstellung, diese würden die Flüchtlinge an der Wahrnehmung "ihrer wirklichen Interessen hindern" (Jansen), was Frenz raus aus der Illegalität und Einsetzen für das "persönliche Asylrecht" nennt.

Weit und breit keine Breite

Kritiker der autonomen Unterstützungsarbeit in Norderstedt äußern nicht selten, daß diese Mitschuld an der mangelnden Solidarität zur Lage der Flüchtlinge trügen und Frenz in die derzeitige Lage getrieben hätten. Man mag an der autonomen Soliarbeit vieles kritisieren, vielleicht auch den Mangel an bündnispolitischen Versuchen. Wenn sie in einem Flugblatt selbstkritisch davon sprechen, "im Gegensatz zu anderen politischen Kämpfen ist es von vornherein unmöglich, uns als im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehend zu sehen, wie Autonome das oft und gerne tun", dann ist ein Grundmangel angesprochen, der bei allem positiven Bemühen mit Sicherheit auch die Arbeit mitgeprägt hat: ein Politikverständnis, das den Zweck der Kämpfe nicht vom realen Problem und seinen Subjekten ableitet, sondern aus der eigenen Betroffenheit heraus. Das kann in der Flüchtlingsarbeit - nicht nur da nicht - tatsächlich nicht funktionieren. Dies aber als ursächlich für mangelnde Breite anzugeben, verkehrt die Verhältnisse. Niemand, kein Autonomer weit und breit, hat die "demokratische Breite" daran gehindert, sich unabhängig und eindeutig zum Vorgehen gegen die Flüchtlinge und zur SPD-Landespolitik zu erklären. Niemand kann Frenz besonders vorwerfen, sich landesüblich opportunistisch verhalten zu haben. Vorwerfen muß man ihm und Teilen der "breiten demokratischen Öffentlichkeit" allerdings, daß sie sich in den rassistischen Konsens begeben, den staatlichen Rassismus übernehmen und wie der Norderstedter Kirchenvorstand mitformulieren, um letztlich der SPD-Landesregierung die Drecksarbeit abzunehmen. Sowohl die Entwicklung der SPD-Politik, als auch die stromlinienförmige Zurichtung der Kirchengemeinden auf die Linie "Eindämmung der Flüchtlingswelle"/ schnelle Asylverfahren/ Abschottung der Kirchen gegenüber sogenannten Armutsflüchtlingen, als auch das Schweigen einer relevanten demokratischen Öffentlichkeit sind Folge einer politischen Entwicklung, die derzeit die Breite in der Unterstützungsarbeit unabhängig vom guten Willen oder subjektiven Versagen einschränken. Das liegt vor allem daran, daß den "guten Demokraten" dieser Republik ein irgendgearteter "Dritter Weg" abgeschnitten ist: Entweder für die Flüchtlinge oder gegen sie, etwa in Form "sanfter" Abfederung ihres Asylweges in der BRD und heraus. Diese Entscheidungssituation dürfte der reale Grund für das Abtauchen der "demokratischen Öffentlichkeit" sein. Wer dies den UnterstützerInnen vorwirft, sollte an den Brennpunkten diese verlangte Breite einmal vorführen. Nützlich wäre es, Zweifel sind angebracht.

hr.

Spendenkonto: Verpflegung und Versorgung der Norderstedter Flüchtlinge kosten Geld. Spendenkonto: Perscheski, Kontonr.: 635 806 - 208, Postgiroamt Hamburg

Soliadressen/ Besuche: Schalom-Gemeinde, Lütjenmoor 13, 2000 Norderstedt

Lukas 10, Vers 30 Vom barmherzigen Samariter

Es begab sich aber, daß in den verwüsteten Teilen unserer Erde die Menschen sich ängstigten und um ihr Leben fürchteten, denn es waren Hunger, Raub und Mord allerorten. Und es waren der armen Menschen viele auf der Flucht in die großen und reichen Städte der Metropolen. Es war aber eine große Angst in den Städten, daß es der Armen zu viele würden und laut riefen ihre Bewohner den Oberen zu, sie sollten die Tore vor den Flüchtenden schließen. In jenen Zeiten trat ein Pastor vor Jesus, der beherbergte Flüchtlinge in seinem

Tempel, die ihn bekümmerten. Und er sprach zu Jesus: Meister, was muß ich tun, daß ich in dieser Lage das ewige Leben ererbe? Er aber sprach zu ihm: Was steht im Gesetz geschrieben? Wie liesest du?

Er antwortete und sprach: "Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüte und deinen Nächsten wie dich selbst" (5. Mose 6,5; 3. Mose 19,18). Er aber sprach zu ihm: Du hast recht geantwortet; tue das, so wirst du leben.

Er aber wollte sich selbst rechtfertigen und sprach zu Jesus: Wer ist denn mein Nächster. Da antwortete Jesus und sprach: Es hatte sich folgendes begeben. Da waren Menschen, die kamen aus der unwegsamen Wüste ins Land wo Milch und Honig fließt nach Greifswald im Osten und fielen hier unter die kahlköpfigen Räuber. Die zogen sie aus, schlugen sie und gingen davon und ließen sie halbtot liegen. Sie schleppten sich mühsam und beladen in die nächste Stadt der Barmherzigen im Westen und klopften an die Tore der Amtskirche und baten um Hilfe. Der Konsistorialrat verwehrte ihnen Einlaß und sprach: ziehet Eurer Wege. Desgleichen auch ein Synodaler, denn er fürchtete, daß das Heil seiner Rechtgläubigen Schaden nehmen könnte.

Da klopften sie an das Tor eines frommen Schalom-Tempels. Als der Pastor sie sah, jammerte ihn ihrer. Er ließ sie ein, goß Öl und Wein auf ihre Wunden und verband sie ihnen und gewährte ihnen Obdach. Eines anderen Tages trat er vor sie hin und sprach zu ihnen: liebe Schwestern und liebe Brüder. Wir haben gute und schlechte Zeiten miteinander erlebt und erlitten. Doch von nun an muß ich euch sagen: gehet hin, wo ihr herkamet. Der Weg ist euch zumutbar, denn ihr werdet dort keinen Schaden mehr nehmen. Denn ich sage euch: ihr und ich, wir sind erschöpft, wir brauchen unsere Ruhe. Gehet und suchet Ruhe in Gott. Sie aber dankten es ihm und machten sich freudig auf den Weg zurück, denn alle Angst war von ihnen abgefallen ob dieser frommen Worte.

Welcher dünkt Dich, sprach Jesus zu ihm, der unter diesen dreien der nächste sei gewesen denen, die unter die Räuber gefallen waren? Er sprach: Der die Barmherzigkeit an ihnen tat. Da sprach Jesus zu ihm: So gehe hin und tue desgleichen!

Im Jahre MCMXCI im Einvernehmen mit dem Verband der evangelischen Bibelgesellschaften in Deutschland genehmigte Fassung, erstellt durch die

Glaubenskommission der Gruppe K.

Sozialminister Jansen hatte Anfang November deutlich gemacht, daß für die SPD die Unnachgiebigkeit gegenüber den Flüchtlingen essentiell ist. Es sollte kein Vorbild für andere Flüchtlinge zugelassen werden, wonach Widerstand gegen Verteilung auf die Länder und gegen das Asylverfahren erfolgreich sein könnte und zugleich nachdrücklich ein Beweis für die Erfolgsträchtigkeit der SPD-Position geliefert werden: Grundgesetzänderung nein, effektive Anti-Flüchtlingspolitik ja - Abschiebung an den Grenzen, beschleunigte Asylverfahren mit schneller Abschiebung, menschenunwürdige, kasernierte Unterbringung, Sammellager, erschwerte Lebensbedingungen (siehe auch AK 336). Während in Hessen die rot- grüne Regierung weniger repressiv bei der Verteilung von Flüchtlingen in die Ex-DDR verfährt, (keine erneute Verteilung, wenn sie dort wegen Bedrohung geflohen sind), lehnen die Schleswig-Holsteiner dies strikt ab. Ein wichtiger Grund dafür dürften die, anders als im Hessischen, bevorstehenden Landtagswahlen im April 1992 sein. Auf dem SPD-Landesparteitag in Harrislee Anfang Dezember brachten die einst als "links" gestarteten Nordlichter das Kunststück fertig, eine Resolution "Gegen Ausländerfeindlichkeit" zu verabschieden, die sich wortreich von der Asylmißbrauchs-Hetze der CDU distanziert, Überfälle gegen Flüchtlinge scharf verurteilt, von weltweiten Fluchtursachen und der Verantwortung Europas labert, um beim Kern zu Landen: "Wenn sich die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht dem Vorwurf der absichtlichen Eskalation in einem äußerst sensiblen Thema aussetzen wollen, müssen die im sog. Kanzlergespräch abgesprochenen rechtlichen und administrativen Maßnahmen sofort umgesetzt werden. Der Landesparteitag begrüßt, daß Schleswig-Holstein auf diesem Weg behutsam vorangegangen ist." Entsprechend erhielt Jansen, der bis 1988 die SPD in der Opposition als "linker" Landesvorsitzender führte, den stärksten Beifall seiner Parteifreunde.

Zu welcher Perfidie der staatstragende Rassismus der SPD fähig ist, hat die baden-württembergische Landespartei in Vorbereitung der dortigen Landtagswahl im März 1992 deutlich gemacht. Eine landesweite SPD-Plakataktion "Nach der Steuerlüge jetzt die Asyllüge der CDU"

16. Dokumentation: An die Flüchtlinge im SCHALOM (Brief von Kirchenvorstand und Pastor Helmut Frenz, 8.12.91)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:16

EV.-LUTH. KIRCHENGEMEINDE SCHALOM NORDERSTEDT

An die Flüchtlinge

im SCHALOM

Norderstedt8. Dezember 1991

Liebe Schwestern und liebe Brüder,

seit jetzt schon einem Monat leben wir gemeinsam unter dem Dach des Schalom. Wir haben uns besser kennen gelernt. Wir haben gute und schlechte Zeiten miteinander erlebt und erlitten. Sie sind zu uns gekommen mit einer großen Hoffnung, daß nämlich die Kirchengemeinde Schalom Ihnen beistehen würde in Ihrem Kampf um die Gewährung politischen Asyls in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind auch bereit, uns für Sie einzusetzen. Die Erlangung von politischem Asyl kann jedoch nur im Rahmen der deutschen Asylgesetzgebung erreicht werden. Diese Gesetze können unterschiedlich bewertet werden. Wer sie ändern will, muß den langen und demokratischen Weg gehen, der oft jahrelang dauern kann. Diesen

politischen Kampf um "Asylgesetze mit menschlichem Antlitz" müssen jedoch wir Deutschen selber führen. Wer die Flüchtlinge in diesen Kampf unmittelbar einbezieht, instrumentalisiert sie, mißbraucht sie und tut ihnen nichts Gutes. Solch ein Verhalten unterstützt unsere Kirchengemeinde nicht.

Wir haben Ihnen einen Monat lang Solidarität und humanitäre Hilfe gewährt. Wir haben es selbstverständlich getan. Doch von nun an müssen wir Ihnen sagen: Setzen Sie sich für Ihr persönliches Asylrecht ein! Doch tun Sie es nicht aus der Illegalität heraus, die Ihnen nur Schaden zufügt. Ihr Aufenthalt im Schalom ist illegal. Dieser Zustand darf nicht länger andauern. Deshalb fordern wir Sie auf, sich wieder in die Legalität zu begeben. Den Weg dorthin haben wir Ihnen eröffnet. Er ist Ihnen zumutbar. Etliche von Ihnen und viele andere sind diesen Weg nach Mecklenburg-Vorpommern bereits gegangen, ohne dabei Schaden genommen zu haben.

Noch einen weiteren Grund nennen wir: Wir haben Sie im Schalom nicht nur als Gruppe erlebt. Viel intensiver erleben wir Sie als Individuen, als Schwestern und Brüder, die schweres Leid ertragen mußten. Viele von Ihnen sind erschöpft - physisch und psychisch -; deshalb müssen Sie endlich Ruhe finden - Ruhe, die Ihnen die Schalomkirche nicht bieten kann; die Sie in dieser Gruppe auch niemals finden werden. Wir - und ganz gewiß auch Sie - haben in den zurückliegenden Wochen die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß es unter Ihnen keine Gemeinschaft gibt. Zu groß sind die politischen, sozialen und kulturellen Unterschiede. Es mußte deshalb immer wieder zu Spannungen und Auseinandersetzungen kommen, die sich bis ins Unerträgliche steigerten.

Und schließlich ein letzter Grund für unsere Aufforderung: Auch unsere Kirchengemeinde ist erschöpft. Unsere physischen und psychischen Kräfte sind erlahmt. Das religiöse, soziale und kulturelle Leben unserer Gemeinde ist fast erloschen. Bitte, laßt uns wieder eine lebendige Kirchengemeinde werden!

Wir bitten Sie um Verständnis, wenn wir Sie jetzt auffordern, unsere Kirche freiwillig bis zum 11. Dezember 1991 12 Uhr mittags zu verlassen. Wir haben für Sie andere legale Heime gefunden, wo sie menschenwürdig und sicher wohnen können. Der Weg dorthin muß Ihnen zugemutet werden.

Der Kirchenvorstand

der Kirchengemeinde

SCHALOMHelmut Frenz, Pastor

17. Widerstandsinitiative gegen Rassismus, Hamburg. Warum ist der Kampf in Norderstedt wichtig?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:18

Den Flüchtlingen, die in Neumünster (Schleswig-Holstein) in einer alten Brauerei untergebracht worden waren, drohte die Verteilung in die neuen Länder der Bundesrepublik. Um dies zu verhindern, besetzten sie vor drei Monaten die Anscharkirche in Neumünster. Nach sechs Wochen mußten sie unfreiwillig die Verlegung nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) akzeptieren. Nachdem sie dort nach nur einer Woche dem Angriff von "Hooligans" ausgesetzt waren, zogen sie sich zunächst kurzfristig nach Neumünster zurück, dann nach Norderstedt (Schleswig-Holstein) in die Schalom-Kirche, wo sie sich jetzt seit vier Wochen befinden.

Es hat natürlich auch früher solche Ereignisse gegeben, daß Menschen sich geweigert haben, den Verteilungen nachzukommen. Aber erstens nicht in diesem Umfang, und zweitens konnten sie noch nicht zu einer offenen politischen Diskussion führen, wie es bei diesem Ereignis der Fall ist.

In dem Moment, in dem in den Parlamenten, in den Medien über die Beschränkung des Asylrechts eine "Debatte" geführt wird, brach die Flucht aus Greifswald wie eine Sensation aus, löste dann eine Diskussion aus, zu der alle, auch Regierungskreise Stellung nehmen mußten. Von diesem Zeitpunkt an ist trotz aller Verdrehungen der Tatsachen weitgehend bekannt geworden, daß es Flüchtlinge gibt, die, gestützt auch auf eigene Erkenntnisse, dagegen argumentieren und sich weigern, in die neuen Länder zu gehen. So erhielt die "Asyldebatte" eine neue Dimension, d.h. alle mußten sich jetzt zusätzlich zur Legitimität dieser Weigerung äußern. Bis dahin äußerten sie sich nur über die Beschränkung des Asylrechts, ob sie dafür sind, wieweit sie dafür sind, usw. ... (Flüchtlinge, die schon vorher TU-Gebäude in Berlin besetzt hatten, stellten eigentlich die gleichen Forderungen. Aber diese Aktion konnte eine Diskussion solchen Ausmaßes nicht auslösen.)

Einerseits handelte es sich hier konkret um die Weigerung der Verteilung in die neuen Länder, andererseits beinhaltet diese Weigerung immerhin ein Stück Selbstbestimmung, die nicht nur bei der Durchführung der Verteilung in die neuen Länder, sondern überhaupt bei der Durchsetzung - in diesem Umfang - neuer Maßnahmen - wie z.B. Sammellager - störend wirken könnte, wenn sie sich verbreitet und weiterentwickelt.

Der Staat hat diese Gefahr sofort erkannt. Dementsprechend haben die Regierungen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern (SPD und CDU) nicht lange gezögert, diese Frage grundsätzlich zu behandeln und nicht als ein Problem, das 70 bis 80 Flüchtlinge betrifft. Der Staatssekretär im Kieler Sozialministerium Möller, in dieser Sache beauftragt, hat diese Erkenntnis nach den ersten Gesprächen mit den Flüchtlingen in Norderstedt zum Ausdruck gebracht: "Diese Sache hat einen gewissen symbolischen Charakter angenommen." (Wer Norderstedt als "ein Ereignis von vielen" betrachtet, muß sich diese Worte immer wieder ins Gedächtnis rufen.)

In diesem Sinne ist es nicht unverständlich, warum die Regierungen auf ihrem Kurs beharren.

Warum in die neuen Länder?

Hier soll kurz auf diese vermutliche Frage eingegangen werden. Nach unserer Einschätzung ist von vielen Gründen einer in den Vordergrund zu stellen: In den Westteilen der Bundesrepublik hat die ausländische Bevölkerung im Lauf der Zeit einen festen Boden gewonnen. Es ist nicht schwierig, hier als Flüchtling, welcher Nationalität auch immer, Leute, Freunde derselben Herkunft zu finden. Das erleichtert das tagtägliche Leben für Flüchtlinge, die es besonders am Anfang sehr schwer haben. Diese Beziehungen tragen dazu bei, daß die Leute zunächst festen Boden unter die Füße bekommen, dann auch auf irgendeine Art und Weise im Land bleiben können. In den neuen Ländern existiert eine solche, viele Nationalitäten umfassende und fest verwurzelte ausländische Bevölkerung nicht. Es ist für viele Flüchtlinge unmöglich, von außen Leute zu finden, die dieselbe Sprache sprechen. Das führt zu einer völligen gesellschaftlichen Isolation, zu psychologischen Zusammenbrüchen, letztendlich zur Rückkehr, zur Abschreckung der Menschen woanders, die in Deutschland Asyl suchen würden.

So wird auch durch einen anderen Weg das gleiche Ziel erreicht, wie es mit den Änderungen der Gesetze und des Grundgesetzes geplant war, nämlich die Verringerung der Zahl der Flüchtlinge. (Daß die Angriffe der

"Skinheads", der "Hooligans" u.a. auch dazu beitragen, darf nicht übersehen werden. Hier liegt der tiefere Grund, warum der Staat die Angriffe zuläßt.)

Zusammengefaßt: zusätzlich zu Sammellagern auch in den Westteilen, hat die Sonderverteilung in die neuen Länder einen nicht zu unterschätzenden Abschreckungseffekt bei der Suche nach Asyl. In diesem Sinn bedeutet auch diese Verteilung eine praktische Beschränkung, eine Verletzung des Asylrechts. Wer das Asylrecht überhaupt verteidigt, der muß sich auch gegen solche Maßnahmen einsetzen. Das Verhalten gegenüber der Forderung der Flüchtlinge in Norderstedt, "Bleiberecht in Schleswig-Holstein", ist gleichzeitig ein Kriterium, an dem gemessen wird, ob jemand das Asylrecht überhaupt verteidigt.

Was Staatssekretär Möller sagte, war richtig. Diese Sache hat tatsächlich einen symbolischen Charakter angenommen.

Was wird im allgemeinen beabsichtigt?

Alle Maßnahmen, die gegen Flüchtlinge zur Zeit laufen, müssen in einem größeren Rahmen behandelt werden. Wir wissen, daß die Flüchtlinge eine Gruppe bilden, bei der weder die Zahl vorher festgelegt noch der Zeitpunkt der Flucht bestimmt werden kann. Es wurde aber auf dem Weg zur europäischen Einigung als Ziel festgelegt, die ausländische Arbeitskraft unter feste Kontrolle zu stellen. D.h., wieviele Ausländer beschäftigt werden, zu welchem Zeitpunkt und in welchen Orten sie eingesetzt werden sollen, soll entsprechend den Bedürfnissen der reichen europäischen Länder bestimmt werden.

Das Asylrecht läßt aber die europäische Tür auch für soziale Flüchtlinge halb offen - auch wenn das nicht beabsichtigt ist.

Damit diese Art von Verfügung über die ausländischen Arbeitskräfte überhaupt funktionieren kann, muß aber diese Tür jetzt, soweit möglich, zugemacht werden. Aus diesem Grunde steht bei den europäischen Staaten die Beschränkung des Asylrechts auf der Tagesordnung. Aus diesem Grunde gibt es seit 1985 die sogenannte "Schengen-Gruppe", die aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs besteht und die sich zum Ziel gesetzt hat, gemeinsame Maßnahmen gegen Flüchtlinge zu entwickeln, die Informationen über Flüchtlinge zu zentralisieren, gemeinsame und verstärkte Grenzkontrollen gegenüber Flüchtlingen durchzuführen. Ferner beschäftigt sich die sog. "TREVI-Gruppe", die aus den Justiz- und Innenministern der zwölf europäischen Staaten besteht, seit 1988 europaweit neben Fragen wie "internationaler Terrorismus" und "internationaler Drogenhandel" auch mit der "Flüchtlingsfrage".

Mit der gleichen Zielsetzung ist ein Ministerratstreffen in Maastricht geplant, an dem sich die Minister der zwölf europäischen Staaten beteiligen, um besonders die Flüchtlingsfrage zu behandeln.

Aus dem gleichen Grund, um diese halb offene Tür für Flüchtlinge ganz dicht zu machen, haben die europäischen Staaten den Nazis, den Faschisten, den "Skinheads" das grüne Licht für die Angriffe gegeben.

Auch die Verteilung in die neuen Länder ist in diesem Sinne zu betrachten. Das Ziel ist eins und eindeutig: mit allen möglichen Wegen, Umwegen und Mitteln die Zahl der Flüchtlinge zu verringern.

Nachdem demnächst diese "Sache" im Sinne der europäischen Staaten geregelt ist, werden weitgehendere Maßnahmen, die noch größere Massen von Ausländern und von Menschen aus der 3. Welt umfassen werden, als es bisher der Fall ist, in die Tat umgesetzt. Z.B. wurde im November dieses Jahres eine Vereinbarung zwischen Deutschland und der Türkei getroffen. Danach sollen 7.000 ArbeiterInnen aus der Türkei geholt werden, um besonders in den Ostteilen der Bundesrepublik eingesetzt zu werden. Die Vereinbarung legt fest, daß sie nur da beschäftigt werden, wofür sie geholt sind, und sie dann zurück müssen, wenn der Vertrag abläuft. Sie werden nicht hier, sondern in der Türkei versichert sein. Nach offiziellen Berichten aus dem Arbeitsministerium wurden ähnliche Vereinbarungen mit Bulgarien, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen schon getroffen. Zur Zeit werden 2.300 rumänische und 820 bulgarische ArbeiterInnen in diesen Arbeitsverhältnissen beschäftigt.

Wir wissen, daß eine solche Praxis auch in anderen europäischen Staaten existiert. Z.B. wurden schon in den siebziger Jahren 14.000 Philippinos nach England geholt, um sie in Hotels, Restaurants, Discos und auch in privaten Häusern einzusetzen.

Zusammengefaßt ist das vorgesehene Ziel folgendes: Eine Masse zur Verfügung zu haben, die diese neuen Bedingungen von vornherein akzeptiert hat, die einzig als Arbeitskraft definiert ist, die in den Gesellschaften, in denen sie lebt, gegen nichts versichert ist, die nur das "Recht" hat, in den Ländern, in denen sie eingesetzt ist, zu arbeiten. Die nicht nur nicht mehr als Menschen akzeptierten, sondern auch nicht mehr als moderne Arbeiter zu betrachtenden Parias. Die je nach Bedarf der Wirtschaft hin- und hergeschobenen, die durch die reichen Länder Europas dazu gezwungen sind, nicht dort zu bleiben und zu arbeiten, wo sie es eigentlich wollen, sondern dahin zu gehen, wohin die Reichen es sich wünschen. Die modernen Sklaven des "gemeinsamen europäischen Hauses". Mit anderen Worten: die Apartheid in Europa.

Das ist ein Krieg der reichen Länder Europas, der gegen die Menschen aus der 3. Welt geführt wird, der wieder, wie in der früheren Geschichte, nie offen erklärt wurde.

Sie werden dafür noch zusätzlich bei den Regierungen der armen Länder Unterstützung finden, und sie wissen genau, daß es in einer Welt, in der jedes Jahr aus Not und Elend zwanzig Millionen Kinder sterben, genügend arme Leute gibt, die diese diktierten Bedingungen akzeptieren würden. Aber es wird trotz allen ungünstigen Bedingungen sicherlich und weiterhin Menschen geben, die sich hier oder da zur Wehr setzen.

Wir müssen uns auf die Seite dieser Menschen stellen; und das müssen wir jetzt tun, bevor die Bedingungen sich noch verschlimmern. Der Prozeß muß abgebrochen werden, bevor er in die Apartheid Europas mündet. Die politischen und praktischen Angriffe gegen die Flüchtlinge jetzt zu stoppen, hat aus diesem Grunde eine weitgehendere Bedeutung, als man/frau beim ersten Blick denkt. Gerade deswegen ist der Norderstedter Kampf wichtig.

Unterstützt den Kampf der Flüchtlinge!

Stoppt die Entwicklung zur Apartheid in Europa!

Widerstandsinitiative gegen Rassismus, Hamburg

18. Alles zu Ende? Sieben Wochen TU-Besetzung in Berlin - eine Zwischenbilanz

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:29

8.12.91, Foyer des teilweise besetzten Mathematikgebäudes der Technischen Universität Berlin. Zum Abschluß eines Treffens der UnterstützerInnengruppen und VertreterInnen der Flüchtlingsgruppen aus Norderstedt, Frankfurt und Berlin findet eine alternative Pressekonferenz statt. Von den Alternativmedien ist ein knappes Dutzend Menschen (z.B. von Radio Dreyeckland, prowo, einem Kirchenblättchen) gekommen, auf der Veranstalterseite sitzen gut 20 Leute aus den genannten Städten, Flüchtlinge und UnterstützerInnen. Ein Vertreter der Flüchtlinge berichtet über die Beratungen der Flüchtlingsgruppe. Er beschwört eine neue Qualität ihres Kampfes, die durch die überregionale Vernetzung zustande gekommen sei. Gemeinsam könne man den Druck gegen die inhumane Asylpraxis der Bundesregierung verstärken. An Kampfmaßnahmen wie Hungerstreiks und Demonstrationen sei gedacht. Auf die Frage hin, ob auch andere Forderungen erhoben würden, als die nach freier Wahl des Gerichts- und damit Aufenthaltsorts für die Dauer des Asylverfahrens nennt er die Forderung nach generellem Abschiebestopp. Auf die ihnen allen drohende Niederlage im Asylverfahren geht er nicht näher ein. Stattdessen wird die konkrete Asylverfahrenspraxis kritisiert, die den Asylsuchenden kaum Gelegenheit lasse, die Verfolgungen, vor denen sie geflohen sind, ausführlich darzustellen.

Wesentlich verhaltener sind die Berichte der UnterstützerInnen. Von Überarbeitung der viel zu wenigen regelmäßigen MitarbeiterInnen ist die Rede, von abbröckelnder Tendenz in den Gruppen und von der mangelnden Resonanz in der linken und autonomen Szene. Die Verbindung der konkreten Unterstützungsarbeit gegen Verschiebung in die ehemalige DDR mit einer revolutionären oder wenigstens konsequent antirassistischen Perspektive sei nicht ausreichend hergestellt worden. Die Vereinnahmung ihrer Arbeit in einen breiter werdenden humanitären Konsens stünde zu befürchten, der die reale Situation eher befestige als aufbreche. So seien die Flüchtlinge aus Hoyerswerda Ende Oktober aus humanitären Gründen legalisiert worden und auf drei Flüchtlingsheime in Berlin verteilt worden, von einem Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsorts für alle Flüchtlinge sei jedoch keine Rede gewesen. Schlimmer noch, die humanitäre Geste hatte nicht einmal dazu gelangt, die ca. 40 Leute aus Hoyerswerda zusätzlich in Berlin aufzunehmen. Sie seien vielmehr auf die Quote der in Berlin unterzubringenden Flüchtlinge angerechnet worden. Für jeden in Berlin untergebrachten Flüchtling aus Hoyerswerda wird ein anderer in eines der gefürchteten Lager bzw. Heime in der ehemaligen DDR verschoben.

Zur Situation in Berlin

Seit den Überfällen auf Flüchtlingswohnheime in Hoyerswerda treten immer mehr Menschen die zweite Flucht aus Lagern und Heimen in der ehemaligen DDR nach Berlin oder in die westlichen Bundesländer an. Fluchtbewegungen aus dem Osten gibt es allerdings schon seit einem Jahr. Bereits kurz nachdem die Zwangsverteilung von Flüchtlingen in die neuen Bundesländer begann (Dezember 1990), floh eine Gruppe von Afrikanern und Indern, die aus dem hessischen Lager Schwalbach nach Halberstadt verteilt worden waren, nach dreitägigem Aufenthalt zurück nach Schwalbach.

In einer im November veröffentlichten Flugschrift des Berliner antirassistischen Zentrums sind die Gründe für die zweite Flucht zusammengefaßt: "In den Berichten der aus den neuen Bundesländern nach Berlin Geflohenen betonen die Doppelflüchtlinge zum einen die Angst um ihre Leben aufgrund rassistischer und faschistischer Angriffe. Zum anderen beschreiben sie die fehlende Infrastruktur. Im Unterschied zu den alten Bundesländern werden die meisten Flüchtlinge in den neuen Bundesländern in ehemaligen militärischen Einrichtungen, wie in Eisenhüttenstadt, untergebracht, die sich oft außerhalb und in großer Entfernung von Ortschaften befinden. Diese Lage begünstigt Angriffe und führt zu sozialer Isolation der Flüchtlinge (...) Das Containerlager in Meißen zum Beispiel liegt weit außerhalb der Stadt in einem Waldgrundstück mit nur einer Zufahrtsstraße. Nach 16.00 Uhr verläßt der deutsche Heimleiter das Lager; Schutz und öffentliche Telefonzellen existieren nicht. Bei einem faschistischen Angriff auf das Containerlager verbrannte der größte Teil des Eigentums der 40 dort lebenden Flüchtlinge.

Die Lager aus Angst vor Angriffen nicht verlassen zu können, bedeutet für die Flüchtlinge z.B., daß sie keine Sprachkurse außerhalb der Lager besuchen können - selbst wenn es sie gäbe. (...) Auch die medizinische Versorgung ist in den meisten Lagern nicht gewährleistet. Flüchtlinge, die medizinische Versorgung außerhalb der Lager benötigen, werden von Ärzten und Krankenhäusern abgewiesen. (...)

Die Grundvoraussetzungen für die Durchführung ihrer Asylverfahren sind für die Flüchtlinge in den neuen Bundesländern nicht vorhanden. Sofern es in der Nähe der Lager überhaupt RechtsanwältInnen gibt, kennen sich diese im bundesdeutschen Asylverfahren nicht aus, weil die ex-DDR keine derartige Gesetzgebung hatte. Im Gegensatz zu vielen Städten in den alten Bundesländern, gibt es in den neuen Bundesländern keine Beratungsstellen, in denen Flüchtlinge juristische und psycho-soziale Beratung und Unterstützung erhalten. DolmetscherInnen stehen oft noch nicht einmal bei den Asylverfahrensanhörungen zur Verfügung und fehlen im Lageralltag vollständig.

Da sie keinerlei Bewegungsmöglichkeiten außerhalb der Lager haben, sind Flüchtlinge vollständig auf die Bedingungen in den Lagern und die staatliche Willkür zurückgeworfen."

Ob die Mehrheit der westdeutschen Heime und Lager soviel sicherer und besser ausgerüstet ist, kann bezweifelt werden. In den größeren westdeutschen Städten kommt zu einem Mehr an Schutz und örtlichen Einrichtungen wenigstens ein Minimum an Beratungs- und Unterstützergruppen. Sehr viel im Vergleich zu Lagern, in denen noch nicht einmal ein Telefon zur Verfügung steht. Wer es nicht glauben will, erkundige sich bei den Geflohenen, denen allein das Recht zusteht, über Art und Sicherheit ihrer Unterbringung zu urteilen.

In Berlin waren die ersten Doppelflüchtlinge die aus Hoyerswerda vertriebenen. Sie hatten sich zum Teil direkt aus Hoyerswerda, zum Teil aus den ihnen zugewiesenen neuen Unterkünften in der ehemaligen DDR auf den Weg gemacht. Leute aus autonomen Gruppen hatten im Anschluß an den Berliner Autokonvoi zur Demo in Hoyerswerda am 19.9. ein ständiges Plenum gebildet, an dem auch VertreterInnen aus ImmigrantInnengruppen beteiligt waren. Von dort ging die Initiative aus, für die zunächst privat Untergebrachten einen öffentlichkeitswirksamen und sicheren Raum zu finden, in dem die Flüchtlinge Gelegenheit haben sollten, als Gruppe gemeinsam wohnen und sich öffentlich artikulieren zu können.

Ende September war eine zur Zeit leerstehende, aber viel zu kleine Villa der Evangelischen Kirche im Westberliner Randbezirk Dahlem gefunden. Kirchenvertreter konnten für den Plan, das Gebäude den Flüchtlingen vorübergehend zur Verfügung zu stellen, gewonnen werden. Gut drei Wochen lang wurde von der Dahlemer Villa aus für das Bleiberecht der Flüchtlinge aus Hoyerswerda gestritten und dem Senat zu guter Letzt abgetrotzt. Ein wirklicher Erfolg war dieser Kampf jedoch für niemanden. Die Flüchtlinge konnten sich mit ihrer Forderung, als Gruppe untergebracht zu werden, nicht durchsetzen und mußten die Aufteilung in drei Berliner Heime hinnehmen. Flüchtlinge und UnterstützerInnen waren ihrem Ziel, die freie Wahl des Aufenthaltsorts für alle Flüchtlinge durchzusetzen, keinen Schritt nähergekommen. Die Aufnahme der Gruppe aus Hoyerswerda sollte lediglich eine humane Geste sein, geeignet, den wegen der Welle rassistischer und faschistischer Gewalt etwas beschädigten Ruf Deutschlands aufzupolieren. Die Verschiebepraxis in den Osten und die Errichtung von Sammellagern war dabei zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. Die Kleinigkeit am Rande, daß die 40 aus Hoyerswerda auf die Berliner Aufnahmequote angerechnet wurden, bestätigt, daß grundsätzlich keine Bereitschaft zur Überprüfung der herrschenden Flüchtlingspolitik besteht.

Handlungsdruck - TU-Besetzung

Seit Anfang Oktober nimmt die individuelle Fluchtbewegung aus Lagern und Heimen in der ehemaligen DDR nach Berlin, aber auch in die westlichen Bundesländer zu. Die ständig tagende "Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen" versuchte diesem Umstand mit dem Beschluß, erneut öffentliche Räume zu besetzen und so den Doppelflüchtlingen Schutz zu gewähren, Rechnung zu tragen. In Absprachen mit dem AStA der Technischen Universität wurde am 24.10.91 von zunächst knapp 20 Flüchtlingen und den UnterstützerInnengruppen ein Trakt des Mathematikgebäudes der TU besetzt. Parallel wurde im AStA der TU das Antirassistische Zentrum installiert, das sich um Koordination und Öffentlichkeitsarbeit kümmert.

Ähnlich wie kirchliche Einrichtungen tun sich Universitäten mit dem Ruf nach der Polizei eher schwer. Die TU-Leitung hatte zunächst Verständnis für die Situation der Flüchtlinge signalisiert, aber gleichzeitig deutlich gemacht, daß die Universität das Wohnungsproblem der Flüchtlinge nicht lösen könne. Als die

Flüchtlingsgruppe ein Angebot der Uni-Leitung ablehnte, in eine leerstehende (aber sehr kleine) Kindertagesstätte auf dem Campus umzuziehen, versuchte sich die Unileitung in Härte: Am 11.11. stellte sie ein 24stündiges Ultimatum. Wenn in dieser Zeit seitens der Flüchtlinge der Kindertagesstätten-Plan nicht angenommen würde, werde vom Hausrecht Gebrauch gemacht. Ob unter Hausrecht auch die polizeiliche Räumung falle, wollte die um ihren liberalen Ruf besorgte Uni-Leitung freilich nicht mitteilen. Als am nächsten Tag gut zwei Drittel der Flüchtlinge, statt dem Ultimatum nachzukommen, in den zunächst befristeten Hungerstreik traten, gab die TU-Leitung nach. Am 13.11. beschloß der akademische Senat, das Ultimatum aufzuheben, sich um neue, akzeptable Räume zu bemühen und sich gegenüber der Innenverwaltung für die Flüchtlinge einzusetzen. Doch weder die politischen Bemühungen von TU-Vizepräsident Steinmüller noch der eine knappe Woche durchgehaltene Hungerstreik der Flüchtlinge zeitigten auch nur den geringsten Erfolg. Steinmüller hatte mit mehreren Senatoren der Berliner Landesregierung Gespräche geführt. Es wurde ihm jedoch bedeutet, daß "mit der Erfüllung der Besetzerforderungen ein Präzedenzfall auch für weitere Asylbewerber aus den neuen Bundesländern geschaffen" werden würde (Neue Zeit, 18.11.) und das könne nicht hingenommen werden.

Verschiebungen

Unterdessen betreibt die Ausländerbehörde am Kreuzberger Waterlooufer das reale Geschäft der Verschiebung in die ehemalige DDR. Diese Behörde ist die zentrale Anlaufstelle für alle Flüchtlinge, die ihren Asylantrag in Berlin gestellt haben. Von hier aus werden diejenigen, für die nach der bestehenden Quotenregelung in Berlin kein Platz ist verschoben - ausschließlich in die fünf neuen Länder. Neuankömmlinge und Doppelflüchtlinge werden zunächst in sogenannte Phase-I-Heime in Berlin verteilt, wo sie unter zum Teil unbeschreiblichen Verhältnissen ungefähr drei Wochen leben, bis ihnen die Behörde den "Zuweisungsbescheid" verabfolgt. In diesem Bescheid werden die Empfänger aufgefordert, innerhalb einer kurzen Frist (in der Regel drei Tage) zu dem ihnen zugewiesenen Lager oder Heim in den FNL zu reisen. Bis Anfang Oktober organisierte die Behörde Busse zu den Unterkünften, seither werden datierte Fahrkartengutscheine ausgegeben. Wer seinem Zuweisungsbescheid nicht Folge leistet, wird Illegaler, verliert seinen Anspruch auf Sozialhilfe und das Aufenthaltsrecht in Berlin. Diese Unfolgsamkeit wird auch als Ordnungswidrigkeit gewertet, was im Wiederholungsfall zur strafbaren Handlung wird und die sofortige Abschiebung nach sich ziehen kann. In der Berliner Ausländerbehörde gibt es keine Dolmetscher bzw. MitarbeiterInnen, die wenigstens Englisch sprechen. Alle Formulare und Belehrungen sind ausschließlich in deutscher Sprache verfaßt. Wer kein deutsch kann und niemanden kennt, der mehr weiß, hat keine Chance, sich ein Bild von seiner Lage zu machen, ist restlos ausgeliefert. Dennoch hat sich bei vielen Flüchtlingen etwas über die Situation in den ostdeutschen Lagern herumgesprochen. Zu den Doppelflüchtlingen kommen immer mehr Erst-Asylsuchende, die sich gegen eine Verschiebung in den Osten wehren. Seit September 91 sind Leute aus nicht nur autonomen Unterstützergruppen verstärkt am Waterlooufer aktiv, um Neuankömmlinge und Doppelflüchtlinge zu beraten, auch darüber, daß in der TU und anderswo Flüchtlinge, die sich nicht in den Osten verfrachten lassen wollen, aufgenommen werden. In einem Schreiben an Berliner Abgeordnete vom 9.11.91 schildert die gemeinnützige "Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge" die Praxis der Ausländerbehörde und die Versuche, sie zu durchkreuzen: "Wir regten an, daß Flüchtlinge massenhaft gegen ihre Verteilung Widerspruch einlegen sollten, sie haben die Möglichkeit, einen Rechtsschutzantrag zu stellen. Um auch viele Flüchtlinge zu erreichen, entschlossen wir uns, einen Informationsstand vor der Ausländerbehörde zu unterhalten. Dieser Informationsstand wurde von den Flüchtlingen begeistert aufgenommen. Fast alle unterschrieben die ausgehändigten Formulare. Sie erhielten ein Flugblatt in ihrer Sprache, damit sie die Aktion einschätzen konnten. Wenn sie einen Widerspruch eingelegt hatten, erhielten sie zunächst eine Verlängerung ihrer Meldebescheinigung, was ihnen den Heimplatz und die Fortzahlung der Sozialhilfe sicherte. Diese von vielen anderen Gruppen unterstützte Aktion begannen wir am 26.9. Bereits eine Woche später zeigte sich, daß die Aktion wie beschlossen nicht durchzuführen war. 45 Flüchtlinge hatten die Anträge gestellt, nur bei ca. 20 hatte das Verwaltungsgericht eine Zusicherung eingeholt, die anderen sollten verteilt werden, obwohl ihr Widerspruch noch nicht entschieden war. Die Flüchtlinge weigerten sich, in die Busse zu steigen. Es war ihnen auch nicht nachvollziehbar, warum einige dableiben konnten und sie fahren sollten. Zur Sicherung der Verschiebung erschien ein starkes Polizeiaufgebot. Einigen gelang es, rechtzeitig wegzulaufen, andere wurden mit Gewalt in den Bus nach Eisenhüttenstadt (zentrale Verteilungsstelle des Landes Brandenburg, Anm. jw) geschoben, ihr Gepäck hatten sie nicht dabei, weil sie mit einer Verteilung nicht rechnen konnten. Flüchtlinge wurden mit auf den Rücken gefesselten Händen in den Bus

gestoßen, wie Verbrecher abgeführt." Im Lauf des Oktobers wurde es ausnahmslose Praxis der Verwaltungsgerichte, bei Widersprüchen gegen Zuweisungsbescheide keine aufschiebende Wirkung für die Dauer des Verfahrens mehr zu gewähren. Den letzten Ausweg, sich über ärztliche Atteste Aufschub zu verschaffen, durchkreuzte die Ausländerbehörde von Anfang an konsequent: Selbst offensichtlich Schwerkranke können höchstens mit einem Aufschub von 24 Stunden rechnen. Da sich im Lauf des Oktobers trotzdem von Tag zu Tag weniger Flüchtlinge bei den Bussen am Waterloo-Ufer zur Verschiebung einfanden, änderte die Ausländerbehörde ihre Taktik. Seither werden datierte Fahrkartengutscheine an den Bestimmungsort ausgehändigt, wer nicht rechtzeitig abfährt, ist illegal. Flüchtlinge, die aus Unkenntnis oder Krankheit den Termin versäumen und sich trotzdem bei der Ausländerbehörde blicken lassen, müssen dort mit ihrer sofortigen Festnahme rechnen. Allein vom Oktober sind 15 Fälle bekannt, in denen Flüchtlinge in Handschellen abgeführt, in Polizeiautos geprügelt und in Polizeigewahrsam genommen wurden. Ein Ägypter zum Beispiel, der zusammen mit seinem Kind in der Behörde war, wurde gewaltsam von seinem Kind getrennt und in oben beschriebener Weise über die Polizeiwache nach Eisenhüttenstadt verfrachtet. Als er nach zwei Wochen zurückflüchtete, hatte er buchstäblich die Sprache verloren und befindet sich seither in therapeutischer Behandlung.

Antirassistischer Werkeltag

Während sich politisch nichts bewegt und gleichzeitig Verschiebungen gegen den Willen der Betroffenen der ganz normale Alltag sind, stehen Flüchtlinge und UnterstützerInnen in der TU unter dem Druck, öffentlich weiter präsent zu bleiben, das Leben in der TU überhaupt zu organisieren und für immer neue Flüchtlinge zusammenzurücken. Vereinzelte Aktionen wie die kurzfristige Besetzung von Räumen der CDU-Landesgeschäftsstelle am 22.11. bewirkten nicht einmal Gesprächsbereitschaft beim zuständigen Innensenator Heckelmann. Eine etwas zu kurzfristig bekanntgemachte Großveranstaltung des Antirassistischen Zentrums in einer Kreuzberger Kirche am 24.11. geriet mit ca. 150 BesucherInnen eher zu einem Stelldichein der inneren linken und antirassistischen Szene, als zu einer öffentlichkeitswirksamen und neue Leute mobilisierenden Kundgebung.

Die Zahl der auf sechshundert Quadratmetern lebenden Flüchtlinge nimmt kontinuierlich zu. Mit jetzt (8.12.) fast hundert ständigen BewohnerInnen sind die beschlagnahmten Seminarräume, in denen nicht nur geschlafen wird, sondern das gesamte Leben der Flüchtlinge sich abspielt, restlos überbelegt. Die ersten Neuankömmlinge werden bereits wieder privat untergebracht. Flüchtlinge und vor allem die UnterstützerInnen sind täglich damit beschäftigt, Dinge in den Griff zu bekommen, für die normalerweise (d.h. wenn Flüchtlinge legal in Berlin leben) Sozialamt, Ausländerbehörde und die großen Wohlfahrtsorganisationen zuständig sind. Zwei Wochen nach der Besetzung hat die Uni-Verwaltung die anfangs gewährte Verpflegung der Flüchtlinge eingestellt. Seither wird noch ein Teil der Verpflegung von der sehr solidarischen Betriebsgruppe TU der ÖTV gestellt. Den Rest müssen sich die Flüchtlinge auf herbeigeschafften Elektrokochern selber kochen und die Lebensmittel einkaufen. UnterstützerInnen und Flüchtlinge sind ständig damit beschäftigt, Geld für den Lebensunterhalt herbeizuschaffen (derzeit wird zwar gern gespendet, aber von selber kommt das Geld nicht). Es müssen DolmetscherInnen besorgt werden, Rechtsberatung fürs Asylverfahren erteilt werden, ärztliche Hilfe bereitgestellt werden ...

Wenn eine Gruppe linker Menschen derzeit objektiv Sozialarbeit leistet, dann sind es die deutschen UnterstützerInnen vom Antirassistischen Zentrum (die Situation dürfte sich in Norderstedt und Schwalbach nicht wesentlich anders darstellen).

Aussichten, Kritik

Eine Räumung der TU in nächster Zeit steht nicht zu befürchten. Die Leitung der TU hat sich aufs Abwarten verlegt, die Mehrzahl der betroffenen MathematikstudentInnenen steht der Besetzung "ihrer" Seminarräume passiv-sympathisierend gegenüber. Die offizielle Politik in Berlin ignoriert das Problem nach Kräften, eine Diskussion über die freie Wahl des Aufenthaltsorts ist nicht führbar. Die wenigen Unterstützerinnen im linksliberalen Lager belassen es bei humanitär argumentierenden, auf den Einzelfall dieser besonderen Gruppe eingeschränkten Appellen an den Senat, den TU-Flüchtlingen das Bleiberecht einzuräumen (so zum Beispiel der DGB und einige Einzelgewerkschaften). Ein gewisses Maß an politischer Unterstützung im Parlament erfährt das Antirassistische Zentrum durch AL/Bündnis 90 und die PDS.

Die Hoffnung, mit der Besetzung neben der konkreten humanitären Unterstützung auch politisch etwas zu bewegen, scheint sich vorerst zerschlagen zu haben. Stattdessen gibt es Kritik von zwei Seiten.

Der Arbeitskreis "Asyl in der Kirche" rät bereits am 10.10. in einem internen Rundschreiben den lieben Freundinnen und Freunden von der "Aufnahme weiterer Flüchtlingsgruppen in Kirchengemeinden, die aus den neuen Bundesländern wegen der Schwierigkeiten dort nach Berlin kommen oder gebracht werden", ab. Kirchenasyl sei bisher nur "zum Schutz von Flüchtlingen gegeben (worden), die in ein Land, in dem Leib und Leben bedroht waren, abgeschoben werden sollten". Kirchengemeinden, die von solchen Leuten zur Gewährung von Kirchenasyl aufgefordert werden, die glauben, "daß über das Mittel von Kirchenasyl politischer Druck zur Veränderung des Verteilungsschlüssels für die neuen Bundesländer zu Lasten Berlins (!) ... erzeugt werden kann", wird empfohlen: "Keine Aufnahme von größeren Gruppen von Flüchtlingen, keine Abgabe der Verantwortung über Räume, Anzahl der Aufzunehmenden und Betreuung der Flüchtlinge an gemeindefremde Gruppen". Aktionsbereite Kirchenmenschen werden vertröstet: "Es ist damit zu rechnen, daß der bereits im Sommer dieses Jahres erwartete Abschiebungsdruck in Folge des neuen Ausländergesetzes nun Anfang des nächsten Jahres auf uns zukommt. Dann werden ganz bestimmt Kirchenasyle bereitgestellt werden müssen." Wie weit die Mitmenschlichkeit solcher Christenmenschen im Falle massenhafter Abschiebungen reichen wird, läßt sich leicht ausmalen: Spätestens, wenn die Gewährung von Kirchenasyl und die damit verbundene Forderung nach dauerndem Aufenthaltsrecht "zu Lasten Berlins geht", wird mit der Kirche nicht mehr zu rechnen sein. In einem Redebeitrag des Antirassistischen Zentrums vom 24.11. wird dazu richtig festgestellt: "Die Praxis der Bürgerrechts-, der humanistischen und kirchlichen Organisationen setzt in den Fällen von drohenden Abschiebungen dagegen höchstens ein Signal des schlechten Gewissens. Ein Signal, das versucht, die schlimmsten Auswirkungen einer Asylpolitik, die auf Abschiebepraxis ganz normal aufbaut, zu mildern." In diesen Kreisen unterbleibe jede konsequente Auseinandersetzung mit den weltweiten Folgen kapitalistischen Wirtschaftens. "Andernfalls müßte die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Asylpolitik und das Eintreten für offene Grenzen und das Bleiberecht für alle die selbstverständlichste Forderung sein."

Linksradikal und aufs antirassistischste problembewußt, kommt ein anonymes Diskussionspapier daher, daß am 7.11. in "interim" Nr. 168 publiziert wurde und in autonomen und antirassistischen Kreisen in Berlin lebhaft diskutiert wird. Unter dem Titel "Kritik und Überlegungen zur autonomen Flüchtlingspolitik und zur TU-Besetzung" wird mit dem Antirassistischen Zentrum und seinen autonomen UnterstützerInnen hart ins Gericht gegangen. Unter Verweis auf die Zeitschrift "Autonomie" und Erklärungen der RZ wird erklärt: "Kurz zusammengefaßt, die Migrantinnen hier sind Ausdruck des Prozesses weltweiter Plünderung und Zerstörung und sind Ausgangspunkt jeglicher internationalistischer Praxis einer radikalen Linken hier in der Metropole. Faktisch waren diese Ansätze aber eher von einem äußerlichen Verhältnis zu den Migrantinnen getragen, als auf direkte Auseinandersetzung und Konfrontation mit ihnen." Die linke Szene wird des Rassismus geziehen, weil sie zu migrantischen Individuen und Gruppen ein instrumentelles Verhältnis entwickele und sich bei der theoretischen Erarbeitung eines Rassismus-Begriffs zu wenig auf die Texte und Erfahrungen schwarzer Menschen beziehe. An den antirassistischen Aktivitäten der letzten Monate wird kaum ein gutes Haar gelassen: "lang gehegte Träume einer autonomen Flüchtlingsarbeit scheinen Wirklichkeit zu werden, endlich ist der ersehnte reale Kontakt zu Flüchtlingen hergestellt. Das Subjekt ist gefunden; was übergestülpt wird, ist das gesammelte Instrumentarium jahrelang erprobter politischer Praxis." Der "tagtägliche Kleinkrieg mit der Kirche" (in der Frage der Unterbringung der Hoyerswerda- Flüchtlinge, Ende September) wird genauso scharf kritisiert, wie die Entscheidung, die TU zu besetzen. "Überlegungen in andere Richtungen, z.B. eine Unterbringung der Flüchtlinge in verschiedenen Wohnungen wurden nicht diskutiert." Daß diese Diskussion Schwachsinn gewesen wäre, weil es in der Szene keine Wohnungen für 100 Leute gibt, wissen die AutorInnen selber. Stattdessen wird kritisiert, daß es "bis auf wenige Ausnahmen keine vorhandene Struktur gab, die auch nur kurzfristig hätte die Unterbringung gewährleisten können." Die Besetzung der TU wird als "Zentralisierung und Zuspitzung des Konflikts" gegeißelt. Dadurch würde auch "eine Thematisierung des Rassismus im Bezug auf die Rolle und Funktion der Uni als Instrument von Herrschaftsabsicherung und damit auch der Frage des eigenen Involviertseins über das Studi-Dasein (...) nicht thematisiert." Das Papier endet mit so interessanten Fragen wie: "Ist die Zentralisierung und ‚anscheinende` Zuspitzung von Konflikten wie z.B. die Besetzung die adäquate Strategie, Breschen in die rassistische Formierung der Gesellschaft zu schlagen?" Oder: "Welche eher dezentralen Ansätze sind vorstellbar?"

Die teilweise diskutierenswerten Ansätze dieses Papiers werden durch den zynischen Charakter der Kritik Makulatur. Eine Kritik, die sich zutiefst feige hinter Migrantinnen-Gruppen verschanzt, die in den Diskussionen

übergangen worden seien, die den innerlinken Rassismus geißelt, um einen praktischen antirassistischen Ansatz zu desavouieren, der immerhin 100 Flüchtlinge nicht nur dem staatlichen Zugriff entzieht, sondern darüberhinaus hinaus die gebetsmühlenhaft beschworene "Selbstorganisierung" einer großen Flüchtlingsgruppe überhaupt erst möglich gemacht hat und damit ja wohl auch die "direkte Auseinandersetzung" von weißen Metropolenlinken mit Schwarzen. In ihrem Redebeitrag vom 24.11. stellen die Leute vom Antirassistischen Zentrum im Hinblick auf das "interim"-Papier fest: "Und wie schon so oft wird das notwendige Nachdenken über die eigenen Rassismen bzw. die der eigenen Szene, zu einem Totschlagargument, das den Effekt hat, vorsichtshalber jeder Auseinandersetzung und partiellen Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Flüchtlingen aus dem Weg zu gehen. Sicher ist: Wer mit Flüchtlingen und Migrantinnen zusammenarbeitet, wird dabei böse auf eigene Rassismen stoßen und zum Teil grobe Fehler machen."

Der Kampf ist aussichtslos, nehmen wir ihn auf

Die mangelnde personelle Unterstützung von Aktionen wie der TU-Besetzung durch die radikale Linke, die Verweigerung von Kirchenasyl durch die fortschrittlichsten Kreise der Berliner Kirche und die antirassistisch und linksradikal verbrämte Absetzbewegung autonomer Kreise haben die gleichen Ursachen: Der Kampf in der TU und am Waterlooufer hat keine Aussicht auf Erfolg. Ein Bleiberecht für die 100 im Mathematikgebäude dürfte das höchste der Gefühle sein. Die realen Gefühle auch nur der liberalen und linksliberalen Minderheit in dieser Gesellschaft berührt das Elend der Doppelflüchtlinge genausowenig wie die allen Flüchtlingen drohende Abschiebung. Die einen schrecken die Mühen der antirassistischen Alltagsarbeit ab, die so wenig mit den ersehnten revolutionären Kämpfen "hier und weltweit" zu tun hat, die anderen verlangen den Nachweis schwererer Bedrohung als brandflaschenwerfende Skins in Greifswald, um Kirchenasyl zu gewähren, die Dritten vermissen die revolutionäre Strategie, die von der eher realpolitischen Forderung nach freier Wahl des Asylgerichtsorts über das Bleiberecht für alle Flüchtlinge hin zu den offenen Grenzen führt. Alle haben recht. Die TU-Besetzung hat keine revolutionäre Perspektive, die Verschiebung in die ehemalige DDR steht in keinem Verhältnis zur Abschiebung in ein Mörderregime und die richtige Forderung nach offenen Grenzen kann durch Aktionen wie die TU-Besetzung kaum verbreitert werden. Noch nicht einmal der oft berechtigte Vorwurf an die radikale Linke, sie berücksichtige die Selbstorganiserung der Flüchtlinge nicht gebührend und behandle sie stattdessen bevormundend und nur als Opfer, geht am Beispiel der TU-Besetzung richtig auf: Nur der kleinere Teil der aus zwölf Ländern stammenden Flüchtlinge beteiligt sich wirklich aktiv an der Selbstorganisierung (vom Essenkochen bis zur politischen Intervention). Trotzdem ist das, was in Berlin und in Norderstedt, in Schwalbach und in Ansätzen auch an anderen Orten (z.B. Stuttgart) versucht wird, vielleicht der bemerkenswerteste praktische Ansatz seit Jahren von deutschen Linken, Widerstand zu leisten gegen eines der Fundamente dieses Staates und der überwältigende Mehrheit der ihn tragenden Gesellschaft. Ein Widerstand, der nicht auf die "gemeinsamen Überlebensinteressen aller Deutscher" spekulieren kann, keine Marginalisierten aus dem Kiez als politisches Ersatz-Subjekt herbeizitieren kann und den die Arbeiterklasse mehrheitlich verflucht, sondern das rassistische deutsche Selbstverständnis grundsätzlich in Frage stellt.

Den deutschen UnterstützerInnen ist es dabei gelungen, die sehr konkreten Interessen der Flüchtlinge, die realpolitisch, ja reformistisch sein müssen, wenn die bescheidene Hoffnung auf Asyl nicht ganz verspielt werden soll, in den Vordergrund zu stellen und haben dabei in Kauf genommen, daß die eigene, weitergehende Intention in den Hintergrund gerät und leicht übersehen werden kann. Daß sie in der konkreten Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen auch paternalistisch verfahren sind, war wohl unvermeidlich: Wer den richtigen Paß und die richtige Hautfarbe hat, die richtige Sprache spricht und richtig sozialisiert worden ist, ist objektiv Rassist. Mehr als den eigenen Kopf, um sich über die eigene Situation Klarheit zu verschaffen, haben AntirassistInnen und solche, die es werden wollen, nicht zur Verfügung. Antirassismus ist in der BRD zunächst nur ein bestimmtes Selbstverständnis, das durch theoretische Bemühung erworben werden muß und im praktischem Tun mit Flüchtlingen und MigrantInnen wenigstens in Ansätzen Realität werden muß.

Der Kampf mit Flüchtlingen für ihre Interessen ist zugleich der Kampf gegen die weitere Verschärfung deutscher Normalität. Was in der ehemaligen DDR flächendeckend vorexerziert wird, die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern, außerhalb der Städte, hinter Mauern und Stacheldraht, soll gesamtdeutsche Realität werden. Die Umfunktionierung einer ehemaligen französischen Kaserne in Offenburg zum Sammellager wird in der FAZ vom 8.12.91 vollmundig als zukunftsweisendes Modell deutscher Flüchtlingspolitik vorgestellt. Die Mehrheit der Flüchtlinge in solchen Lagern soll von Deutschland und den Deutschen nicht mehr zu sehen

bekommen als das Lager sowie die Lagerangestellten und Asylrichter, bevor sie nach sechs Wochen in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Mauern und Stacheldraht aus Kasernenzeiten sollen erhalten bleiben, gewähren sie doch doppelten Schutz: Den Schutz der Deutschen vor Doppelflüchtlingen und den Schutz der Flüchtlinge vor den gefürchteten autonomen UnterstützerInnengruppen. Die Kasernierten, die schon jetzt durch Zählappelle (noch finden sie meistens in den Zimmern statt), die Ausgabe von Einkaufsgutscheinen statt Geld und ähnliche Schikanen zunehmend zu Stigmatisierten gemacht werden, sollen einer Bevölkerung präsentiert werden, die für Selektionen und Demütigungen "Andersartiger" nur allzu gut zu haben ist.

Der Kampf in Berlin, Norderstedt und anderswo ist noch lange nicht zu Ende. Damit hat auch die verschnarchte Linke in diesem Land noch Gelegenheit, sich in eine Auseinandersetzung einzumischen, die vom humanistischen und kirchlichen Spektrum nicht geführt wird (in deren Zuständigkeitsbereich dergleichen humanitäre Arbeit gemeinhin vermutet wird). Spätestens seit der vollzogenen Wiedervereinigung sollte klar sein: Bürgerlicher Humanismus endet dort, wo die Interessen des Vaterlands beginnen. Humanitäre Rödelarbeit mit Flüchtlingen ist damit fast ausschließlich zur Angelegenheit der versprengten Linken in diesem Land geworden, ob sie es will oder nicht.

jw./Westberlin, Gruppe K

19. Chemnitz - Freital - Dresden - Zeithain/Riesa Die Situation Asylsuchender in Ostdeutschland Eindrücke auf einer Reise vom 26./27.11.91

Chemnitz - Freital - Zeithain/Riesa

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:38

Eindrücke einer Reise vom 26./27.11.91

Der nachfolgende Bericht schildert einige Eindrücke von der Situation der Flüchtlinge in Ostdeutschland. Längst nicht alles, was hier geschildert wird, ist allerdings spezifisch für die Situation von Flüchtlingen in der Ex-DDR, sondern läßt sich in westdeutschen Flüchtlingsheimen ähnlich finden. Es empfiehlt sich daher eine vergleichbare Reise mit Eindrücken aus dem Westen.

Die Situation Asylsuchender in Ostdeutschland

Eindrücke einer Reise vom 26.-27.11.1991

Der nachfolgende Bericht schildert einige Eindrücke von der Situation der Flüchtlinge in Ostdeutschland. Längst nicht alles, was hier geschildert wird, ist allerdings spezifisch für die Situation von Flüchtlingen in der Ex-DDR, sondern läßt sich in westdeutschen Flüchtlingsheimen ähnlich finden. Es empfiehlt sich daher eine vergleichbare Reise mit Eindrücken aus dem Westen.

Chemnitz

Zentrale Ausländerbehörde für Asylangelegenheiten, Landeseinrichtung, in der alle Flüchtlinge aufgenommen, registriert, erkennungsdienstlich behandelt werden. Sie erhalten hier ihren Ausweis und werden nach der Aufnahme, die ca. 1 - 2 Stunden dauert, sofort den Kommunen zugewiesen.

Die ehemalige Schule, in der die Behörde untergebracht ist, verfügt nicht über Unterbringungsmöglichkeiten.

Die Flüchtlinge werden busweise aus Westdeutschland hierhergefahren. Als wir am 26.11. nachmittags ankommen, entdecken wir bekannte Gesichter: Bulgaren aus dem Lager Wangen/Stuttgart. Sie werden nach Pirna verlegt.

Die Flüchtlinge verlassen einzeln den Bus, nehmen ihr Gepäck und werden einzeln, unter Bewachung, durch "Wehrschutz"-Männer in blauer Uniform, mit Funkgerät, durch das Gebäude geschleust. Sie warten dann in einem ihnen zugewiesenen Klassenzimmer, bis ihre Aufnahme stattfindet. Haben sie die Formalitäten hinter sich und ihren Ausweis mit Zuweisung in der Hand, treten sie die Reise zum Zuweisungsort an. Sie verlassen wieder, eine/r nach der/m anderen mit ihrem Gepäck auf einem streng vorgeschriebenen Weg über das Untergeschoß (die Verwaltungsräume befinden sich in den oberen Stockwerken) unter Bewachung das Gebäude. Wenn die Flüchtlinge das Gebäude betreten haben und nachdem sie es verlassen haben, wird der Eingang verschlossen. "Wehrschutzmänner" bringen die Flüchtlinge zum Bus. Namenkontrolle beim Einsteigen.

Wir stehen längere Zeit im Eingangsbereich, werden aber nicht hochgelassen. Wir hatten eigentlich mit Zuständigen sprechen wollen, aber nur einer der "Wehrschutzmänner" gibt Auskunft. Er betont die Notwendigkeit der "Schutzmaßnahmen". "Es gäbe da schon öfters mal 'nen Aufstand." Wir sollten zur Seite gehen, als Flüchtlinge hereingelassen werden, damit uns nichts passiere und damit er nicht behindert sei. Als wir mit einigen Flüchtlingen türkisch sprechen, reagiert er sichtlich nervös. Er telefoniert mit Vorgesetzten und meint, wir könnten diese nach Dienstschluß sprechen. Das dauert uns zu lange. Keinerlei Auskunft über Zahlen, über andere Anlaufstellen, Landeslager, Unterbringung. Zum Thema Rassismus: der Protest der Bevölkerung sei gerechtfertigt. "Die (Zigeuner) loofen jo rum, un glauen in de Stadt" ...

Freital

Kommunale Unterbringung für Asylsuchende der Stadt Freital. Platz für ca. 50 Menschen. Belegt mit 33 Asylsuchenden, vor allem Bulgaren. Auch aus Stuttgart ist eine Gruppe von Bulgaren dort zugewiesen, seit zwei Wochen.

Das Heim ist kaum zu finden. Es liegt tief im Wald, ohne ein Hinweisschild. Nach anfänglichem Zögern erklärt uns ein Taxifahrer den Weg. Vielleicht hat er Bedenken, wir könnten das Heim überfallen wollen. Wir finden es trotzdem erst nach langem Suchen und nur weil das letzte Stück des Waldweges von Kandelabern erleuchtet ist, was uns unterkunftsverdächtig vorkommt. Das Heim ist nicht als Asylbewerber-Unterkunft gekennzeichnet. Es trägt seinen alten Namen aus der Zeit, in der es als Ferienheim für die FDJ diente.

Die FDJ hat das Heim sehr heruntergewirtschaftet. Es wurde vor seiner Belegung durch Asylsuchende nicht renoviert. Die Heimleitung bemüht sich um Mittel für die Renovierung. Vor allem die Sanitäreinrichtungen müssen erneuert werden. Das Wasser, das aus den Hähnen kommt, ist nicht trinkbar. Die Heimleitung sieht in der hohen Fluktuation ein Hindernis für die Bereitstellung von Geldern für die Instandsetzung. Wenn die Leute immer nach ein paar Wochen verschwunden seien oder ihren Asylantrag zurückzögen, würde kein Geld bewilligt. - Verkehrung von Ursache und Wirkung!

In renoviertem Zustand wäre das Haus ein gemütliches Ferienheim, aber für Asylsuchende nicht geeignet. Es liegt weitab von der Stadt. "Wir kommen uns wie Partisanen vor." Da es zwar Arbeitserlaubnis, aber keine Arbeitsmöglichkeit gibt - "Ihr seid Asylbewerber, da bekommt ihr keine Arbeit, ihr schon gar nicht!" - fällt die Isolation besonders ins Gewicht. Teilnahme am kulturellen Leben ist nicht möglich. Kein Angebot, an Deutschkursen teilzunehmen. Keine Flüchtlingsarbeitskreise, die sich um die Asylsuchenden kümmern. Keine Rechtsberatung. Keine Möglichkeit für die schulpflichtigen Kinder, am Unterricht teilzunehmen. Beschwerde über die Heimleitung: Anträge würden nicht weitergeleitet. Eine Frau habe einen Antrag auf Umverteilung gestellt und sich später in Chemnitz danach erkundigt. Dort sei nichts bekannt gewesen. Der Antrag sei im Papierkorb gelandet. Die Asylsuchenden bekommen dort "Vollpension": d.h. zu festgelegten Zeiten die vorgefertigten Mahlzeiten. Sie können sich überhaupt nichts selbst zubereiten. Die Portionen werden genau abgezählt und abgemessen.

Die Asylsuchenden bekommen Taschengeld. Das Kleidergeld sei noch nicht ausgezahlt worden, obwohl längst Winter ist. Die meisten sparen ihr Taschengeld für eine Fahrkarte ... auf Nimmerwiedersehen.

Ein einziger Schwarzer sei schon längere Zeit dort. Man habe ihm versprochen, wenn er drei Jahre dableibe, dann werde er anerkannt. Das glaube er nun und habe schon acht Monate durchgehalten.

Passierscheine, auch für andere Bundesländer, "ohne Erlaubnis zur Wohnsitznahme und ohne Arbeitserlaubnis" werden großzügig erteilt. Aber jeden 2./3. Morgen ist namentlicher Zählappell auf den Zimmern. Davon hängt die Zuteilung des Taschengelds ab. Die Flüchtlinge fühlen sich gedemütigt.

Wir haben außer einer Frau, die das Heim leitet, einen Zivildienstleistenden und zwei Helfer kennengelernt. Für die Küche ist noch eine Frau angestellt. Sie alle sind mit der Betreuung von Flüchtlingen überfordert, kennen sich weder in der Asylproblematik noch in der Rechtsstellung, noch was die Situation in den Herkunftsländern angeht, aus. Können keinerlei Hilfestellung geben. Sie sind auch menschlich überfordert. Ein Mitarbeiter meint, die Asylbewerber sollten doch froh sein, daß es ihnen so gut gehe. Er könne sich z.B. in dem, was ihm als "Wohnung" zugewiesen worden sei, nicht waschen.

Es ist uns immer wieder bestätigt worden, daß Flüchtlinge, die von Westdeutschland aus den neuen Bundesländern zugewiesen werden, nach wenigen Wochen Ostdeutschland verlassen: untertauchen, den Asylantrag zurückziehen ... Die Verlegung von Flüchtlingen nach Ostdeutschland erübrigt also ihre Abschiebung.

(...)

Zeithain/Riesa

Zentrales Wohnheim, Landeslager für 300 Flüchtlinge, direkt dem Regierungspräsidium unterstellt. Außerhalb der Ortschaften gelegen: 3 km von Zeithain, 5 km von Riesa entfernt.

Mammutkomplex von drei Gebäuden. Eines soll abgerissen werden, eines wird von einer Stahlfirma genutzt, eines ist mit Flüchtlingen belegt. Vor den Häusern: Öde, ein paar Schrottautos.

Die Gebäude dienten früher den Vertragsarbeitern aus dem Ausland als Unterkünfte, sie sind heruntergekommen, nicht renoviert worden, bevor sie im März 91 mit Flüchtlingen belegt wurden.

In diesem Lager wohnen nur Flüchtlinge, die ihren Erstantrag in Ostdeutschland gestellt haben, sehr viele Roma, Bulgaren und Afrikaner.

Das Gebäude ist vierstöckig, man betritt es über einen Eingang in der Mitte. Rechts und links lange grade Gänge, von denen unendlich viele Türen rechts und links in die Zimmer führen. Diese Fluchten - verwahrlost, dreckig - erinnern wirklich an ein Zuchthaus.

Ein junger Mann, schmächtig, den Kopf zwischen den Schultern, mit Schlüsseln als Insignien der Macht versehen, schließt ab und zu einen Raum auf. Es liegt in seiner Macht, wer an eine der beiden intakten Waschmaschinen darf. (Früher waren es sechs Maschinen für 300 Menschen.) Die Frauen stehen ab früh um 1/2 5 Uhr auf, um waschen zu können.

Er zeigt uns stolz zwei Räume: ein Kinderzimmer, abgeschlossen um 17 Uhr, das stundenweise für bestimmte Altersgruppen geöffnet wird. Die Farbstifte stehen wie Zinnsoldaten in ihren Behältern. Es ist so sauber, als hätte noch nie ein Kind den Raum betreten. Der andere Raum soll für Deutschunterricht genutzt werden. Aber der werde nicht angenommen. - Von den Flüchtlingen erfahren wir später, daß zwei Wochen lang eine Studentin dagewesen sei, um Unterricht zu erteilen, dann aber wieder gegangen sei, weil sie nicht bezahlt wurde. Die Flüchtlinge würden gern selbst den Unterricht organisieren und verlangen lediglich Schulbücher, aber die würden ihnen nicht zur Verfügung gestellt.

Die Aussagen der Flüchtlinge, mit denen wir uns türkisch unterhalten, weichen in fast jedem Punkt von denen des ABMlers ab. Ich frage ihn, welchen Sozialberuf er gelernt habe, weil er diese ABM-Stelle bekommen habe. "Nee, jorkeen". Er reagiert gereizt. Es gäbe noch einen Chef, aber der war grade nicht greifbar.

Hier haben die Flüchtlinge die Möglichkeit, selbst zu kochen. In großen Küchen auf den Fluren hat jede Familie zwei Kochplatten für sich. Die Sozialhilfe wird wöchentlich ausgezahlt: 59 DM pro Erwachsenem. Dieser Betrag wurde vor kurzem festgelegt, nachdem es vorher 70 DM waren, ohne Begründung, das habe die Regierung so angeordnet. (Der ABMler spricht von 85 DM/Woche). Dazu kommen pro Erwachsenem 30 DM Taschengeld zweiwöchentlich und 150 DM Kleidergeld in Coupons halbjährlich. Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Besonders die Kleider-Coupons. Das Rote Kreuz verteilt kostenlos Altkleider, aber willkürlich, hier gilt das Recht des Stärkeren. Die meisten Flüchtlinge behelfen sich noch mit dem, was sie auf der Flucht mitnehmen konnten.

Sie fühlen sich gedemütigt: "Sie erkennen uns schon an unseren Kleidern als Flüchtlinge."

"Weihnachten, was ist das?" - "Bekommen unsere Kinder auch Schokolade und Spielzeug?" - "Bekommen wir eine Weihnachtszulage? Wir wollen auch feiern. Unser Fest ist zu Neujahr!"

Wir sind bei einer bulgarischen Familie zu Gast in dem Raum, den sie mit ihren Kindern bewohnt. Normgröße: 4,5 qm/ Person. Die üblichen Stockbetten, Einheitsmöblierung. Immer wieder dieselben Klagen und Enttäuschungen. Der Raum füllt sich, immer mehr und mehr Flüchtlinge strömen zusammen, es sind zum Schluß ca. 40 Erwachsene anwesend. Jeder bringt seine Sorgen und seine Empörung zum Ausdruck. Es kämen immer mal wieder Journalisten, aber die würden immer in ein bestimmtes Zimmer geführt, unterhielten sich immer mit denselben, dafür dressierten Personen und gingen dann wieder. Wir versprechen, einen ausführlichen Bericht zu machen und ihn auch den zuständigen Stellen zu schikken.

Das wird dem ABMler ungemütlich, er kommt etwas verängstigt in das Zimmer, fordert unsere Personalien und will nicht mehr gehen. Er ist nervös, weil er die türkischen Gespräche nicht überwachen kann, an der Mimik aber erkennt, worüber gesprochen wird. Schließlich verläßt er wieder den Raum.

Versorgung: gekürzte Sozialhilfe (s.o.), Selbstverpflegung (s.o.)

Unterricht: Kinderbetreuung (s.o.), kein Deutschunterricht (s.o.)

Arbeitsmöglichkeit: so gut wie keine. Wenn, dann sehr schlecht bezahlt (3 DM/Std. auf dem Bau)

Schule: Die Kinder können nicht zur Schule gehen. Sie werden dort nicht aufgenommen. Begründung: Sie können kein Deutsch. Es sei kein Platz für sie. Die Schulbücher für sie seien zu teuer. (Selbst Eltern, die beim

Schulleiter vorsprachen und insistierten, hatten keinen Erfolg.) Für Flüchtlingskinder im Schulalter gibt es keine Schule.

Ärztliche Versorgung: für 300 Flüchtlinge keine Ambulanz, keine Krankenschwester, kein Arzt. An dem Schwarzen Brett ist der Bereitschaftsdienst in Riesa und Zeithain angeschlagen. Der Arzt wird grundsätzlich nur einmal am Tag geholt, eben zu dem ersten Notfall. Der zweite muß dann bis zum nächsten Tag warten oder sehen, wie er selbst hinkommt.

Telefon: Es sind zwei Telefone in den beiden Büros vorhanden, aber nicht zugänglich. Das nächste öffentliche Telefon ist in Zeithain. Auch wichtige Telefonate aus dem Ausland an die Flüchtlinge werden von der Heimleitung nicht weitergegeben.

Übergriffe: Der ABMler behauptete, es habe bis jetzt noch keine Übergriffe gegeben, das Heim läge so weit außerhalb, da würde niemand kommen. Toi, toi, toi...

Wir erfahren, von den Flüchtlingen, daß es sehr wohl Übergriffe von Neonazis gegeben habe. Auch die Polizei habe eingegriffen, allerdings sehr uneffektiv. Die Fenster der Zimmer im Erdgeschoß sind nicht durch Läden geschützt.

Rechtsberatung: nicht vorhanden. Die Flüchtlinge werden zur Anhörung nach Chemnitz geschickt. Es sind keine Anlaufstellen vorhanden, wo die Flüchtlinge eine Rechtsberatung erhalten oder ihren Asylantrag vorbereiten könnten. Das Personal des Heims hat keine Ahnung.

Betreuung: nicht vorhanden. Sporadisch waren Vertreter der Grünen da, haben sich aber nur für die Sauberkeit interessiert.

Wir sollen von einem Flüchtling berichten, der wegen der mangelnden ärztlichen Versorgung gestorben sei: Er sei schon ganz steif gewesen, aber der ABMler habe sich geweigert, den Arzt zu holen. Schließlich haben ihn Roma in ihr Auto gepackt und sind zum Arzt gefahren. Zwei Wochen später sei der 47jährige Mann im Krankenhaus gestorben. Ein Kind bekam nachts seht hohes Fieber, aber der Arzt wurde nicht geholt.

Bei einem Todesfall wurden die Transportkosten ins Heimatland nicht übernommen. Sie hätten 4000 DM ausgemacht, bewilligt wurden 1500 DM mit dem Hinweis, der Tote solle verbrannt werden. Da sich die Angehörigen weigerten, weil das für Muslime nicht möglich sei, wurde gar kein Beitrag gezahlt. Die Familie sammelte privat und fuhr mit dem Leichnam im Bus in die Heimat. (Asylproblem erledigt.)

Eine andere Familie erfuhr erst zwei Wochen nach dem Tod des Vaters von dessen Tod per Post. Das Telefongespräch war nicht weitergeleitet worden.

Bei einem Überfall von Neonazis wurde eine Frau so schwer von Steinen getroffen, daß sie ins Krankenhaus mußte. Sie saß beim Essen in ihrem Zimmer, der Stein flog durch die ungeschützte Fensterscheibe. Die Fenster haben die Flüchtlinge jetzt von innen mit Pappresten vernagelt. So ist es auch am Tage dunkel. Aber die Pappreste bedecken nicht die ganze Fensterfläche. Bei einem anderen Überfall von Neonazis griff die Polizei ein. Sie nahm die Jugendlichen fest, ließ sie aber gleich vor dem Heim wieder laufen. Aus dem Trabi holte die Polizei eine Kiste von Steinen - und leerte sie vor dem Asylbewerberheim aus! Die Flüchtlinge haben Angst, in die Stadt zum Einkaufen zu gehen.

Rechtsunsicherheit: Die Flüchtlinge haben Angst vor der Beschleunigung der Verfahren. Sie hören davon über die Medien und haben niemanden, der sie über ihr Verfahren aufklären würde und könnte. Wir fragen uns, ob es überhaupt einen Rechtsschutz für Flüchtlinge in Ostdeutschland gibt, ob schon je einmal ein Flüchtling einen Rechtsanwalt hat nehmen können. Es macht den Eindruck, als ob den Flüchtlingen vermittelt werde, daß das Verfahren nach der Anhörung beim Bundesamt auch rechtskräftig abgeschlossen sei.

Einschüchterung: Es macht den Eindruck, als ob die Flüchtlinge durch das Personal eingeschüchtert würden. Sie geben auch uns ihre Namen nicht aus Furcht, daß die Heimleitung sie erfahre. Sie haben Angst, sich zu solidarisieren und gemeinsam mit Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Psychosoziale Situation: Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Verwahrlosung (besonders der Kinder), Demütigung, Verlust der Menschenwürde, Abbau der Fähigkeit, ein selbstverantwortetes Leben zu führen (berufliche Qualifikationen liegen brach, die Flüchtlinge werden vom kulturellen Leben ausgeschlossen).

Inge Wüst, Ingo Speidel, Yasar Ergün

Stuttgart, 4.12.1991

(Von der Redaktion gekürzt)

20. Strukturen der Dominanzkultur. Ein Querschnitt durch aktuelle Rassismustheorien rien

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:42

Korrekturanweisung der Autorin: "Schwarz" ist als politischer Begriff zu lesen, wenn z.B. von Schwarzen Frauen oder Schwarzen Männern die Rede ist. Deshalb muß an diesen Stellen (und selbstverständlich außerhalb der Zitate) das Wort groß geschrieben bleiben. kla.

HÜ:Strukturen der Dominanzkultur

UZ:Ein Querschnitt durch aktuelle Rassismustheorien

Antirassismus ist zur Zeit der Renner unter Linken. Selten war das Angebot an antirassistischen Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen so allgegenwärtig. Ganz ohne Zweifel, Anlaß dafür gibt es mehr als genug. Doch wer genauer hinsieht, wird Unwohlsein nicht lange verbergen können. Die große Mehrzahl der Aktivitäten bezieht sich zwar auf Schwarze, Flüchtlinge, ImmigrantInnen usw., doch es wird beklagt, daß diese selbst nur schwerlich zu aktiver Teilnahme bewegt werden könnten.

Es stünde den gutgewillten weißen AktivistInnen gut an, die Gründe dafür bei sich selbst zu suchen. Denn einmal mehr fehlt der aktionsorientierten Betriebsamkeit weitgehend der theoretische Sockel, oder auch der durchdachte Hintergrund - was sich durchaus schädlich bis verheerend auf die gutgemeinte Arbeit auswirken kann. (siehe auch ak 336, S.6)

Ich will hier versuchen, querschnittartig eine Zusammenfassung des Stands der antirassistischen Debatte auf theoretischer Ebene wiederzugeben. Dabei möchte ich einerseits auf Fragen verweisen, die zwar theoretisch gelöst wurden, die aber noch keinen Eingang in die linke Praxis gefunden haben, andererseits auch auf verbleibende Unklarheiten und Probleme, an denen weiterzudenken sich lohnt. Meiner - notwendig unvollständigen - Darstellung liegt eine Auswahl von Büchern und Aufsätzen zugrunde, die aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und den USA kommen und deren AutorInnen Schwarze und Weiße sind. (Literaturliste siehe Anhang)

1. Definition

Bei der Definition beginnen bereits die Unklarheiten: sie ist letztlich unmöglich. "Den Oszillationen der Kategorie der Rasse läßt sich mit dem definitorischen Verfahren nicht beikommen", so Detlev Claussen. (1) Alle TheoretikerInnen stimmen weitgehend darin überein, daß eine Definition von Rassismus im wissenschaftlichen Sinn nicht zu haben ist, da es sich um ein allzu komplexes Phänomen handelt. Wiederholen wir also zunächst für diejenigen, die ohne nicht wollen oder können, die im letzten ak zu Recht als Arbeitshypothese qualifizierte Kurzfassung von Albert Memmi: "Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen." (2)

Warum diese Schwierigkeit in der Bestimmung des Untersuchungsobjekts? Offenbar existiert in der westlichen Welt kein Konsens über den Gebrauch des Wortes "Rassismus" - was bereits ein Indiz ist über das Verhältnis derselben dazu. Manche TheoretikerInnen fassen den Begriff gerne sehr weit, d.h. für sie existiert auch Rassismus gegen (weiße) Alte, gegen Frauen, gegen Behinderte, bis hin zum antirassistischen "Gegenrassismus" - gegen Rassisten. (3) Ich persönlich finde die Ersetzung der Begriffe "Diskriminierung" oder "Unterdrückung" durch "Rassismus" eher vernebelnd. Auch kann es meines Erachtens einen realen "umgekehrten Rassismus" ebensowenig geben wie einen "umgekehrten Sexismus" (gegen Männer), solange die Hegemonie, und damit das Zentrum gesellschaftlicher Macht, bei weißen westlichen Männern liegt.

Andere AutorInnen, z.B. Albert Memmi, plädieren für eine enge Auslegung des Begriffs und setzen dabei das Beharren auf einem biologischen "Rassenunterschied" als Kriterium. Diese Definition ist jedoch unzureichend, sobald mensch z.B. modernere, auf Kultur und Ethnizität orientierte Formen von Rassismus untersuchen will, die ganz ohne biologische Rassisierung auskommen. (4)

Schließlich gäbe es noch die Möglichkeit, das Auftreten des Phänomens Rassismus historisch einzugrenzen. Zweifellos gibt es in der Geschichte bestimmte "rassistische Schlaglichter", wie z.B. das Jahr 1492, wo einerseits die Konfrontation der christlichen Spanier mit den BewohnerInnen Mittelamerikas begann, andererseits im spanischen Mutterland die erste rassisch begründete Vertreibung von JüdInnen stattfand. Doch letztendlich bleibt das Problem bestehen: Wie die Geschichte von etwas schreiben, das nicht genau eingrenzbar ist? Wo beginnen, und mit welcher methodischen Begründung? "Der Rassismus ist nicht ein einheitlicher Typus oder ein Nebeneinander von Sonderfällen, die es in formale Kategorien zu fassen gilt; er ist keine lineare, sondern eine singuläre Geschichte (mit ihren Wendepunkten, ihren Latenzphasen und ihren Explosionen), die die wechselhaften Epochen der modernen Menschheit miteinander verbindet und von ihnen wiederum beeinflußt wird," schreibt Etienne Balibar. (5) Das heißt, daß der Antisemitismus der Nazis, der Kolonialismus oder die Sklaverei nicht als Epochen betrachtet werden können, "die den Platz in der Geschichte genau abstecken, sondern (sie) müssen als (...) Formationen betrachtet werden, die dazu beitragen, die Verhaltensweisen und Bewegungen zu strukturieren, die sich aus den aktuellen Bedingungen ergeben." (ebd.) HistorikerInnen, die sich dennoch an der Geschichte des Rassismus versucht haben, behelfen sich mit Begriffen wie "Protorassismus" (z.B. für die Antike) und Einteilungen in verschiedene Arten von Rassismus: religiös, biologisch, kulturell, individuell, institutionell, theoretisch, spontan, usw. Letztendlich bleibt die Frage, welche historische Handlung als die erste rein rassistische eingestuft werden kann, jedoch rein akademisch, während die theoretische Auseinandersetzung vielmehr darauf abzielen sollte, Rassismus so wie wir ihn heute kennen, in seiner Struktur zu durchleuchten, um seine Bekämpfung möglich zu machen.

Hier wird bereits deutlich, daß Rassismus nicht eine Verirrung einzelner Rassisten ist: Es handelt sich vielmehr um ein der westlichen Welt (und heute nicht nur dieser) strukturell innewohnendes Problem. Soviel können wir festhalten: "Rassismus" ist ein Oberbegriff für ein bestimmtes Herrschaftsverhältnis, das, als ein Charakteristikum, mit dem Umgang mit dem "Anderen" zu tun hat. Dieses Herrschaftsverhältnis kommt - historisch und aktuell - in vielfältiger Art und Weise zum Ausdruck, so daß die meisten AutorInnen auch von Rassismen sprechen.

Hiermit widerspreche ich ausdrücklich Memmi, der in seinem Buch wiederholt darauf hinweist, Rassismus sei "ein Komplex von Meinungen". (6) Diese Sichtweise erscheint mir verharmlosend. Ebenso diejenige, mensch sei noch kein/e RassistIn, wenn mensch lediglich einen "Unterschied" festschreibe und diesen Unterschied (ab)werte, sondern erst dann, wenn mensch diese Entwertung des Anderen gegen diesen gebrauche. (7) Wenn wir Rassismus als Herrschaftsverhältnis bezeichnen, so ist damit gemeint, daß er sich durchaus materiell und ökonomisch manifestiert; andererseits trägt jedes Denken in rassischen Einteilungen bereits zur Aufrechterhaltung dieses Herrschaftsverhältnisses bei. Entscheidend ist hier, daß Weiße die Definitionsmacht über andere Menschen haben, daß sie die Kriterien setzen, welcher Unterschied zur Konstitution einer "Rasse" taugt und welcher nur ein "sekundärer" Unterschied ist.

Um mich diesem Herrschaftsverhältnis in seiner Komplexität und auch in seiner Verwobenheit mit anderen Herrschaftsverhältnissen (Sexismus, kapitalistische Ökonomie) anzunähern, werde ich es aus verschiedenen Blickwinkeln, von verschiedenen gesellschaftlichen Standorten aus beleuchten, die wohl als die zur Zeit brisantesten Eckpunkte der antirassistischen Debatte gelten.

2. Das Problem des Anderen

In neueren Theorieansätzen zur Erklärung des Rassismus wird in weitgehender Übereinstimmung festgestellt, daß sich die Bedeutung von "Rasse" in der Spaltung eines "Selbst" vom "Anderen" konstituiert. (8) Wer ist aber der/die Andere, wen definieren wir als "fremd"? Memmi weist zu Recht darauf hin, daß Sein allein schon Anderssein bedeutet, daß jeder und jede verschieden, d.h. anders ist. (9) Das würde bedeuten, daß diese Begegnung mit dem Anderen etwas Alltägliches, längst Eingeübtes und allgemein Zwischenmenschliches ist. Dennoch erwächst daraus Rassismus - wie kann es dazu kommen?

Tzvetan Todorov beschäftigt sich in seinem Buch "Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen" mit dem Zusammenprall von Spaniern und Azteken im 15. und 16. Jahrhundert, gewissermaßen ein Musterbeispiel der Begegnung mit dem (völlig unbekannten) Anderen. Er stellt fest, daß es im Verhältnis von Kolonisator zu Kolonisiertem zwei immer wiederkehrende Verhaltensweisen gibt:

- Entweder, das Anderssein der Azteken wird negiert. Hintergrund hierfür ist das Christentum als universalistische und egalitäre Religion: Die "Gleichheit aller vor Gott", die sich allerdings nur aufs Ideelle bezieht und nicht auf die tatsächlichen Lebensverhältnisse, macht die Indianer zwar zu vollwertigen (weil missionierbaren) Menschen, doch sie erzwingt gleichzeitig ihre Assimilation. Das Anderssein wird ausgelöscht, die Anderen werden als identisch wahrgenommen - ein Interesse für ihre Welt, ihr Leben, ihre Kultur gibt es nicht.

- Oder das Anderssein der Azteken wird wahrgenommen, was aber unmittelbar umschlägt in ihre Einstufung als minderwertig: Tendenziell werden sie mit Tieren gleichgesetzt und auch so behandelt. Die praktische Konsequenz aus dieser Sichtweise ist nicht die Missionierung, sondern die Versklavung und/oder Vernichtung. (80 Millionen Tote im Lauf der Eroberung!)

Todorov schlußfolgert:"Man leugnet die Existenz einer wirklich anderen menschlichen Substanz, die eben nicht ein unvollkommenes Stadium der eigenen wäre. Diese elementaren Ausdrucksformen der Erfahrung mit dem Anderssein beruhen beide auf dem Egozentrismus, auf der Gleichsetzung der eigenen Werte mit den Werten allgemein, des eigenen Ichs mit dem Universum; auf der Überzeugung, daß die Welt eins sei." (10)

Wie aktuell diese Erkenntnis ist, beschreibt Albert Memmi. Die politische Rechte vertrete den Part der Segregation und Inferiorität der Kolonisierten, die Linke nimmt ganz in christlicher Tradition in Anspruch, ihnen zu gleichen: "Sie hätten wohl einen freigeistigen, sozialistischen und internationalistischen Kolonisierten gewollt, aber keinen Mohammedaner, Fetischisten oder Juden!" (11)

Etienne Balibar verweist auf ein Spezifikum der Moderne und des Kapitalismus im Umgang mit dem Anderen: In allen präkapitalistischen Systemen führte die Xenophobie zum "physischen Ausschluß des ‚Barbaren` aus der jeweiligen Gemeinschaft (...), wobei der Tod die extremste Form dieser Ausschließung darstellte." Der Preis für die so erlangte "Reinheit" der sozialen Umgebung sei jedoch der Verlust der Arbeitskraft der ausgeschlossenen Person und des entsprechenden Mehrwerts. Die kapitalistische Antwort auf dieses Dilemma nennt er mit Wallerstein "Ethnisierung der Arbeiterschaft", wobei die Grenzziehung zwischen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft parallel zu den ökonomischen Anforderungen flexibel gehalten wird. (Vgl. "Gastarbeiterpolitik" der BRD! Das Konzept sah vor, daß die Anwerbung von Arbeitskräften genau dem konjunkturellen Bedarf folgt, wobei die BRD sich auch das Recht vorbehält, die "Gäste" wieder wegzuschicken.) (12) Die wohl extremste Art, diesen Widerspruch aufzulösen, war die nationalsozialistische Kombination von Zwangsarbeit und Vernichtung.

Doch zurück zur Begegnung mit dem Anderen. Sehr verbreitet ist die vulgärpsychologische Auffassung, die Angst bzw. Abwehr vor dem Fremden sei "natürlich". Leider folgt auch Memmi dieser Version: "Die Angst vor dem Anderen reicht bis in die graue Vorzeit zurück (...). Der Andere, das ist der Unbekannte, bei dem man mit dem Schlimmsten rechnen muß. Der Übergang zum Rassismus liegt auf der Hand: Man muß sich gegen diesen Anderen, Befremdenden, Unbekannten verteidigen oder noch besser seinen Angriffen zuvorkommen, indem man ihn zuerst angreift." Memmi geht hier dem sozialdarwinistischen Bild vom "Rassenkampf" auf den Leim. Seine Schlußfolgerung ist verheerend: "Der Rassismus ist etwas Natürliches, der Antirassismus nicht", oder, an anderer Stelle in anderen Worten, Rassismus sei angeboren, Antirassismus dagegen müsse erst erworben werden. So wird Memmi selbst biologistisch. (13)

Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, daß die Kategorie "natürlich" genauso ein historisches Produkt menschlichen Geistes ist wie ihre Gegenstücke "degeneriert" oder "entartet". Natur ist also nicht objektiv, sondern vom Menschen als solche definiert und demzufolge abhängig vom historisch jeweils herrschenden gesellschaftlichen Diskurs. Und dieser ist derzeit - Memmi ist das beste Beispiel - rassistisch.

Doch auch auf der konkreten Ebene läßt sich Memmis Behauptung recht leicht widerlegen. Die niederländische Feministin Anja Meulenbelt hat eine direkte Replik formuliert: "Feindliche Gefühle gegenüber Fremdartigem entstehen nicht von Natur aus, sondern werden erlernt, und zwar gleichzeitig mit der Definition, wen wir zu den Fremden zählen und wen nicht." (14) Anschließend beschreibt sie die Sozialisation von Kindern, die, auch wenn sie nicht den direkten Umgang mit Schwarzen erleben (z.B. in einem "rein weißen" Milieu), doch die Werturteile über Schwarze von Anfang an mitbekommen. In den ersten Lebensjahren seien die Meinungen von Eltern oder ErzieherInnen für Kinder keine Meinungen, sondern Tatsachen. Meulenbelt beschreibt, wie weiße Kinder gegenüber Schwarzen Menschen zunächst keine Furcht, sondern nur Neugierde

empfinden. "Das Kind, das mit einem feuchten Finger ausprobiert, ob das dunkle Braun auf dem Knie der Frau gegenüber abfärbt, ist noch nicht rassistisch, es ist nur neugierig. Aber die vor Schreck errötende Mutter, die dem Kind eine Ohrfeige gibt und sagt, daß es das nie wieder tun darf, bevor sie es aus der Straßenbahn zerrt, macht ihm klar, daß etwas Schlimmes passiert ist und daß man für eine solche Neugier bestraft werden kann." (15) Ähnlich verhält es sich, wenn weiße Kinder mit Schwarzen Kindern spielen wollen, und bereits dieser Wunsch als Schande bestraft wird.

Andererseits sitzt diese Sozialisation so fest, daß zur Annäherung an den Antirassismus eine Willenserklärung keinesfalls ausreicht, sondern erhebliche Bewußtseinsarbeit notwendig ist.

3. Rassismus und Antisemitismus

"Im politischen Diskurs der Linken und der Frauenbewegung wird Antisemitismus irgendwo in der Grauzone zwischen Rassismus und Faschismus verortet", schreiben Jessica Jacoby und Gotlinde Magiriba Lwanga in den Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis. (16) Tatsächlich wird das Verhältnis von Antisemitismus und Rassismus in der linken Praxis kaum reflektiert, wie auch die meisten TheoretikerInnen den Antisemitismus beiläufig als leicht abgewandelten Rassismus abhandeln. Ein schärferer Blick auf die Thematik lohnt jedoch.

Beginnen wir wieder mit Memmi, der es sich in dieser Frage geradezu beispielhaft einfach macht: "Man hat behauptet, der Antisemitismus sei etwas völlig anderes als der Rassismus, aber das glaube ich nicht. (...) nichtsdestoweniger (ist er) eine Spielart des Rassismus. Er ist ein durch sein Objekt näher definierter Rassismus; der Antisemitismus ist ein Rassismus, der sich gegen die Juden richtet." (17) Bezeichnend ist, daß in dieser Charakterisierung JüdInnen wörtlich nur als "Objekte" vorkommen. JüdInnen werden häufig zu Prototypen für den Begriff von "Opfer sein" überhaupt gemacht. Welcher/welchem Linken fällt nicht auf die Frage "Wer sind JüdInnen?" als einfachste Antwort ein: "Das sind die Leute, die von Nazis und anderen Antisemiten verfolgt werden"? Auch bestimmt meistens der Antisemitismus und das Verhältnis nichtjüdischer Linker zu ihm die Debatte - eine Meta-Diskussion, in der jüdische Menschen an sich nicht mehr vorkommen. Deshalb möchte ich zunächst versuchen, mich einer positiv gefaßten Definition von jüdisch-sein anzunähern, die selbst unter JüdInnen der Generationen nach Auschwitz - insbesondere in Deutschland - noch nicht ausdiskutiert ist. JüdInnen können nicht als "Ethnie" betrachtet werden. Sie leben verstreut über die ganze Welt und sprechen die verschiedensten Sprachen. Sie sind zum Teil vollkommen assimiliert, zum Teil leben sie streng nach ihren Traditionen. Was entscheidend ist: JüdInnen sind nicht unbedingt erkennbar "anders", doch das schützt sie keineswegs vor Verfolgung."(...) der Jude ist umso ‚echter`, je unerkennbarer er ist". (18) Bis dorthin, wo Menschen qua Definitionsmacht als JüdInnen definiert werden, ungeachtet ihres Selbstverständnisses. Dies ist ein Beleg dafür, daß "die (natürliche oder nicht) Abwehr vor dem Fremden" zur Erklärung des Antisemitismus noch weniger taugt als zur Erklärung des Rassismus.

Erstaunlich ist, daß zur Bezeichnung von JüdInnen immer wieder der Begriff "Volk" verwendet wird. Einerseits bringt er keine Erhellung (denn: was ist ein Volk?), und andererseits haftet ihm im Deutschen unweigerlich der Beigeschmack des Völkischen an, was ja zum manifesten und vernichtenden Gegenteil des Jüdischen geworden ist.

Machen wir uns die Mühe, zur Beschreibung des Judentums ein längeres Zitat zu lesen: "Eine sehr verbreitete Annahme ist die, Judentum sei nichts weiter als eine Religion. Und mit Religion hat die Mehrheit derer, die sich für antirassistisch halten, nichts zu tun. Aus der Kirche kann frau ja austreten. (...) Christen und Nicht-mehr-Christen reden vom Glauben, wo doch sie es sind, die glauben oder eben nicht mehr glauben. Juden ‚wissen`. Unserer Meinung nach gibt es in diesem Sinne keinen jüdischen ‚Glauben`, genausowenig wie es eine jüdische ‚Rasse` gibt. Es gibt jedoch eine jüdische Lebensweise. Es gibt jüdisches Wissen und Sensibilität, die oft auch ohne Lebensweise und ohne Wissen durch Sozialisation erworben wird. Es gibt jüdische Geschichte und jüdische Kulturen, wovon Religion ein wesentlicher Bestandteil ist." (19)

Daß es auch "Antisemitismus ohne Juden" oder den abstrakten Vorwurf "jüdischen Verhaltens" an Nicht-JüdInnen geben kann, ist weitgehend bekannt. Genau daran wird jedoch deutlich, daß der Antisemitismus sich in seiner Besonderheit nicht, wie Memmi glaubt, an seinem Objekt orientiert, sondern daß er auch völlig unabhängig von diesem Objekt - nämlich nach dessen Verschwinden - etwas anderes ausdrückt

als der Rassismus. Dies verweist uns auf unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen von Antisemitismus und Rassismus.

4. Homogenität in der Nation

"Eine Art Nahtstelle, an der Antisemitismus und die verschiedenen Formen des Rassismus aufeinander treffen, scheint uns (...) der moderne Nationalismus zu sein", so Jacoby und Magiriba Lwanga. (20) In der Tat werden die gesellschaftlichen Funktionen von Antisemitismus und Rassismus am deutlichsten bei der Betrachtung der bürgerlichen Nationenbildung. Die Nation braucht einen ("Volks"-)Souverän, eine Gemeinschaft von Staatsbürgern, die zum Zwecke der politischen und ökonomischen Stabilität möglichst homogen und fest verbunden sein muß. Da keine Nation eine ethnische Basis besitzt, sondern die Staatsgrenzen lediglich dem aktuellen internationalen Kräfteverhältnis entsprechen und es "natürliche, gewachsene und reine" Gemeinschaften auch gar nicht gibt, muß der Nationalismus eine "fiktive Ethnizität" schaffen, d.h., eine "imaginäre Einheit gegen andere mögliche Einheiten". (21)

Die Selbstdefinition des Staatsvolks findet also negativ statt durch die Bestimmung derjenigen, die ausgeschlossen werden sollen. Nach außen, jenseits der Grenzen des Nationalstaats, sind das die "Anderen", unabhängig davon, ob es sich um "andere Rassen" oder "fremde Kulturen" handelt. Der innere Feind jedoch ist unsichtbar, aber umso gefährlicher: Wer eignet sich da besser als die JüdInnen, die im gesellschaftlichen Zentrum der neuen Staaten leben, sich aber dennoch durch ihre spezifische Geschichte unterscheiden? Balibar dazu: "Die Herrschaft einer mehr oder weniger fiktiv geeinten Nationalität (...) (muß) durch die rassisierende Verfolgung einer absolut einmaligen Pseudo-Ethnie (...) ‚kompensiert` und widergespiegelt werden; sie erscheint dann als der gemeinsame innere Feind (...)". (22)

Joachim Bruhn aus Freiburg und auch Werner Ruf gehen noch weiter, wenn sie sagen, daß das ideologische Instrumentarium der Ausgrenzung bereits im bürgerlichen Menschenrecht angelegt ist. Ruf beschreibt, wie Voltaire, der berühmte Kritiker der Sklaverei, dennoch sagen konnte: "Die Rasse der Neger ist eine von der unsrigen völlig verschiedene Menschenart, wie die der Spaniels sich von der der Windhunde unterscheidet." (23) Es ist, als hätte das bürgerliche Menschenrecht, trotz eines anderen Postulats, nur für "Windhunde" gegolten. Dieses Menschenrecht, so wiederum Bruhn, läßt Gleichheit nur unter der Maßgabe der Kapitalverwertung zu. Ganz im Sinne der auch damals schon hegemonialen Kolonisatorengesellschaften definiert es gleichzeitig mit dem Menschen auch den "Unmenschen". Nach Bruhn gibt es dessen zwei Arten: Schwarze (im weitesten Sinn) stehen als "einfache Naturvölker" in der Evolution auf einer niedrigeren Stufe: So werden sie zu "Untermenschen". JüdInnen dagegen werden als besonders "de-naturiert" stigmatisiert: besonders intellektuell, Büchermenschen, besonders schlau, hinterlistig und erfolgreich. Sie sollen die andere, die Obergrenze der Menschen-Rechts-Gemeinschaft markieren: Sie sind die "Übermenschen". (24)

Was sich daraus neben der gesellschaftlichen Funktion von Antisemitismus und Rassismus schließen läßt, ist ihre Beziehung zum Nationalismus. Balibar spricht von einem "historischen Reziprozitätszyklus" (wobei leider auch er Antisemitismus begrifflich unter Rassismus subsummiert): "der Rassismus geht fortwährend aus dem Nationalismus hervor (...). (Er ist) eine innere Ergänzung des Nationalismus, die immer über ihn hinausschießt, für seine Konstituierung aber stets unerläßlich ist (...)". (25)

Abschließend ist also festzuhalten, daß Rassismus und Antisemitismus zwei in entgegengesetzte Richtungen wirkende, ja sogar einander ausschließende Elemente ein und desselben Herrschaftsverhältnisses sind, zwei sich ergänzende Instrumente, die die Herrschaft einer gesellschaftlichen Gruppe sichern. Insofern war der Ausdruck "Nahtstelle im Nationalismus" sehr exakt gewählt. Diese Erkenntnis verweist auf einen strukturellen Kern des rassistischen Herrschaftsverhältnisses.

Für die aktuelle Debatte bedeutet das allerdings auch, daß es nicht einen "guten, natürlichen" und einen "schädlichen, weil exzessiven" Nationalismus gibt. (26) Wenn Nationalismus ohne Antisemitismus und Rassismus als "äußere" Konstitutionsmerkmale nicht auskommt, dann ist das Fundament bürgerlicher Nationalstaaten rassistisch und antisemitisch.

(Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß diese Betrachtung sich auf den Nationalismus "abendländischer" Prägung stützt - Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu Trikontnationalismen oder Befreiungsnationalismen müßten an anderer Stelle genauer untersucht werden.)

5. Rassismus, Hegemonie und Identität

Die "nationale Identität" scheint hingegen, seit ihrer erstmaligen Beschwörung im 19. Jahrhundert, längst naturalisiert zu sein. Ihre bloße Behauptung genügt sich selbst. So beschwören Wolfgang Kowalsky und Ute Knight, beide PolitologInnen am Berliner Otto-Suhr Institut, im SPIEGEL einen "Unterschied zwischen Nationalbewußtsein und Nationalismus" und resümieren: "Zum ABC der Linken sollte gehören: Es gibt eine deutsche Nation, eine nationale Gemeinschaft, ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl (...)". (27)

Den aktuellen Diskurs rund um die "Identität" genauer zu beleuchten, lohnt sich im Zusammenhang mit Rassismus allemal. Das gesamte Gedankengebäude der Neuen Rechten kreist um diesen Begriff.

Der neue Rassismus gibt sich antirassistisch: Es gibt keine "Rassen" mehr und auch keine "Minderwertigen", sondern nur noch "ethnische und kulturelle Differenz", d.h. verschiedene Ethnien mit ihren spezifischen Traditionen und Kulturen. Worum es geht, ist die Erhaltung der Artenvielfalt oder um humane Ökologie. So gibt sich der Neorassismus gar einen humanistischen Anstrich, er will schließlich "die menschliche Gattung (...) verbessern oder vor dem Verfall (...) bewahren" (28). "Kulturelle Identitäten" der einzelnen Ethnien werden nicht explizit hierarchisiert, sie sind jedoch "organisch gewachsen", genau festschreibbar und dürfen auf keinen Fall mit anderen Identitäten vermischt werden, da dies ihre unwiederbringliche Zersetzung zur Folge hätte. Taguieff spricht deshalb von "Mixophobie", er nennt diese Art von Rassismus "differentialistisch". (29)

Sowohl Etienne Balibar als auch Nora Räthzel und Annita Kalpaka weisen darauf hin, daß der neurechte Diskurs letztlich "Kultur" mit "Natur" gleichsetzt: "Hier kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß ein biologischer oder genetischer ‚Naturalismus` keineswegs den einzigen möglichen Modus einer Naturalisierung menschlicher Verhaltensweisen und Gesellschaftlichkeit darstellt." (30) "In dieser These vom Kulturkonflikt werden die Kulturen als etwas Unveränderbares gedacht und behandelt, sie werden fast zu Natureigenschaften von Menschen gemacht." (31)

Ebenso wie Kultur wird auch die kollektive Identität naturalisiert. So können PerserInnen oder SinghalesInnen in Zukunft nicht mehr nicht nach Westeuropa kommen, weil sie hier den "Volkskörper" zu verunreinigen drohen, sondern das läßt sich auch dadurch begründen, daß sie ja nun mal (und zwar definitiv) eine ganz andere Identität haben, deshalb nicht integrierbar sind und selbst auch nur "entwurzelt" würden.

Was ist Identität? In der sich als antifaschistisch bezeichnenden Linken, die den neurechten Identitätsdiskurs widerlegen will, wird Identität völlig negiert und als "Fascho-Propaganda-Begriff" abgetan. Was "nationale Identität" betrifft, so gehört ihre Negation zum linksradikalen Selbstverständnis. "Ich, deutsch? Ich habe zwar einen deutschen Paß, aber ich fühle mich ganz undeutsch! Ich anerkenne keine deutschen Werte, nichts an mir ist eigentlich deutsch" ist oft das spiegelbildliche Gegenstück zum "Stolz, ein Deutscher zu sein." "Deutsche Identität wird zwar meist geleugnet, aber eben doch gelebt", schreiben Jessica Jacoby und Gotlinde Magiriba Lwanga. (32) Was meinen sie damit? Ähnliches konstatieren sie auch in Bezug auf das religiös-geistesgeschichtliche Fundament unserer Gesellschaft: "Frauen wie Männer wissen fast nie, was das spezifisch Christliche ihrer säkularen Kultur ist, weil es als quasi-natürlicher Zustand, als Selbstverständlichkeit oder als die kulturelle Normalität schlechthin empfunden wird." (33)

Ich höre sie schon von weitem, diejenigen, die auch mir nun wieder schleichenden Nationalismus und einen definitiven Abschied von der "Nie-Wieder-Deutschland"-Politik vorhalten werden. Aber trotzdem: Ob wir uns positiv dazu bekennen oder nicht, es gibt eine Identität, die ein objektives Resultat unserer Sozialisation unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen ist. Darauf hinzuweisen, ist in der Auseinandersetzung um Rassismus und Antisemitismus deshalb so entscheidend, weil wir uns von dieser Identität, die für weiße deutsche Linke eine qua Gesellschaft hegemoniale, rassistische, selbstverständlich privilegierte und meist auch noch christlich fundierte ist, nur dann fortentwickeln können, wenn wir sie zunächst erkannt und verortet haben.

Das weist bereits auch darauf hin, wodurch der Identitätsbegriff der Neuen Rechten zu widerlegen ist: Es gibt vielfältige individuelle und auch kollektive Identitäten, die aber, genau weil sie von Sozialisation und gesellschaftlichen Einflüssen abhängen, sich permanent mischen, überlagern, fortentwickeln. Identität ist also das Bewußtsein über sich selbst und den eigenen Standort in der Welt. Sie ist nicht "natürlich", sondern erworben, niemals statisch oder festschreibbar, und mensch kann sie unmöglich in irgendeinem Zustand "rein" erhalten gegenüber "fremden" Identitäten.

Identität ist aber auch der Schlüssel zur Hegemonie. Die internationale Machtstellung der BRD (oder der anderen westlichen Länder) produziert und reproduziert die Identifikation mit dem Staat. "Nationale Identität" heißt eben auch, mitbestimmen zu wollen darüber, wohin "unsere" Kredite fließen oder wer zu "uns" kommen und hier arbeiten darf. Diese Identifikation mit den offiziellen Werten der (starken) Gemeinschaft führt eben auch dazu, daß Neofaschisten und BürgerInnen sich als HüterInnen dieser Ordnung verstehen, und eigenhändig gegen Prostitution, Zigarettenschwarzmarkt oder "sozial nicht mehr verträgliche" Flüchtlinge einschreiten.

Etienne Balibar stellt sich die Aufgabe, zu untersuchen, ob beim Rassismus "so etwas wie ein Hegemonieverhältnis vorliegt". Seine Antwort ist bejahend: "Die vorbeugende Behandlung gegen die ‚Krankheit der Vermischung` findet dort statt, wo die institutionell etablierte Kultur die Kultur des Staates, der herrschenden Klassen und, zumindest offiziell, auch die der ‚nationalen Massen` ist, wo also deren Lebens- und Denkweise durch die Institution für legitim erklärt wird". (34)

Eben das beschreibt ein Hegemonieverhältnis, wie Gramsci es definiert hat: Eine soziale Gruppe oder Klasse wird hegemonial, indem sie (auch) Interessen repräsentiert, die in gewisser Weise auch von den subalternen Klassen als eigene anerkannt werden. D.h. die Produktion von gesellschaftlichem Konsens ist entscheidend für die Hegemonie. Sie basiert also nicht auf einer statischen Gegenüberstellung zweier gesellschaftlicher Gruppen, sondern gerade in ihrer Auflösung, in der Interaktion dieser Gruppen.

Die große Verbreitung der neorassistischen Ideologie "differentialistischer" Prägung ist wohl dem Umstand zu verdanken, daß sie es dem hegemonialen Konsens erlaubt, gleichzeitig demokratisch, gewaltfrei und rassistisch zu sein. Das letzte Glied in der Argumentationskette liefert eine bestimmte Variante der modernen Sozialpsychologie, die die Existenz "objektiver sozialer Belastbarkeitsgrenzen" und "Toleranzschwellen" beschwört. So wird rassistisch motivierte gesellschaftliche Aggressivität "zu einem natürlichen Faktor erklärt", während der differentialistische Neorassismus sich selbst als "eine politisch eingriffsfähige Theorie der Ursachen von gesellschaftlicher Aggressivität darstellt. (35) Wichtig ist hierbei wieder, daß es niemand anders ist, als die konsensstützenden Subjekte, die festlegen, wann diese Grenzen erreicht sind - nach letztendlich ökonomischen Rationalitätskriterien.

Rassismus als Hegemonieverhältnis ist also das Zusammenwirken von institutionellem Rassismus ("von oben") und individuellem Rassismus ("von unten"), wobei beide Seiten sich jeweils durch die andere entlasten: BürgerInnen verhelfen nur den staatlichen Einwanderungsgesetze tatkräftig zur Umsetzung, und der Staat sorgt nur für die ("natürlich" begrenzte) Friedfertigkeit seiner BürgerInnen. Verantwortliche gibt es nicht mehr, alles ist einer höheren Ordnung geschuldet, dem "Rechtsstaat" oder der "Natur" schlechthin.

Doch eine zentrale Frage bleibt noch offen: Wenn der Rassismus ein Hegemonieverhältnis ist, welches sind dann die eigenen Interessen der subalternen Klassen, die (auch) vom Staat vertreten werden? "Der gewöhnliche Rassist, der kleine Kolonisator, der in der Kolonie oder im Mutterland geborene Weiße mit geringer Bildung, er braucht nicht Gobineau oder Mein Kampf zu lesen, um den ‚Eingeborenen`, den Juden oder den eingewanderten Arbeiter zu verachten", konstatiert Memmi. (36) Warum? Die Suche nach den Ursachen für diesen Rassismus von unten führt uns unweigerlich zu einem Ausflug in die politische Ökonomie.

6. Rassismus, Klassenkampf und Linke

Zunächst eine Prämisse: Auch den Klassenkampf an sich begreife ich - mit Etienne Balibar - als eine Frage von Hegemonie. Ich will seine Darstellung hier kurz zusammenfassen. Für ihn ist die orthodox-marxistische Idee vom "unversöhnlichen Antagonismus" zwischen Proletariat und Bourgeoisie als zwei objektiv (weil materiell) einheitliche Klassen eine "Vereinfachung der Klassenbeziehungen", von der es gilt, sich zu lösen. Klassen konstituieren sich erst durch ihr Handeln, "durch die Beziehungen, die sie, eingebettet in ein Netz von Institutionen, zu den anderen Klassen (unterhalten)." Das Proletariat ist auch in seiner organisierten Form heterogen, es bezieht seine relative Einheit lediglich aus der "Klassenpraxis - berufliche Gewohnheiten, kollektive Widerstandsstrategien, kulturelle Symboliken". Balibar faßt zusammen: "In diesem Sinne zeigt uns die Geschichte also, daß sich die sozialen Beziehungen nicht zwischen geschlossenen Klassen entwickeln, sondern durch die Klassen hindurchgehen - auch durch die Arbeiterklasse -, bzw. daß der Klassenkampf in den Klassen selbst stattfindet. Aber auch, daß der Staat durch seine Institutionen, seine Vermittlungsfunktionen, seine Ideale und seine Diskurse bei der Konstituierung der Klassen immer schon

präsent ist." (37) Das heißt auch, daß revolutionäres oder emanzipiertes Bewußtsein niemals objektiv, d.h. von selbst, vorhanden ist.

Die Frage des Zusammenhangs von Klassenkampf und Rassismus ist deshalb so heikel, weil es dabei u.a. um eine Selbsthinterfragung der Linken geht. Vielleicht ist deshalb in "antirassistischen" Demonstrationsaufrufen auch heute noch Rassismus von unten so häufig kein Thema. Ein Auszug aus dem Flugblatt zur autonomen Antifa-Demo am 9.11.91 in Berlin:"9. November 1991: In Deutschland findet die erste Pogromwelle seit 1945 statt. Der Staat braucht neue Sündenböcke, um von den Konsequenzen seiner Politik abzulenken. Statt effektive Maßnahmen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Elend vorzunehmen, wird eine Hetzkampagne gegen hier lebende AusländerInnen sorgfältig vorbereitet. Das Thema "Asyl" wird seit Monaten von Parteien und Medien künstlich hochgespielt." (Herv. von mir). Wenn's nicht der Staat ist, sind's "die Politiker" oder "das Kapital". Mensch könnte nach diesen oder ähnlichen Ausführungen meinen, daß diese "Schuldigen" völlig am Interesse der hiesigen Bevölkerung vorbei agieren - was jedoch zu der Frage führen müßte, warum ihre Machtstellung dennoch so stabil ist wie lange nicht mehr.

Eine direkte Ableitung der Ideologie des Rassismus aus der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie versucht Werner Ruf, auf dessen Artikel im letzten ak bereits hingewiesen wurde. Aus einer niedrigeren organischen Zusammensetzung des Kapitals in den ehemals kolonisierten Ländern und der daraus resultierenden "massiven Anwendung menschlicher Arbeitskraft zu Billiglöhnen", um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, schlußfolgert Ruf, daß die Menschen im Trikont gezwungen sind, ihre Arbeitskraft unter Wert zu verkaufen. So werden sie in einem wörtlichen ökonomischen Sinn "minderwertig".

Doch daraus ergeben sich auch Konsequenzen für die weißen ArbeiterInnen auf der Welt, und dies erkannt zu haben, ist Rufs großes Verdienst:"Der weiße Arbeiter in der BRD, der weiße Siedler in Afrika (...), sie alle stehen vor der Gefahr der sozialen Deklassierung, des Absteigens nicht nur ins Proletariat, sondern in den Pauperismus. Ihren relativ privilegierten sozialen Status legitimiert nicht die Qualifikation ihrer Arbeitskraft, diese ist ersetzbar. (...) Die einzige Rettung für den Weißen ist die Aufrechterhaltung der Rassenschranke und die dadurch gegebene ökonomische Sicherung seiner Reproduktion durch - gegenüber dem Gastarbeiter - privilegierte Sozialgesetzgebung oder durch die ihm gegebene Möglichkeit, als Vorarbeiter oder Aufseher in die rassenmäßig gegliederte Produktion einzusteigen. (...) ‚Weiße` (...) oder nationale Arbeitskräfte genießen bestimmte Privilegien und wissen oder haben gelernt, daß diese erkämpft worden sind und weiter erkämpft werden müssen. Also werden sie sie in der Regel zunächst für sich selbst reklamieren (...). Der ‚Gast`-arbeiter hat ja objektiv die Funktion, den Durchschnittslohn zu drücken (...)."

Und nun der Kern der Argumentation: "Dieser Kampf kann sich nicht auf der Ebene ökonomisch-rationaler Argumentation bewegen, würde er doch dann auf die Gleichwertigkeit der Arbeitskraft hinauslaufen müssen und damit (...) eine tendenzielle Senkung des ‚weißen` Lohnes bewirken. (...) Nur in der Ausgrenzung fremder (im Sinne von kulturfremder, artfremder, rassisch fremder) Arbeit besteht für diese (...) Schicht die Möglichkeit, sich ihre ‚Privilegien` durch politischen Druck zu erhalten." (38)

Balibar präzisiert die Vorstellung von zwei weltweit unterschiedlichen Reproduktionsweisen der Arbeitskraft. Er geht davon aus, daß heute in der Weltwirtschaft "alle historischen Ausbeutungsformen gleichzeitig eingesetzt werden", von den archaischsten, gewalttätigsten bis zu den modernsten und zivilisiertesten. Diese politisch, kulturell und auch technisch weitgehend unvereinbaren Formen müßten getrennt werden, da ein Zusammentreffen dieser nicht-zeitgenössischen Ausbeutungsformen in einem Staat instabile Verhältnisse zur Folge hätte. Diese Vielfalt von Ausbeutungsstrategien überschneidet sich mit zwei getrennten Reproduktionsweisen:"Die eine ist in die kapitalistische Produktionsweise integriert, vollzieht sich über den Massenkonsum, den allgemeinen Schulbesuch" und über das, was sich als "Wohlfahrtsstaat" zusammenfassen läßt. In der anderen Reproduktionssphäre (der des Trikont) wird unter z.T. vorkapitalistischen Bedingungen vor allem "generationsmäßig" reproduziert, d.h., "sie steht in direktem Zusammenhang mit den Phänomenen der ‚absoluten Überbevölkerung`, der destruktiven Ausbeutung der Arbeitskraft und der rassischen Diskriminierung." (39)

Entgegen den Behauptungen der modernen Sozialpsychologie liegt die verstärkte Popularität rassistischer Praxis und faschistischen Gedankenguts also nicht darin, daß die weißen Menschen der Dominanzkultur hier - v.a. der männliche Jugendliche - in der vom Werteverfall bedrohten Metropolengesellschaft keine ausreichende soziale Einbindung und keine Zukunftsperspektiven findet. (40) Im Gegenteil, es geht auch auf

der individuellen Ebene knallhart um eigene Interessen: Auch die sozial Unterprivilegierten hier "wissen" genau, daß sie rein materiell und von den Zukunftsperspektiven immer noch besser dran sind, als die Menschen aus dem Trikont. Sie sind zwar möglicherweise "vom Abstieg in den Pauperismus bedroht", wie Ruf sagt, doch entscheidend ist, daß vier Fünftel der Weltbevölkerung sich bereits dort befinden. Die vielbeschworene Existenzangst der weißen (rassistischen) EuropäerInnen bleibt also eine Frage des Blickwinkels. Rassismus ist eben nicht nur Ideologie, sondern ein reales Machtverhältnis, von dem auch Individuen profitieren. (41)

Ausgerechnet Werner Ruf begeht zum Abschluß seiner Analyse, als es um deren "Nutzanwendung" geht, den Fehltritt, der nicht hätte passieren dürfen: "Entscheidend muß sein, daß ‚nationale` wie ausländische Arbeiter begreifen, daß sie alle nur Lohnarbeiter sind, ausgebeutet und gleichzeitig gegeneinander ausgespielt durch ein und dasselbe Kapitalinteresse, (...). Objektiv jedoch ist die Situation für Deutsche und Ausländer dieselbe." (42)

Ruf hat vom Hegemonieverhältnis nichts begriffen, er übersieht in seinem Programm, was er vorher selbst herausgefunden hatte: daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen zwischen "Schwarzen" und "weißen" ArbeiterInnen objektiv entgegengesetzte Interessen gibt.

Die Idee,"daß der Rassismus gegen das ‚Klassenbewußtsein` eingesetzt wird (als müßte sich dieses naturwüchsig aus der Klassenlage ergeben, wenn es nicht durch den Rassismus (von oben!) erstickt, verbogen, entstellt wird)", ist nicht haltbar, wie Balibar richtig bemerkt. (43)

Halten wir also fest: Rassismus ist ein klassenübergreifendes, gesamtgesellschaftliches Phänomen, vor dem weder ArbeiterInnen noch Linke gefeit sind. Der Namibia-Experte Henning Melber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch Marx und Engels, die "Vordenker der bahnbrechenden materialistischen Analyse, in diesem Punkt der dominanten weltgeschichtlichen Philosophie und dem universalistischen Anspruch des herrschenden Zivilisationsbegriffs" der Aufklärung unterliegen. Tatsächlich ist in der marxschen Fortschrittsnotion enthalten, daß die Expansion des kapitalistischen Weltmarkts, was zunächst nichts anderes heißt, als die Ausbreitung der westlichen "bürgerlichen Regimes", für die darauf aufbauende Befreiung aller Menschen von Nutzen sei. (44)

7. Rassismus, Sexismus und Frauenbewegung

Ein struktureller Zusammenhang zwischen Rassismus und Sexismus wird in nahezu allen Werken zum Thema Rassismus festgestellt. Meistens sieht das so aus, daß Unterdrückung von Schwarzen mit Frauenunterdrückung verglichen wird. Tatsächlich funktioniert sowohl Rassismus als auch Antisemitismus z.T. über Sexualisierung: Schwarze und/oder Indianer, d.h. sogenannte "Naturvölker", sind körperbetont, maßlos, kindlich/naiv, tierisch, geil, also böse, alles Attribute, die sich auch im sexistischen Frauenbild wiederfinden; während weiße Männer geistbetont, gemäßigt, erwachsen, menschlich, vernünftig, also gut sind. (45) Beim Antisemitismus verläuft die Stigmatisierung anders: "Auch ‚der geile Jude` wird oft in der Gestalt eines alten Mannes mit krummem Rücken dargestellt - niemals als Muskelmann. In fast krassem Gegensatz dazu die Figur der eher jungen und schönen Jüdin, der ‚orientalische` Verführungskünste zugeschrieben werden, (...), allerdings mit für Männer tödlichen Konsequenzen (Judith, Salome)." (46)

Das heißt jedoch nichts anderes, als daß der weiße nicht-jüdische Mann westlicher Herkunft der Normmensch ist, der im Zentrum des hegemonialen Diskurses steht, und der die Legitimität seiner Herrschaft über naturalisierte (d.h. unabänderliche) sexuelle Stigmata behauptet. (47)

Auch die weiße Frauenbewegung hat dies aufgegriffen, was häufig zu dem unzulässigen Vergleich der Stellung von Frauen mit der von Schwarzen oder Sklaven geführt hat (erstmals bei Beauvoir). "Implizit wird dabei angenommen, daß Schwarze ‚Männer` sind und ‚Frauen` weiß sind. Schwarze Frauen fallen aus dem Schema heraus. Und nicht nur das, indem sich weiße Frauen als Opfer neben schwarze Männer stellen und weiße Männer als die Machthaber und Unterdrücker bezeichnen, wird der eigene Beitrag weißer Frauen an der Aufrechterhaltung des Rassismus geleugnet. Als ob Rassismus eine Erfindung weißer Männer sei, bei der sie ihre Hände hätten sauberhalten können oder nur unter Zwang mitgemacht hätten," schreibt Meulenbelt. (48)

Ausgerechnet Feministinnen, die lange gegen die Behandlung von Sexismus als Nebenwiderspruch im Klassenkampf vorgehen mußten, begehen selbst denselben Fehler: Alle großen feministischen Klassikerinnen

wie Beauvoir, Millet, Firestone usw. haben zwar den universellen Anspruch, für alle Frauen zu sprechen, behandeln aber explizit nur die Situation weißer westlicher (zumeist auch noch Mittelschichts-)Frauen.

Dazu gehört auch, daß die spezifische Geschichte von Schwarzen Menschen (auch in den Geschlechterverhältnissen) ignoriert wird. Angela Davis beschreibt z.B. in "Women, Race and Class", wie eng in den USA die Kämpfe Schwarzer Frauen gegen Sexismus und Rassismus miteinander verwoben waren, und daß sie dabei auch von Schwarzen Männern Solidarität erfuhren. (49) Schwarze Männlichkeit hat ein anderes historisches Selbstverständnis als weiße Männlichkeit, da Schwarze Sklaven nie das Verfügungsrecht über die "eigene" Frau und die "eigenen" Kinder hatten. "Schwarze Kinder und schwarze Frauen waren ebenso wie schwarze Männer Eigentum der weißen Männer und in einem gewissen Maße auch der weißen Frauen. Obwohl die Vergewaltigung weißer Frauen durch schwarze Männer die verbreitetste rassistische Schreckensvorstellung ist, sind es vor allem schwarze Frauen gewesen, die von weißen Männern sexuell mißbraucht wurden, und das fast immer straflos." (50) Auch Feministinnen wie Susan Brownmiller stützen in ansonsten wertvollen Untersuchungen zur Vergewaltigung in fataler Weise den Mythos vom Schwarzen Sexualverbrecher, ohne dessen gesellschaftliche Funktion - primär die Entlastung weißer Männer - zu durchschauen. (51)

Martha Mamozai ist eine der wenigen Frauen, die sich bisher mit der Frauengeschichte in der deutschen Kolonialzeit befaßt haben. Sie behandelt sowohl den Rassismus in der deutschen Frauenbewegung des Kaiserreichs (der bürgerlichen und der proletarischen!), als auch das Herrschaftsverhältnis zwischen weißen Deutschen und Schwarzen Frauen in den Kolonien. Deutsche Frauen waren dort entscheidende Instrumente der kolonialen Herrschaftssicherung. Über den ersten internationalen Kongreß der europäischen Frauenbewegung (London 1899) urteilt Mamozai: "Eine Manifestation internationaler Ignoranz und chauvinistischer Überheblichkeit im Gewand von internationaler Frauensolidarität." (52)

Die weiße Frauenbewegung ist auch heute noch nicht sehr weit über ein schematisches Denken in Gegensatzpaaren hinausgekommen. Menschen sind entweder Täter (= Männer) oder Opfer (= Frauen), entweder Schwarz (= Opfer) oder weiß (= Täter), entweder deutsch/inländisch oder fremd/ausländisch, usw. Diese Schemata erfassen jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit: Weiße Frauen (auch jüdische) können als Rassistinnen Täterinnen sein, Schwarze und weiße Frauen können antisemitisch sein; Schwarze Deutsche, jüdische Deutsche oder binationale Menschen haben in dem Schema gar keinen Platz. Ins Blickfeld der BRD-Frauenbewegung sind Schwarze und jüdische Frauen erst Ende der 80er Jahre und auf eigene Initiative gerückt.

"Feministinnen müssen sich endlich fragen: Wen meinen wir, wenn wir von ‚Frauen' oder von ‚wir' sprechen", fordert Dagmar Schultz. Solange Frauen Unterschiede nicht als grundlegende Stärke erkennen würden, bedeute das das Versagen, über die erste patriarchalische Lektion hinauszugehen. (53)

Schultz zeigt, wie das Verharren in Schemata zu unterschiedlichen politischen Fehlern führt: Verschiedene Formen von Unterdrückung (z.B. sexistische und rassistische, antisemitische oder homophobe) lassen sich weder hierarchisieren noch einfach addieren. Schwarze Frauen sind nicht primär als Frauen unterdrückt und dann auch noch als Schwarze, und sie sind auch nicht einfach "doppelt" unterdrückt als Schwarze und als Frauen, als Lesben dann womöglich dreifach etc. "Auch heute ist das Frauenbild, dem die Schwarze Frau nachleben soll, ein völlig anderes als das der weißen Frau (54)", was wiederum in ihrer unterschiedlichen Geschichte begründet ist. Die Schwarze Frau gilt genau wegen ihrer unmenschlichen Stellung in der Sklaverei auch heute noch als "animalisch", da sie sich angeblich selbst verachtet, während "weibliche" Ideale für weiße Frauen sich eher an der Überhöhung der christlichen Gottesmutter orientieren. (55) So hält die Dominanzkultur für verschiedene "Abweichungen" verschiedene Stigmata bereit, die sich nicht einfach überlagern, sondern je nach "Kombination" zu wirklich anderen Ergebnissen führen. Es geht, um auf Todorov zurückzukommen, um die Anerkennung der Existenz einer wirklich anderen weiblichen Menschengruppe.

Spätestens an diesem Punkt müßte klar sein, daß auch die Emanzipationsforderungen der weißen westlichen Frauenbewegung nicht einfach auf Frauen in anderen Situationen übertragbar sind. Immer wieder kommt es zwischen weißen Feministinnen und Frauen aus dem Trikont zu Auseinandersetzungen z.B. über die Einstellung zur Familie oder die Legitimität einer Zusammenarbeit mit Männern. Schwarzen Frauen wird nicht als Schwestern, als Subjekten mit eigenen historischen Erfahrungen entgegengetreten, sondern als hilfebedürftigen Frauen. So werden Abweichungen von der weißen christlichen Emanzipationsnorm häufig als

"Rückständigkeit im Feminismus" interpretiert. "In dem Spannungsverhältnis zwischen einem extremen Ethnozentrismus, ‚wir wissen, was gut für euch ist', und einem radikalen Kulturrelativismus, ‚Wir dürfen uns kein Urteil darüber erlauben, was in einer anderen Kultur geschieht', müssen wir unseren Weg finden", schreibt Anja Meulenbelt. (56)

Dies ist durchaus verallgemeinerbar auf alle Emanzipationsvorstellungen, über die spezifischen Beziehungen zwischen Frauen hinaus.

In Anlehnung an Etienne Balibar möchte ich zum Abschluß die Beziehungen zwischen Rassismus, Klassenkampf und Sexismus umreißen, ohne sie in Haupt- und Nebenwidersprüche einzuteilen: Es handelt sich um drei strukturelle Herrschaftsverhältnisse, die alle universell sind, d.h. sie umfassen alle gesellschaftlichen Bereiche. (57) Alle werden sie nach dem Prinzip der Hegemonie produziert und reproduziert, von oben und von unten, institutionell wie individuell, wobei sich die Grenze zwischen "Opfern" und "Tätern" immer verwischt. Rassismus, Klassenwiderspruch und Sexismus stehen in den verschiedensten Beziehungen zueinander: sie überlagern sich, verstärken sich gegenseitig, wirken parallel, schwächen sich ab, und jede einzelne Situation muß genau untersucht werden, um dieses Knäuel zu entwirren.

8. Zur Kritik des Antirassismus

Der Antirassismus hinkt der Zeit hinterher. Zur Zeit prägt die Neue Rechte siegesbewußt den gesellschaftlichen Diskurs, während der Antirassismus darauf allenfalls reagiert, bzw. noch damit beschäftigt ist, die Denkmuster des traditionell-kolonialen, in dieser Form längst obsolet gewordenen Rassismus zu widerlegen.

Pierre-Andre Taguieff beschreibt die Komplexität des neuen Diskurses: Rassismus ist einerseits Heterophobie, d.h. die absolute Negation des Unterschieds. Dieser Rassismus interpretiert Verschiedenheit negativ und basiert auf einem Ideal von Homogenität. Er zielt ab auf Assimilation aller Menschen unter dieses Ideal und hat daher einen universellen Anspruch. Menschen, die definitiv anders sind, spricht er die volle Menschlichkeit ab. Dieser Art von Rassismus - der als kolonialer oder imperialistischer eingestuft werden kann - wird von antirassistischer Seite idealtypisch die Forderung nach "Gleichheit in der Differenz" entgegengestellt. Erstens wird die Verschiedenheit von Menschengruppen behauptet und zweitens wird sie als "eigene Identität" positiv gewertet (z.B. "black is beautiful"). Hinter dieser Form des Antirassismus steht eine multikulturalistische Ethik, die in der Vielfalt Reichtum sieht. Es handelt sich also um eine einfache Umkehrung der Wertigkeiten des Rassismus.

Genau diese Argumentation aber hat sich die zweite, moderne Spielart des Rassismus, der differentialistische Rassimus, angeeignet. Taguieff spricht von der rhetorischen Umkehrung (Retorsion) der Begriffe, Themen und Argumentationsstränge der AntirassistInnen gegen diese selbst. (58) Dieser Rassismus nun ist absolute Affirmation des Unterschieds oder heterophil. Er interpretiert Homogenität negativ (kulturelle Eigenarten, Identitäten müssen erhalten bleiben) und geht dabei bis zur "Mixophobie" - ethnische Vermischung wird nunmehr als Gefahr für die "reinen" Identitäten gesehen. Dieser Rassismus ist also fundamental anti-universalistisch, er besteht aus partikularen Interessen. "Gleichheit in der Differenz" wird nunmehr von der Neuen Rechten selbst zum "Recht auf Differenz" weiterentwickelt. Ein Antirassismus, der sich wieder durch Umkehrung der Werte gegen diesen post-kolonialen Rassismus stellen will, muß sich also notwendigerweise wieder auf universelle Werte zurückbesinnen, d.h. die Gleichheit der Menschen in den Vordergrund stellen und für ethnische Vermischung eintreten. (59) Diese Argumentation widerspricht der ersten aber diametral.

Dies wird deshalb zum Problem, weil die beiden Typen des Rassismus nicht zeitlich sauber hintereinander auftreten, sondern in permanenter Vermischung. Jost Müller weist darauf hin, daß die ideologische Konstruktion der Rassen "durch eine ausgesprochene Fluidität" gekennzeichnet ist, und daß biologistischer und kulturalistischer Rassismus miteinander verkettet sind: "Diese quer-diskursive Verkettung ist deutlich in den Diskursen über die ‚eigene` und die ‚fremde` Kultur; in diesen Diskursen verschiebt sich der bedeutungsaxiomatische Akzent permanent zwischen dem Biologismus und dem Kulturalismus; die Aussagen über Kultur spielen teils wörtlich, teils ohne sie wörtlich zu reproduzieren, auf körperliche Stigmata an, die sich im soziohistorischen Gedächtnis an das Wort ‚Rasse` knüpfen." (60) AntirassistInnen verlieren so den Boden für ihre Argumentation, da der jeweilige Einwand von der jeweils entgegengesetzten Spielart des Rassismus dankbar aufgesogen wird.

Das Dilemma des Antirassismus ist nach Taguieff, daß er "der Schatten, das Spiegelbild und auch das Produkt" des Rassismus selbst ist. Der Anti-Rassismus erschöpft sich also genau im Kampf gegen den Rassismus, und er ist immer nur Reaktion. Ein Antirassismus jenseits dieses Abbilds des Rassismus muß über Ideologiekritik hinausgehen, muß ethisch oder in der politischen Philosophie verankert sein. (61)

Ich möchte Taguieffs Ansatz referieren, obwohl er uns zunächst wegführt vom konkreten Antirassismus, da er mir tatsächlich als eine mögliche Neufundierung linken, radikalen, humanen Denkens erscheint, das heute mit dem postmodernen "Ende der Geschichte" zu verschwinden droht.

Taguieff weist jegliche therapeutische, tröstende Philosophie, jedes instrumentelle (zweckorientierte) Denken zurück. Der Mensch beginne erst dann wirklich zu denken, wenn er seine absolute Ohnmacht, die Verzweiflung erfahren habe. Die Philantropie sei das einzig mögliche Fundament eines Antirassismus, der nicht nur Abklatsch des Rassismus ist. Doch die Philantropie, die Taguieff begründen will, ist eine pessimistische: sie begründet sich nicht auf der Vorstellung des Guten im Menschen - sie ist eher "überwundene Misanthropie", überwundener Skeptizismus. (62)

Für Taguieff gibt es auch noch einen Weg jenseits des absoluten Pessimismus (oder Zynismus), den er verachtet. "Das Verharren im Zweifel bleibt ein Trost und eine Art und Weise, Zuflucht zu finden. (...) Weder die Überheblichkeit der Vernunft (der dogmatischen oder der kritischen) noch die Verzweiflung, die aus den nicht eingehaltenen Versprechen der Vernunft herrührt, noch die Nicht-Hoffnung, die aus dem Unglauben in die Vernunft resultiert, sind auf der Höhe des wirklichen Begreifens. (...) Eine ernsthafte Ethik, anderes Wort für Verantwortung, an der sie sich ausrichtet, ist unendlich weit entfernt von der amoralischen Resignation des absoluten Pessimismus, der sich dem ‚logischen Suizid` (Dostojewski) nur entzogen hat, um sich der Ungeniertheit des konformistischen Ästhetizismus hinzugeben." (63)

Er verteidigt einen Optimismus, der sich all der Illusionen entledigt hat, die aus der bedarfsorientierten Konzeption von Fortschritt herrühren. Sein Optimismus ist also immer nur trotz und nie weil, er entspringt der Dialektik von historischer Ohnmacht und historischem Handeln. Von Horkheimer stammt der Satz, die letzte Möglichkeit für den Optimismus bestehe darin, daß der Mensch trotz seines Pessimismus versuchen müsse, das zu tun, was er für wahr und gut hält. (64) Taguieff formuliert das so:"Man braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde man hoffen". Er nennt diese Haltung heroischen Pessimismus oder post-optimistischen Humanismus. "Die reine Liebe zur Menschheit hat ein Fundament, das radikal unabhängig ist von der individuellen Wahrnehmung der empirischen Exemplare der menschlichen Gattung". (65)

Taguieff formuliert einige Prämissen für seinen Humanismus, die uns wieder zum Problem des "Anderen" zurückführen. Es gilt, die real existierenden Unterschiede zu erkennen und anzuerkennen, ohne jedoch - wie die Neue Rechte - die Rolle des Unterschieds zu verabsolutieren. Die Ethik Taguieffs geht wieder vom Primat des Universellen vor der Differenz aus. "Der Wert des Unterschieds ist diesem niemals inhärent und auch nie kategorisch", es ist ein indirekter Wert, z.B. durch Austausch oder Ergänzung. Seine Fortschrittsnotion ist die einer progressiven Angleichung der Unterschiede zwischen den Menschen, in der Form, wie progressiv die Unterschiede zwischen "Sklaven" und "Herren", zwischen Frauen und Männern assimiliert werden.

Doch Vorsicht: einige entscheidende Voraussetzungen müssen dabei erfüllt sein.

- Erstens, es geht nicht um gedachte Unterschiede, sondern um reale, d.h. die angestrebte Gleichheit ist nicht nur ideell, sondern materiell.

- Zweitens darf die Assimilation nicht Assimilation an eine hegemoniale Norm sein, sondern muß gegenseitige Assimilation aneinander, also jenseits des westlichen Ethnozentrismus angesiedelt sein. Der historische Universalismus der Aufklärung war für Taguieff ein Pseudo-Universalismus, der eben nicht alle Menschen als Menschen anerkannte, sondern lediglich europäische Werte auf die ganze Welt projizierte. Ein Universalismus, der sich heute als Konzept gegen Rassismus versteht, muß die Fehler dieses Euro-Universalismus überwinden.

- Drittens, weder das Individuum noch die Gemeinschaft dürfen überhöht werden. Egoistischer Individualismus verabsolutiert die individuelle Differenz, und "Kommunitarismus", der die Gemeinschaft als organische und geschlossene denkt, ist immer protorassistisch. Die Gemeinschaft hat nach Taguieff ihren Zweck nicht in sich selbst, sondern nur in der Vermittlung zwischen Individuum und Universum. Der Mensch, der "Andere", muß

sowohl als ebenbürtiges menschliches Individuum als auch als Produkt einer ganz bestimmten historisch-kulturellen Entwicklung erkannt werden. (66)

Eine Antwort der radikalen Linken auf den differentialistischen Rassismus fehlt bisher. Von Etienne Balibar stammt der Satz, daß die Zerstörung des Rassismus nicht nur die Revolte der von ihm Unterdrückten voraussetzt, sondern auch die "Zersetzung der rassistischen Gemeinschaft von innen her." (67) Es kommt also darauf an, die Selbstverständlichkeiten in unserer eigenen Identifikation zu hinterfragen. Und darauf, anstatt die Barbarei immer den "Anderen" zuzuschreiben, sie also außerhalb von uns selbst zu suchen, mit Walter Benjamin zu begreifen, daß es kein Dokument der Kultur geben kann, was nicht gleichzeitig eines der Barbarei wäre. (68)

mir.

Anmerkungen:

1) Claussen 1991, S.55

2) Memmi 1987, S.103

3) Zum Beispiel fragt Albert Memmi (1987): "Gibt es also auf der anderen Seite einen Rassismus des Armen gegenüber den Reichen?" (S.112) Vgl. auch Taguieff 1987, S.421

4) Vgl. Balibar 1990, S.23ff: "Gibt es einen Neorassismus?" sowie P. A. Taguieff 1987

5) Balibar 1990, S.53, Herv. i.O.

6) Memmi 1987, S.156, S.60 u. S.151

7) Memmi 1987, S.56

8) Vgl. Müller 1990, S.39

9) ebd. S.55

10) Todorov 1985, S.56, siehe auch S.194ff

11) Memmi 1987, S.51f

12) Balibar 1990, S.44f

13) Memmi 1987, S.159ff und S.137, Herv. von mir

14) Meulenbelt 1988, S.159

15) ebd. S.185. Meulenbelt verweist u.a. auf das Buch von David Milner "Children and Race"

16) Jacoby u.a. 1990, S.95

17) Memmi 1987, S.72 Herv. i.O.

18) Balibar 1990, S.32

19) Jacoby u.a. 1990, S.97

20) ebd. S.96

21) Vgl. Balibar 1990, S.63

22) ebd. S.67

23) Ruf 1989, S.164f: "Die Neger waren keine Menschen - zumindest im Sinne der bürgerlichen Menschenrechtserklärungen! (...) Die Frage drängt sich also auf, ob nicht gleichzeitig mit der Forderung nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aller auch sofort wieder eine Forderung nach Diskriminierung vieler legitimiert werden mußte, damit nämlich die Bürgerrechte eben nur für die Bürger, die bourgeois, galten?"

24) Ich beziehe mich auf einen Vortrag von J. Bruhn auf der Veranstaltung Deutschland - die Verfolgende Unschuld. Antisemitismus gestern und heute am 8. November 1990 in Berlin. Vgl. auch Jacoby u.a. 1990, S.96

25) Balibar 1990, S.68f

26) Die Berliner Politologie-Professorin Gesine Schwan (Mitglied der reaktionären NOFU - "Notgemeinschaft Freie Universität") gehört zu den profilierten VertreterInnen der Auffassung, es gebe historisch zwei Idealtypen von Nationalismus: einen demokratisch-emanzipatorischen, von der frz. Revolution bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, und ab da einen integral-chauvinistischen, der jetzt die Nation absolut setze, und der eher in Osteuropa entstanden sei.

27) Der Spiegel Nr. 47/1991, S.119, Herv. von mir

28) Balibar 1990, S.75

29) Taguieff 1987, S.14

30) Balibar 1990, S.29f

31) Kalpaka/Räthzel 1990, S.94

32) Jacoby u.a. 1990, S.98

33) ebd., S.97

34) Balibar 1990, S.33.

35) Balibar 1990, S.30

36) Memmi 1987, S.39

37) Balibar 1990, S.205ff, Herv.i.O.

38) Ruf 1989, S.80f Herv.i.O.

39) Balibar 1990, S.217f, Herv.i.O.

40) Vgl. z.B. Wilhelm Heitmeyer: Einig Vaterland - einig Rechtsextremismus? In: Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland, Bremen 1990

41) Vgl. Rommelspacher 1991, S.76f

42) Ruf 1989, S.83

43) Balibar 1990, S.250

44) Melber 1989, S.42f

45) Vgl. Todorov 1985, S.185f oder auch Balibar 1990, S.71

46) Jacoby u.a.1990, S.95

47) Vgl. Memmi 1987, S.58f und Schultz 1990, S.50

48) Meulenbelt 1988, S.190f

49) Davis 1981, S.145ff

50) Meulenbelt 1988, S.207f

51) Vgl. Davis 1981, S.178f. Susan Brownmiller: "Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft." Ffm 1980

52) Mamozai 1982, S.236f. Vgl. auch Mamozai 1990, S.76ff

53) Schultz 1990, S.55

54) ebd. S.52

55) Vgl. Davis 1981, S.182

56) Meulenbelt 1988, S.199f

57) Vgl. Balibar 1990, S.221f

58) Taguieff 1987, S.17

59) ebd. S.38

60) Müller 1990, S.40

61) Taguieff 1987, S.413

62) ebd. S.416

63) ebd. S.418ff

64) Vgl. Max Horkheimer, La theorie critique hier et aujourd'hui. In: Theorie critique, Paris 1978, S.369 (Zit. nach Taguieff)

65) Taguieff 1987, S.417ff, Herv.i.O.

66) ebd., S.482ff

67) Vgl. Müller 1990, S.45

68) Vgl. Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte. In: ders., Gesammelte Schriften, Bd.I,2 (WA 2). Ffm 1980, S. 691ff. Siehe auch Taguieff 1987, S.492

Fürs Layout: hier kommt noch ein Literaturverzeichnis. Muß aber noch abgetippt werden. Habe ich mit Zettel in den Neusatz gegeben. kla.

Literaturliste:

Balibar, Etienne und Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Berlin 1990

Claussen, Detlev: Das Elend marxistischer Philosophie. In: Diskus Nr. 1, Feb. 1991, 40. Jg., Frankfurt/Main

Davis, Angela Y.: Women, race and class. New York 1981

Goldberg, David Theo: Anatomy of Racism. Minneapolis 1990

Fanon, Frantz: Les damnes de la terre. Paris 1985

Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt/Main 1985

Jacoby, Jessica und Magiriba Lwanga, Gotlinde: Was "sie" schon immer über Antisemitismus wissen wollte, aber nie zu denken wagte. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. Nr. 27, 13. Jg. 1990

Kalpaka, Annita und Räthzel, Nora: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. In: Autrata, Otger u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus. Berlin 1989

Knight, Ute und Kowalsky, Wolfgang: "Böse Deutsche, gute Ausländer". In: Der Spiegel Nr. 47, Hamburg 1991

Mamozai, Martha: Komplizinnen. Reinbek bei Hamburg 1991

Mamozai, Martha: Schwarze Frau, Weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien. Reinbek bei Hamburg 1982

Mason, John Rex David: Theories of Race and Ethnic Relation. Cambridge 1986

Melber, Henning: Rassismus und eurozentrisches Zivilisationsmodell: Zur Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks. In: Autrata, Otger u.a. (Hg.); Theorien über Rassismus. Berlin 1989

Memmi, Albert: Rasismus. Frankfurt/Main 1987

Meulenbelt, Anja: Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus. Reinbek bei Hamburg 1988

Müller, Jost: Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. In: Diskus, Nr. 2, 39. Jg, Frankfurt/Main 1990

Poliakov, Leon, Delacampagne, Christian und Girard, Patrick: Über den Rassismus. Frankfurt/Main 1984

Rommelspacher, Birgit: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In: 1999, Heft 2, Hamburg 1991

Ruf, Werner: Ökonomie und Rassismus. In: Autrata, Otger u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus. Berlin 1989

Schultz, Dagmar: Unterschiede zwischen Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 27, 13. Jg., 1990

Taguieff, Pierre-Andre: La force du prejuge, essai sur le racisme et ses doubles. Paris 1987

Todorov, Tzvetan: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt/Main 1985

21. Was geschah am 9.November 1991? Gedanken über Rassismus und nationalen Konsens

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:21

Der 9. November in diesem Jahr stand ganz im Zeichen des Protests gegen Pogrome wie denen von Hoyerswerda (siehe auch die Artikel dazu im letzten ak). In diesem Beitrag - einer überarbeiteten Fassung eines Diskussionsbeitrags auf einer Veranstaltung zum Streit um die Hamburger Aktivitäten zum 53. Jahrestag des Pogroms vom 9. November 1938 - ist dieses Datum Anlaß, über den Zusammenhang von Nationalismus, nationaler Identität und Rassismus nachzudenken.

"... zum zweiten Jahrestag des Mauerfalls"

100.000 sollen es allein in der neuen Reichshauptstadt gewesen sein, die am 9. November 1991 gegen die von ihnen so genannte "Ausländerfeindlichkeit" demonstrierten. Motto eines Teils der Aktivitäten dort: "Ich bin ein Ausländer."

In Saarbrücken schwiegen Lafontaine und Töpfer gemeinsam mit 20.000 anderen.

In Halle demonstrierten ganz legal an die 1.000 Faschistinnen und Faschisten; die Gegendemonstration wurde zerschlagen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden die Fensterscheiben eines Hauses in Hamburg-Harburg, in dem sich ein Treffpunkt für türkische Frauen befindet, eingeschmissen. Ein Stein war umwickelt mit einem Flugblatt: "Unsere Ehre heißt Treue - Reichskristallnacht 1991 - FAP."

Der Bezug zum 53. Jahrestag des Pogroms wurde auf den meisten Demonstrationen nicht oder kaum hergestellt; wenn, dann meistens in ein oder zwei Sätzen am Anfang der Aufrufe. In diesem Punkt waren sich die VeranstalterInnen der Demonstrationen zum 9.11. merkwürdig einig, so verschieden die politischen Spektren auch sind.

Der Bezug zur Grenzöffnung vor zwei Jahren wurde im liberalen Spektrum deutlich hervorgehoben. Ein Zusammenhang zwischen Nationalismus und Rassismus wurde dabei aber nicht hergestellt. Vielmehr wurde davor gewarnt, "neue Mauern hochzuziehen".

Der Ablauf der Demonstrationen selbst ähnelte Festumzügen, je nach Couleur lauter oder leiser. In Köln wurden beispielsweise zerbrochene Fensterscheiben mitgeführt, als Hinweis auf die Pogromnacht.

Insgesamt ist es der Sozialdemokratie gelungen, den 9. November für sich zu besetzen, indem alle Aktivitäten einem Anlaß zugeordnet wurden: "Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit zum zweiten Jahrestag des Mauerfalls", wie es vom Netzwerk Friedenskooperative hieß, das einfach alle Aktionen einsammelte und als einen bundesweiten Aktionstag ausgab.

Worum es ging, brachte die Berliner Demonstration der Grünen am klarsten auf den Punkt: Wir sind die guten Deutschen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Motivation der meisten DemonstrantInnen nicht die Empörung über die rassistische Gewalt war und ist.

"Ich bin ein Deutscher"

Die Aussage "Ich bin ein Ausländer" soll ja heißen: "Wir sind alle Ausländer". Und das wiederum heißt, es gibt gar keine "Ausländer". Realität aber ist, es gibt sie; sie werden gemacht, durch die Sondergesetze und den alltäglichen Rassismus. Die Umkehrung der Parole macht ihre Absurdität deutlich: "Ich bin ein Deutscher" - als Parole von Flüchtlingen und MigrantInnen. Dieses Bekenntnis würde sie weder vor der Ausländerpolizei noch vor dem Mob schützen.

Umgekehrt hingegen ist die Aussage billig, wenn die, die es sagen, einen deutschen Paß in der Tasche haben. Und das haben sie, sonst würden sie das Gegenteil nicht so betonen; so sehr sie sich auch bemühen, noch ist es nicht soweit, daß ihre Unterkünfte angegriffen werden.

Was eine Aussage der Solidarität sein soll, ist eine Ankündigung des weiteren Nichtstuns, denn diese Aussage belegt etwas ganz anderes: Es zeigt, daß die meisten offensichtlich davon ausgehen, es gebe ein "Ausländerproblem". Die Vorstellungen, wie dieses gelöst werden müsse, sind sehr unterschiedlich.

Wer hingegen davon ausgeht, daß es der Rassismus ist, der das Andere, Fremde, also "den Ausländer" überhaupt konstruiert, muß erschrecken angesichts dieser Aussage, die die Immanenz des rassistischen Konsens nicht aufbricht, sondern ihn anerkennt.

Und nicht nur das: Wenn in dieser historischen Situation davon ausgegangen werden muß, daß der Rassismus nicht nur ideologische, sondern auch reale materielle Unterschiede geschaffen hat (1), wirkt die Aussage "Ich bin ein Ausländer" verharmlosend, selbst wenn es den meisten darum geht, wie auch immer, nicht zuzuschauen.

Rassismus und nationale Identität

Eine Kritik, die diese Verharmlosung nicht mitmacht, sondern angreift, die sich nicht vom Protest gegen Erscheinungsformen vereinnahmen läßt, hat es an diesem 9. November nicht gegeben. Das hat meines Erachtens damit zu tun, daß es vielfältige andere Möglichkeiten gibt, den Rassismus zu verharmlosen.

Dort, wo der Rassismus in einen staatlichen und in den der Straße getrennt wird, beginnt es: Das eine ist die Selektion, das andere wird zur fast unbewußten Handlung von Beherrschten (womöglich auch noch gesteuert).

Diese Trennung, die dann einen Sinn macht, wenn es darum geht, die Unterschiede in der Situation seit Hoyerswerda deutlich zu machen, wird grotesk, wenn sie auch bei der Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit (und der Entwicklung von möglichen Gegenstrategien) angewandt wird: Dann wird verschleiert, wie weit es schon ist mit der neuen Volksgemeinschaft (2).

Rassismus kann nicht darauf reduziert werden, Teil imperialistischer Herrschaft zu sein. Er ist - nicht nur weil er wesentlich älter ist und so zu den Entstehungsbedingungen des modernen Imperialismus gehört - ein eigenständiges Unterdrückungssystem, welches sich weder mit der Abschaffung des Imperialismus erledigt, noch ohne dessen Abschaffung.

Zu behaupten, Rassismus wäre lediglich Herrschaftsmittel und nicht Herrschaft selbst, verharmlost die vielfältigen gesellschaftlichen Strukturen, die ihn tagtäglich reproduzieren.

Der Rassismus ist dem Rassisten und der Rassistin Erklärung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Er dient der Absage an gesellschaftliche Veränderung und ist nicht der fehlgeleitete Ausdruck der Sehnsucht nach ihr. Die, die sich die Gesellschaft mit rassistischer Ideologie erklären (und natürlich auch entsprechend ihr Leben gestalten und danach handeln), wollen, daß sie bleibt wie sie ist, nur ohne die Widersprüche, die die eigenen Privilegien bedrohen. Die Konstruktion, die Erfindung "des Ausländers" ist unter anderem die Sehnsucht nach etwas Gemeinsamen in einer Gesellschaft, die durch vielerlei Widersprüche gespalten ist, im reaktionären Sinne: die Sehnsucht nach Volksgemeinschaft, nach nationaler, "rassischer" Identität. Identität entsteht aber mithin nur, wenn es das Andere gibt, welches dann eben er- und gefunden werden muß.

Das gefällt den Herrschenden, sie brauchen es aber nicht zu steuern.

Objektives Interesse an Rassismus?

Der Konsens, daß die Deutschen wieder wer sind, wächst seit Jahren ununterbrochen. An dem nationalen Konsens hat es kaum Kritik gegeben. An diesem 9. November demonstrierte dieser nationale Konsens einen neuen Aspekt seiner Identität: Allgemein wird anerkannt, es gebe das "Ausländerproblem". Daß sich dieses ausgerechnet am 9. November manifestiert, ist Ausdruck und Sinn des Geschichtsrevisionismus, der sich von rechts nach links durchgesetzt hat. Die Motive gelten dem Volk oder der Klasse, Zweck ist die Freisprechung des Subjekts von der Verantwortung für die eigene Geschichte.

So findet sich auch in den meisten Erklärungsansätzen von Linksradikalen kein Wort zu den klatschenden Zuschauern von Hoyerswerda, eben so, wie die breite Zustimmung der Deutschen zum Faschismus, welche sich ja gerade am 9. November 1938 zeigte und ein Sinn des Pogroms war, seit Jahrzehnten ein weißer Fleck in der linken Geschichtsbetrachtung ist.

Diese Zustimmung entspringt auch objektiven Interessen, aktuell der Sicherung des Lebensstandards der Metropole auf Kosten der Drei Kontinente.

Sie zu hinterfragen heißt aber, die Möglichkeit anzuerkennen, daß die neue Volksgemeinschaft sich aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher objektiver Interessen konstituieren kann, welche sich bündeln in der Verteidigung des Reichtums und des Zugangs zu den Errungenschaften der kapitalistischen Gesellschaften.

In den Erklärungsansätzen vieler Linker findet sich jedoch, implizit oder explizit die Behauptung wieder, die Unterdrückten hätten kein Interesse am Rassismus, der dann auch konsequenterweise auf seine ideologische Funktion reduziert wird.

Zum Rassismus gehört jedoch nicht nur der Glaube an die "rassische" Unterlegenheit anderer und die eigene Überlegenheit, sondern auch der Nutzen daraus, was die 500jährige Geschichte des Kolonialismus in Lateinamerika zeigt. Aber auch, daß nicht wenige Deutsche von der Entrechtung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung profitierten, unter anderem eine ganze Generation von jungen Intellektuellen.

Der antisemitische Konsens der Weimarer Republik war entscheidend für die Massenbasis der NSDAP - bis hinein in die Arbeiterbewegung. Die KPD bekämpfte den politischen Gegner eben nicht nur mit Klassen- sondern zum Teil auch mit "Rassen"standpunkten (3).

Zentral für die Konstitution einer Volksgemeinschaft war und ist die größtmögliche Übereinstimmung von staatlicher Politik und dem, was vielleicht "Volkswille" genannt werden kann. Diese wurde im Faschismus über den Antisemitismus hergestellt (und nicht über die Schaffung von Arbeitsplätzen).

Die Einsicht, daß es sich beim Rassismus nicht um eine mit Argumenten zu bekämpfende Haltung oder Meinung handelt, sondern um eine gesellschaftliche Struktur, die im Bewußtsein der einzelnen seine Rechtfertigung gerade aus der Irrationalität seiner Behauptungen bezieht, ist zentral (4).

Tjark Kunstreich

Anmerkungen:

1) Ein Beispiel dafür ist die biologistisch-rassistische Zuordnung deutscher Staatsangehörigkeit, die diese Parole noch fragwürdiger macht.

2) Dazu gehören Versuche der Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, wie etwa von Heitmeyer; aber auch Versuche, Rassismus als ideologische Ablenkung von den "wirklichen Interessen" der Arbeiterklasse darzustellen, ihn auf eine aus sozialen Ursachen entstehende Falschorientierung zu betrachten.

3) Siehe dazu: Eva Groepler: "Zertrampelt die Judenkapitalisten!" in konkret 1/91

4) In diesem Zusammenhang ist auch Jean Paul Sartres Essay "Zur Judenfrage" sehr lesenswert, welches sich in dem Band "Drei Essays" befindet.

22. Kein Bedarf an neuer Sozialfaschismusthese. Antwort auf "Deutschland ist ausländerfreundlich" (ak 336)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:23

Daß radikalen Linken in ihrer ohnmächtigen Wut auf die Verhältnisse zuweilen die Sicherungen durchbrennen, ist keine neue Erscheinung. Der vor allem in den achtziger Jahren geübte Brauch, zum Zwecke der Aggressionsabfuhr die Scheiben von Geldinstituten zum Klirren zu bringen, wurde von dieser Zeitung und der sie tragenden Organisation durchweg toleriert, auch wenn die hauptsächlichen Nutznießer so mancher Demo mittelständische Glasereibetriebe gewesen sein dürften. Ärgerlich wird es, wenn die verständliche Wut sich in einem zweieinhalb Seiten langen ak-Artikel entlädt und mal so eben im Vorbeigehen eine neue Sozialfaschismusthese präsentiert wird.

Die "inhaltlichen Gemeinsamkeiten" von "aktiven Skins" (gemeint sind laut Fußnote "Fascho-Skins") und "GRÜNEN Quotenreglern" will mo., Berlin/Gruppe K, thematisieren, nicht die "methodischen Unterschiede". Wozu sich auch mit Nebensächlichkeiten aufhalten: "Die GRÜNEN, die SPD und mittlerweile auch der Bundespräsident bevorzugen ein Einwanderungsgesetz, buchstäblich alle haben Tips parat, wie die Asylverfahrensdauer verkürzt werden kann, und die Skins streben bekanntlich die Lösung mittels Brandbomben und Baseballschläger an". Fehlt nur noch der Hinweis, daß die Grünen die gefährlicheren, weil getarnten Rassisten seien, und die Sozialfaschismusthese 91 könnte es an analytischer Brillanz mit der aus den späten Zwanzigern aufnehmen.

Vom Standpunkt des "weißen Deutschen" (auch wenn es sich um einen subjektiv "antideutschen" K-Grüppler handelt) ist der Unterschied zwischen einem Gesetzentwurf und einer Brandbombe vielleicht zu vernachlässigen. Vom Standpunkt der Opfer kann es sich schlimmstenfalls um einen Unterschied zwischen Leben und Tod handeln. Die gefährlichen Folgen der grünen Quotierungsvorschläge liegen einstweilen auf politisch-ideologischem Gebiet. Wer heute Einwanderungsquoten und damit Zuzugsbeschränkungen fordert, bekräftigt, es gäbe ein "Ausländerproblem", eine "Grenze der Belastbarkeit" und entsprechenden Handlungszwang auch für grüne Oppositionspolitiker. Kein Wunder, daß sich die "FAZ" angesichts dieses unerwarteten grünen "Realitätssinns" voller Genugtuung die Hände reibt.

Es fehlt also nicht an Argumenten, um die Quotierungspolitiker in die Enge zu treiben. Wer das zu mühsam findet, kann die Grünen natürlich auch, wie mo. fordert, in den großen Sack der "organisierten Rassisten" stecken und mit der Keule draufhauen: Keine falsche Zurückhaltung, die Grünen sind auch nicht besser als die Nazis. Der größte für mo. vorstellbare Fehler linker Politik, das "Umkippen ins Massenpolitische", wäre damit von vornherein ausgeschlossen.

Daß die Menschen, um die es eigentlich gehen sollte, die in diesem Lande lebenden AusländerInnen, ganz andere, existentielle Interessen haben, liegt auf der Hand. Ohne "Masse" geht es nicht, wenn Wohnheime vor militanten Rassisten geschützt werden sollen. Ob ideologisch garantiert 150% zuverlässige K-Grüppler, "paternalistische" Autonome oder missionseifrige Christen sich demonstrativ an ihre Seite stellen, muß die Betroffenen nicht vorrangig interessieren. Was schadet es der konkreten Aktion, daß für eine Reihe der sie tragenden Menschen das beschädigte "deutsche Ansehen" mit zu den Motiven ihres Engagements zählt? Es ist doch wohl ein erheblicher Unterschied, ob die deutsche Industrie mögliche exporthemmende Folgen rassistischer Pogrome beklagt oder ob sich ein eher unpolitischer Kirchenmensch für die Taten seiner "Landsleute" schämt. Letzteres dürfte eine eher harmlose Spielart von "Patriotismus" sein. Es wäre fatal, solche Menschen in einem politischen Motivationstest durchfallen zu lassen und nach Hause zu schicken.

Einer blickt durch

Für den zweiten Teil des Artikels, der sich mit dem "Antirassismus der radikalen Linken" beschäftigt, kündigt der Autor in der Einleitung "Selbstkritik" an. Ein Versprechen, das in Form einer Kritik an der Gruppe K auch eingelöst wird: "In der heute sich Gruppe K nennenden Formation wird auf die Einführung von `weiß' bzw. `schwarz' als politisch/gesellschaftliche Bestimmungen zum Teil ähnlich interessiert reagiert: Die Angst vor unbekanntem theoretischen Terrain ist groß. Entweder sieht mann sein `universalistisches' Denkgebäude in

Gefahr, oder aber die Neuansätze werden ungeprüft als `moralistisch' abgetan". Immerhin, gibt der Autor zu verstehen, ist die Gruppe K um einiges weiter als der Rest der Linken.

Deren politische Fehlleistungen bei der Erklärung und Bekämpfung des Rassismus reichen von "Ökonomismus" über "paternalistisches Verhalten hin zu "idealistischer Weltanschauung" und "ökonomistischem Steinzeit-Antirassismus". Starke Worte, die mit wenig Inhalt gefüllt werden. Unter "Ökonomismus" versteht mo. den Rückgriff der Linken auf ihren "Ladenhüter im theoretischen Gepäck: den Klassenwiderspruch". Das ärgerlich diffamierende Wort Ladenhüter (eine erstaunliche Vokabel aus der Feder eines Kommunisten!) mag als Geschmacklosigkeit durchgehen; gegen mo.'s eigenwillige Ökonomismus-Definition muß Einspruch erhoben werden. Die von Lenin in "Was tun?" bekämpften Ökonomisten, die sich selbst als Marxisten verstanden, machten den Fehler, den Klassenkampf auf das Feld der Ökonomie einzuengen. Wenn, wie die Ökonomisten in "grober Vulgarisierung des `ökonomischen Materialismus'" (Lenin) behaupteten, "die Politik immer gehorsam der Ökonomie folgt", führt das in der Konsequenz nicht zur Zuspitzung, sondern zur Abmilderung des Klassengegensatzes. Stalins Ökonomismus aus der Phase der sowjetischen Industrialisierung enthält denselben Fehler: nicht der Klassenkampf, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte würden den gesellschaftlichen Fortschritt bewirken.

Was wäre, um auf die derzeit von der Linken angebotenen Rassismus-Erklärungen zurückzukommen, heute unter Ökonomismus zu verstehen? Mo. zitiert ein Flugblatt von unabhängigen Berliner Antifagruppen: "Die Menschen sind deshalb für Rassismus und faschistische Ideen anfällig, weil für die meisten im wiedervereinigten Deutschland keine greifbare und brauchbare Alternative sichtbar ist, gemeinsame Interessen solidarisch durchzusetzen. Die Probleme für viele von uns sind der sinkende Lebensstandard, die Mietpreissteigerungen, der Arbeitsplatzabbau und ein Alltag in den Städten und Dörfern, der gegenüber den Interessen der Jugendlichen feindlich eingestellt ist. Die Hilflosigkeit schlägt so in den Haß auf die präsentierten Sündenböcke um, auf die mit menschenverachtender Gewalt getreten wird, während nach oben gebuckelt wird". Das ist in der Tat klassischer - und darüberhinaus ziemlich platter - Ökonomismus. Weit weniger eindeutig liegt der Fall bei dem von mo. kritisierten Demo- Spruch "Ob schwarze oder weiße Rasse: Eine Klasse" und bei der Parole der Berliner autonomen und antifaschistischen Gruppen: "Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten". Mal abgesehen von der sorglosen Verwendung des Begriffs Rasse; beide Parolen mögen, streng genommen, falsch sein: Weil es nicht nur Grenzen zwischen Oben und Unten, sondern auch zwischen Unten und "ganz unten" gibt. Grenzen, die nicht einfach auf dem Ressentiment der weißen Arbeiter beruhen, sondern vor allem auf der hierarchischen Struktur des "Weltproletariats" wie auch der Arbeiterklassen der einzelnen kapitalistischen Länder. Dennoch halte ich die Tendenz der beiden Parolen für akzeptabel, so hilflos der Versuch auch sein mag, die Aufmerksamkeit deutscher Arbeiter auf den "gemeinsamen Feind" oben zu lenken. Demoflugblätter und mehr noch Spruchbänder kommen nun mal kaum darum herum, komplizierte Sachverhalte zu vereinfachen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus muß anderswo stattfinden.

Der ak könnte ein Forum für diese Auseinandersetzung sein, vorausgesetzt die Diskutanten bringen die nötige Ernsthaftigkeit auf. Daran scheint es mir bei mo. zu fehlen. Zwar fordert er dazu auf, "sich neue Theorie-Ansätze erst einmal anzueignen", gibt aber gleichzeitig zu verstehen, daß er selbst schon alles weiß. Die im direkten Anschluß an seinen Artikel abgedruckte Sammelvorstellung neuerer Rassismustheorien macht deutlich, daß noch viel Arbeit vor uns liegt. Die vorgestellten Theorien geben jedenfalls keine einheitlichen Antworten auf eine ganze Reihe von Fragen, die für die antirassistische Praxis eminent wichtig sind:

Ist Rassismus ein Phänomen der Neuzeit und des Abendlandes, oder gab und gibt es ihn schon immer und überall? Wie definieren wir Rassismus, wie Ethnozentrismus? Ist es sinnvoll, Rassismus von Ausländerfeindlichkeit und von Fremdenfeindlichkeit abzugrenzen? Wie ist das Verhältnis von Rassismus und Nationalismus, wie das von Rassismus und Sexismus? Welche Rolle spielt das kapitalistische Wertgesetz? Wo wird Rassismus irrational für die Kapitalinteressen? Welchen Gewinn zieht der Rassist aus seinen Einstellungen bzw. Taten?

Annita Kalpaka und Nora Räthzel, deren kurzen Aufsatz "Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein" mo. uns als Einstiegstext empfiehlt, haben in der neu bearbeiteten zweiten Auflage ihres Buches gleichen Titels (1) auch einiges dazu geschrieben, mit welchem Eigeninteresse die deutsche Linke antirassistische Arbeit betreiben könnte. Sie gehen damit offensichtlich über die von mo. erwähnten (aber nicht näher erläuterten) "Neuansätze" hinaus, die in der Gruppe K diskutiert und von Teilen (mehrheitlich?) "als 'moralistisch' abgetan"

worden seien. Kalpaka und Räthzel schließen mit den Worten: "Ein neues politisches Verständnis von Linken müßte die Überzeugung einschließen, daß man als Deutsche/r diese politische Arbeit nicht für die EinwandererInnen leistet, sondern für sich, für die eigene Befreiung aus Strukturen der Unterordnung und für die Schaffung einer Gesellschaft, die den eigenen Zielen entspricht. Dann würde aus Antirassismus als moralischer Pflicht ein Antirassismus, der Element der eigenen Befreiungsperspektive wäre".

Js.

Anmerkung:

1) Annita Kalpaka und Nora Räthzel (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Leer (Mundo) 1990. 160 Seiten. DM 16,80.

23. Israel und die BRD: Imperialistische Allianzen und konkurrierende Interessen

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft; Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:22

"Man stelle sich vor, der Sprecher der Bundesregierung hätte am Morgen nach dem ersten Raketenangriff des Irak auf Israel mitgeteilt, daß deutsche Tornado-Kampfflugzeuge dabei seien, die mit Hilfe deutscher Firmen errichteten Giftgasfabriken Saddam Husseins zu bombardieren. Es wäre den Deutschen viel außenpolitischer Schaden erspart geblieben, nicht nur im Verhältnis zum Staat Israel, sondern auch gegenüber den großen Demokratien des Westens, in deren Verbund das vereinigte Deutschland seinen Ort finden muß." (Aus: "Vor härterer Zeit", Kommentar von Eckhard Fuhr in der FAZ vom 16.2.91)

Spiegel: "Was würden sie auf die Frage antworten, die Adenauer Ministerpräsident Eschkol gestellt hat: Kann das Volk in Israel nicht Trost für seine Leiden in der Aufgabe finden, die Heimstätte der Juden wieder aufzubauen?"

Ben Gurion: "Diese Frage können Sie dem israelischen Volk niemals stellen! Denn die Juden Israels sind anders als die Juden anderer Völker. Sie unterscheiden sich in vielen Dingen, besonders aber in ihrer Einstellung zur deutschen Frage." (Spiegel 20/1966)

Israel und die BRD: Imperialistische Allianzen und konkurrierende Interessen

"Man stelle sich vor, der Sprecher der Bundesregierung hätte am Morgen nach dem ersten Raketenangriff des Irak auf Israel mitgeteilt, daß deutsche Tornado-Kampfflugzeuge dabei seien, die mit Hilfe deutscher Firmen errichteten Giftgasfabriken Saddam Husseins zu bombardieren. Es wäre den Deutschen viel außenpolitischer Schaden erspart geblieben, nicht nur im Verhältnis zum Staat Israel, sondern auch gegenüber den großen Demokratien des Westens, in deren Verbund das vereinigte Deutschland seinen Ort finden muß." (Aus: "Vor härterer Zeit", Kommentar von Eckhard Fuhr in der FAZ vom 16.2.91)

Spiegel: "Was würden sie auf die Frage antworten, die Adenauer Ministerpräsident Eschkol gestellt hat: Kann das Volk in Israel nicht Trost für seine Leiden in der Aufgabe finden, die Heimstätte der Juden wieder aufzubauen?"

Ben Gurion: "Diese Frage können Sie dem israelischen Volk niemals stellen! Denn die Juden Israels sind anders als die Juden anderer Völker. Sie unterscheiden sich in vielen Dingen, besonders aber in ihrer Einstellung zur deutschen Frage." (Spiegel 20/1966)

Der Versuch des BND, den israelischen Kollegen vom Mossad diverses Gerät der ehemaligen NVA zu Auswertungszwecken zukommen zu lassen, ist lange nicht so sensationell wie dies zunächst den Anschein hatte. Im Fall Israel hat die wehrtechnische Zusammenarbeit, wie auch zahlreiche Waffengeschäfte, mittlerweile eine fast 35jährige Tradition und ist seit den siebziger Jahren fester Bestandteil der deutsch-israelischen Beziehungen. So erhielt Franz Josef Strauß bereits wenige Monate nach dem israelischen Überfall auf Ägypten 1956 und mitten in der Aufbauphase der Bundeswehr erste Muster der von den Israelis erbeuteten sowjetischen Waffen und Geräte für seine Forschungsabteilung im Bundesverteidigungsministerium. Lag die Beschaffung solchen Gerätes - mangels deutscher Gelegenheiten - bisher recht einseitig in israelischer Hand, so konnte die BRD sich jetzt nach der Annexion der DDR revanchieren und einer offiziellen israelischen Bitte an das deutsche Verteidigungsministerium aus dem Herbst 1990 entsprechen. Ganz im Gegensatz zu dem von verschiedenen Seiten anläßlich des Golfkrieges gezeichneten Bild, das die BRD schon mit einem Bein in einer Kriegskoalition mit dem Irak gegen Israel und die USA sah, sind die deutsch-israelischen Beziehungen nicht nur durch die üblichen innerimperialistischen Rivalitäten und kleineren Erpressungen gekennzeichnet, sondern vor allem auch durch ein hohes Maß an gemeinsamen Interessen.

Vorrang für die Deutschlandpolitik

Dabei sah es Anfang der 50er Jahre gar nicht danach aus, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten jemals intensiver werden könnten. Wiederbewaffnung und die Befestigung der Restauration hatten allen den

Kräften im herrschenden Lager Auftrieb gegeben, für die die 1952 getroffenen Wiedergutmachungsvereinbarungen überflüssiger Luxus darstellten, da die wachsende politische und wirtschaftliche Bedeutung der BRD weniger außenpolitische Rücksichtnahmen erfordere als zuvor. Vor allem aber war die in Richtung DDR und Osteuropa zielende revanchistische Politik der Bundesregierung dafür verantwortlich, daß die Bonner Regierung von ihrem Angebot zur Aufnahme direkter diplomatischer Beziehungen aus dem Jahre 1952 abrückte. Hatte damals die israelische Regierung aus innenpolitischer Rücksichtnahme das Angebot abgelehnt, so war es Mitte der 50er Jahre die Bundesregierung, die aus deutschlandpolitischen Gründen nur noch zur Errichtung einer sog. "Sichtvermerksstelle" in Israel bereit war.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UDSSR 1955 stellte sich für die CDU-Regierung das Problem der Isolierung der DDR in neuer Dimension und führte in der Folge zur Kreierung der sog. "Hallstein-Doktrin". Diese sah vor, daß zu allen Staaten - mit Ausnahme der SU - die die DDR anerkennen, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden sollten. Auch der Nahe Osten wurde nun zum Schauplatz, auf dem die Bonner Regierung versuchte, die diplomatische Aufwertung der DDR zu verhindern. Als am 4. April 1956 Nasser drohte, einen möglichen Botschafteraustausch zwischen Bonn und Tel Aviv mit einer Anerkennung der DDR zu beantworten, reagierte die bundesdeutsche Politik umgehend. Auf einer geheimen Konferenz der Nahost-Botschafter im Mai 1956 in Istanbul unter Leitung von Staatssekretär Hallstein sprachen sich die anwesenden Teilnehmer gegen die Einrichtung der der israelischen Regierung bereits schriftlich zugesicherten Sichtvermerksstelle aus. (1) Die Bundesregierung, mittlerweile ebenfalls auf diese Linie eingeschwenkt, gab der israelischen Regierung eine Abfuhr. Dort hatte sich inzwischen auf der Suche nach westlichen Bündnispartnern die Auffassung durchgesetzt, daß offiziellen Beziehungen nichts mehr im Wege stünde. Nicht eine angeblich traditionelle "deutsch-arabische Freundschaft" und auch nicht das Interesse am arabischen Markt, ein Argument mit dem vor allem die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" des damals bereits aktiven Nazis Gerhard Frey gegen Israel mobil machte, sondern die übergeordneten deutschlandpolitischen Ziele des NS-Nachfolgestaates standen in diesem Fall gegen die Interessen Israels. Daß sie umgekehrt auch zugunsten Israels ausfallen konnten, sollte sich bald zeigen.

Durchbruch am Suez

Der Umschwung in den Beziehungen wurde durch den Suezkrieg von 1956 eingeleitet. Am 29.10.56 hatte die israelische Armee in geheimer Absprache mit den alten Kolonialmächten im Nahen Osten, England und Frankreich, Ägypten überfallen. Bereits wenige Tage später, am 6.11., wurden die Angreifer durch gemeinsamen Druck von USA und UdSSR, dazugebracht, ihr Unternehmen abzubrechen.

Das langfristige Ziel der Adenauerschen Politik, die vollständige Resouveränisierung der BRD, war zu diesem Zeitpunkt bereits in eine Krise geraten. Der Kalte Krieg hatte Deutschland zwar vom Objekt der Siegermächte zum gesuchten Verbündeten gemacht und ihm die Rückkehr in den Kreis der kapitalistischen Mächte eröffnet. Aber 1956 steckte der Aufbau der Bundeswehr erst in seinen allerersten Anfängen, als die innen- wie auch außenpolitischen Voraussetzungen der Wiederaufrüstung zu entfallen drohten: Ohne gefährliche Ost-Westspannung, ohne Kriegsgefahr, bestand die Gefahr, daß die Wiederbewaffnung der mit Mißtrauen beobachteten Deutschen den Nachbarn entbehrlich schien. Stalins Tod und Chruschtschows "Geheimrede" auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich im Juli 1955, der Mitte 1956 bekanntgewordene Plan des US-Admirals Radford, der eine Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa vorsah, die Umorientierung der US-Strategie von der konventionellen zur nuklearen Abschreckung in Europa, alles das waren Anzeichen für ein Abschwächen des Kalten Krieges, für ein "Disengagement" zwischen den Großmäch- ten USA und UdSSR. Bei Adenauer verschärften sie die immer vorhandene Befürchtung einer sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf Kosten Europas und Deutschlands. Die störenden Entspannungstendenzen wollten Adenauer und der 1956 ernannte Verteidigungsminister Strauß mit einer forcierten Annäherung an Frankreich, mit dem langfristigen Ziel einer von den USA unabhängigen Atomstreitmacht hintertreiben.

Adenauer, der die Entkolonialisierung hauptsächlich unter dem Blickwinkel des Machtverlustes von Westeuropa zugunsten der beiden Großmächte sah, versuchte sofort die Kluft, die sich während des Suezkrieges zwischen den alten Kolonialmächten England und Frankreich und der neoimperialistischen USA auftat, für die eigene Politik zu nutzen. Die Widersprüche gegenüber den USA sollten genutzt werden, um die Einigung Europas zu forcieren und den machtpolitischen Abstand zu den USA zu verringern. Deshalb unterstützten Adenauer und das Auswärtige Amt die Angreifer im Suezkrieg - Frankreich, Großbritannien und

Israel - auch gegen Bedenken einzelner Vertreter aus den Reihen der Regierungskoalition. Diese sahen in erster Linie den nachteiligen Effekt dieses Krieges für das westliche Image gerade in der Region der Welt, auf die der deutsche Imperialismus traditionell ein besonderes Auge geworfen hatte: Osteuropa. Zeitgleich zum Überfall auf Ägypten fand nämlich der sog. Ungarn- Aufstand statt. (2)

Auch wenn die Suez-Krise in letzter Konsequenz den Machtverlust Europas gegenüber den USA eher beschleunigte als bremste, so hatten die Ereignisse aus Adenauers Sicht doch immerhin ein Gutes: "Es schien, daß die Amerikaner aus ihrem Traum, der in Gestalt des Radford-Planes immer noch in Washington herumspukte, erwacht seien." (3)

Die von Blankenhorn, BRD-Botschafter bei der NATO, geäußerte Ansicht, "daß das Vorgehen der amerikanischen Regierung in dieser Frage gar keine Zustimmung von unserer Seite verdient" (4), war zu dieser Zeit maßgeblich verantwortlich für die seit 1957 einsetzende militärische Kooperation zwischen Israel und der BRD. Die Drohung des Ministerratsvorsitzenden der UdSSR, Bulganin, am 5. November, daß Israel das erste Opfer eines eventuellen atomaren Gegenschlages der SU würde, weckte recht bald das Interesse bundesdeutscher Kalter Krieger. Dazu kamen die offensichtlichen Differenzen zwischen den USA und Israel. Unmittelbar nach dem israelischen Angriff am 29. Oktober gaben die USA die Stornierung der für 1956/57 vorgesehenen Wirtschaftshilfe bekannt, ein Schritt, der erst nach der Beilegung der Krise am 20 April 1957 rückgängig gemacht wurde. Verschärft wurde der amerikanisch-israelische Konflikt noch durch eine, wie er selber nachträglich eingestand, "siegestrunkene Rede" Ben Gurions vor der Knesseth am 7. November, in der sich der Ministerpräsident de facto für eine Annexion des Sinai aussprach und die Israel in der UNO weiter isolierte.

Die Hinwendung zu Israel wurde überdies begünstigt durch die militärische und politische Annäherung der BRD an Frankreich, das seinerseits seit dem Algerienkrieg Mitte der 50er Jahre eine enge Sicherheitspartnerschaft zu Israel unterhielt. (5)

Israel bot nun die Gelegenheit, die bundesrepublikanische Opposition gegen die angeblich zu lasche Politik der USA gegenüber der SU und gegen isolationistische Tendenzen in den Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Als die USA sich, um den Druck auf Israel zu erhöhen, mit der Bitte an die BRD wandten, die Wiedergutmachungszahlungen einzufrieren, verweigerte die Bundesregierung den Amerikanern die Gefolgschaft. Auch in diesem Fall setzte Adenauer sich gegen Teile des Regierungslagers (u.a. Regierungssprecher von Eckhardt und den Leiter der Nahostabteilung des Auswärtigen Amtes, Voigt) durch. Für Israel war dies damals besonders wichtig, da in den 50er und 60er Jahren die US-amerikanische Wirtschaftshilfe, im Vergleich zu heute, noch recht bescheiden war und nur einen Bruchteil der deutschen Zahlungen ausmachte. Am 1.11. hatte Ben Gurion sich deshalb mit einem Brief an den Bundeskanzler gewandt, mit dem Verweis auf dessen "unzweideutigen Standpunkt" angesichts von arabischem Druck in der Vergangenheit. "Das ermutigt mich, daran zu glauben, daß ihre Einstellung auch in unserer gegenwärtigen Krise nicht wanken wird und Israels Aufbau- und Erlösungswerk mit Ihrer Hilfe ohne Hindernisse und Unterbrechung fortgesetzt wird." Dem Leiter der Kölner Israel-Mission, Shinnar, wurde versichert, daß die vereinbarten Güter wie bisher ohne Unterbrechung weitergeliefert würden. (6)

Die BRD: Israels Tor zur NATO?

Bereits 1953/54 waren führende Kreise der israelischen Mapai zu dem Schluß gekommen, daß es an der Zeit sei, die Beziehungen zur BRD auszubauen, da andernfalls mit wachsender politischer und wirtschaftlicher Macht die Bedeutung Israels für Bonn schwinden würde und Tel Aviv dort bald vor verschlossenen Türen stände. "Die Zeit verrinnt", warnte ein internes Memorandum aus dem Jahr 1954. (7) 1957 wollte die israelische Regierung die Gelegenheit beim Schopf packen und einen qualitativen Durchbruch ihrer Beziehungen zur BRD einleiten. Sie nutzte die Gunst der Stunde und sondierte die Möglichkeiten, Waffen aus Deutschland zu bekommen und umgekehrt israelische Waffen an die Bundeswehr zu verkaufen. (8) Anfang 1957 suchte Shimon Peres, der heutige Vorsitzende des sozialdemokratischen Mapai-Nachfolgers Ma'arach und damalige Verteidigungsminister, auf Anweisung Ben Gurions Franz Josef Strauß auf. Am 13. Dezember 1957 wurde bekannt, daß Giora Josephtal zu ähnlich gearteten Sondierungsgesprächen bei Adenauer gewesen war. Bereits 1955 hatte eine Einkaufsdelegation des israelischen Verteidigungsministeriums mit einer bundesdeutschen Firma, die Fahrketten für "Halftrucks" herstellte, über die Lieferung von Ersatzteilen verhandelt. Eigentlich war es der BRD bis zum Inkrafttreten der Souveränität 1955 durch alliiertes Verbot

untersagt, militärische Güter für den Export zu produzieren, aber auch die Westmächte nahmen es damit nicht so genau. Diese Geschäfte liefen ohne Einschaltung des Bundesverteidigungsministeriums oder anderer politischer Gremien.

Vor der Knesseth sorgten die ausgestreckten Fühler in Richtung Deutschland im Dezember 1957 mehrmals für Aufregungen, vor allem als das Gerücht umging, Ben Gurion plane ein Militärbündnis mit der BRD, nachdem der israelische Wunsch, in die NATO aufgenommen zu werden und das Angebot an die USA, in Israel Stützpunkte zu errichten, wegen des damit einhergehenden Ankoppelungseffektes dankend abgelehnt worden war. Die Idee mit dem Militärbündnis kann sehr gut auch nur eine Finte gewesen sein. Auf der Knesseth-Sitzung am 15. Dezember 1957 kam es nämlich zum heftigen Protest der beiden linkszionistischen Parteien Achduth Haavoda und Mapam gegen einen etwaigen Militärvertrag. Den Verzicht darauf ließ Ben Gurion sich von seinen Koalitionspartnern dadurch abkaufen, daß diese sich mit Waffenkäufen in der BRD einverstanden erklärten. Als im Juni 1959 bekannt wurde, daß Israel nicht nur Waffen aus Deutschland erhielt, sondern auch selber welche dorthin lieferte, gab es erneut einen Proteststurm, der Ben Gurion zum Rücktritt zwang. Bei den anschließenden Neuwahlen baute die Mapai ihre Mehrheit aus, Ben Gurion kehrte gestärkt ins Amt zurück.

Bei den anvisierten Geschäften kamen die Israelis nicht mit leeren Händen nach Deutschland. Bevor Peres und General Laskow, der Chef der israelischen Panzertruppe im Sinai-Feldzug, bei Strauß eintrafen, hatten sie ihm bereits eine UZI-Maschinenpistole zukommen lassen. Bis heute gehört die UZI zu den Standardausrüstungen in den verschiedenen Truppengattungen der Bundeswehr. Für die Israelis wurde mit der Entscheidung der Deutschen für die UZI das Tor zum gesamten NATO-Markt geöffnet, bedeutsam für den Aufbau von Israels Rüstungsindustrie. Desweiteren kaufte das Bundesverteidigungsministerium 1958 in Israel Mörser- und Infanteriemunition, Uniformstoffe, Unterwäsche, Autoreifen und ähnliche Ausrüstungsgegenstände. (9) Am 1. Juli 1959 wurde ein Vertrag über die Lieferung leichter Granatwerfer geschlossen. Nach Angaben von Strauß kaufte die BRD anschließend für mehrere hundert Millionen DM davon in Israel. Am 28. Oktober 1958 war bereits ein Vertrag über 250.000 Schuß Granatwerfermunition abgeschlossen worden. Darüberhinaus interessierte sich der Bundesverteidigungsminister besonders für die von den Israelis im Sinaifeldzug erbeuteten sowjetischen Waffen und Geräte, die Peres ihm zur Verfügung stellte. So entwickelte sich bereits in der Aufbauzeit der Bundeswehr eine intensive Zusammenarbeit der Armeen beider Staaten.

Die zwischen Peres und Strauß ausgehandelten Lieferungen an Israel erhielten ihre offizielle, aber nach außen hin geheimgehaltene Absegnung durch Adenauer und Ben Gurion anläßlich eines Treffens der beiden Politiker im New Yorker Hotel Waldorf Astoria am 14. März 1960. Schriftliche Abmachungen wurden nicht getroffen, aber es existierte ein 25seitiges Geheimprotokoll. Am 28. März 1962 wurden je zwei Abgeordnete von jeder Fraktion darüber informiert, am 13. Dezember der Haushaltsausschuß eingeweiht. In der ersten Phase wurde vor allem deutsches Überschußmaterial geliefert, u.a. ca. 200 Flak-Geschütze mit elektronischen Leitanlagen, 60 Flugzeuge und Hubschrauber, Transportmaschinen (Noratlas), Schulflugzeuge (Fouga Magister), Panzerabwehrraketen (Cobra), ca. 150-200 Panzer vom Typ M 48 u.a. Seit 1960 wurden darüberhinaus israelische Soldaten und Offiziere in der Luftabwehrschule Rendsburg, in der Fallschirmschule in Schongau und der Kampftruppenschule in Munsterlager ausgebildet. (10) Die M 48-Panzer wurden mit Einverständnis der hinzugezogenen Amerikaner zum Zweck der Verheimlichung zuerst nach Italien geliefert, wo sie ein halbes Jahr später nach Haifa eingeschifft wurden. In der BRD erleichterte die Abstoßung dieser Waffen die Umstellung auf den "Leopard".

Die gelieferten Waffen hatten einen Wert von ca. 240-300 Mio DM. Das war nach der Militärhilfe für den NATO-Partner Türkei der höchste Posten an militärischer Auslandshilfe Bonns in den 50er und 60er Jahren. "Der Beitrag, den die westdeutsche Regierung für die militärische Sicherheit Israels leistet, übertrifft alles, was andere Regierungen in dieser Beziehung für uns taten", vertraute Ben Gurion der Zeitung "Maariv" am 22.11.1964 an. Das ist zweifellos nicht richtig, wenn das Volumen der deutschen Lieferungen zur Grundlage genommen wird. Es war maximal 1/3 dessen, was der Hauptlieferant Israels vor dem 6-Tage-Krieg 1967, Frankreich, dem Nahoststaat verkaufte. Im Unterschied zu den französischen Waffen handelte es sich bei den deutschen jedoch um Geschenke. Und ohne die deutschen Zahlungen aus der Wiedergutmachung, sowie einem weiteren in New York vereinbarten Kredit wäre Israel gar nicht in der Lage gewesen, die Franzosen zu

bezahlen. Im 6-Tage-Krieg spielten englische und US-Waffen eine untergeordnete Rolle gegenüber französischen und deutschen.

Im Februar 1965 wurde das bisher streng geheim gehaltene Programm eingestellt, da es durch Veröffentlichungen in der FR (26.10.64) und der "New York Times" (31.10.64) aufgeflogen war und die BRD die Reaktionen der arabischen Staaten fürchtete. Die noch ausstehenden Verpflichtungen, die sechs für eine spätere Bestückung mit Tartar-Raketen ausgestattete Schnellboote, zwei U-Boote, Verbindungsflugzeuge sowie Haubitzen mit Munition umfaßten, wurden durch finanzielle Hilfen von ca. 80 Mio DM abgeglichen. Teile der Lieferungen wurden von den USA übernommen. Zugleich trat die Bundesregierung die Flucht nach vorn an und leitete die diplomatische Anerkennung Israels ein. Daraufhin eskalierte der Konflikt mit den arabischen Staaten. Anfang 1965 flog Ulbricht nach Kairo und im Irak und Jemen gab es antideutsche Demonstrationen und Krawalle. Nasser, der seit mindestens zwei Jahren von den Lieferungen wußte, mußte aktiv werden, wollte er nicht die Führung im arabischen Lager verlieren. Die israelische Regierung unter Levi Eshkol protestierte scharf gegen die Umwandlung der Waffenlieferungen in Geldgeschenke und klagte jetzt entschieden die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein. Letztlich war die israelische Regierung mit dem Gesamtergebnis jedoch zufrieden: 1. Wurde die Verschlechterung der Beziehungen der BRD zu den arabischen Staaten nicht bedauert sondern begrüßt, wurde die BRD damit doch stärker auf die außenpolitischen Ziele Israels verpflichtet; 2. sahen sich die USA jetzt veranlaßt, Israel direkt mit Waffen zu beliefern, ein lang ersehntes Ziel israelischer Sicherheitspolitik.

Zwei der Hauptakteure der deutsch-israelischen Militärkooperation, Strauß und Peres, sind überdies bekannt dafür, entschiedene Verfechter einer atomaren Bewaffnung ihrer Staaten zu sein. Was lag da näher als eine Kooperation auch auf diesem Gebiet. 1984 mußte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen dann auch zugeben, was lange Zeit dementiert worden war: daß es eine Zusammenarbeit zwischen der Kernforschungsanlage Jülich sowie der Teilchenbeschleunigeranlage der BRD und israelischen Forschungseinrichtungen gebe. (11)

Vorrang nationaler Interessen

Warum der Staat, der in der innerlinken Auseinandersetzung um die Haltung zum Golfkrieg 1991 immer öfter zum antagonistischen Widerpart des neuen deutschen Reiches hochstilisiert wurde, keinerlei Probleme hatte, mit dem NS-Nachfolgestaat zusammenzuarbeiten, ist leicht zu beantworten. Ben Gurions Bemerkung gegenüber dem "Spiegel", daß die Juden Israels anders sind als die Juden anderer Völker und besonders sich in ihrer Einstellung zur deutschen Frage von diesen unterscheiden, ist keineswegs als opportunistische Anbiederung zu verstehen. Es ist vielmehr eine konsequente Schlußfolgerung aus der vom gesamten herrschenden Lager in Israel geteilten zionistischen Grundüberzeugung. Antisemitismus war demnach das Resultat einer ungelösten nationalen Frage, ein Problem für die Juden der "Diaspora", kein Problem für den Staat Israel. Nationale Interessen hatten und haben Priorität vor der Kritik an antisemitischen Tendenzen in Deutschland und anderswo. "Deutschland unternahm in weiterem, umfassenderem Sinn eine Wiedergutmachung an Israel, daß heißt, es versuchte dazu beizutragen, Israel gegen die Gefahren der Zukunft zu schützen", so drückte es Shimon Peres aus. Einen Staat, der einem dabei hilft, kritisiert man nicht - nicht grundsätzlich jedenfalls.

Konkreter Auslöser der Annäherung an Deutschland war die internationale Isolierung Israels und die Suche nach westlichen Bündnispartnern. Die Grundlage der intensiven Zusammenarbeit mit Frankreich lag fast ausschließlich im französischen Engagement in Algerien begründet und veränderte sich auch von Grund auf, als Frankreich dort eine Verhandlungslösung anstrebte. Wie schmal in letzter Konsequenz die Interessensübereinstimmung der beiden Länder war, zeigte sich, als Frankreich noch im Mai 1956 den Ägyptern Panzer lieferte. England hatte nur widerwillig einer Teilnahme der Israelis am Suez-Komplott zugestimmt. Aufgrund der britischen Präsenz in den beiden haschemitischen Regimen Jordanien und Irak wurde die englische Regierung in Tel Aviv als eher proarabisch und antiisraelisch eingeschätzt. In den Tagen des Suezkrieges fürchtete Ben Gurion gar die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. In der Sinaiwüste mit England gegen Ägypten, am Jordan gegen England und Jordanien.

Der eigentliche Traumpartner waren die USA. Das Problem jedoch war - und das stellte sich allen Juniorpartnern der neuen Großmacht, England, Frankreich, BRD etc. auch - wie gelingt es, die USA auf die eigenen Ziele in der Region zu verpflichten, vor allem wenn sie in einigen wichtigen Fragen deren Interessen

widersprechen? Die USA sahen Israel zwar als einen nützlichen Vorposten des Westens an, wollten es sich aber zugleich auch nicht mit den Arabern verderben. Schon gar nicht wollten sie in irgendwelche annexionistischen Abenteuer Israels verwickelt werden, die die westliche Stellung in den arabischen Staaten zwangsläufig untergraben würde. Dulles erteilte denn auch Ben Gurion eine Abfuhr bei seinem Bemühen, NATO-Garantien für Israels Sicherheit zu bekommen. "Die NATO verläßt sich als Organisation im Innern auf sich selbst; nach außen hin kann sie keine Garantie für Gebiete übernehmen, die ihr nicht gehören, es sei denn, daß ihre eigene Sicherheit davon berührt ist." (12) Dadurch wurde Ben Gurion nur noch bestärkt, gewissermaßen eine israelische Variante des Gaullismus zu betreiben: eine gewisse Relativierung der Beziehungen zu den USA und die Suche nach europäischen Bündnispartnern mit dem langfristigen Ziel, aus einer gestärkten Position heraus die USA stärker an die eigene Sicherheitspolitik anzukoppeln. Neben Frankreich suchte Israel deshalb einen neuen Brückenkopf in Europa: Deutschland.

Israels Anspruch, der exklusive Verbündete des Westens im Nahen Osten zu sein, stand immer wieder im Widerspruch zu den westlichen Versuchen, in den arabischen Staaten selbst Verbündete zu suchen. Sowohl 1948 als auch 1956 war der weitere Vormarsch bzw. die Annexion des Sinai am Widerstand der USA gescheitert. Israel hatte deshalb das Interesse, den Nahost- Konflikt möglichst eng mit dem Ost-West-Gegensatz zu verknüpfen. Daß damit die in aller Regel strikt antikommunistischen arabischen Regimen geradezu unter die Fittiche der UdSSR getrieben wurden, wie etwa im Falle Nassers, der ursprünglich wenig Interesse an der Palästinafrage hatte, war den Israelis nur recht. Nur damit konnten alle amerikanischen Versuche, Nasser auf die Seite der USA zu ziehen, und davon gab es nicht wenige, zunichte gemacht werden.

Für die BRD als Bündnispartner sprach noch ein Umstand, der verschleiernd als "traditionelle deutsch-arabische Freundschaft" bezeichnet wird, in Wirklichkeit Folge des zuspätgekommenen Imperialismus und einer gegen die arabische Unabhängigkeit gerichteten Bündnispolitik auf Seiten des osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg ist. Hallstein-Doktrin hin oder her, waren die Interessen der BRD im arabischen Raum lange nicht so massiv wie die Frankreichs oder Englands. Ben Gurion sah deshalb im Gegensatz zu dem Chef des Mossad, Isser Harel, die Aktivitäten einer deutschen Technikergruppe (die leitenden Wissenschaftler fast alle mit NS-Vergangenheit) in Ägypten Anfang der 60er Jahre, die dort an der Entwicklung einer 450 km weit reichenden Rakete und der Konstruktion spezieller elektrischer Teile für Ägyptens neuen Überschalljäger beteiligt waren, erheblich gelassener. Die Bundesregierung war nach Bekanntwerden dieser Aktivitäten zu mehr als Betroffenheit heuchelnden Lippenbekenntnissen nicht bereit. Der Bund ist mit 7% Aktionär der in Ägypten engagierten Messerschmidt AG, die Anwerbung der Wissenschaftler geschah mit Einverständnis der Regierung. Ben Gurion wollte seine deutsche Bündnispolitik nicht gefährden und zwang deshalb den Mossad-Chef zum Abbruch seiner Anschlagserie auf die deutschen Wissenschaftler.

Anläßlich ihres New Yorker Treffens waren sich Ben Gurion und Adenauer darin einig, daß die Position der USA derzeit zu gemäßigt gegenüber der Sowjetunion sei. (13) Gegenüber seinen israelischen Kritikern der Zusammenarbeit mit der BRD verwies Ben Gurion auf die veränderte Weltlage, den Ost-West-Gegensatz, der beide Staaten auf die gleiche Seite des Konfliktes rückt, die gewachsene Bedeutung Deutschlands und sein gestiegener Einfluß auf die USA. Ein Bündnis mit der BRD könne Israel im Westen Türen öffnen, ein feindseliges Verhältnis zum Bonner Staat würde dagegen auch Israels Beziehungen zu anderen Staaten des Westens trüben. Das gegen die arabischen Staaten gerichtete nationale Sicherheitsinteresse habe Vorrang vor der Aufarbeitung der Vergangenheit. (14) "... die Bundesrepublik Deutschland wurde derjenige Staat im westlichen Lager, mit welchem Israel die verhältnismäßig innigsten Beziehungen einging, ... nicht, wie Ben Gurion es darstellte, aus moralischen Gründen, sondern deshalb, weil in beiden Staaten die fortschrittlichen, zeitgenössischen Kräfte noch verhältnismäßig schwach und die konservativen, reaktionären und anachronistischen Kräfte stärker sind als in allen anderen Ländern des westlichen Lagers ...", so charakterisierte Israel Beer, ehemaliger hoher Offizier in Israel und Berater Ben Gurions, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. (15)

"Ich finde Sicherheit wichtiger als diplomatische Beziehungen" (S. Peres)

Lange Jahre sind Israel und die BRD ganz gut mit dem bestehenden Zustand gefahren: keine diplomatischen Beziehungen, aber intensive militärische Kontakte. Das änderte sich erst, als die Nasserfreundliche Politik der USA unter Kennedy keine Früchte zeigte und Syrien eine immer schärfer antiwestliche Politik betrieb. Auch unter dem Eindruck, daß die Israelis sich intensiv bemühten, eigene Atomwaffen zu produzieren, gaben die

USA ihre bisherige Zurückhaltung auf und lieferten Israel 1963 Hawk-Luftabwehrraketen. Den neuen internationalen Trend im Rücken war in Tel Aviv mittlerweile 1963 eine neue Regierung unter Levi Eshkol an die Macht gekommen, die ihrerseits eine Wiederannäherung an die USA und eine weniger aggressive Politik gegen die Araber betrieb.

Selbstverständlich mußte in einem Land, in dem hunderttausende Menschen lebten, die dort nicht aus zionistischen Antrieben, sondern aufgrund ihrer Flucht vor Nazi-Deutschland leben, die deutsch- israelische Militärkooperation in der Bevölkerung auf vielfältigen Unmut treffen. Daraus allerdings zu schließen, daß in Israel die antideutschen Volkskämpfe nur so toben, verkennt die wirklichen Verhältnisse und den Charakter der gesellschaftlichen Widersprüche in Israel. Die Opposition gegen die Mapai war nämlich sehr heterogen. Einerseits die rechte Herut- Partei von Begin, die ihr wichtigstes Ziel in der Errichtung von Erez Israel (als ein "Groß-Israel" verstanden) sah, deren Fundamentalismus sich an der Realpolitik Ben Gurions rieb. Auf der entgegengesetzten Seite des Parteienspektrums opponierten die beiden linkszionistischen Parteien Achduth Haavoda und Mapam. Achduth Haavoda vertrat innenpolitisch einen linkssozialistischen Kurs, teilte aber in der Außenpolitik und den Arabern gegenüber die Position der Falken in der Mapai, Peres, Moshe Dayan und Ben Gurion. Grundsätzlichere Differenzen in der Außenpolitik hatte nur die Mapam. Mapam versuchte zionistische Politik mit einer außenpolitischen Orientierung an der SU, später einer blockfreien neutralen Außenpolitik zu verbinden. Der gesellschaftliche Einfuß der Mapam nahm jedoch immer mehr ab. 1955 und 1959 erreichte sie nur noch neun Sitze in der Knesseth gegenüber 19 Sitzen 1949. Allen Regierungskrisen, die die deutschenfreundliche Politik der Mapai mit sich brachte zum Trotz, wurden die militärischen Kontakte zur BRD auch über den Regierungswechsel 1963 von Ben Gurion zu Eshkol hinweg nicht abgebrochen.

Israel: ein Berlin im Nahen Osten

Die BRD hatte und hat Israel unterstützt, weil sie diesen Staat als den wichtigsten Partner der NATO im Nahen Osten ansah. Fasziniert waren die deutschen NATO- Strategen von der Fähigkeit, die USA mittels energischen Vorpreschens auf die eigenen Ziele zu verpflichten. Schon Israel Beer hatte festgestellt, daß Strauß etc. 1957 bei ihrer Entscheidung für Israel ganz besonders von der israelischen Blitzkriegsstrategie im Sinaifeldzug angetan waren. Anläßlich des Prozesses gegen Eichmann in Jerusalem 1961 wurde deutlich, welche Rolle Israel für das internationale Ansehen der BRD spielt. Die anfänglichen Befürchtungen in Bonn, daß das internationale Aufsehen des Prozesses wieder häßliche Flecken auf die Nazi-Vergangenheit der Bundesrepublik und ihrer führenden Politiker werfen würde, wurde recht bald von den Israelis zerstreut. Die Jerusalemer Anklagebehörde verzichtete darauf, Adenauers Staatssekretär Hans Globke als Zeugen vor Gericht zu zitieren. Globke war einer der meistdiskutierten Fälle direkter Nazi-Kontinuität in der Regierung. Seit 1955 unterstand ihm die "Organisation Gehlen", ein nationalsozialistisches Nachrichtendienstfreikorps, das sich heute BND nennt. Gegen die Versuche des Ostberliner Anwalts Kaul, im Eichmann-Prozeß als Nebenkläger aufzutreten und die Kontinuitäten von Nazi-Deutschland zur BRD aufzuzeigen, richtete sich Ben Gurion: "Meine Ansichten über das heutige Deutschland haben sich nicht geändert. Es gibt kein Nazi-Deutschland mehr." (16)

Das Geschäft geht weiter

Der Botschafteraustausch beendete zwar die zwischen Adenauer und Ben Gurion gemachten Waffengeschenke, nicht aber die militärische Kooperation. Die Bedeutung der BRD war zwar für Israel gesunken, vor allem deshalb, weil die USA den zionistischen Staat nach 1967 massiv mit Waffen aufrüsteten und die eigene Rüstungsindustrie florierte. Auch auf politischen Gebiet relativierten sich die gemeinsamen Interessen. Die BRD war mittlerweile selber auf den Entspannungskurs der Großmächte eingeschwenkt. Israel brauchte dagegen, wegen seiner Feindschaft zu den arabischen Staaten, weiterhin den Kalten Krieg und erhoffte sich vom Druck des Westens eine Verbesserung der Ausreisemöglichkeiten für sowjetische Juden.

Ungeachtet der politischen Entwicklung ging die Kooperation auf dem Rüstungssektor weiter. Die 6,087 Millionen Mark, die das Wirtschaftsministerium in seinen Exportstatistiken in der Rubrik "sonstige Kriegswaffen" 1977 für den Export nach Israel ausweist, verschleiert das reale Maß dieser Geschäfte. Israel, inzwischen selbst im Nahen Osten der mit Abstand größte Rüstungsexporteur, interessierte sich nämlich weniger für komplette Waffen als vielmehr für technische Dokumente, Maschinen zur Waffenherstellung und Teile von Kriegswaffen. So lieferte die berüchtigte Bielefelder Firma Gildemeister nicht nur in den Irak, sondern laut ihrer Computerübersicht vom 23.1.1980 auch Maschinen, Maschinenteile, Geschoßspitzen,

Geschoßkörper, Zünderteile und Flugstabilisatoren an die israelische Firma Soltab, deren Spezialität Mörser und Kanonen sind. Israelis in der Rüstungsindustrie bezeichnen die BRD deshalb als "ihren wichtigsten Verbündeten nach den USA" (17).

Seit Schmidt Verteidigungsminister war, gilt für die deutsche Rüstungsindustrie die niemals schriftlich fixierte Anweisung, daß es vor den Israelis keine Geheimnisse gibt. Die Kooperation im Ausbildungssektor hat das Jahr 1965 problemlos überstanden und läuft genauso weiter wie ein intensiver Austausch von technischem Know how. Leos sollte es nicht nur für die Saudis geben - ein Streitpunkt zwischen der BRD und Israel - die technischen Daten wurden auch den Israelis zur Verfügung gestellt und flossen in die Konstruktion der "Merkava"-Panzer ein. Auch die komplizierte Elektronik für den Bau der Tornado-Jagdbomber wurde den Israelis übermittelt und kam dem "Lavie"-Jäger zugute. Diese Bemühungen stehen in engen Zusammenhang mit den Versuchen der Israelis, die nationale Autonomie auf dem Rüstungssektor zu fördern. Dieses Motiv war auch federführend bei dem Versuch, gemeinsam einen Radarstörsender "Cerberus" für den Tornado zu bauen, um das US-Monopol bei der Satellitenaufklärung der sowjetischen Flugabwehranlagen zu brechen.

Den Vorsprung bei der Analyse sowjetischer Rüstungstechnologie zu kompensieren war auch der Grund für den in den 70er und 80er Jahren praktizierten Austausch erbeuteten sowjetischen Kriegsgerätes. Auch im Iran-Contra-Skandal, der genaugenommen ein Iranisch-israelisch- amerikanisches Gemeinschaftsprojekt ist, waren bundesdeutsche Waffenhändler eingeschaltet. (18) 1988 berichtete die "Jerusalem Post" über eine zunehmende deutsch-israelisch-amerikanische Zusammenarbeit im Bereich anti-taktischer Kurzstrecken-Raketen. Im gleichen Jahr hatte das israelische Verteidigungsministerium den Hauptsitz seiner europäischen Einkaufsmission von Paris nach Bonn verlegt. (19)

Fazit

Offener und versteckter Antisemitismus hat die BRD nie daran gehindert, in Israel den wichtigsten Verbündeten der NATO im Nahen Osten zu sehen und entsprechend eine proisraelische Politik zu betreiben. Und umgekehrt hat auch die israelische Regierung Kritik am Antisemitismus und der Nazikontinuität des westdeutschen Staates immer wieder zugunsten der gemeinsamen Interessen beider Seiten hintenangestellt. Gegen deutschen Imperialismus hatten die verschiedenen israelischen Regierungen grundsätzlich nichts einzuwenden. Sie beharrten lediglich darauf, daß dieser im Nahen Osten mit den israelischen Interessen harmonisieren solle. Kritik aus Israel an der alten BRD und am neuen deutschen Reich hatte und hat es natürlich gegeben. Wie die Kritik der Regierungen der anderen Opfer Deutschlands, Polen, die ehemalige UdSSR etc., so wird jedoch auch die Politik Israels gegenüber Deutschland von übergeordneten nationalistischen Interessen beeinflußt, abgeschwächt und verändert. Hatte z.B. in der Vergangenheit die sowjetische Politik die vermeintlich entspannungsfreudigeren Europäer gegen die aggressiveren USA auszuspielen, die Kritik an der BRD bis zur völligen Verleugnung etwa des deutschen Atomwaffenstrebens abgemildert, so hat für Israel die Verhinderung irgendeines palästinensischen Staates absoluten Vorrang vor dem Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland oder anderswo.

Wer deshalb Henryk Broders Interview mit Christian Ströbele "eine der wenigen sinn- und wirkungsvollen politischen Initiativen in den Golfkriegswochen" nennt, weil er dies anscheinend für eine antideutsche Initiative hält, sollte zumindest so ehrlich sein und erwähnen, daß derselbe Broder kein Kritiker, sondern ein Befürworter der deutschen Wiedervereinigung ist. (20)

Antisemiten oder auch "nur" nationalistischen Linken und Anhängern der Friedensbewegung, die etwa anläßlich der deutschen Waffenlieferungen nach Israel im Frühjahr 1991 eine angebliche Erpressung der BRD durch Israel beklagen, wird noch am ehesten dadurch das Handwerk gelegt, daß auf den realen Kern der deutsch-israelischen Beziehungen hingewiesen wird: gemeinsame Interessen.

Heinz/Bielefeld

Anmerkungen:

(1) Vgl.: Jörg Seelbach, Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955, Meisenheim, 1970, S. 11 f., Rolf Vogel, Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart, 1967, S. 130.

(2) Vgl.: Arnulf Baring, Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Hamburg, 1974, S. 200 f. Am 2. November übermittelte Adenauer der französischen und englischen Regierung auf diplomatischem Weg seinen Beifall.

Adenauer und Außenminister Brentano hatten am gleichen Tag auch den Rat des Botschafters in den USA Krekeler zurückgewiesen, die von den USA durchgesetzte UNO-Resolution, die eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen vorsah, anzunehmen. Im NATO-Rat, wo die USA zusammen mit Italien, Norwegen, Dänemark und Kanada das britische- französische Vorgehen scharf verurteilten, verhielt sich die BRD zusammen mit der Türkei, Griechenland und Portugal neutral, während die Niederlande und Belgien ihre Sympathien für die antiägyptische Koalition nicht verhehlten.

(3) Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955-1959, Stuttgart, 1967, S. 228.

(4) Zit. nach: Baring, S. 201.

(5) Nach dem Bericht von Grewe wurde Adenauer erst von dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet bei seinem Parisbesuch vom 5. November 1956 darauf aufmerksam gemacht, daß die Israelis ihre Waffen nicht von den Amerikanern geliefert bekommen hatten, wie der Bonner Kanzler bisher angenommen hatte, sondern daß die Franzosen die Hauptwaffenlieferanten Israels waren. Der Frankreichbesuch zu die- sem Zeitpunkt wurde, obwohl er bereits länger geplant war und ursprünglich der Klärung strittiger Fragen des gemeinsamen Marktes und Euratoms dienen sollte, von der Opposition heftig kritisiert, weil er als Solidaritätsdemonstration mit den französischen Aggressoren gewertet werden konnte.

(6) Vgl.: Seelbach, S. 12; Rolf Vogel, Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart, 1967, S. 131; Jekutiel Deligdisch, Die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland zum Staate Israel Bonn, 1974, S. 56; Lily Gardner Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston, 1984, S. 100 und 159f. Der Ben-Gurion Brief zit. nach: Michael Wolffsohn, Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (36) 1988, S.707. Am 20.2.1957 berichtete die israelische Zeitung "Haaretz" über den Vorgang.

(7) Vgl. Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen, Köln, 1970, S. 104-105.

(8) Der ak-Autor Jürgen aus Stuttgart hat in der Zeitung der Freiburger ISF unter dem Titel "Israel und die Deutschen" eine Rezension des gleichnamigen Buches von Inge Deutschkron geschrieben. Jürgen stellt die Dinge so dar, als ob die israelische Regierung völlig unbeteiligt, lediglich Objekt im Ränkespiel bundesdeutscher Politik wäre. Dem Buch von Deutschkron ist diese Version nicht zu entnehmen. Dort werden die Dinge nämlich so dargestellt wie sie von allen Zeitzeugen geschildert werden, daß Israel initiativ wurde, um in der BRD Waffen zu kaufen und zu verkaufen. Vgl. ebenda, S. 116-124.

(9) Vgl. Vogel. S. 137-144; Spiegel 9/1965; Seelbach, S. 106-109; Helga Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Hamburg, 1970, S. 110-117. Dort finden sich auch die folgenden Angaben.

(10) Vgl. Spiegel 26/1959

(11) Weitere Informationen zur nuklearen Zusammenarbeit BRD-Israel in: Trägerkreis der Konferenz "Atombomben made in Germany", Atombomben Made in Germany, Köln, 1986, S. 77 f. und Benjamin Beit-Hallahmi, Schmutzige Allianzen, München, 1987, S. 162.

(12) Zit. nach Michel Bar-Zohar, David Ben Gurion, Hamburg, 1968, S. 299.

(13) Vgl. Vogel, S. 135 und die Darstellung Adenauers in: K. Adenauer, Erinnerungen 1959- 1963, Stuttgart, 1968, S. 35-39.

(14) Vgl. Feldmann, S. 130 f.

(15) Zit. nach Seelbach, S. 95, Anm. 35.

(16) Zit. nach Vogel, S. 149

(17) Spiegel 20/1981

(18) zu Cerberus vgl.: Spiegel 31/1990; zum Waffengeschäft mit dem Iran: Jürgen Roth, Die illegalen deutschen Waffengeschäfte und ihre internationalen Verflechtungen, Frankfurt, 1988, S. 87-92.

(19) taz vom 28.7.1988

(20) In der taz vom 29.3.1990 formuliert Broder ein "Ja zur Wiedervereinigung", in dem antisemitische Tendenzen in der BRD als Randphänomen abgetan werden. In einem Interview in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften" 3/91 bekräftigt er diese Einstellung nochmal: "... eine große Chance ..., daß die Deutschen endlich ihr Verhältnis zu sich selber klären." (S. 147) Linke Kritiker der Wiedervereinigung werden dagegen wegen ihres "gebrochen Verhältnis zur eigenen Geschichte" kritisiert.

24. Staatsterrorismus am Beispiel Gladio: Der "Piano Solo"

Autor: Alexander Muth, Wien · Rubrik: Geheimdienste; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:04

Was im Herbst letzten Jahres als ein nicht nur die italienische Regierung, sondern die ganze Republik erschütternder Skandal begann, brach mit Beginn des Golfkrieges schnell in sich zusammen. Gladio, die von der CIA aufgebaute und mit der NATO koordinierte Antiguerilla-Einheit für den Bürgerkrieg von oben, verschwand von den Titelseiten. Mit der Ende November erstatteten Selbstanzeige von Staatspräsident Francesco Cossiga (dessen DC-Mitgliedschaft während seiner Amtszeit ruht) ist Gladio erneut in die Schlagzeilen geraten. Cossiga, in den fünfziger Jahren als Staatssekretär im Verteidigungsministerium am Aufbau von Gladio beteiligt, will von Gerichts wegen klären lassen, daß in der geheimen Elitetruppe alles nach Recht und Gesetz zugegangen sei. Der aus der kommunistischen Partei hervorgegangene PDS fordert Cossigas Rücktritt wegen Teilnahme an einer politischen Verschwörung.

Alexander Muth untersucht in einem - von der Redaktion stark gekürzten - Beitrag ein besonders düsteres mit Gladio in Verbindung zu bringendes Kapitel der italienischen Nachkriegsgeschichte: den "Piano Solo", den Putschplan des Geheimdienstgenerals Giovanni De Lorenzo. Alexander Muths These: Die herrschende Klasse Italiens habe mit dem Piano Solo erstmals ihre "permanente Doppeloption" ausprobiert - "Vernichtung oder Neutralisierung fundamentaler Opposition durch Vernichtungsandrohung".

Was im Herbst letzten Jahres als ein nicht nur die italienische Regierung, sondern die ganze Republik erschütternder Skandal begann, brach mit Beginn des Golfkrieges schnell in sich zusammen. Gladio, die von der CIA aufgebaute und mit der NATO koordinierte Antiguerilla-Einheit für den Bürgerkrieg von oben, verschwand von den Titelseiten. Mit der Ende November erstatteten Selbstanzeige von Staatspräsident Francesco Cossiga (dessen DC-Mitgliedschaft während seiner Amtszeit ruht) ist Gladio erneut in die Schlagzeilen geraten. Cossiga, in den fünfziger Jahren als Staatssekretär im Verteidigungsministerium am Aufbau von Gladio beteiligt, will von Gerichts wegen klären lassen, daß in der geheimen Elitetruppe alles nach Recht und Gesetz zugegangen sei. Der aus der kommunistischen Partei hervorgegangene PDS fordert Cossigas Rücktritt wegen Teilnahme an einer politischen Verschwörung.

Alexander Muth untersucht in einem - von der Redaktion stark gekürzten - Beitrag ein besonders düsteres mit Gladio in Verbindung zu bringendes Kapitel der italienischen Nachkriegsgeschichte: den "Piano Solo", den Putschplan des Geheimdienstgenerals Giovanni De Lorenzo. Alexander Muths These: Die herrschende Klasse Italiens habe mit dem Piano Solo erstmals ihre "permanente Doppeloption" ausprobiert - "Vernichtung oder Neutralisierung fundamentaler Opposition durch Vernichtungsandrohung".

Giovanni De Lorenzo ist eine Schlüsselfigur der italienischen Nachkriegsgeschichte. Nach seiner Teilnahme am italienischen Rußlandfeldzug stieß er 1943 zu den Partisanen in der Romagna und kam von dort zur Militärischen Informationszentrale der Geheimen Front der Resistenza in Rom. Nach dem Eintreffen der Alliierten wurde er Verbindungsoffizier zwischen dem italienischen Generalstab und der 92. US-Division. In den 50er Jahren wurde er Chef des SIFAR (Servizio Informazioni Forze Armate), unter ihm wurden 1956 die Geheimabkommen mit der CIA abgeschlossen. Seine ganze Karriere hat De Lorenzo der CIA zu verdanken. De Lorenzo wird derartig mächtig, daß er wesentliche Machtbereiche ausforschen läßt: Im Quirinale (dem Präsidentenpalais) werden Wanzen angebracht, ebenso in der Vatikanischen Bibliothek: der damalige Papst Johannes XXIII. war den Amerikanern zu liberal. Die Wanzen im Quirinale blieben unter der Präsidentschaft des damaligen Präsidenten Gronchi, aber auch dreier nachfolgender Präsidenten (Segni, Saragat und Leone) am Ort. Von den Leuten Johannes XXIII. wurden die Wanzen entdeckt und entfernt.

1959 beginnt der von De Lorenzo geleitete SIFAR im Auftrag des damaligen Verteidigungsministers Segni, Akten von allen politischen Exponenten sowohl der Linken, als auch des Zentrums und der Rechten, aber auch von Prälaten, Bischöfen und Priestern anzulegen. Insbesondere wurden alle, die entweder mit dem kommunistischen Bereich oder auch mit der sozialistischen Öffnung nach links in Zusammenhang gebracht wurden, damals erfaßt. Insgesamt wurden etwa 156.000 Akten angelegt.

De Lorenzo, respektive seine Leute, haben nun alle Schlüsselstellungen sowohl bei den Carabinieri als auch beim SIFAR inne, unter anderem stellen sie den Generalkommandanten der Carabinieri, den Chef des Geheimdienstes, Chef des Gegenspionagezentrums in Rom etc. Gladio wird zu einer Organisation ausgebaut, die geheimer ist als die Geheimdienste. An allen Ecken und Enden des Landes werden Waffendepots angelegt - dies ist alles im Geheimabkommen vertraglich vereinbart! - insgesamt 139 Waffenlager. Das erste dieser Depots wird erst im Jahre 1972 in Aurisina, in der Nähe von Triest entdeckt, und zwar von einem pflichteifrigen Capitano der Carabinieri, der stolz meinte, nun einer gewöhnlichen Verbrecherbande auf die Spur gekommen zu sein. Daß es sich um die Gladio handelte, erfuhr der Arme erst viele Jahre später. Was geschah aber unmittelbar darauf? Ein Teil der Waffen wurde aus ihren Geheimverstecken direkt in die Kasernen der Carabinieri verbracht!

Der CIA-Mann Harvey (verantwortlich für die Beziehung zwischen SIFAR und CIA) beauftragte den Leutnant Rocca (der schließlich im Jahre 1970 umgebracht wird) mit Anschlägen auf die Parteizentralen der Christdemokraten (!) und einige Redaktionen norditalienischer Tageszeitungen. Weiter wird eine Desinformationsabteilung geschaffen, die von Regierung und Staatspräsidium wegen eben dieser Anschläge lauthals die Ausrufung des Notstands fordert.

Die CIA ist - wo auch sonst! - in Rom stationiert. Im dortigen CIA-Archiv sind Namen von rechtsextremen paramilitärischen Organisationen aufgefunden worden, die schon seit längerer Zeit ihre Dienste anbieten. Bei dem genannten CIA- SIFAR-Verbindungsmann Harvey werden Namen von Männern gefunden, die auf Töten, Bombenlegen, Sprengstoff und Propaganda spezialisiert sind. Daneben stehen die Namen von norditalienischen Industriellen, die die allerschlagkräftigste dieser Gruppen, die hauptsächlich in der Lombardei, in Ligurien und Piemont operiert, finanziert haben. Unter den von Rocca rekrutierten Killerbanden ist auch eine Gruppe, deren Mitglieder zum Teil bereits während des Faschismus in einer Schlägertruppe aktiv waren, die damals vom Fürsten Borghese geleitet wurde.

De Lorenzo verschafft den Carabinieri ein eigenes, vollständig autonomes Nachrichtensystem; aber sein Meisterstück ist die berüchtigte 11. gepanzerte Brigade, die durch große Schlagkraft und Flexibilität gekennzeichnet ist. Diese 11. Brigade - aus 50 Tonnen schweren Fahrzeugen bestehend - ist das Rückgrat des sogenannten Piano Solo (solo = allein; das heißt, eine Mobilisierung kann unabhängig von den übrigen militärischen Kräften, nur durch die Carabinieri, erfolgen). Schließlich gelingt es, Schlüsselpersonen der Geheimorganisationen in Parteien und Presse zu placieren. Zum damaligen Zeitpunkt waren insgesamt 34 Journalisten vom CIA besoldet.

Und hier ist der Zweck erreicht: Auf einen Staatsstreich kann verzichtet werden. Es zeigt sich, daß allein durch die Angst vor der klandestinen Infiltration der Institutionen und durch das Drohen mit einem Staatsstreich das Centro-Sinistra des Aldo Moro (DC) und des Pietro Nenni (PSI) so sehr unter psychologischen Druck gesetzt werden konnte, daß sich der PSI, der sich 1964/65 aus der Regierung zurückziehen wollte, schließlich doch gezwungen sieht, in der Regierung zu bleiben. Gleichzeitig wird er dazu gebracht, ein auf ein absolutes Minimum reduziertes Reformpaket zu akzeptieren. Der PSI wird gezwungen, seine Politik auf die führende Rolle der DC auszurichten. In seinen Memoiren beschreibt Nenni das Verbleiben(müssen) in der Regierung als einen Effekt und eine Funktion der auf sie ausgeübten parainstitutionellen Drohungen. Nun ist die CIA daran interessiert, daß der Piano Solo nicht aktiviert wird; De Lorenzo soll kalmiert werden, und Moro bekommt die schwierige Aufgabe übertragen, sich mit ihm zu treffen und ihn in mühevollen und langwierigen Verhandlungen dazu zu überreden, den Posten des Generalstabschefs des Heeres zu übernehmen, was de facto eine funktionale Eindämmung und Verminderung, nicht Ausweitung seiner Macht bedeutet.

Die politisch-militärische Doppelstrategie wurde damit erfolgreich ausprobiert. So wurde politisch-militärisch ein Regelkonzept geschaffen und erfolgreich angewendet, nämlich das einer permanenten Doppeloption: fallweise entweder Vernichtung oder Neutralisierung fundamentaler Opposition durch Vernichtungsandrohung. Das Vernichtungspotential wird aber konserviert und bereitgehalten: Rechtsextremisten/Faschisten sind weiter unter Dauerkontakt, die Umstrukturierung der Geheimdienste ist erreicht und bleibt; das CS aber löst sich nach einigen Jahren auf, und läßt einen PSI in schwerer Krise zurück.

Am 18. November 1965 wird der Geheimdienst SID (Servizio Informazioni della Difesa) als SIFAR-Nachfolger geschaffen. Es ist derselbe Name, den auch ein Geheimdienst der faschistischen Republik trug. Eine parlamentarische Debatte über diesen SID und dessen Kompetenzen findet nicht statt, und das ist ganz

typisch für die damalige Periode, die durch die "Strategie der Spannung" (strategia della tensione) gekennzeichnet war, die ab 1969 kulminierte. Als Antwort auf eine bisher nicht gekannte Welle von Protest- und Kampfformen explodieren der Reihe nach Bomben, und der "strategia della tensione" fallen zahlreiche Menschen zum Opfer. Der SID selbst will paramilitärische Ausbildungslager, das Verteidigungsministerium finanziert sie ihm. Der faschistische Hordenanführer Fürst Borghese versucht noch einmal, im Jahre 1970, einen Putsch. Zehn Jahre später wird die Sache ad acta gelegt.

Alexander Muth, Wien

25. Einige Daten aus der Geschichte des italienischen Staatsterrors

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:05

Vor Gladio bestand bereits der Plan "Demagnetize", der ein einziges Ziel hatte: "zu verhindern, daß die militärische Verteidigung der NATO durch eine subversive Fünfte Kolonne in Gefahr geraten könnte: die Kommunistische Partei Italiens."

"Es war die Angst vor einer solchen Entwicklung", so schreibt der Direktor der CIA, William Colby, in seinen Memoiren, "die dazu führte, daß ein Office of Policy Coordination (eine Agentur für die Koordinierung der US- und der italienischen Politik; Anm. A.M.) geschaffen wurde, mit der die CIA die Möglichkeit für politische, propagandistische und geheime paramilitärische Operationen bekommen sollte."

William Colby wird im Herbst 1953 nach Rom versetzt. Er schreibt: "Ich war beauftragt worden, mich um die politischen Operationen zu kümmern. Meine Aufgabe bestand darin, zu verhindern, daß Italien in die Hände der Kommunisten gerät."

Am 27. Dezember 1955 wird Giovanni De Lorenzo zum Chef des SIFAR ernannt. Gladio entsteht offiziell am 26. November 1956. Andreotti schreibt: "An diesem Tag wurde zwischen dem SIFAR (dem italienischen Heeresnachrichtendienst; Anm. A.M.) und dem US-amerikanischen Geheimdienst ein Abkommen über die Organisation und Tätigkeit der "auf die Besatzungszeit folgenden klandestinen Struktur" unterzeichnet. Dieses Abkommen, für das im allgemeinen Sprachgebrauch der Ausdruck "Stay Behind" verwendet wird, faßt sämtliche vorangegangenen Vereinbarungen, die zwischen Italien und den Vereinigten Staaten geschlossen worden waren, zusammen und schafft die Grundlagen für die Operation Gladio.

Im Juni 1962 verfaßt die CIA ein "Abkommen", das von De Lorenzo unterzeichnet wird. Der SIFAR verpflichtet sich mit diesem Abkommen unter anderem, "Aktionen verschiedenster Art für einen möglichen Notstandseinsatz zu koordinieren; die Finanzierung der Kräfte, die sich der politischen Wende entgegenstellen, zu intensivieren; sämtliche Initiativen zu unterstützen, die geeignet sind, die Einheit der Politik der Sozialistischen Partei zu schwächen und eventuelle interne Spaltungen zu befördern."

Am 15. Oktober 1962 wird De Lorenzo zum Oberbefehlshaber der Carabinieri ernannt.

Am 27. Oktober 1962 stürzt um 19 Uhr ein von Catania kommendes Flugzeug in der Nähe von Mailand ab. An Bord ist Enrico Mattei, der Direktor der ENI (Nationalamt zur Förderung von Erdöl und Erdgas), ein Befürworter der Mitte-Links- Regierung. Das Dossier über den Tod von Mattei, das von der CIA am 28. Oktober 1962 angefertigt wurde, ist top secret, da es Informationen enthält, die die Sicherheit des Staates betreffen. In einem Geheimbericht, der dem Tod von Mattei vorangeht, ist zu lesen: "Enrico Mattei kann in der derzeitigen politischen Situation nur mit großen Schwierigkeiten ersetzt oder auch nur seiner Macht entledigt werden." Es ist dies dieselbe Formel, die vor dem Tode Lumumbas in den Unterlagen der CIA-Zentrale in Leopoldville zu lesen war.

De Lorenzo befaßt sich seit den ersten Monaten des Jahres 1964 mit dem Konzept des Piano Solo.

Am 26. Juni 1964 beruft De Lorenzo die Chefs dreier Carabinieridivisionen zu sich ein. Der Tag X steht bevor - der darauffolgende Tag, der 27., für den der Staatsstreich geplant ist. Der Befehl soll per Telefon in der Nacht gleichzeitig an alle drei Divisionen ergehen. Tausend Personen sollen verhaftet werden. Die Listen werden bei dieser Gelegenheit ausgeteilt. Erst drei Jahre später, am 10. Mai 1967, sollte es im "Espresso" stehen: "Segni (der Staatspräsident; Anm. A.M.) und De Lorenzo planten einen Staatsstreich!"

Am 27. Juni 1968 wird General Renzo Rocca in seinem Büro in der Via Barberini 86 - das offiziell zu FIAT gehört - tot aufgefunden. Rocca ist seit 1949 beim SIFAR und zwar Chef der Abteilung REI (Ufficio Ricerche Economiche ed Industriali, Wirtschafts- und Industrienachrichtendienst) und hatte eine Schlüsselposition inne: Seine Aufgabe bestand darin, hunderte Milliarden Lire, die von der Industrie für den antikommunistischen Kampf gespendet wurden, an Parteien, politische Bewegungen und Gruppen zu verteilen.

Inzwischen war ein riesiger Finanzskandal - mit abgezweigten, unterschlagenen, verschwundenen Geldern - bekannt geworden: in seinem Mittelpunkt der SIFAR (Heeresnachrichtendienst). Es beginnen rätselhafte Todesfälle derjenigen hohen und höheren Militärs, die an den Enthüllungen und Aufdeckungen mitgewirkt haben. Am 27. April 1969 stirbt ein General. Er war allein und ohne Ausweis am Stadtrand von Padua unterwegs. Ohne erkenntliche Ursache geriet sein Wagen von der Fahrbahn ab. Am 25. Juni 1969 erleidet ein anderer General eine Herzattacke. Am 15. Juli nimmt sich der Unteroffizier D'Ottavio das Leben. Er war der Verfasser des Berichtes über den SIFAR-Finanzskandal.

Am 12. Dezember 1969 explodiert um 16 Uhr 14 im Hauptkassenraum der Banca Nazionale dell'Agricoltura in Mailand eine Bombe mit 10 Kilogramm Sprengstoff. Zwölf Menschen werden getötet, 90 verletzt. Weitere Bomben explodieren in Rom in der Banca Nazionale del Lavoro, wobei 14 Menschen verletzt werden, und am Altar des Vaterlands - zwei Passanten und ein Carabiniere werden verletzt.

Am 16. September 1970 verschwindet in Palermo ein Journalist der sizilianischen Zeitung L'Ora. Die gerichtlichen Untersuchungen ergeben, daß er umgebracht wurde, weil seine Kenntnisse über die Gruppe X-Mas für die Gladio-Leute gefährlich geworden waren. X-Mas ist eine Kampfgruppe, die bereits während des Faschismus aktiv war: Ein Großteil ihrer Mitglieder wurde in der Nachkriegszeit für Gladio angeworben.

7. Dezember 1970, 23 Uhr 15: Putschversuch des Fürsten Junio Valerio Borghese. 200 mit Schnellfeuergewehren bewaffnete Männer sollen das Innenministerium überfallen - die Aktion wird im letzten Augenblick verhindert.

Am 31. Mai 1972 werden die Carabinieri in Gorizia von einem anonymen Anrufer benachrichtigt, sie sollten nachsehen, da wäre ein verdächtiger FIAT 500! Die Carabinieri finden ihn, öffnen den Kofferraum. Das Auto explodiert. Ein Brigadier und zwei Carabinieri sterben. Die sogenannte "Strage (Massaker) di Peteano".

28. Mai 1974. Vier Demonstrationszüge treffen auf der "Piazza della Loggia" in Brescia zu einer antifaschistischen Kundgebung ein. 60 Meter von der Veranstaltungstribüne entfernt explodiert in einem Abfallkübel 1 kg Sprengstoff. Es kommen neun Menschen ums Leben, 100 werden verletzt.

Am 4. August 1974 explodiert eine Bombe im Schnellzug "Italicus". Zwölf Passagiere werden getötet, vier verletzt.

Am 20. März 1979 wird der Angehörige einer mit dem Geheimdienst SID zusammenarbeitenden Presseagentur umgebracht.

Am 2. August 1980 zerstört um 10 Uhr 25 eine Bombe den ganzen Westflügel des Bahnhofs von Bologna: 85 Tote, 200 Verletzte.

Am 17. Oktober 1981 werden von den Richtern Turrone und Colombo die Listen der Mitglieder der Freimaurerloge "Propaganda Due" (P2) beschlagnahmt. Die wesentlichen leitenden Exponenten der alten, sowie beinahe alle der neuen Geheimdienste sind in diesen Listen verzeichnet.

Am 23. Dezember 1984 tötet eine Bombe um 19 Uhr 06 im Schnellzug Neapel- Mailand 16 Reisende, 105 werden verletzt.

Zusammenstellung: Alexander Muth

Quelle: "Autonomia"

26. Massenstreik in Südafrika - Stärkung der Gewerkschaften -

Von Johan Verstuyck, Pretoria

Autor: Johan Verstuyck, Pretoria · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:15

Dreieinhalb Millionen ArbeiterInnen haben am 4. und 5. November in Südafrika zum Ausdruck ihres Protests gegen die Einführung der Mehrwertsteuer die Arbeit niedergelegt. Es ging jedoch um mehr als nur eine Steuerrevolte. Die Streikenden haben der Regierung das Recht streitig gemacht, im Alleingang Wirtschaftsreformen durchzuführen. Mit diesem zweitägigen Streik hat sich möglicherweise das Kräftegewicht endgültig verändert. Die Regierung wird die Gewerkschaftsbewegung künftig nicht mehr ignorieren können.

Der direkte Anlaß des Streiks war die Einführung der Mehrwertsteuer, die tiefer liegende Zielsetzung der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Bündnispartner war es jedoch, die Regierung zu zwingen, die Wirtschaftsreformen auszusetzen und zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Die "unilaterale Neustrukturierung der Wirtschaft" durch die Regierung ist das neue Angriffsziel der Gewerkschaften geworden, und die Einführung der Mehrwertsteuer wird nur als ein Teil dieser Politik gesehen.

Der zweitägige allgemeine Streik ist der erste konkrete Ausdruck der wachsenden Einheit auf der Linken. Geführt von dem 1,2 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaftsverband Congress of South African Trade Unions (Cosatu) beteiligten sich auch der National Council of Trade Unions (Nactu) und zwölf weitere Arbeitervereinigungen. Sie können mit der Unterstützung durch den African National Congress (ANC), den Pan Africanist Congress (PAC), die Azanian People's Organisation (Azapo) und die South African Communist Party rechnen.

Die Kampagne ist Teil einer breiteren Kampfbewegung für eine Übergangsregierung, in der die Regierung De Klerk der schwarzen Mehrheit einen größeren Anteil an der Macht geben soll. Die Notwendigkeit von Reformen ist allgemein unbestritten. Die Frage jedoch, welcher Art diese Reformen sein müssen, ist Gegenstand des Konflikts. Zwei Auffassung stehen sich gegenüber: Sozialismus im weiteren Sinne und ein ökonomischer Liberalismus à la Thatcher.

Konfrontiert mit einem sinkenden Wachstum Anfang der achtziger Jahre hat die Regierung versucht, die wirtschaftlichen Aktivitäten durch eine Verminderung der Rolle des Staates und die Stärkung des privaten Sektors mehr auf den allgemeinen Trend in der Weltwirtschaft abzustimmen. Diese neue Herangehensweise umfaßte die Privatisierung und Kommerzialisierung vom Staat kontrollierter Betriebe und Maßnahmen zur Einschränkung der Macht der organisierten Arbeiter. Die Steuerreformen, verbunden mit einer Verbrauchersteuer, der Mehrwertsteuer, erbrachten eine Senkung der direkten Steuerbelastung der Unternehmen von zwei bis achtundvierzig Prozent im letzten Haushalt (das offizielle Ziel ist eine Senkung um vierzig Prozent).

Die Mehrwertsteuer hat einen zentralen Platz in der neuen "auswärtigen" Politik der Regierung. Sie ist ein Mittel der Regierung, die Ausgangslage der eigenen Exportwirtschaft gegen die Konkurrenz aus dem Ausland zu verbessern. Diese Politik widerspricht völlig den Auffassungen der Gewerkschaften. Ihre Erfahrung ist es, daß fast jede Regierungsmaßnahme Arbeitsplätze gefährdet oder den Lebensstandard der Armen mindert. Die Mehrwertsteuer wurde ihrer Auffassung nach in besonders primitiver Weise eingeführt, ohne die Bezieher niedriger Einkommen zu berücksichtigen, während Privatisierungen und Kommerzialisierungen zum Verlust einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen geführt haben.

Die verborgene Absicht all dieser Regierungsmaßnahmen sei es, vermuten die Gewerkschaften, daß die Wirtschaft in den Händen der Weißen bleibt. Auch wenn allmählich politische Reformen eingeführt werden, soll um jeden Preis verhindert werden, daß die wirtschaftliche Macht der schwarzen Mehrheit übertragen wird. Durch die Einführung wirtschaftlicher Reformen vor Abschluß der politischen Verhandlungen will die Regierung De Klerk es vereiteln, daß ein Post- Apartheidstaat den Reichtum neu verteilen kann.

Der gegenwärtige Streik, der ein überwältigender Erfolg war, hat dieser Entwicklung ein Halt zugerufen. Obwohl eine unmittelbare Änderung des Steuersystems nicht in Aussicht steht, kann der Streik die politische

Landschaft und das Kräfteverhältnis in Südafrika definitiv verändert haben. Die Regierung wird auf keinem Gebiet mehr Beschlüsse im Alleingang ausführen können.

Unabhängigkeit des Cosatu

Nachdem der ANC im Februar 1990 erneut zugelassen wurde, haben die Gewerkschaften dem ANC in der politischen Arena Platz machen müssen. Durch den "von- oben-nach-unten"-Stil des ANC bei politischen Beschlußfassungen wurden die Gewerkschaften immer verletzbarer. Den ANC-Politkern wurde vorgeworfen, die Notwendigkeit, in Absprache mit der Basis zu verhandeln, um diese Verhandlungen von der Basis aus zu unterstützen, nicht zu begreifen. Da der ANC den Verhandlungsprozeß auf Versammlungen von technischen Komitees und Diskussionen zwischen den Führern beschränkte, entstand der Eindruck, daß der ANC mit der Strategie der Regierung, die Linke zu "demobilisieren" und sie von ihrer eigentlichen Machtbasis zu trennen, übereinstimmte. Die Anti-Mehrwertsteuer- Kampagne hat hingegen die Unabhängigkeit des Cosatu gegenüber seinen Bündnispartnern betont; er kann in Verhandlungen mit der Regierung künftig unabhängig auftreten, vor allem wenn es darum geht, den Forderungen der ArbeiterInnen mehr Nachdruck zu geben. Zum ersten Mal seit dem Februar 1990 waren während des Novemberstreiks einfache Menschen über die Massenorganisationen in den Verhandlungsprozeß einbezogen.

Mit der Anti-Mehrwertsteuer-Kampagne und dem allgemeinen Streik hat die Arbeiterbewegung die Wirtschafts- und die Sozialpolitik in den Vordergrund gestellt - Themen, die im bisherigen Verhandlungsprozeß kaum zur Sprache gekommen waren. Die Streikbewegung hat deutlich gemacht, daß die wirtschaftlichen Veränderungen mindestens ebenso wichtig sind wie die Ausweitung der politischen Rechte.

Die Regierung wird die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr ignorieren können. Obwohl sie kein direkter Teilnehmer sein wird, wird Cosatu sicher auf die eine oder andere Weise in die Wirtschaftskommission, die von der Multiparty Conference eingerichtet wird, einbezogen werden. Und der Streik hat erneut die Initiative beschleunigt, ein permanentes Forum für makroökonomische Verhandlungen zwischen Arbeiterbewegung, politischen Parteien, Unternehmern und Regierung zu bilden.

Von noch größerer Bedeutung ist, daß die Anti-Mehrwertsteuer-Kampagne die Rolle der "Organe der zivilen Gesellschaft" verstärkt hat - organisierte Interessengruppen außerhalb von Staatsapparat und politischen Parteien. Cosatu ist es gelungen, eine breite Allianz aufzubauen, in die auch viele Organisationen von außerhalb der Arbeitswelt einbezogen sind, in einem Maß, das in keiner der bisherigen Gewerkschaftskampagnen gegeben war. Dies hat Cosatu ein neues Profil gegeben: als Vorkämpfer der Interessen einer breiten Gesellschaft, nicht allein der sektorialen Interessen ihrer Mitglieder.

In einer indirekten Weise fördert dies die "zivile Gesellschaft". "Die zivile Gesellschaft wird einen großen Einfluß auf den Übergang in dem kommenden demokratischen Südafrika haben", konstatiert Cosatu-Führer Jay Naidoo.

Die Taktik der Regierung ist es, alleine die politischen Parteien zu beachten. Fortan wird sie auch mit der Arbeiterbewegung rechnen müssen.

(Aus dem Afrikaans von Klaus Mellenthin)

27. Wahlen in Sambia

Von Johny Lenaerts, Windhoek

Autor: Johny Lenaerts, Windhoek · Rubrik: Sambia · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:14

Mit dem Wahlsieg des Konservativen Frederick Chiluba über den bisherigen sambischen Präsidenten Kaunda ist eine weitere der afrikanischen Persönlichkeiten, die in den sechziger Jahren ihr Land in die Unabhängigkeit geführt haben, zum Abtreten gezwungen worden. Nach einer Jahre währenden Verelendung und der siebzehnjährigen Alleinherrschaft der Partei Kaundas wollten die Wähler nur noch eines: Veränderungen - gleich wie.

Seit 1964 wird Sambia von Kenneth Kaunda regiert. Als Ideologe des "Afrikanischen Humanismus" gehörte er einst, zusammen mit Julius Nyere von Tansania und Kwame Nkruhmah von Ghana, zu den charismatischen Führern der jungen afrikanischen Staaten. Er begann seinen politischen Aufstieg Anfang der fünfziger Jahre, als er sich dem African National Congress (ANC) anschloß und 1953 dessen Generalsekretär wurde. 1958 gründete er den Zambia African National Congress. Als diese Partei verboten und Kaunda von den britischen Kolonialisten inhaftiert wurde, änderte die Partei ihren Namen in United National Independence Party (UNIP). Ein Jahr später aus dem Gefängnis entlassen wurde Kaunda zum Leiter der Partei gewählt und beauftragt, das Volk von Nordrhodesien in die Unabhängigkeit zu führen.

Kaundas führende Rolle im Befreiungskampf kann nicht bestritten werden. Er war ein uneigennütziger Kämpfer, ein bescheidener Mann mit großem Einsatz für die Freiheit und die Verbesserung der Lage der "kleinen Leute". Als Sambia 1964 unabhängig wurde, wurde er zum ersten Präsidenten des Landes gewählt.

Kaunda und seine Partei unternahmen alle Anstrengungen, um die Ungleichheiten, die der Kolonialismus geschaffen hatte, zu beseitigen. Sambia wurde schon schnell der drittgrößte Kupfer-Produzent der Welt (nach den USA und der UdSSR) und der größte Exporteur. Die hohen Einnahmen aus dem Kupferhandel wurden zum Ausbau der Infrastruktur eines modernen, unabhängigen Staates verwendet. Soziale Leistungen wie Unterricht und Gesundheitsversorgung waren für jeden gratis.

Aber es wurde schon bald deutlich, daß Kaunda und seine Partei keine Opposition duldeten. 1968 verbot er die United Party und schlug den Weg der Nationalisierung ein. Dadurch wurde die Kontrolle über die Wirtschaft noch erweitert. Als der Widerstand bis in die Regierung hinein zunahm, rief Kaunda 1973 den Einparteienstaat aus.

Jeder, der sich seiner Alleinherrschaft zu widersetzen wagte, wurde beiseitegeschoben und oft sehr rauh behandelt. Ungeachtet dessen nahm die Opposition gegen Kaunda zu. Der erste Versuch eines Staatsstreichs 1980 traf ihn tief - sein Gefühl der Unsicherheit veranlaßte ihn, dem militärischen Sicherheitsdienst größeren Einfluß in der Politik zu geben, während er eine Struktur ausbaute, die seine Herrschaft sichern sollte - eine Herrschaft, in der seine Person mehr und mehr ins Zentrum rückte.

Lebensmittelrevolten

Sambias Wirtschaft, die zu mehr als neunzig Prozent vom Aufkommen des Kupferhandels abhängig ist, ist von einem steilen Niedergang erfaßt, seit der Weltmarktpreis des Kupfers in den frühen siebziger Jahren stark gesunken ist und sich seither nicht mehr erholt hat. Sambia, das 1964 zu Beginn seiner Unabhängigkeit eines der reichsten Länder des afrikanischen Kontinents war, zählt heute zu den ärmsten Ländern der Welt. Kaunda hat daher Zuflucht beim International Monetary Fund (IMF) und bei der Weltbank gesucht. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages mit dem IMF wurden dem Land eine große Anzahl von Bedingungen und Richtlinien auferlegt, die es befolgen mußte, wenn es nicht der angebotenen Hilfe verlustig gehen wollte. Eine der Bedingungen des IMF war, daß die staatliche Subventionierung des Maismehls, Sambias Grundnahrung, abgeschafft wird. Als daraufhin im Juni 1990 der Preis des Maismehls auf eine Schlag verdoppelt wurde, brachen in den wichtigsten städtischen Zentren eine Woche lang Unruhen aus, wobei mindestens neunundzwanzig Menschen ihr Leben verloren.

Unter dem Druck des Volksaufstands mußte Kaunda den Preis des Maismehls erneut senken. Seine Macht war so stark angegriffen, daß er gezwungen war, auf eine Mehrparteiensystem umzuschwenken und die

Durchführung Wahlen zu versprechen. Die Movement for Multi-party Democracy (MMD) wuchs in kurzer Zeit zu einer gefürchteten Oppositionspartei und einem ernsthaften Regierungskandidaten an.

Spätestens seit den Lebensmittelunruhen vom Juni 1990 ist deutlich geworden, daß Präsident Kaunda und die Regierungspartei UNIP die Gunst des Volks verloren haben. Seit Anfang 1991 geht keine Woche vorüber, in der nicht irgendwo gestreikt wird. Kein Sektor der Wirtschaft bleibt verschont. Die Bevölkerung tut ihr Möglichstes, um bei einer galoppierenden Inflation zu überleben.

Die Sozialeinrichtungen stehen am Rand des Zusammenbruchs. Die meisten Grundschulen haben keine Lehrbücher, keine Stühle oder Schulbänke. Die wichtigsten Wege sind voller Schlaglöcher, sie sind fast weggespült, und viele Viertel haben keine Elektrizität oder fließendes Wasser. Die Mängel der Gesundheitsversorgung haben dazu geführt, daß sich die Cholera rasend schnell verbreitet hat. Innerhalb weniger Monate ist es zu siebenhundert Toten gekommen. Die Verwaltung des wichtigsten Krankenhauses des Landes, das University Teaching Hospital, hat einen Notruf an die Regierung gerichtet. Fünf Millionen US-Dollar sind erforderlich, um eine vom Mangel an notwendigster Ausrüstung und Medikamenten erzwungene Schließung zu verhindern.

In den ländlichen Gebieten klagen die enttäuschten Landwirte darüber, daß die von der Regierung kontrollierten Kooperativen sie sechs Monate zu spät für die Maisernte des letzten Jahres bezahlt haben, so daß sie nun hohe Zinsen für die fälligen Kredite zahlen müssen. Die Lobby der Landwirte droht, daß die Ernte nicht auf den Markt gebracht werde, wenn die Regierung den Maispreis nicht verdoppele.

IMF-Diktat

Kaunda sitzt in der Klemme. Wenn die Regierung den Maispreis erhöht, wird sie von den Wählern in den Städten fallengelassen; wenn sie den Preis nicht erhöht, zieht sie sich den Haß der Landwirte zu. Maismehl ist auf diese Weise ein Thema von essentieller politischer Bedeutung geworden. Die Opposition wirft der Regierung Unbeweglichkeit in der Frage der Erhöhung des Maispreises vor. Denn dies bewirkt Unzufriedenheit bei IMF und Weltbank, die deshalb die Hilfe für das kommende Jahr in Frage stellen. Weil es der Regierung nicht gelungen ist, ihre fälligen Schulden bei der Weltbank zu tilgen, fror die Weltbank kurz vor der Wahlperiode einen Kredit von 80 Millionen US-Dollar ein: die meisten anderen Kreditgeber folgten diesem Beispiel. Das "strukturelle Anpassungsprogramm" von IMF und Weltbank wurde ebenfalls zeitweise ausgesetzt. Darüber hinaus droht 1992 ein großer Mangel an Mais. "Die siegreiche Partei wird wenig Manövrierraum oder Zeit für Experimente haben, denn ihre Politik wird von den Kreditgebern diktiert werden", merkte ein politischer Kommentator an.

Es dürfen jedoch nicht alle Probleme Sambias Kaunda angelastet werden. Die Entwicklung des Weltmarktpreises für Kupfer liegt außerhalb seiner Macht. Dem Zugriff des IMF hat sich fast kein einziges Land der sog. Dritten Welt entziehen können. Darüber hinaus hat der langwährende Bürgerkrieg in Simbabwe, in dem Sambia die ZAPU-Guerilla von Joshua Nkomo unterstützte, dem Land einen hohen Zoll abverlangt. Und als Gastland für das Hauptquartier des ANC war Sambia ein Ziel der Destabilisierungs-Kampagne Pretorias. Gleichzeitig gab Sambia hunderte Millionen aus, um sich von der südafrikanischen Wirtschaft zu lösen.

Gottesfurcht

"Dieses Land muß von gottesfürchtigen Männern und Frauen geführt werden," läßt die Oppositionspartei MMD wissen. Parteiführer Frederick Chiluba, ein Konservativer, der seit 1974 an der Spitze des sambischen Gewerkschaftsverbandes steht, ist ein "wiedergeborener Christ". Seine Anhänger nennen ihn "der Befreier", "der Schwarze Moses" und "der Messias". Er kann auf die Unterstützung unterschiedlicher Teile der Gesellschaft rechnen: Gewerkschafter, Händler, Landwirte, Studenten, Selbständige und Kirchenführer.

Die Kirche spielt eine wichtige Rolle in Chilubas Wahlkampagne. Von einem sich im Namen neutral gebenden Zambia Elections Monitoring Co-ordinating Committee werden die Wähler aufgerufen, für eine Person zu stimmen, "die Gott fürchtet". Wenn eine Oppositionszeitung eine Meinungsumfrage organisiert, ist die erste Frage: "Wen halten Sie für gottesfürchtig: Kaunda oder Chiluba?" Wobei Kaunda drei Stimmen erhält und Chiluba 872 - unter den Gästen von einem der beiden Luxushotels von Lusaka. Dem "Humanismus" von Präsident Kaunda setzt die MMD das "Christentum" des Parteiführer Chiluba entgegen.

Überhaupt hat der Wahlkampf seine Eigentümlichkeiten: Behauptet Präsident Kaunda, daß seine Partei die einzige mit Erfahrung sei, wird ihm dies mit allgemeinem Hohngelächter entgolten: Wie könnte es auch anders sein, wo siebzehn Jahre lang nur eine, nämlich seine Partei zugelassen war?! "Natürlich kann ich das Land nicht führen, wie Kaunda es getan hat, denn er hat dieses Land ruiniert", sagt Chiluba. Wird Kaunda bei einer Wahlveranstaltung von Chiluba-Anhängern unterbrochen, schilt er sie geradewegs "Idioten". Die Gemäßigsten unter seinen Gegnern fragen sich, warum er nicht dem Beispiel seines Amtskollegen in Tansania gefolgt ist: als Julius Nyere erkannte, daß seine Politik nicht mehr durchzusetzen ist, entschloß er sich aus eigener Initiative, in aller Würde abzutreten. Kaunda hat dafür keinen Sinn. Er will um jeden Preis die Zügel in der Hand behalten, auch wenn er dabei zur Karikatur seiner selbst wird.

Täglich wird in Fernsehen, Radio und Zeitungen aufgerufen, keine Gewalt anzuwenden. "Es darf kein Blutvergießen geben", sagt der Präsident. Kaum eine Woche zuvor hatte er, zur großen Entrüstung der Sambianer und der Auslands, erklärt, einer Wahlniederlage seiner Partei würde einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Woraufhin etliche Geschäftsleute und ihre Familien prompt ihre Sachen gepackt haben und in ein Nachbarland geflogen sind, um in Ruhe und Frieden das Wahlergebnis abzuwarten. Vor allem die Lobby der Geschäftswelt erläßt krampfhafte Aufrufe für einen friedlichen Machtwechsel: ausländische Investoren dürfen nicht abgeschreckt werden.

Über das Militär kursieren wilde Gerüchte. Die 16.200 Mann starke Heeresmacht ist ein unberechenbarer Faktor in der sambischen Politik. Im vergangenen Jahrzehnt waren verschiedene Staatsstreichversuche unternommen worden; der letzte im Juni 1990 als Reaktion auf den Massenwiderstand gegen die Erhöhung des Maismehlpreises. "Paras auf dem Kriegspfad" und "Paramilitärs laufen Amok", so lauten die Schlagzeilen der Oppositionszeitungen. Regierungsmitglieder werden beschuldigt, geheime Waffenlager anzulegen.

In den Straßen der Hauptstadt herrscht ausgelassene Stimmung. Ständig fahren Wagen mit zehn, zwanzig Wahlpropagandisten auf der Ladefläche herum. Sie singen lauthals das Lob ihres Kandidaten oder machen das Siegeszeichen, was bei den Passanten mit Freudenrufe und Wahlparolen beantwortet wird.

Frederick Chiluba

Es ist mehr als klar, daß Chiluba die Wahlen gewinnen wird. Nach siebenundzwanzig Jahren eines autokratischen Regimes drängen die Menschen auf Veränderung, auf irgendeine Veränderung. Daß Chiluba alles Heil von Privatisierungen - auch der vom Staat kontrollierten Kupferminen - erwartet, daß er für eine geringere Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen eintritt, das spielt für die Wähler kaum eine Rolle. Um die Massen hinter sich zu scharen reicht sein Ruf: "Die Stunde ist gekommen! Die Stunde für Veränderungen!" Seine Führerschaft wird jedoch nicht von jedem günstig aufgenommen. Viele seiner Kollegen sagen, daß Chiluba ein autoritärer Gewerkschaftsführer war. Er umgab sich mit Getreuen und ertrug nur schwer Kritik. Er gilt als Meister der politischen Intrige, womit erklärt wird, daß er sich so lange an der Spitze der Gewerkschaft hat halten können. Chiluba wird, ebenso wie Kaunda, vorgeworfen, ein Autokrat zu sein, der sich nicht so schnell mit seinen Mitarbeitern bei wichtigen politischen Fragen berät. Andere in der MMD werfen ihm vor, alle Ratschläge der Geschäftsleute in die Bewegung zu tragen. Wie es auch sei, mit dem Versprechen einer engeren Verbindung mit Südafrika kann Chiluba auf die Unterstützung aller Schlüsselsektoren des sambischen Handels rechnen. Der ehemalige Gewerkschaftsführer also als Vertreter der Geschäftswelt. Der Vorkämpfer der Demokratie, der sich in der eigenen Umgebung wie ein autoritärer Schulmeister verhält.

Mit einer Mehrheit von fünfundsiebzig Prozent der Stimmen schlug Chiluba den bejahrten Präsidenten. Die Niederlage von Kaunda liegt ganz auf der Linie, auf der afrikanische Führer und Parteien, die in den sechziger Jahren ihr Land in die Unabhängigkeit geführt haben, zur Abgabe der Macht gezwungen wurden.

Chiluba erbt ein Land, das buchstäblich bankrott ist. Aber er kann mit seinem liberalen Programm auf den guten Willen der internationalen Geldgeber rechnen. Eine der ersten Handlungen nach seinem Wahlsieg war ein Aufruf an die internationalen Banken, die ausländischen Schulden zu streichen. Und der ehemalige US-amerikanische Präsident Jimmy Carter, der Mitglied eines offiziellen Beobachtergremiums bei der Wahl war, schrieb sofort an George Bush und Staatssekretär James Baker, um Sambia mit wirtschaftlicher Hilfe unter die Arme zu greifen.

Es wird allgemein erwartet, daß die Einstellung des "strukturellen Anpassungsprogramms" von IMF und Weltbank wieder aufgehoben wird. Wie in vielen anderen Ländern der sog. Dritten Welt und in Osteuropa wird

Chiluba sehr unpopuläre Maßnahmen ergreifen müssen. Es bleibt abzuwarten, ob die Wähler, die eine radikale Veränderung erwartet haben, dies akzeptieren werden. Chiluba ist sich bewußt, daß es in letzter Instanz die Wähler sind, die entscheiden, ob seine Reformen gelingen oder scheitern. Um die Seelen der Sambianer zu gewinnen, wurde eine Kampagne zur "moralischen Wiederaufrüstung" gestartet. "Wollt ihr euch wirklich selbst befreien?" fordert Chiluba seine Wähler heraus. "Seid ihr bereit euch anzustrengen? Seit ihr bereit, Opfer zu bringen?"

(Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin)

Die Sozialeinrichtungen stehen am Rand des Zusammenbruchs. Die meisten Grundschulen haben keine Lehrbücher. Viele wichtige Straßen sind fast weggespült. Es mangelt an Elektrizität und fließendem Wasser. Die Cholera hat sich rasend schnell verbreitet; innerhalb weniger Monate ist es zu siebenhundert Toten gekommen.

28. Staatliche Strategien gegen die PDS Neudeutsche Repression

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:31

Die letzte Verfügung der Unabhängigen Kommission gegen die PDS verpflichtete diese, innerhalb von zwei Wochen einen vollständigen Inventarplan aller ihrer Geschäftsstellen - von Berlin bis in die Kreise - vorzulegen, ansonsten würden Treuhandvertreter "vermutlich wie Heuschrecken" über alle PDS-Büros herfallen und jeden Stuhl auf rechtsstaatlichen Erwerb prüfen, vermutete Gysi dazu. Das wäre nicht der erste derartige Besuch: Neben gelegentlichen Hausdurchsuchungen der Polizei, die schon längst keine Erwähnung mehr in der Presse finden, gingen monatelang die WirtschaftsprüferInnen in den Parteibüros ein und aus und wälzten TreuhandvertreterInnen die Akten der Partei. Nach dem Finanzdebakel vor einem Jahr hatte sich die PDS von einer bereitwilligen Erlaubnis zur Einsicht in ihre Bücher erhofft, daß sie ihre verlorene Glaubwürdigkeit gegenüber den staatlichen Stellen wieder herstellen könnte. Mittlerweile verkündete der Parteichef, nun sei "Schluß mit naivem Glauben an Rechtsstaatlichkeit" und untersagte den Parteigliederungen jegliche Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen ohne seine ausdrückliche Genehmigung. Möglicherweise zu spät, denn die PDS ist heute tiefer verstrickt als vor einem Jahr - diesmal allerdings in die Fänge der Treuhand.

"Die Aufteilung der Konkursmasse wird die letzte Schlagzeile in Sachen PDS liefern, bevor sich der historische Vorhang senkt und die ‚Nachfolgepartei der SED' als Fußnote in den Geschichtsbüchern verschwindet", formulierte der taz-Kommentator genüßlich, nachdem die PDS endlich mit den unglaublichen Machenschaften der Unabhängigen Kommission und der Treuhand gegen die Partei an die Presse ging. Es ist ein für die westdeutsche Linke ungewöhnliches Verfahren, dieser Kleinkrieg, der gegen die PDS geführt wird, wo monatelang Gehaltszahlungen, Renten und Stipendien von den staatlichen Stellen verweigert werden; und ein Ende durch Konkurs wäre ja mal eine neue Variante staatlicher Repression gegen Linke. Dennoch wird der PDS die Misere zu größten Teilen selbst angelastet. Alle Versuche, von der linksliberalen Öffentlichkeit Unterstützung für die PDS zu organisieren, werden mit den Argumenten abgewiesen, die ganze Angelegenheit sei zu unübersichtlich, es handele sich um ein Finanz- und kein politisches Problem und mensch habe Mißtrauen in das Finanzgebaren der Partei. Daß die finanzielle Problematik eingesetzt wird für die politische Zerstörung, daß die Hauptkontrahenten Treuhand und Unabhängige Kommission unter direkter Rechtsaufsicht der Bundesregierung stehen, wird dabei ignoriert. Aufklärung ist angesagt.

Ausgangsgrößen

Im Dezember 1989, als die SED sich umbenannte in SED/PdS und ihre Weiterexistenz beschloß, tat sie das auch mit Blick auf das Parteivermögen. Es sollte bei der SED/PdS, soweit es rechtmäßig erworben sei, verbleiben und im Sinne gesellschaftlich fortschrittlicher Aufgaben eingesetzt werden. Entsprechend beschloß die Partei im Februar 1990 die Übernahme der SED-Verbindlichkeiten und die Abführung von 3 Milliarden Mark an den DDR-Staatshaushalt. Der größte Teil der Parteibetriebe (Zeitungsverlage, Buchverlage, Druckereien und andere Betriebe) wurden in Staatseigentum oder genossenschaftliches Eigentum überführt; zahlreiche Immobilien gingen in kommunale Verwaltung, weitere Summen wurden in Form von Spenden für gemeinnützige Zwecke weggegeben, z.B. 250 Mio. Mark allein an die Humboldtuniversität Berlin. Im Juni 1990 legte der Schatzmeister einen Finanzbericht vor, worin das verbliebene Barvermögen mit einer Milliarde beziffert wurde, zusätzlich waren Darlehen in Höhe von ca. 280 Mio Mark vergeben worden und noch knapp 300 Immobilien im Besitz der Partei verblieben.

Einrichtung der Unabhängigen Kommission

Am 31. Mai 1990 beschloß die Volkskammer der DDR eine Änderung und Ergänzung des Parteiengesetzes der DDR. Mit den Paragraphen 20 a und 20 b wurde das Vermögen der früheren Blockparteien und Massenorganisationen (soweit es am 7. Oktober 1989 bestanden hatte) unter "treuhänderische Verwaltung" der "Unabhängigen Kommission" (UK), die unter Vorsitz von de Maizière eingerichtet wurde, gestellt. Dieses Vorgehen entsprach einer Bedingung, die die SPD für ihre Zustimmung zum Einigungsvertrag gestellt hatte, und wurde von der PDS als "Ermächtigungsgesetz" und als drohende Enteignung interpretiert. Gleichzeitig beschloß die Volkskammer am selben Tag, daß durch diese Maßnahme die politische Tätigkeit der Parteien und Organisationen nicht beeinträchtigt werden dürfe. Gegenüber Beschwerden der PDS, durch die

Anzeigepflicht aller Vermögensveränderungen wäre sie gezwungen, jede Ausgabe von der UK genehmigen zu lassen, erklärte der Vorsitzende der UK mehrmals schriftlich, daß der normale Geschäftsbetrieb und die politische Tätigkeit in Form von Kongressen, Demonstrationen, Wahlkampf, Einrichtung von Büros auch im Westen, Dienstreisen usw. nicht genehmigungpflichtig sei, ebensowenig wie Ausgaben bis zu DM 10.000.

Darüber hinaus sollte die UK eine Bestandsaufnahme der Vermögenswerte aller ihr unterstellten Parteien und Organisationen und ein gesetzliches Verfahren erarbeiten, mit dem Vermögenswerte zugunsten gemeinnütziger Zwecke eingezogen werden könnten. Für welche Vermögenswerte das gelten sollte, das heißt nach welchen Kriterien Vermögen beschlagnahmt werden sollte, wurde nicht genannt, obwohl in der mündlichen Debatte beteuert worden war, daß das ungesetzlich oder unrechtmäßig erworbene Vermögen gemeint war.

Nach dem Staatsvertrag

Nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 galten die beiden Paragraphen 20 a und b des Parteiengesetzes der DDR fort. Der Beschluß der Volkskammer, der festgelegt hatte, daß die politische Tätigkeit der Parteien und Organisationen nicht beeinträchtigt werden darf, wurde nicht in den Einigungsvertrag übernommen. Die treuhänderische Verwaltung ging per 3. Oktober von der UK auf die Treuhandanstalt über. Die Treuhandanstalt darf allerdings nur im Einvernehmen mit der Kommission tätig werden.

Im Einigungsvertrag wurden außerdem Maßgaben festgelegt, wie das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu verwenden sei. Danach ist das Vermögen an die ursprünglichen Besitzer zurückzugeben und, soweit diese nicht feststellbar sind, für gemeinnützige Zwecke in den neuen Bundesländern einzusetzen. Die alten DDR-Parteien und -Organisationen sollen nur jenen Teil zurückbekommen, den sie nach materiell-rechtsstaatlichen Gesichtspunkten im Sinne des Grundgesetzes der BRD erworben haben.

Die Rechtsaufsicht über die UK, die nach dem Anschluß durch etliche Westmitglieder ergänzt wurde, wobei der frühere Ost-Vorsitzende durch den aus dem Westen stammenden Rechtsprofessor Papier ersetzt wurde, liegt seit dem 3. Oktober 1990 beim Bundesinnenminister, die Treuhandanstalt untersteht dem Bundesfinanzminister.

Der Finanzskandal

In der nun folgenden Phase wurde ein anderer Ton gegenüber der PDS angeschlagen, vom Verfahren her änderte sich konkret wenig, die staatlichen Stellen brauchten aber offensichtlich nur abzuwarten: Der Finanzskandal war ein ganz entscheidender Schlag gegen die Glaubwürdigkeit und eigene Moral der Partei.

In der Nacht zum 19. November 1990 wurde die Berliner PDS-Zentrale durchsucht. Zehn Tage lang empörte sich die PDS gegen diesen Schlag, der mit der Eroberung des Hauses durch die Nazis im Jahre 1933 verglichen wurde. Dann folgte eine zweite Durchsuchung, in deren Ergebnis nachgewiesen wurde, daß die Verschiebung von mehreren Millionen DM an der Treuhand vorbei auf ein Auslandskonto aus der Parteizentrale lanciert worden war, die Finanzverantwortlichen Pohl und Langnitschke wurden ebenso wie der Hallenser Kaufmann festgenommen.

Die beiden PDS-Funktionäre haben mit ihrer Finanztransaktion vermutlich genau das gemacht, wohin die staatlichen Gegenstellen sie treiben wollte. Die in dem zur Zeit laufenden Verfahren gegen die Festgenommenen wird bestätigt, was in ak 324 im November 1990 nicht mit Sicherheit behauptet werden konnte: Die zuständigen BRD-Stellen waren offenkundig bestens in der Lage, alle Finanztransfers der PDS genau zu beobachten. Aus dem laufenden Strafprozeß ergibt sich, daß insbesondere der Hallenser Mittelsmann Karl- Heinz Kaufmann, der verhaftet wurde, als er in Oslo 70 Mio DM in bar abheben wollte, schon lange vorher auf Schritt und Tritt geheimdienstlich beobachtet worden war, was heißt, daß der Zeitpunkt des Hochgehenlassens der PDS bewußt gewählt war. Strafrechtlich müssen sich die drei Angeklagten jetzt wegen Untreue zu Lasten der PDS verantworten. Daß es aber weniger darum ging, das Vermögen der PDS (oder der Treuhand) zusammenzuhalten, als vielmehr darum, das Ansehen der PDS zu zerstören, ergibt sich aus zahlreichen Versuchen der Ordnungsorgane, die Verhafteten durch Versprechungen auf sofortige Freilassung zu der Aussage zu bewegen, daß Gysi die Transaktion angeordnet hätte. Wenn sie zugeben würden, daß ihre Finanzmanipulation vom Parteichef angeordnet worden sei, wären sie aus dem Schneider; auch der

Parteivorsitzende wäre keinen strafrechtlichen Konsequenzen ausgesetzt, denn dann ginge es lediglich noch um die verwaltungsrechtliche Auseinandersetzung zwischen PDS und Treuhand. Aber der Vorsitzende wäre politisch erledigt.

In Folge des Finanzskandals entschied sich die PDS, 80% ihres verbliebenen Vermögens aus DDR-Zeiten für gemeinnützige Zwecke abzugeben. Von den restlichen 20% sollten sowohl die politische Tätigkeit als auch Verpflichtungen, die von der SED übernommen worden waren, finanziert werden. Diese Regelung wurde von der UK und der Treuhand abgelehnt, mit der Begründung, daß der materiell-rechtstaatlich erworbene Anteil des ehemaligen SED-Vermögens, der der PDS zustehe, ja auch unter 20% des verbliebenen Vermögens liegen könnte; real entsprachen 20% des verbliebenen Vermögens etwa 5% des ehemaligen SED-Vermögens.

Die Verfügungsgewalt wird eingeschränkt

Im November hatte sich die Treuhand mit einem Schreiben an alle Banken, bei denen die PDS Konten unterhielt, gewandt und darauf hingewiesen, daß die PDS ohne Genehmigung nur Zahlungen bis zu DM 10.000 DM vornehmen dürfe. Alle höher liegenden Beträge bedürften einer Genehmigung durch die Treuhand. Damit war das frühere durch die Volkskammer beschlossene Verfahren revidiert. Die PDS richtete sich nach dieser Anweisung.

Im Juni 1991, einen Tag nach dem Parteitag, widerrief die Treuhand in einer Verwaltungsanordnung an alle Kreis- und Landesvorstände diese Genehmigung. Von da an mußte die PDS alle Ausgaben von der Treuhand genehmigen lassen. Die Konten der PDS wurden gesperrt, die Banken bekamen Anweisung, keine Gelder mehr ohne Treuhandgenehmigung herauszugeben. Auch einige Konten von westlichen Landesverbänden waren betroffen, wurden nach Protesten aber wieder freigegeben, weil die Treuhand darauf kein Zugriffsrecht hat. Gleichzeitig wurde der PDS die Verwaltung ihrer sämtlichen Immobilien entzogen mit dem Ergebnis, daß die PDS in Einzelfällen gezwungen ist Miete zu zahlen für Objekte, wo sie selbst als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen ist.

In dieser Zeit wurde die Genehmigungspraxis von der Treuhand immer restriktiver gehandhabt. So wurde bis auf eine Ausnahme keine Begleichung der Rechtsanwaltskosten genehmigt. Z.B. war ein Rechtsanwalt von der PDS beauftragt worden, die im Finanzskandal ins Ausland verbrachten 107 Mio DM zurückzuführen und auf ein Treuhandkonto einzuzahlen. Die Zahlung der Anwaltskosten wurde von der Treuhand mit der Begründung: "Voraussetzung dafür wäre (gewesen), daß die Treuhand Ihrer Beauftragung zugestimmt hätte" nicht genehmigt.

Im August 1991 teilte die Treuhand mit: "Die PDS hat sich der Ausübung ihrer Gesellschafterrechte an der Zentrag GmbH zu enthalten, soweit die Treuhandanstalt nicht ausdrücklich ihre Zustimmung hierzu erteilt. Die PDS hat zu dulden, daß die Gesellschafterrechte an der Zentrag GmbH von der Treuhandanstalt ausgeübt werden." Zur Zentrag gehören u.a. der Dietz-Verlag und die "Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH". Der von der Treuhand eingesetzte Verwalter (Treuhänder!) wurde mittlerweile fristlos gekündigt, weil er für die Vermittlung von Geschäften mehrfach Provisionen kassiert hatte.

Die PDS bekommt Kredit aus ihrem eigenen Vermögen

Mit der Sperrung aller PDS-Konten war das gesamte Geldvermögen der PDS von der Treuhand beschlagnahmt und auf ein Treuhandkonto transferiert worden. Das betraf auch sämtliche Gelder, die die PDS nach dem 7. Oktober 1989 neu eingenommen hatte, zusammen ca. 140 Mio DM bestehend aus Mitgliedsbeiträgen, Wahlkampfkostenrückerstattung und Spenden, obwohl dieses Neuvermögen ausweislich des Parteiengesetzes nicht unter treuhänderischer Verwaltung stand und steht. Eine Klage der PDS auf Herausgabe dieses Geldes vor dem Verwaltungsgericht Berlin ist noch nicht entschieden. Gleichzeitig mit der Beschlagnahme des Vermögens stellte die Treuhand der PDS ab September 1991 einen Kredit über 5,548 Mio DM aus dem Altvermögen der Partei zur Verfügung, der bis Ende Dezember vollständig aus Neueinnahmen der Partei (Mitgliedsbeiträgen und Spenden) zurückgezahlt werden muß. Erfolgt keine fristgerechte Rückzahlung, wird die Differenz von den Neueinnahmen ab Januar einbehalten. Es besteht also zur Zeit der widersinnige Zustand, daß alle Einnahmen der Partei und alle Anstrengungen um Mehreinnahmen unmittelbar an die Treuhand zur Tilgung eines Kredites gehen, den die PDS aus ihrem eigenen Vermögen bekommen hat.

Aus dem Kredit muß die PDS ihre aktuelle politische Tätigkeit ebenso wie Gehälter und Mieten bezahlen. Aus dem Altvermögen würden nur noch die sogenannten Altlasten (siehe Kasten) bestritten werden, so kündigte es die Treuhand am 6. August 1991 an. Nach dem lange Zeit ein zähes Ringen um die Bestimmung dessen, was Altlasten sind, gegangen war, setzte die Treuhand im Oktober 1991 eins drauf und stellte sich auf den Standpunkt, Altlasten seien lediglich aus dem Teil des Altvermögens zu bestreiten, der als materiell-rechtsstaatlich erworben festgestellt ist. Da diese Entscheidung aber noch gar nicht gefallen ist, müsse die PDS unterschreiben, daß sie gegebenenfalls - nämlich wenn die Zahlungen der Altlasten den materiell-rechtsstaatlich erworbenen Altvermögensteil überschreiten - mit ihrem Neuvermögen haftet.

Die Erpressung der Treuhand

Die Form, in der die Treuhand auf ihrer Rechtsauffassung besteht, ist mindestens moralische Nötigung zu nennen.

Beispiel Stipendien

Auf Einladung des ZK der SED studieren seit mehreren Jahren StudentInnen aus Ländern des Trikont in der DDR bzw. nun in der BRD. Da die BRD die Stipendien nicht übernehmen wollte (Einladende war schließlich die SED gewesen), stand die PDS vor der Frage, die StudentInnen nach Hause zu schicken oder die Verpflichtungen zu übernehmen. Sie entschied sich für letzteres, die Stipendienzahlungen wurden von der Treuhand als aus dem Altvermögen zu begleichende Altlasten eingestuft. Im September setzte die Treuhand plötzlich die Bezahlung der Stipendien aus und erklärte Ende Oktober, sie sei "zu einer umgehenden Auszahlung der für die Stipendien notwendigen Gelder nur in der Lage, sofern die PDS dieser Maßgabe zustimmt" - der Maßgabe nämlich, daß diese Zahlungen aus dem der PDS zuerkannten Vermögen abzuziehen sind. Da über die zu erwartende Höhe dieses Teils nur Vermutungen angestellt werden können - schlimmstenfalls bleiben einige Immobilien übrig wie z.B. das von der KPD in den 20er Jahren erworbene Karl-Liebknecht-Haus, die dann zwangsversteigert werden müßten, stimmt die PDS dieser Maßgabe nicht zu. Die Treuhand zahlt die Stipendien nicht aus, aus dem Neuvermögen kann die PDS die Stipendien nicht bezahlen, weil dies vollständig für die Tilgung des Kredits draufgeht.

Beispiel Renten

Ebenso verfuhr die Treuhand mit den RentnerInnen, die bei der SED seinerzeit freiwillig Beiträge in eine Zusatzrentenversicherung eingezahlt hatten. Die PDS übernahm von der SED einen Rentenfonds, der aus Versichertenbeiträgen und den Betriebsanteilen der Partei besteht, der von der Staatsanwaltschaft geprüft und als ordnungsgemäß eingerichtet bestätigt wurde. Aus dieser Versicherung ist die PDS verpflichtet, monatlich eine durchschnittliche Zusatzrente von ca. 282 DM an 11.000 Rentner zu zahlen, was zusammen eine Summe von über 3 Mio DM monatlich ergibt. In diesem Fall, ebenso wie bei den Gehältern, verlangte die Treuhand nicht nur eine Verrechnung mit dem, was der Partei als materiell-rechtsstaatlich zurückgegeben werden muß, sondern auch eine Verrechnung mit dem Neuvermögen, wenn der als materiell-rechtsstaatlich erworben festgestellte Teil des Altvermögens nicht ausreichen sollte. Das wurde erst recht von der PDS abgelehnt - ihre Mitgliedseinnahmen betragen derzeit 1,1 Mio DM, alleine der Rentenschuldenberg würde monatlich um 3 Mio DM anwachsen.

Gleichzeitig wurde der Treuhand mitgeteilt, daß, wenn die Auszahlungen nicht innerhalb von 48 Stunden erfolgen würden, über 12.000 Einzelklagen gegen die Treuhandanstalt auf Auszahlung von Stipendien, Renten und Gehältern eingereicht würden. Die Treuhand verfügte daraufhin mehrere Verwaltungsanordnungen, in denen sie die Beträge an die PDS auszahlte mit dem Vorbehalt, daß sie diese Summen mit dem materiell-rechtsstaatlich erworbenen Vermögen - und mit Ausnahme der Stipendien - auch mit dem kommenden Neuvermögen der PDS verrechnen wird. Durch die Überweisung der Beträge an die PDS erreichte sie, daß die Betroffenen keine Klagen mehr gegen die Treuhandanstalt einreichen können, denn die Treuhandanstalt kann sich darauf berufen, das Geld bereits an die PDS überwiesen zu haben. Gleichzeitig geht die Treuhand davon aus, daß die PDS dann politisch-moralisch dazu gezwungen ist, auch die Stipendien, die Gehälter und Renten an die Betroffenen auszuzahlen. Mit dieser Auszahlung - so hofft die Treuhand - erkennt die PDS faktisch den Vorbehalt der Verrechnung an.

Bei den RentnerInnen der anderen früheren Blockparteien der DDR, die zwischenzeitlich mit der CDU und FDP fusioniert haben, ist längst eine andere Lösung gefunden worden. Diese Renten bezahlt der Staat.

Beispiel Sozialplan

Die PDS hat in diesem Jahr zwei Massenentlassungen durchgeführt, um den Bedingungen der UK entsprechend ihren MitarbeiterInnenstab auf ein selbst zu finanzierendes Maß runterzuschrauben. Dafür wurde ein Sozialplan mit dem Betriebsrat und der HBV ausgehandelt, in denen die Abfindungssummen geregelt werden. Der Sozialplan wurde bei der UK und bei der Treuhand zur Genehmigung eingereicht, beide Einrichtungen erteilten die Genehmigung. Auf dieser Grundlage erfolgte dann die Kündigung der MitarbeiterInnen. Nachdem diese wegen Ablauf der Frist kein Rechtsmittel mehr gegen die Kündigung hatten, widerriefen UK und Treuhand ihre Genehmigung und untersagten der PDS die Auszahlung nach dem Sozialplan. Im Interesse ihrer MitarbeiterInnen richtete die PDS diesbezüglich Anträge an das Verwaltungsgericht Berlin. Dies lehnte die Anträge der PDS ab, weil die Zustimmung von UK und Treuhand zum Sozialplan rechtswidrig gewesen sei und der Widerruf damit rechtlich zutreffend. Das Rechtsmittel gegen diesen Beschluß lehnte das Oberverwaltungsgericht Berlin ab. Damit gingen beide Gerichte davon aus, daß der Sozialplan nicht wirksam ist.

Inzwischen hatte jedoch mehrere ehemalige MitarbeiterInnen der PDS vor Arbeitsgerichten auf Auszahlung der Abfindung geklagt, in sämtlichen Fällen haben die Arbeitsgerichte die PDS zur Auszahlung dieser Summen verurteilt. Nachdem nun die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte vorlagen, legte die PDS in allen Fällen Berufung ein. Die Klagen richteten sich nun zusätzlich gegen die Treuhand auf Auszahlung aus dem Altvermögen. Obwohl die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte vorlagen, hat in einem Arbeitsrechtsverfahren das Landesarbeitsgericht Berlin am 8. November 1991 entschieden, daß die Berufung der PDS zurückgewiesen wird. Sie bleibt verpflichtet, die Abfindungszahlungen in voller Höhe an die ehemaligen MitarbeiterInnen vorzunehmen.

Die Klage gegen die Treuhand wurde ebenfalls abgewiesen. Daraus ergibt sich, daß das Verwaltungsgericht der Treuhandanstalt bescheinigt, daß die Sozialpläne nicht wirksam sind, die Arbeitsgerichte aber von der Gültigkeit der Sozialpläne ausgehen, die PDS zur Zahlung verpflichten, die Treuhand ihrerseits aber nicht verpflichtet ist, dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierbei geht es um mehrere Millionen DM, die von der PDS ohne Rückgriff auf das Altvermögen nicht aufzubringen sind.

In diesen Fällen ist übrigens die Treuhandanstalt nicht einmal bereit, eine Auszahlung unter dem Vorbehalt der Verrechnung mit dem materiell-rechtsstaatlich erworben festzustellenden Vermögen oder dem Neuvermögen vorzunehmen.

Bei den anderen ehemaligen Blockparteien erfolgten im übrigen sämtliche Auszahlungen nach den Sozialplänen. Sie wurden genehmigt und die Genehmigung wurde auch zu keinem Zeitpunkt widerrufen. Muß noch erwähnt werden, daß die Auszahlungen sämtlichst höher lagen, als die von der PDS vereinbarten Abfindungen?

Ein drittes Urteil

Am 10. Juli 1991 hat das Bundesverfassungsgericht eine Klage der PDS wegen Beeinträchtigung ihrer politischen Tätigkeit abgewiesen. In der Begründung heißt es: "Das nach dem 7. Oktober 1989 erworbene Vermögen unterliegt, soweit es nicht an die Stelle früher erworbenen Vermögens getreten ist, von Gesetzes wegen nicht der treuhänderischen Verwaltung. Durch dies Vermögen, insbesondere durch die laufenden Einnahmen der Antragstellerin aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zahlungen aus Wahlkampfkostenerstattungen, ist ihre Handlungsfähigkeit als politische Partei gewährleistet." Während also das Bundesverfassungsgericht davon ausging, daß die Neueinnahmen der PDS zur Ausübung der politischen Tätigkeit zur Verfügung stehen, gehen inzwischen die UK und die Treuhand - und damit die Bundesregierung (Rechtsaufsicht) - davon aus, daß diese Neueinnahmen für die Erfüllung von Altverpflichtungen haften.

Das Bundesverfassungsgericht stellt weiterhin fest: "Wie im Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission (...) angesprochen, besteht zwischen der Unabhängigen Kommission und der Treuhandanstalt Einvernehmen darüber, daß vor dem 1. Juni 1990 begründete rechtliche Verpflichtungen der PDS entsprechend der bisher gehandhabten und für die Zukunft beabsichtigten Vollzugspraxis aus dem der treuhänderischen Verwaltung unterliegenden Vermögen zu erfüllen sind, soweit sie wirksam begründet werden und ihre Begründung nicht dem Zweck dient, diese Vermögen einer künftigen treuhänderischen Verwaltung zu entziehen." Auch daran fühlen sich UK und Treuhand nicht mehr gebunden, denn wie sich aus den zitierten Verwaltungsanordnungen

ergibt, haftet inzwischen für die Erfüllung von Altverpflichtungen nicht mehr das Altvermögen als Ganzes, sondern nur noch der materiell-rechtsstaatlich erworbene Teil und das Neuvermögen der PDS. Darüber hinaus verfügte das Bundesverfassungsgericht, daß die PDS "auf das der treuhänderischen Verwaltung unterliegende Vermögen zur Erfüllung von Lohn- und Gehaltsforderungen ihrer von der SED übernommenen Beschäftigten, auch soweit deren Zahl das für eine politische Partei der Größenordnung der Antragstellerin angemessene Maß übersteigt, bis zur schnellstmöglichen Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse und zur Begleichung von Abfindungszahlungen im Rahmen eines etwaigen, den üblichen Verhältnissen entsprechenden Sozialplanes zurückgreifen können".

Auch an diese Festlegungen fühlt sich inzwischen niemand mehr gebunden. Es ist eine völlige Verdrehung der rechtlichen Gegebenheiten, wenn aus der ursprünglichen Zusage, Altverpflichtungen aus Altvermögen zu erfüllen, letztlich der Grundsatz wird, daß dafür das Neuvermögen haftet.

Was ist "materiell-rechtsstaatlich erworbenes Vermögen"?

Die Entscheidung, welche Kriterien für materiell-rechtsstaatlich erworbenes Vermögen angelegt werden, soll in einer Sondersitzung der UK am 19. Dezember 1991 fallen. Auf einer Sitzung im November hatte die Kommission dazu Vorgespräche geführt, in denen Überlegungen angestellt wurden, nach denen so ziemlich das gesamte Vermögen der SED als nicht rechtsstaatlich erworben anzusehen ist.

In Frage gestellt wurden u.a. die Zuweisungen der SMAD zwischen 1945 und 1949, die aufgrund der Enteignungen der SPD und KPD als Wiedergutmachung gezahlt worden waren. Rechtsnachfolger der KPD könne nämlich nur eine KPD im gesamten Deutschland sein, im Westen sei die Partei jedoch seit 1956 verboten; aus diesem Grunde sei die Eigentumsfrage z.B. hinsichtlich des Karl-Liebknecht-Hauses völlig offen.

Hinsichtlich der Mitgliedsbeiträge der SED stimmten die Kommissionsmitglieder darüber ab, wieweit sie sämtlichst als Zwangsmitgliedsbeiträge anzusehen seien. Die Abstimmung ergab ein Ergebnis von fünf dafür, fünf dagegen und sechs Enthaltungen. Eine andere Überlegung geht davon aus, den Anteil freiwilliger SED-Mitglieder in der Höhe der heutigen PDS-Mitgliedschaft zu beziffern. So wird 90% der SED-Mitglieder unterstellt, sie seien zwangsweise dieser Partei beigetreten, um der PDS die Mitgliedsbeiträge vorzuenthalten. Anderseits werden viele dieser gleichen Zwangsmitglieder aus ihren Stellungen und Berufen entlassen, weil sie Mitglieder der PDS gewesen sind. Die besondere Willkür des eingeschlagenen Verfahrens liegt darin, daß beides im Sinne der BRD "rechtsstaatlich" ist.

In einem Entwurf der UK zur Feststellung der Kriterien wird darüber hinaus zur Beschlußfassung vorgeschlagen, daß die Verrechnungen mit dem materiell-rechtsstaatlich erworbenen Vermögen und mit dem Neuvermögen rückwirkend für sämtliche Ausgaben der PDS seit dem 1. Juni 1990 erfolgen soll, und zwar auch in all den Fällen, in denen damals die UK bzw. die Treuhand die Zustimmung zur Ausgabe des Geldes ohne jeden Vorbehalt erteilt hatte. Am Schluß heißt es dann noch, daß der PDS die "Kosten und Aufwendungen der treuhänderischen Verwaltung (...) von dem zurückzuführenden Vermögen abzuziehen sind".

Eine tatsächliche Auflistung des Vermögens der SED nach Beiträgen, Zuweisung, Einnahmen aus Betrieben und staatlichen Zuwendungen wird nicht einmal versucht, es ist allerdings auch zu bezweifeln, ob das möglich wäre. So geht jede Festlegung von willkürlichen Einschätzungen aus, die sich aus der Beurteilung der SED herleiten. Dennoch scheint die Kommission den Anspruch zu verfolgen, eine Entscheidung zu treffen, bei der ein - wenn auch winziger Teil - als materiell-rechtsstaatlich erworben anerkannt wird. Die Alternative wäre die vollständige Enteignung unter Anerkennung der SED als verbrecherischer Organisation. In diesem Fall müßte aber auch ein Strich zwischen SED und PDS gezogen werden, die PDS würde auf das Altvermögen verzichten aber auch der Altverpflichtungen entledigt sein. Dies aber will die UK ganz offensichtlich verhindern. Angestrebt wird, den allergrößten Teil des Vermögens zugunsten des Bundes einzuziehen und die darauf lastenden Hypotheken bei der PDS zu belassen.

Die SED hatte seinerzeit ihre Auflösung gerade auch hinsichtlich des zu erhaltenden Vermögens abgelehnt, die PDS sich darauf gegründet. Diese Überlegung hat sich mittlerweile gegen die PDS verkehrt. Das Altvermögen ist eine Dauerbelastung für die Partei, die sie mittlerweile an den Rand des Konkurses gebracht hat. Mittlerweile ist selbst ein Schnitt, ein vollständiger Verzicht nicht mehr möglich. Die Rechtstitel z.B. auf die

Abfindungen bestehen gegen die PDS und müßten in so einem Falle von der BRD übernommen werden. Das scheint äußerst unwahrscheinlich.

PDS in der Sackgasse

Die Strategie der PDS gerät ein um's andere Mal in die Sackgasse. Ihr Handeln ist vollständig in der Defensive. Alle Versuche der Kooperation mit UK und Treuhand sind gescheitert. Das Anliegen, mit dem Vermögen der SED einen Beitrag für fortschrittliche Politik zu leisten, hat sich ins Gegenteil verkehrt, die Verpflichtungen aus den Altlasten sind größer geworden als die für Politik zur Verfügung stehende Summe; übriggeblieben ist ein ständiger Kleinkrieg mit den diversen Gerichten der BRD-Justiz, der alleine den Parteivorsitzenden mehrere Stunden am Tag einbindet. Die lange verfolgte Verweigerung, keine Trennung zwischen Alt- und Neuvermögen vorzunehmen, ist fehlgeschlagen. Selbst ein vollständiger Verzicht auf das Altvermögen scheint heute keine Lösung mehr zu sein.

Ein Konkursverfahren, was die Selbstauflösung der Partei bedeuten würde, hat die PDS abgelehnt. Nun stellt sich die Frage, ob die PDS nicht wenigstens selber Kriterien fordern könnte, nach denen sie Anspruch auf einen Teil des Altvermögens erhebt. Nach allen Erfahrungen mit den staatlichen Einrichtungen besteht allerdings wenig Möge, sich auf diese Debatte einzulassen, dennoch wäre es wichtig, um der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Denn mit der Klassifizierung des SED-Eigentums wird auch wieder ein Mosaiksteinchen zur Bewertung des DDR-Staates festgeschrieben.

Claudia Gohde

Anmerkungen:

Neues Deutschland von Oktober bis Dezember, Chronologie des Parteivorstandes der PDS vom 19.11.91, taz vom 22.11.91

Dazu heißt es von der PDS:

"Die Maßgaben im Einigungsvertrag bedeuten, daß das Grundgesetz hinsichtlich seiner Geltung rückwirkend für die Entstehung von Eigentum in der DDR angewendet wird. Selbst bei einer Immobilie, die die Kommunistische Partei Deutschlands z.B. im Jahre 1926 erwarb, sind wir nunmehr verpflichtet, den Nachweis dafür anzutreten, daß sie materiell-rechtstaatlich im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erworben wurde. Es handelt sich hierbei wohl um den einmaligen rechtlichen Akt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht nur territorial und personell, sondern auch zeitlich zurück in seinem Geltungsbereich auszudehnenden. Dabei spielte für den Gesetzgeber offensichtlich überhaupt keine Rolle, daß es im Jahre 1926 noch nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland gab, geschweige denn deren Grundgesetz."

Neuvermögen - Altlasten

Altvermögen bezeichnet im Treuhand-PDS-Deutsch das Vermögen, das zum 7.10.89 in Händen der SED lag und von dieser durch die PDS übernommen wurde. Das gesamte Altvermögen steht nach dem Staatsvertrag unter Kuratel der Treuhandanstalt. Die UK hat die Aufgabe zu prüfen, welcher Teil dieses SED-Vermögens materiell-rechtstaatlich erworben wurde und der PDS damit zusteht. Der andere Teil ist an die ursprünglichen Berechtigten bzw. für gemeinnützige Zwecke in den neuen Bundesländern abzugeben. Die Entscheidung, nach welchen Kriterien Vermögenswerte als materiell-rechtstaatlich erworben oder nicht eingestuft werden, steht auf einer Sondersitzung der UK am 19. Dezember 1991 an.

Neuvermögen ist all das, was die PDS seit dem 7.10.89 eingenommen hat, und zählt als ganz normales Parteivermögen, das den gleichen Bestimmungen unterliegt, wie das anderer Parteien auch.

Altlasten sind finanzielle Verpflichtungen, die die PDS von der SED übernommen hat und die von der Treuhand als Altlasten anerkannt werden, wenn sie vor dem 1. Juni 1990 wirksam begründet worden sind "und nicht dazu dienen, Vermögen der treuhänderischen Verwaltung zu entziehen" (Treuhandverfügung vom 6.8.91). Altlasten können aus Altvermögen bestritten werden. Was im Konkreten zu den Altlasten gezählt wird, ist zwischen Treuhand und PDS strittig. Zugestanden wurden von der Treuhand z.B. Lohn- und Gehaltsverpflichtungen für MitarbeiterInnen, deren Beschäftigungsverhältnis vor dem 7. Oktober 1989 bestanden hat "bis zum frühest möglichen Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses"; formal

zugestanden wurden auch Abfindungszahlungen nach Sozialplänen und Lasten aus der Verwaltung des Altvermögens, die Zustimmung für konkrete Fälle wurde bislang aber verweigert.

"Wie arm ist die PDS, die früher SED hieß, wirklich? Das Vermögen der SED wird von der Treuhand verwaltet; die Partei (die ihre stillen Reserven haben mag) macht mit einem gewissen Recht geltend, daß jedenfalls der Teil des Vermögens, der aus angesparten Beiträgen der einst 2,3 Millionen Mitglieder stammt, freigegeben werden müsse. In der alten DDR hat es eine Zusatzversicherung für hauptamtliche Mitarbeiter gegeben, zu der die Partei, aber auch der Bedienstete Beiträge leistete. Diese Zahlungen könnten der PDS für die Erfüllung ihrer Zusagen zustehen. Die alte Bundesrepublik hat es zugelassen, daß die SED praktisch fortbesteht. Das reicht bis 1968 zurück, als man darauf verzichtete, die DKP als Nachfolgepartei der KPD zu verbieten. Im Prozeß der Vereinigung hat man davon abgesehen, die PDS zu verbieten. Das Bundesverfassungsgericht hat dafür gesorgt, daß die PDS am 2. Dezember 1990 durch getrennte Anwendung der Fünfprozentklausel nach alter DDR und bisheriger "BRD" in den Bundestag kam. Eine Partei, die man politisch-rechtlich geduldet hat, ökonomisch zu strangulieren - das ist auch ein Weg; der feinste ist es nicht."

29. Die Entlassung des Rektors Heinrich Fink

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:32

Am 27.11.91 - drei Wochen vor der Neuwahl des Rektors - wurde dem Rektor der Ostberliner Humboldtuniversität die fristlose Kündigung ausgesprochen. Die Entscheidung war am Abend vorher auf einer Sitzung der Personalkommission unter Leitung des Westberliner Wissenschaftssenators Erhardt (CDU) gefallen, nachdem von der Gauck-Behörde der Hinweis gekommen war, daß Fink Kontakte mit der Stasi gehabt habe.

Fink selber hatte am 25.11.91 erfahren, daß belastendes Material gegen ihn vorliegen würde. Am folgenden Tag hielt er eine Pressekonferenz ab und erklärte, daß er zu keinem Zeitpunkt eine Verpflichtungserklärung unterschrieben habe und daß er keine Berichte geschrieben habe. Allerdings habe er in seiner Position als langjähriger Leiter der Sektion Theologie zahlreiche Kontakte mit dem MFS gehabt, die "in erheblichem Umfange konfliktvoll" (ND 28.11.91) gewesen seien.

Bislang wird gegen Fink angeführt, daß er seit 1969 unter dem Decknamen "Heiner" für das MfS gearbeitet haben soll, zwar existiert keine Akte, diese sei im Dezember 1989 von der Stasi gelöscht worden, aber die Registriernummer auf der Löschanweisung sei identisch mit der Namenskarte von Fink.

Auf einer öffentlichen Sondersitzung des Konzils, die wegen des großen Interesse auch in den Kinosaal übertragen wurde, am 29.11.91 präsentierte Joachim Gauck persönlich weiteres Material: In insgesamt zwölf Aktenbänden oder Aktenteilen gäbe es Hinweise auf Fink. Ob unter dem Tarnnamen oder der Registriernummer, ist den Zeitungsberichten nicht zu entnehmen. Aus dem Jahr 1968 stammt ein Beschluß, der die Werbung des Theologen Fink vorsah und seine Decknamen "Heiner" festlegte, in einer Aktennotiz aus 1968 wird die Qualifikation des Theologen und IM "Heiner" und die gute Zusammenarbeit mit ihm gerühmt und in einem "Index über Personen" aus Dezember 1989 wird mitgeteilt, daß der Vorgang "Heinrich Fink" unter Angabe einer Registriernummer gelöscht wurde.

Nach Bekanntwerden der Vorwürfe entwickelten sich zahlreiche Proteste. Mehrere Tausend StudentInnen und MitarbeiterInnen der Humboldtuni protestierten gegen die Entlassung Finks und forderten ihn auf, die Amtsgeschäfte weiterzuführen. An den folgenden Tagen fanden Warnstreiks an der Uni statt. Bei einer Demo zur Gauck-Behörde wurden Solidaritätserklärungen bekundet und die Rechtmäßigkeit des ganzen Vorganges angezweifelt. Bündnis 90/Grüne/AL beantragten im Berliner Abgeordnetenhaus eine aktuelle Stunde, die abgelehnt wurde. Die PDS stellte einen Mißtrauensantrag gegen den Wissenschaftssenator.

Auf einer Veranstaltung äußerten Christa Wolf, Rudolf Bahro, Christoph Hein, Stefan Heym und Bischof Krusche ihren Protest gegen den Vorgang. Der Akademische Senat verurteilte einstimmig die nicht rechtsstaatliche Praxis; mit großer Mehrheit stellte er sich hinter das Wirken Finks als Rektor und erklärte, daß das persönliche Vertrauen in die persönliche Integrität auch durch das Schreiben der Gauck-Behörde nicht in Frage gestellt sei.

Kaum ein "Stasi-Fall" hat bislang derartige Proteste hervorgerufen. Ist wieder einer über die Aktenlage gefallen und wird es erst zugeben, wenn ihm schwarz auf weiß seine IM-Tätigkeit nachgewiesen wird? Hat Fink seine Schuldigkeit als Übergangsrektor getan? Gehört er zu denjenigen, die im Nachhinein für ihr Eintreten für eine demokratische DDR bestraft werden? "Geht es um die nachträgliche geistige Anerkennung der DDR?" (Bahro) Liegt in der Person Heinrich Finks die Chance zu einem anderen Herangehen an die DDR-Geschichte, oder ist es das letzte Aufbäumen des "exemplarischen DDR-Bürgers" (Hans-Jürgen Fischbeck, Bündnis 90) - das sind Fragen, die in den Intellektuellenkreisen und auf den Debattenseiten derzeit heftigst diskutiert werden. Dazu ausführlicher in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.

Nebenstehend dokumentieren wir einen Auszug aus einem Brief von einem Mitglied der Humboldtuniversität.

CI.

An der Humboldtuni ist der Teufel los Auszug aus einem Brief von der Humboldtuniversität (HUB) vom 4.12.91

(...) Indessen ist bei uns an der Uni der Teufel los. Von der fristlosen Entlassung unseres Rektors hast Du vielleicht gehört (obwohl ich feststellen mußte, daß eigentliche fast nur die ex-DDR-Medien etwas berichtet

haben). Am Vorabend seiner Reise nach Israel am Montag, dem 25.11. (Fink war an die Bar-Ilan-Universität eingeladen, um der Inauguration eines Lehrstuhls für preußisches Judentum beizuwohnen) teilte ihm der Senator für Wissenschaft und Forschung, Herr Erhardt, mit, daß die sogenannte Gauck-Behörde belastendes Material über ihn entdeckt habe und er somit mit seiner fristlosen Entlassung zu rechnen habe. Dieses Gespräch fand nur zwei Stunden, nachdem der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel auf der feierlichen Immatrikulationsfeier unserer Studenten des ersten Studienjahres gesprochen hatte statt - über Toleranz, über die Notwendigkeit, eine Atmosphäre zu schaffen, daß sich die rechten Kräfte, Neonazis, Antisemiten und Fremdenhasser nicht hervortrauen. Fink erhielt am Mittwoch oder Donnerstag - genau weiß ich es nicht mehr - sein Kündigungsschreiben. Es haben sich jedoch sofort der Akademische Senat, das Konzil der Universität und Tausende Studenten hinter ihn gestellt und gegen dieses Vorgehen protestiert. Du hättest den Zug zur Gauck-Behörde sehen müssen! Es wurde gerufen: "Gauck-, Gauck-, Gauckler in den Zirkus!" und "Rufmordzentrale". So etwas gab es wohl noch nicht im vereinten Deutschland. Logisch, daß Gauck die Uni als "PDS-gesteuert" beschimpfte.

Die HUB ist jedenfalls völlig aus dem Schlaf gerissen, Verunsicherung und Abwartestrategien wurden von heute auf morgen über Bord geworfen. Gottseidank, denn es ist wirklich höchst notwendig, daß etwas passiert. Wenn ich den Kommentar von "report" gestern richtig erzählt bekam - ich habe ihn leider nicht gesehen, werde aber morgen das Video bekommen - so hieß es sinngemäß, andere würden beim Verdacht der Stasimitarbeit still zurücktreten, Fink brauche aber wohl erst eine "Sonderbehandlung". Wenn das tatsächlich so gesagt worden ist, was ich für denkbar halte (zu überprüfen ist es aber auf alle Fälle), dann armes Deutschland ...

Die Anschuldigungen gegen den Rektor sind konstruiert, Fink ist überall für seine Toleranz, sein wahrhaft gelebtes Christentum, bekannt. Daß er als staatlicher Leiter auch "Kontakte" zur Stasi hatte - wie jeder, anders ging es gar nicht - hat er niemals bestritten. Doch er hat sich stets vor Studenten und Mitarbeiter gestellt, die unbequem waren, hat gerade auch wegen seines Engagements für Israel viele Anschuldigungen der damaligen DDR-Behörden zu überstehen gehabt. Bereits im Februar 1991 übrigens hatte die Gauck-Behörde festgestellt, daß keinerlei belastendes Material gegen ihn vorliege. Nun - drei Wochen vor der Wahl eines neuen Rektors - "findet" man plötzlich etwas. Das kann kein Zufall sein. Bündnis '90 hat indessen wohl herausgefunden, daß es nur Akten über Fink gab, keine von ihm geschriebenen Berichte, keine Unterschriftsleistung etc. pp. Aber das will schon keiner in der Großberliner Öffentlichkeit mehr hören.

Ich denke, man muß auf zwei Dinge aufmerksam machen. Dieses neue Deutschland nennt sich demokratisch, tut jedoch viel zu wenig gegen die Neonazis, gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt. Die Atmosphäre, die durch "Rufmord" gegen Demokraten - wie Heinrich Fink unbezweifelbar einer ist - geschaffen wird, baut Barrieren gegen Rechts ab. Darüber hinaus ist Fink natürlich nur ein Beispiel für das, was gegenwärtig hier vorgeht. Ein Gastprofessor aus den alten Bundesländern hat es in der Protestversammlung am Mittwoch auf den Punkt gebracht: Wenn dieses vereinte Deutschland es sich leisten kann, Demokraten wie Professor Fink die bürgerlichen und Ehrenrechte abzuerkennen, dann ist dieses Deutschland für'n Arsch! Es geht offensichtlich darum, ein Exempel zu statuieren. Wenn es gelingt, muß man sich fragen, wie die Universität in ein, zwei Jahren aussehen wird, wer hier dann lehrt und welcher Geist hier herrschen wird. Wenn nicht, bin ich trotzdem recht skeptisch, ob man uns unseren Sieg dann nicht bitter büßen lassen wird. "Es geht um den exemplarischen DDR-Bürger", schrieb die Junge Welt! (...)

30. "Das Lied im Kieselstein" - Märchen von Mauricio Rosencof

Wer über Märchen lacht, war nie in Not (Alexander Kluge)

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Uruguay; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:25

"Diese Legenden haben ihre eigene Geschichte: Sie entstanden in der Unbekannten Dimension, in Briefform, geschrieben für ein Mädchen mit Namen Alejandra. Die Geschichten, die in diesem kleinen Buch gesammelt sind, sind nicht vollständig. Denn viele, die geschrieben wurden, erreichten das Mädchen nicht. Denn in der Unbekannten Dimension weiß man bekanntlich nie ... Wohl aber weiß man, daß sie alle Alejandra gewidmet waren.

Daß ein Teil dieser Geschichten erhalten blieb, ist der schützenden Hand von Freunden zu verdanken, die sie vor der Vernichtung bewahrten. Auf mysteriöse und klandestine Weise gelangten sie in die Hände des Autors zurück."

So steht es im Vorwort.

Der Autor ist Mauricio Rosencof, 1972 als führendes Mitglied der Tupamaros in Uruguay verhaftet und zwischen 1973 bis 1985 als "Geisel des Staates" in völliger Isolationshaft gefangengehalten. Über diese Zeit, politisch eingeschätzt und erzählt, was war, berichten zwei andere Bücher, die mittlerweile in deutscher Übersetzung zu kaufen sind. (1)

"Während unserer Gefangenschaft, in der wir in absoluter Isolationshaft gehalten wurden, vergaßen wir die Farben, die Vögel verwandelten sich in vage Vorstellung, die Sonne wurde zum Mythos. Tag und Nacht waren eins. Eine grelle Lampe fixierte uns wie ein wahnsinniges Auge bis in unsere Träume, aus denen wir immer wieder emporschreckten. Es gab wenig Essen, viel Schläge, kaum Hoffnung." (2)

In dieser Zeit - Mauricio Rosencof war einer der neun Tupamaros-Staatsgeiseln, die mehr als zehn Jahre in einem zwei Quadratmeter kleinen Verließ gefangen gehalten wurden mit dem Ziel, sie zu brechen, sie "irre" zu machen - sind diese Märchen entstanden.

Mauricio hat sie für seine damals kleine Tochter geschrieben - und für sich als Erinnerung an die Welt draußen. Die Märchen haben eine ungewöhnliche Geschichte hinter sich: Sie wurden auf Zigarettenpapier oder in den kleinen Säumen von Unterhemden (die Wäsche der Geiseln wurde von den Verwandten gewaschen) aus dem Knast geschmuggelt. Die meisten der Geschichten gingen auf diesem Wege verloren. In Uruguay heißen sie deshalb "Literatura de Camiseta" ("Geschichten im Unterhemd").

Zwei Jahre nach der Freilassung der Geiseln, 1987, wurden die hier vorliegenden Märchen dem Autor Mauricio Rosencof anonym zugespielt.

1990 wurden sie in Uruguay veröffentlicht.

Das Erstaunliche und Faszinierende an diesen Märchen ist aber nicht nur ihre Entstehungsgeschichte. Sie sind auch einfach schön:

"Da schloß sich jeder Vogel zu einer steinernen Faust, um nicht zerteilt zur werden. Sie taten sich zusammen, alle miteinander, Federn und Farben. Und so wurden sie zu einem einzigen Stein, der seitdem im Meer wohnt und manchmal am Ufer auftaucht, rollend und wandernd, auf der Suche nach dem Tag, an dem sich Flügel und Farben, Triller und Stimmen wieder frei aus dem Stein entfalten werden." (3)

Diese Märchen sind wie alle richtigen Märchen Widerstandsmärchen, Zeugnis von der Kraft von Kreativität und dem Willen, zu überleben und weiterzukämpfen.

Die Bilder zu jeder Geschichte stammen von Elbio Ferrario, der als Mitglied der Tupamaros ebenfalls viele Jahre in Haft war. Es sind ganz schlichte und bunte Wachsmalbilder.

Das Buch ist für Kinder und Erwachsene eine Gelegenheit, sich an einen Ort zu begeben, an dem die Schönheit und Klarheit und die Farben und Klänge von Widerstand zu finden sind.

Katja Leyrer

Mauricio Rosencof: Das Lied im Kieselstein. Verlag Libertäre Assoziation. Hamburg 1991. 18 DM

Anmerkungen:

(1) Mauricio Rosencof: Hundeleben. Literarische Einmischungen eines Tupamaros. Verlag Libertäre Assoziation. 1990. 12 DM

Mauricio Rosencof, E. Fernandez Huidobro: Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur. Verlag Libertäre Assoziation. 1990. 28 DM

(2) aus: Hundeleben. S. 12

(3) aus: Das Lied vom Kieselstein. S. 88

31. Suche nach der Strategie des Glücks. Gedanken nach einem Gespräch mit Louis Rosadilla von Lutz Taufer

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF; Uruguay · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:10

Vorbemerkung. Dies ist ein Text, den ich nach einem Gespräch mit Luis, einem Tupamaro, geschrieben habe. Ursprünglich hatten wir verabredet, ein gemeinsames Gesprächsprotokoll zu machen. Nachdem Luis aber kurz nach dem Besuch zurück nach Uruguay geflogen ist, hat das nicht mehr geklappt. Der Text ist unvollständig, vor allem, was Luis betrifft. Er hat mehr gesagt. Und Wichtiges gesagt. Nach Jahren der Isolation ist mein Gedächtnis nicht mehr das beste. Ich habe lange versucht, zu rekonstruieren, was er gesagt hat, auch Monate nach dem Besuch empfinde ich es noch immer als Verlust, daß wir das Gespräch nicht genauer haben. Denn es war ein offenes, freundschaftliches, produktives Gespräch. So ist das folgende kein Protokoll, sondern ein Text, geschrieben nach dem Gespräch. Inzwischen kennt Luis den Text, er findet ihn sehr gut und ist mit der Veröffentlichung einverstanden.

Seit ein paar Monaten gibt es einen Briefwechsel zwischen uns. Der läuft eher sporadisch. Seit seiner Befreiung war Luis mehrfach in der Bundesrepublik. Wir hören voneinander. Sympathie, Neugierde entsteht. Zwei verschiedene Welten, und doch die gleiche: "Ich komme aus einer armen Familie, mein Vater war Bäcker, meine Mutter Hausangestellte. Wir waren neun Geschwister, von denen noch fünf am Leben sind. Auch ich habe Bäcker gelernt, obgleich ich zur Zeit - aufgrund der politischen Verantwortung, die mir die Companeros auferlegt haben - meine ganze Zeit dem Kampf widme. Ich bin 36 Jahre alt und habe mich sehr jung in den Kampf meines Volkes eingereiht. Damals, mit 13 Jahren, bin ich in die Gewerkschaft eingetreten. Und mit 15 Jahren in die Organisation. Mit 19 Jahren war ich Gefangener der Diktatur, und fast bis ins Alter von 29 Jahren war ich im Gefängnis.

Als ich aus dem Knast kam, habe ich mich erneut in den Kampf eingebracht. Zuerst klandestin, was aufgrund der Verhältnisse unter der Diktatur notwendig war, danach im Rahmen der zur Zeit herrschenden Legalität in meinem Land. Seit '84 bin ich in der Führung der Organisation. In dieser Funktion bin ich schon mehrfach durch Europa gereist, um Erfahrungen und Einschätzungen auszutauschen und um Solidarität zu gewinnen." (Aus einem Brief vom November '90.)

Tupamaros

Für uns, vor 20 Jahren, die erste Stadtguerilla. Das Überzeugendste an ihr: sie war erfolgreich. Eine bewaffnet kämpfende Organisation, klein am Anfang, am Ende wohl zu groß. Klug und beweglich, verschränkt in den Alltag und das Alltagsbewußtsein der Menschen. Eine Oligarchie, ihre Armee; der US-Imperialismus in der Phase der US-Direktinvestitionen, seine Counterinsurgency-Strategen und Folterfachkräfte für den Krieg gegen die Armen.

Die kleine Organisation war Herr der Lage. Es war ihr gelungen, die US-amerikanischen Naturgesetze außer Kraft zu setzen. Es gab den Film "Der unsichtbare Aufstand" von Costas Gavras. Ein Film über die Entführung des US-amerikanischen Folterspezialisten Dan Mitrione, 1970, durch die Tupamaros. Die Aktion sollte Beginn einer Kampagne sein, die das Ziel hatte, die Macht von oben in Frage zu stellen und die Macht von unten aufzubauen. Eine Reihe ähnlicher Aktionen sollte die Handlungsunfähigkeit der Regierung verdeutlichen und zugleich die Befreiung der politischen Gefangenen thematisieren - also in dieser Wechselwirkung politisch durchsetzen. Das hieß vor allem: mit dem Volk, für das Volk. So sollte die Aktion, sollte die geplante Kampagne Katalysator für gesellschaftliche Lern- und Bewußtseinsprozesse sein. Denn in der Konfrontation - und ganz besonders in der Konfrontation, die für das Volk und die Revolutionäre erfolgreich, für die Regierung aber als Niederlage endet - blitzt für die Menschen die Erkenntnis auf, daß Offensive und Initiative, Offenheit und Solidarität, Planmäßigkeit und Diskussion den Prozeß der Macht von unten und seine überraschende Effizienz ausmachen.

"Diese Aktion war exemplarisch, weil es im antiimperialistischen Kampf überhaupt um Gefangenenbefreiung geht ... aus der Gefangenschaft der totalen Entfremdung und Selbstentfremdung, aus dem politischen und

existentiellen Ausnahmezustand, in dem das Volk im Griff des Imperialismus, der Konsumkultur, der Medien, der Kontrollapparate der herrschenden Klasse, in Abhängigkeit vom Markt und vom Staatsapparat zu leben gezwungen ist!" (Ulrike über die Befreiung von Andreas 1970.)

Der Film zeigte diese Frauen und Männer, illegale und legale, bewaffnete und Vertreter der Volksorganisationen, die da zwischen den Trampeltritten des amerikanisch-uruguayischen Militärkolosses mit fliegender Leichtigkeit und überlegener Intelligenz das Mosaik ihrer Aktion zusammentrugen. Sie waren immer schneller, gewitzter, flexibler, präsenter und unsichtbarer als der Gegner. Vor allem aber waren sie, im Gegensatz zu ihrem Feind, in der eigenen Gesellschaft zuhause. Da schienen tatsächlich welche geschafft zu haben, wovon die letzten Jahre hierzulande dermaßen inflationär die Rede war: den Durchbruch. Ein unschlagbares Erfolgsrezept. Eine vage Hoffnung schien plötzlich wie in einem Zoom aus fernen verschwimmenden Horizonten zum Greifen nah in unseren Alltag zu kommen. Dies oder jenes kannst du jetzt so oder so anpacken. Mit deinen eigenen Händen, in deiner eigenen Lebenswelt. Wir sahen in dem Film vor allem das organisatorisch-militärische Meisterstück, das langfristige politische Konzept blieb in der Ferne, undeutlich.

Irrtümer sind mitunter langlebig. Irrtümer in der Politik stellen sich ein, wenn von der Gesamtheit einer Konstellation etwas weggelassen wird. Strategie der Tupamaros war es, zusammen mit dem Volk den Prozeß der Macht von unten zu erlernen, zu akkumulieren. Das Richtige zu tun. Um im und aus dem Alltäglichen der Menschen das Bewußtsein ihrer Geschichtsmächtigkeit reifen zu lassen. Die bewaffnete Aktion war Mittel zu diesem Zweck. Sie war nicht Gegenmacht, sie war einer ihrer Katalysatoren. Luis beim Besuch: "Es geht nicht um Zerstörung, sondern um Überwindung dessen, was ist." Von ihrer Gründung bis heute waren und sind die Tupamaros eine Organisation für die soziale Revolution. Huidobro und Rosencof sollten auf ihrer Lesereise 1991 durch die Bundesrepublik aus dem Staunen nicht herauskommen. Guerilla, bewaffneter Kampf, das war für sie immer eine Taktik im Kampf für die soziale Revolution gewesen. Wir sind damit gescheitert, der Kampf geht weiter, so Rosencof sinngemäß im Interview (clockwork 25, 5.7.91). Und weitergehen kann er, weil das Volk von Uruguay in diesen 20 Jahren eindeutig einen politischen Lernprozeß durchlaufen hat, Erlebnisse, Erfahrungen und ihren Begriff akkumuliert hat. In Montevideo ist das viel zu spüren. Eine Grundlage ist aufgebaut in zwei Jahrzehnten, von der aus die Tupamaros heute eine neue Phase einleiten können.

In der Bundesrepublik gehen die revolutionären Uhren anders. Um Lichtjahre entfernt von jenem Selbstverständnis der 70er Jahre, wonach der strategische Prozeß ein gesellschaftlicher und die bewaffnete Aktion darin ein taktisches Instrument ist, ein Katalysator, ein Exempel, wird die bewaffnete Aktion nicht mehr als "Exempel" gedacht, als Beispiel, das auf soziale Verallgemeinerung hin konzipiert ist, sondern als diese strategische Verallgemeinerung an und für sich. Die Selbstgewißheit, die die Tupamaros aus dem gemeinsamen Prozeß mit dem Volk ziehen, wird hierzulande zur illusionären Spiegelung in staatlichen Reaktionen. Der Stoffwechsel (die Akkumulation) findet nicht statt zwischen der politischen Initiative und Teilen der Gesellschaft, er verläuft in einem parapolitischen Raum, neben der Gesellschaft, zwischen Staatsschutz und Revolutionären. So wiederholt sich darin die vom Kapital geprägte Mentalität und Entwicklung unserer Zeit: die Versteppung des Sozialen. Diese Versteppung des Sozialen ist eine Bedingung für Imperialismus nach außen. Zwischen der Asozialisierung der eigenen Gesellschaft und dem Völkermord in der Dritten Welt besteht durchaus ein innerer Zusammenhang. Soweit ist es von den Golfkriegern Enzensberger und Biermann bis Saarlouis und Hoyerswerda nicht. Eine Resignation der Linken, der Revolutionäre vor der Wirklichkeit der Metropolengesellschaft wird Großdeutschland endgültig zum globalen Sprengsatz machen. Dies ist die Sorge der Tupamaros, dies ist die Kritik an uns: Sorgt euch nicht um die Befreiungskämpfe bei uns, sorgt euch um den inneren Zustand eurer Nation.

Es geht nicht um Zerstörung ...

Ich entdecke Luis hinter der geöffneten Tür. Er steht auf, lacht, wir umarmen uns. Wir sitzen am Tisch, B., die übersetzt, zwischen uns. Das Gespräch ist gleich da, wie unter Freunden, die sich eine Woche oder einen Monat lang nicht gesehen haben.

Er will wissen, was ich lese, ob ich noch male. Ein Bild, das er bei T. gesehen hat, hat ihm gefallen. "Ja, malen tät ich schon gerne, aber zur Politik und zum Malen brauchst du gute Laune, wenn es was Gescheites werden soll. Und wenn ich den Kopf und die Zeit nicht frei habe, funktioniert das mit dem Malen nicht. Ganz einfach nebenbei geht es nicht. Wir alle sind in einer Umbruchsituation, das heißt, es gibt viel zu tun, das Problem hier

in der Bundesrepublik, vor allem in der Linken ist ... "Ach, hör auf," er hebt beschwörend beide Hände, "hör auf mit der Politik, wir haben doch eineinhalb Stunden Zeit, laß uns doch erst so ein bißchen quatschen!"

Wir reden hier ein bißchen, da ein bißchen. Über lateinamerikanische Literatur. Ich sage ihm, daß ich einige Literatur von lateinamerikanischen Autoren über Guerilla gelesen habe, aber nur bei zweien Authentizität gespürt habe. Bei Allende jedenfalls nicht.

"Ja, ja," Luis macht mit dem Daumen die Bewegung des schnellen Durchblätterns, "Allende, eine Modeautorin, das lesen die Leute am Strand ..." "Aber Cabezas, ganz klar ..."

Luis nickt, deutet an, daß er Cabezas kennt.

"Und dann", sage ich, "das zweite sind die Erinnerungen von Huidobro und Rosencof an ihre Knastzeit (Rosencof/Fernández Huidobro: Wie Efeu an der Mauer. Erinnerungen aus dem Kerker der Diktatur, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg). Da sitzen zwei Menschen im vollkommenen Nichts, zwölf Jahre hermetische Kontaktsperre, Staatsgeisel, unter Bedingungen, unter denen ein Tier binnen kurzem eingehen würde, aber in der Isolation zeigt sich schließlich, was eine/r wirklich ist: sie gründen eine Welt. Wie sie es draußen auch gemacht haben. Solchen Menschen vertraut man. Sie bilden in diesem Vakuum - und deshalb in jeder anderen Situation - eine Welt: die Identität der Revolutionäre. Sie gründen eine Welt, in der sie diese und jene Fähigkeit, dieses und jenes Talent und Bedürfnis in Marsch setzen. Das ist die eigentliche Auskunft ihres Berichts. Nicht das endlose Gejammer über die Folter - wer hätte Grund dazu, wenn nicht sie -, nicht die moralische Überführung der Folterer und ihrer US- amerikanischen Lehrherren - nein, aus ihrer Sicht eines tätigen und abwechslungsreichen Lebens im Nichts bekommt die Folter ein ganz anderes Gesicht. Nicht dieses Gefühl, die Folter könnte ihnen das Leben aussaugen, nein, umgekehrt: Die Gewißheit, das einzig andere, mit dem sie zwölf Jahre lang konfrontiert sind, das einzig andere, das demonstrativ nur Tod ist, besiegt zu haben mit ihrem Mut und ihrer Findigkeit, überall eine Welt zu gründen, hat den Tod abgehängt. Und so sind im Gesicht der Folter bald die Züge des Verlierers erkennbar. Was nicht heißt, daß diese zwölf Jahre nicht ein barbarisches Verbrechen gewesen wären. Aber Menschlichkeit ist stärker, und darin liegt der empirisch gehärtete Beweis, daß Befreiung den Menschen möglich ist. Huidobro und Rosencof sind nur zwei Menschen. Es liegt darin aber auch der empirisch gehärtete Beweis, daß Befreiung, ohne die Fähigkeit, eine Welt zu gründen, Simulation bleibt."

Luis: "Wir brauchen eine Strategie des Glücks, nicht der Opfer. Die Linke muß diese Strategie des Glücks spürbar, sichtbar verkörpern, Kreuzzüge muß sie dafür organisieren. Sie muß wegkommen von der spartanischen, der dem Leben abgewandten Einstellung. Ich bin sehr arm, aber ich fühle mich sehr reich. Es geht nicht um Zerstörung, sondern um Überwindung dessen, was ist. Der Reichtum im Kapitalismus ist, für sich genommen, nichts Schlechtes. Aber in deinem Land werden viele Dinge verschwendet, die wir in Uruguay zum Leben bitter nötig hätten. Reichtum muß man teilen können. Die Menschen in deinem Land können das nicht mehr. Und so sind es meist einsame Menschen. Was mich verblüfft hat, ist, daß in der Linken dieselbe Unfähigkeit zur Solidarität verbreitet ist. Verstehe ich nicht, wie du als Linker so existieren kannst. In den Gruppen scheint es immer wieder zwei Verhaltensweisen zu geben: Egoismus gegenüber dem Kollektiv und Unterwürfigkeit gegenüber dem Kollektiv. In Uruguay haben wir eine nationale Identität von unten, eine gesellschaftliche, soziale Identität. Sie zeigt sich als solidarisches und offenes Verhältnis der Menschen zueinander. Das gehört sozusagen zum guten Ton. A su servicion, zu Ihren Diensten, ist nicht nur eine Formel, es wird auch so gelebt. Im Alltag. Zieht jemand neu in eine Straße, gehen die Nachbarn auf ihn zu und helfen ihm. Wenn jemand krank ist, wird Geld gesammelt. Wer da nicht mitmacht, ist nicht gut angesehen."

Ich sage ihm, daß es bei uns eher umgekehrt ist: Wer offen und hilfsbereit ist, wird oft als naiv, wo nicht als lebensuntüchtig angesehen, und ich fürchte, Teile der Linken haben sich dieser dummen Kaltschnäuzigkeit angepaßt.

Die Solidarität der Menschen ...

Luis: "Wir haben unsere Politik auf diese Solidarität der Menschen aufgebaut. Nur ein Beispiel: Bei großen Aktionen kam es vor, daß wir 30 oder 40 Autos brauchten. Wir haben die Autos angehalten, die Waffen waren nie geladen. Wir sagten den Fahrern, wer wir sind, viele waren begeistert: Endlich kommt ihr zu mir - ablehnende Haltungen gab es aber auch. Wurde etwa ein Taxi angehalten, wurde dem Fahrer der Verdienstausfall ersetzt. Es gingen welche mit ihm in eine Bar, haben mit ihm gegessen und getrunken, mit

ihm gesprochen. Brauchten wir z.B. einen Chemiker, wurde auch ihm alles bezahlt. Es wurde genau darauf geachtet, sich sozial und solidarisch zu verhalten."

Auf der überzeugenden und beeindruckenden Wirkung des solidarischen Verhaltens wurde die Politik mit aufgebaut. Immer und immer wieder zu zeigen und vorzuleben, was Menschlichkeit, was Gerechtigkeit und Solidarität sind, statt nur in der Propaganda davon zu reden, hat den Tupamaros Schutz und Hilfe mehr gebracht als die Vorsichtsmaßnahmen oder gar eine Unkultur des Mißtrauens, wie sie hier in der Linken oft vorkommt. Denn diese Kultur frißt die Menschlichkeit und die von ihr herkommende Kraft.

"Weißt du, wie Che Guevara von einem Kampfgefährten beschrieben wird: `Er wollte immer mehr tun als die anderen. Er zweifelte an niemandem. Man fühlte sich ihm verpflichtet. Denn man hatte sein Vertrauen.'"

Luis: "Ja, das ist es. Vertrauen. Wenn du Vertrauen in dich selbst hast, in die Menschen, in deine Genossinnen und Genossen, in die Sache, um die es geht - dann gehen die Dinge gut. Ich hatte Vertrauen, daß es mit unserem Besuch klappt, ich wußte, daß es gut geht. Auch wenn es Menschen wie Steine gibt - Seitenblick aufs LKA - wir müssen Vertrauen in die Menschen haben. Wir dürfen uns nicht von jenen Menschen, die wie Steine sind, irritieren lassen in unserem grundsätzlichen Vertrauen."

Ich werfe ein, daß gerade Vertrauen keine losgelöste subjektive Eigenschaft ist. Sie ist eine erworbene Eigenschaft, eine grundlegende Gewißheit über das Eigene und das Soziale, die erworben werden muß. In einer Gesellschaft, in der Solidarität und Hilfsbereitschaft hoch bewertet werden, wie in der uruguayischen, ist das leichter, in einer Gesellschaft, die der kapitalistischen Doktrin des Egoismus politisch-kulturell so wenig entgegenzustellen hat wie die derzeitige Metropolengesellschaft, ist das erheblich schwerer.

Die Doktrin des Egoismus, Motor der kapitalistischen Zivilisationsleistung wie der furchtbarsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, löst den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Dieser Prozeß hat sich in den letzten Jahren stark beschleunigt. Soziales, Gesellschaftliches muß bestimmte Voraussetzungen vorfinden, um am Leben, vital bleiben zu können. Wie der Mensch ein soziales Wesen ist, so ist die vitale Gesellschaft auf diesen sozialen Menschen angewiesen. Zu diesen Voraussetzungen gehören also Einstellungen und Verhaltensweisen, die aus der Dimension des Menschen, soziales Wesen zu sein, zoon politicon, fließen. Wo diese sozialen Einstellungen und Verhaltensweisen auf dem Rückzug sind, dort erlischt auch die Erinnerung an sie. Soziales Verhalten wird unwirklich, scheint der Welt des Egoismus fremd zu sein. Was Luis mir von Egoismus und Unterwürfigkeit im Kollektiv sagte, scheint ein Signal dafür zu sein, daß die Erinnerung an diese Welt menschlicher Gesellschaft selbst bei manchen Linken, die doch in ihrer Propaganda vorgeben, für diese Welt zu kämpfen, ins Dunkel des Vergessens absinkt. Oder: Unsere Ziele, Solidarität und Gerechtigkeit, werden nur noch gewußt, aber nicht mehr gespürt und gelebt. Man organisiert sich in einer Gruppe, um für Befreiung zu kämpfen, verhält sich aber egoistisch und/oder unterwürfig. Das eigentliche Drama ist aber, daß viele zu diesem Gespaltensein der eigenen Existenz keinen Zugang mehr haben. Ein Blinder wird sich mit dem Farbunterschied zwischen rot und grün nicht beschäftigen können. Und so haben solche Linke bis jetzt auch keinen Anlaß für Emanzipationsprozesse entdeckt. Die beiden Teile der Persönlichkeit, die antikapitalistische Ideologie und die kapitalistische Mentalität, stehen sich gegenseitig im Weg. Das defizitäre Vertrauen in sich selbst und andere, schließlich in die Ziele, um die es geht, drängt dazu, eine Scheinsicherheit in ideologischen Formeln zu suchen. Umgekehrt führt die Gewohnheit, sich innerhalb ideologischer Leitplanken vorwärtszubewegen, dazu, daß man verlernt, die eigenen Verstandes- und Seelenkräfte frei zu gebrauchen. Aber ohne das werden neue Terrains nicht erschlossen. Ein Teufelskreis, in dem sich jene, die ehedem mit den authentischsten Gründen - vielleicht vorpolitischen Gründen - aufgebrochen sind, persönliche und politische Entwicklungsmöglichkeiten nehmen. Der eigene und der gemeine Emanzipationsprozeß würde Vertrauen in die Fähigkeiten zum selbständigen Denken und zur eigenständigen Initiative entstehen lassen, der Weg, auf dem Willen entsteht. Willen entsteht immer im Tun und in der Konfrontation, nicht als logische oder ideologische Schlußfolgerung. Es wäre dann nicht ein Prozeß, in dem "mehr" gemacht würde, es wäre ein Prozeß, in dem etwas anderes gemacht würde. Und von daher natürlich auch mehr. Da die Selbstblockade im nicht gelösten Widerspruch zwischen kapitalistischer Mentalität und antikapitalistischer Ideologie aufbrechen, in neuer Gestalt identisch, Identität würde und bis dahin nie gespürte Energien freisetzen würde, Energien, die bis dahin dazu gebraucht werden, den nicht gelösten Widerspruch einigermaßen im Zaum zu halten und mit den daraus resultierenden Problemen fertig zu werden.

1789, Französische Revolution: Die revoltierenden Volksmassen waren nicht in der Lage, sich etwas anderes vorzustellen als eine andere Monarchie. Es ist schwer, neue Welten zu gründen. Der alten Welt den Laufpaß zu geben, wäre ein entscheidender Schritt.

Erfahrungen werden nicht aufgearbeitet

Luis: "Sendic dachte auch so - neue soziale Räume öffnen. Was mich an der Linken hier ebenfalls erstaunt hat, ist, daß es keinerlei Akkumulation gibt, weder inhaltlich noch personell. Erfahrungen werden nicht aufgearbeitet, ich habe das Gefühl, diese Linken fangen ständig von vorne an, haben kein Fundament, von dem sie ausgehen können. Es ist doch wichtig, die eigenen Erfahrungen zu sammeln und die Verarbeitung zur Geschichte zu betreiben."

"Ja, das ist auch eine Ebene, um dem Verlust des sozialen Gedächtnisses entgegenzuarbeiten."

Luis: "Wir arbeiten seit einigen Jahren daran. Einige Genossen haben die systematische Aufarbeitung der Geschichte der Klassenkämpfe übernommen. Sie konzentrieren sich auf diese Arbeit, auf die Durcharbeitung der Geschichte der Organisation, des Volkes, des Landes. Für uns ist es ungeheuer wichtig, diese geschichtlichen Verknüpfungen und Kontinuitäten herzustellen - denn wir sind, genauso wie ihr hier, mit der Geschichtsschreibung der Bourgeoisie konfrontiert. Das darf man nicht stehen lassen, dem muß die Linke ihre eigene Geschichte entgegenstellen. Aber es handelt sich dabei nicht um die abgeschottete Arbeit von Experten, die Arbeit ist verknüpft mit dem Volk. Das ist schließlich ihr eigentlicher Zweck: Sie den Menschen zu bringen, das Volk in diesen Bewußtseinsprozeß einzubeziehen, in Diskussionen etc. Durch unser Radio haben wir heute eine vollkommen andere Möglichkeit zu einem ständigen und intensiven Dialog mit den Menschen. Wir machen Sendungen mit diesem oder jenem Thema, sie können anrufen, es wird diskutiert."

Durch diesen umfassenden Prozeß kann das Volk sich selbst als geschichtsmächtiges Subjekt entdecken, und selbstverständlich ist das der fruchtbare Boden, auf dem das Vertrauen der Menschen zu sich selbst und zu den anderen wächst.

Luis: "Nach der Befreiung 1985 haben wir unter uns intensiv über unsere vergangenen zwei Jahrzehnte diskutiert und auch öffentliche Auseinandersetzungen darüber geführt. Wir haben systematisch daran gearbeitet, und es gab sehr viele kritische Beiträge dazu, die wir auch nach allen Richtungen hin angefordert hatten. Sie wurden gesichtet, durchgearbeitet, nach Themenschwerpunkten geordnet - und dann haben wir einen Kongreß organisiert, auf dem wir über alles gesprochen haben. An dem Kongreß haben Mitglieder der Organisation teilgenommen, parallel dazu haben wir uns den Diskussionen auf der Straße gestellt. Das Volk in Uruguay hat in den letzten 20 Jahren ein großen politisches Bewußtsein akkumuliert, es waren die Kämpfe und es war ihre Bewußtmachung. Als wir das Referendum machten (Referendum gegen eine Amnestie der Militärs), als bekannt wurde, daß sie sich durchgesetzt hatten (genug Unterschriften gesammelt hatten, damit das Referendum zugelassen wird), gingen Hunderttausende auf die Straße und riefen: Uruguay, Uruguay. Nationale Identität von unten. Die Feinde der eigenen Nation sind nicht die Nachbarnationen, auch nicht das US-amerikanische Volk - es sind die Militärs und Imperialisten."

"Geschichtsbewußtsein," sage ich, "

ist auch so etwas wie Unterscheidungsfähigkeit. Zu begreifen, daß wir jetzt in eine andere Epoche gehen, heißt begreifen, was die zurückliegende Epoche war. Was mir an dem, was du sagst, klar wird: daß ihr eure politischen Erfolge nach 1985 nie erreicht hättet, wenn ihr eure Geschichte nicht öffentlich durchgearbeitet hättet. Die Verarbeitung der Vergangenheit ist die Voraussetzung, sich für eine neue Entwicklung entscheiden zu können, sich für die frei zu machen. Sich entscheiden heißt immer auch: sich trennen. Von Inhalten, von Personen. Eines deiner Stichworte vorhin war: es geht nicht um Zerstörung, sondern um Überwindung dessen, was ist."

Dieser Mangel an Weltgründungsfähigkeit wirft einen Teil der Linken immer wieder auf die Mentalität des Zerschlagens zurück. Mögliche historische Ursachen: Einmal das schlichte Faktum, daß die historischen Erfahrungen mit einer sozialistischen Alternative entweder sehr dünn gesät waren (Commune ...) oder, wie der Realsozialismus, nicht gerade überzeugend waren. Was wohl auch darauf zurückgeht, daß die Entwicklung der menschlichen und sachlichen Produktivkräfte noch nie so weit war. Heute aber ist der Reichtum an Möglichkeiten, der Reichtum an entwickelten Produktivkräften, der Reichtum an menschlicher Kompetenz und

Bedürfnissen größer als je zuvor. So daß sich der von Marx nie aufgelöste Widerspruch zwischen dem "total entfalteten Individuum", aus dem sich seinen Vorstellungen zufolge die zur sozialistischen Organisation der Gesellschaft reife Arbeiterklasse zusammensetzen sollte, und dem Ist-Zustand der Arbeiter-Produzenten im Frühkapitalismus: körperlich, geistig, seelisch verkrüppeltes Anhängsel der Maschine zu sein - so daß sich also dieser nicht aufgelöste, das subjektive immer wieder in die Rolle des Objekts von herrschenden Klassen drängende Widerspruch aus den Zeiten des Frühkapitalismus sich heute anders darstellt.

Die Arbeiterklasse zu Marx' Zeiten war eine gesellschaftliche Minderheit, eine Machtausübung durch sie konnte deshalb, so Marx, nur eine diktatorische sein: Diktatur des Proletariats. Heute ist die Arbeit total vergesellschaftet, die Arbeitenden sind in ihrer übergroßen Mehrheit Warenbesitzer, und zwar nicht mehr allein Besitzer der Ware Arbeitskraft. Insofern hat ein gewisser Emanzipationsprozeß stattgefunden: Der Arbeitende ist nicht mehr ausschließlich Anhängsel der Maschine und Besitzer der Ware Arbeitskraft. Er hat in diesem Prozeß signifikante Kompetenzen und Bedürfnisse entwickelt, die schon längst über die zu eng gewordenen Grenzen des Warenverhältnisses hinausschwappen. Die Gefangenen aus der RAF haben in der ersten Hälfte der 70er Jahre diese Tendenz im Begriff der "Vertikalen Klassenanalyse" gefaßt. Insbesondere Holger Meins, der 1974 im Kampf gegen die Isolationsfolter starb, hat daran gearbeitet. Vertikale Klassenanalyse heißt: Es ist nicht mehr nur eine minoritäre Arbeiterklasse, die ein Interesse gegen die bürgerliche Klasse hat (und andere Klassen und Schichten allenfalls als Verbündete gewinnen kann), es ist ein großer Teil der Gesellschaft, dessen entwickelte Kompetenzen und Bedürfnisse aus dem eng gewordenen Gefängnis Warenproduktion, der kapitalistisch bestimmten Arbeit in die Freiheit drängen. Andererseits ist diese Figur des Warenbesitzers zweifellos eine Charaktermaske: Geschlagen mit allen Mentalitäten des Markts und der Metropole ist es eine ausgesprochen widersprüchliche Existenz: Auf der einen Seite zu gesellschaftlicher Vernunft und Kompetenz und Initiative fähig, wie sie von der politischen Klasse schon längst nicht mehr zu erwarten ist, auf der anderen Seite zu all den reaktionären Einstellungen und Verhaltensweisen bereit, zu denen Kleinbesitzer aller Zeiten fähig sind. So begegnet uns heute in der Bevölkerung der Bundesrepublik ein reichlich durchwachsenes Gemisch aus erstaunlich vernünftigen politischen und sozialen Einstellungen - aber ebenso reaktionären. Vertikale Klassenanalyse heißt: Diese Kompetenzen und Bedürfnisse freisetzen und gegen die Destruktivität des ökonomischen und politischen Prozesses durchsetzen. Eine andere Welt gründen. Ein großes Wort, ich weiß, aber dieses Ziel in den nächsten Jahren als fernen Horizont auftauchen zu lassen, wäre ein wesentlicher Schritt.

Ein allgemeingültiges Rezept gibt es nicht

Luis: "Ein allgemeingültiges Rezept für den Sozialismus kann es tatsächlich nicht geben. Jedes Land muß hier seinen eigenen Weg finden. Wenn wir von nationaler Identität sprechen, sprechen wir nicht von einem revolutionären Projekt. Selbstverständlich ist das nicht revolutionär. Aber wir nehmen es der Bourgeoisie weg. Und das ist ganz wichtig. Eine nationale Identität, die nicht von der Bourgeoisie bestimmt ist, sondern Resultat der Klassenkämpfe. Der Hinweis darauf, daß die nationale Frage nicht mehr thematisiert werden könne, weil ihr hier Faschismus gehabt habt, zieht nicht, wir haben auch Faschismus gehabt, der war äußerst brutal, der hat auch gravierende Nachwirkungen in der Gegenwart des Volkes. Die Frage ist, ob man konsequent ist und sich dieser schwierigen Situation stellt oder ob man das eigene Volk von sich ausklammert."

"Ja, ich denke, die deutsche Linke und die deutsche Arbeiterbewegung war in diesem Jahrhundert ganz besonders mit unvorstellbaren Übermächten konfrontiert: Hitler und Stalin. Von dem dabei erlittenen Zwergentrauma, der Rolle des ewigen Objekts und allenfalls Einklägers von Forderungen bei Staat und Kapital ist sie nie ganz losgekommen. So wenig wie die Deutschen ihr Faschismustrauma in der Gründung einer anderen Welt überwunden haben, so wenig hat die Linke dieses ihr historisches Trauma abgestreift. Von Generation zu Generation weitergegeben. Antifa ist nur ein Resultat davon. Und so sind wir '68, als dem wohl einschneidendsten Versuch, davon loszukommen, an diesem Punkt über eine Schuldzuweisung an die Elterngeneration (Kollektivschuld) und damit verbunden ein Auswandern in die bessere Welt der nationalen Befreiungskämpfe im Trikont nicht hinausgekommen, jedenfalls nicht weitreichend genug. Andere Faktoren spielen mit, bestimmte Begriffsapparate, etwa so ein Begriff wie Arbeiteraristokratie. Lenin hat das in seiner Enttäuschung über den widerstandslosen Zusammenbruch der 2. Internationalen vor dem imperialistischen Weltkrieg geprägt. Solche Begriffe haben unser Denken und unsere Wahrnehmung bis in die 70er Jahre hinein beeinflußt. Damit ist heute die Wirklichkeit nicht mehr zu erreichen."

Luis: "Die Linke hat auch ein Verhältnis zu Marx und seinen Schriften wie zu einer Bibel, ein religiöses Verhältnis, einen religiösen Dogmatismus. Was Marx sagt, wird nicht als Werkzeug benutzt, sondern als Endprodukt. Auch war es ein Fehler der Befreiungsbewegungen, nicht wirklich den eigenen Weg gegangen zu sein. Auch sie hielten an Konzeptionen, wie sie vom Realsozialismus ausgingen, fest. So waren sie nicht in der Lage, schöpferisch zu sein und Befreiungskonzepte aus den Bedingungen der einzelnen Länder zu entwickeln. Das negatorische Verhalten der Linken bedeutet, daß sie kein generelles Gesamtkonzept, keine Gesamttheorie hat, die die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse klärt und erklärt und von der aus abgeleitet werden könnte, was zu tun ist. Im Trikont werden sich einzelne pragmatische Initiativen, Lösungsversuche akkumulieren, neue Organisierungsversuche, die einfach aus der Notwendigkeit, das Leben zu sichern, geboren werden. Das ist schließlich auch unsere Situation heute in Uruguay."

Zum Schluß möchte ich zitieren, was Militante der BR-PCC im italienischen Spezialgefängnis von Novarra im April 1991 geschrieben haben: "Unter den hauptsächlichen Regionen des internationalen kapitalistischen Systems ist die Region der EWG jene, wo die objektiven Bedingungen zur Erneuerung der starken Idee des Sozialismus und Kommunismus gegeben sind. In Westeuropa, gerade wo diese Idee geboren wurde, tendiert sie dazu, erneut zurückzukehren. Dieses Mal aber kommt sie zurück mit der ganzen akkumulierten Erfahrung der internationalen revolutionären Bewegung und mit aller Potentialität, die durch die heutige Epoche eröffnet wird."

Denn der ökonomische Prozeß des Kapitals zieht wie eine Naturkatastrophe durch die Welt. Wie die Zeiten der "Diktatur des Proletariats" vorbei sind, so die Zeiten, wo es "geschäftsführende Ausschüsse des Kapitals" gab, ein steuerndes und kontrollierendes politisches Subjekt des kapitalistischen Gesamtprozesses. So betont Edzard Reuter, daß Daimler-Benz sich in keiner Weise verpflichtet fühle, in den neuen Bundesländern zu investieren: "Wir sind nicht Pioniere einer nationalen oder nationalistischen Sache, sondern Unternehmer. Wenn in Ostdeutschland Gewinne zu machen sind, investieren wir. Aber nicht, um einigen Politikern einen Gefallen zu tun." (Harvardmanager 4/91) Der kapitalistische Gesamtprozeß ist in seiner dominanten Strömung schon längst international, bürgerliche Politik aber noch immer im Nationalen zuhause, mit nationalen Instrumenten operierend.

"Anders als ihre Vorgänger zu Zeiten, als Globalisierung noch nicht das Thema war, fühlen sich supranationale Manager keinem bestimmten Land gegenüber verpflichtet. Vielmehr lockern sich in dem weltweit tätigen Unternehmen immer rascher die herkömmlichen Bande zwischen `denen' und `uns', den Bürgern eines bestimmten Landes. Dafür werden wir Zeuge, wie sich eine blankere Form von Kapitalismus herausschält, bei der sich Manager aus ihren traditionellen Bindungen an Volk und Herkunftsort lösen und ihre Entscheidungen eher distanziert, geschäftsmäßig und letztlich völlig kühl und rational treffen. Vaterlandsliebe ist heute bei den Erwägungen zur Wahl von Produktion und Standort nicht mehr gefragt, hier zählen allein die Gebote des globalen Wettbewerbs." (Harvardmanager 4/91)

Das Kapital im Weltmaßstab hat längst die Flucht nach vorne angetreten. Durch die Bewegung im Trikont nach dem 2. Weltkrieg (nationale Befreiungsbewegungen, Blockfreie, neue Weltwirtschaftsordnung) und die Emanzipationsversuche in den Metropolen vor die Alternative gestellt, Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft oder menschenwürdige Gesellschaften, hat sich das Kapital für das erste und gegen das zweite entschieden. Für den Trikont ablesbar etwa an der Schuldenkrise, vor allem aber an ihrer Handhabung in den 80er Jahren (die Schuldenkrise ist ein zentrales Beispiel dafür, daß eine politisch steuernde internationale Struktur des Kapitals fehlt), für die westlichen Industrieländer am Absturz des Keynesianismus in den 80er Jahren, für die Bundesrepublik an der brutalen Kolonisierung der DDR oder am Rückzug aller etablierten Großorganisationen, von CSU über SPD/Gewerkschaften bis hin zu den GRÜNEN aus ihren gesellschaftlichen oder Basisbezügen. Das gesellschaftliche Terrain steht offen. Seinen historischen Anspruch, Wohlstand und Freiheit für alle Menschen zu bringen, hat das Kapital längst über Bord geworfen. Wenn vom Ende der Geschichte die Rede ist, dann ist hiervon die Rede.

32. Spätfolgen des Kalten Krieges

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:33

War nun eigentlich die DDR rechtsradikaler als die BRD, oder war es umgekehrt, oder wie oder was? Die linksradikalen Experten streiten noch. Oliver Tolmein stellte in "konkret" 11/91 ein Buch von Bernd Siegler über "Rechtsextremismus in der DDR" vor und führte dabei ein besonders erschreckendes Beispiel an: ",In Prag regiert der Zionismus', kommentierte das ‚Neue Deutschland' den Aufstand in der CSSR."

Nun, dieses Zitat kannte ich, wenn auch in etwas anderer Form. Der Journalist Henryk Broder hatte es 1976 verwendet, um die Affinität von faschistischem Antisemitismus und linkem Antizionismus zu veranschaulichen: "Am 9. August 1938 erschien der ‚Völkische Beobachter', das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, mit der Schlagzeile: ‚In Prag regieren die Juden!' Fast auf den Tag genau 30 Jahre später, am 21. August 1968, erschien das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ‚Neues Deutschland', mit einer ganz ähnlichen Artikelüberschrift: ‚In Prag regieren die Zionisten'". Ort der Publikation: die Beilage zur Bonner Wochenzeitung "Das Parlament" vom 12. Juni 1976.

Da mir dieses angebliche ND-Zitat, als ich vor fünf Jahren zum erstenmal darauf stieß, äußerst unglaubwürdig vorkam, war ich der Sache auf den Grund gegangen. Das Ergebnis war im AK 277 (15.12.86) nachzulesen: die "Artikelüberschrift" ist frei erfunden. Sie steht weder im ND vom 21. August 1968 noch an anderen Tagen dieses Zeitraums. Es gibt auch keine Aussagen mit ähnlicher Tendenz im damaligen ND, weder in Überschriften noch in Artikeln und Kommentaren. Selbst die angebliche Schlagzeile aus dem "Völkischen Beobachter" ist frei erfunden.

Selbstverständlich hätte mich interessiert, wie Broder zu dieser Geschichte gekommen war, für die er keine Quelle genannt hatte. Leider blieb damals ein Brief an ihn ohne Antwort. Tolmein ist da weniger diskret. Aufgrund einer Zuschrift (von einem früheren "konkret"-Autor, der jetzt für den "Spiegel" arbeitet) gab Tolmein in "konkret" 12/91 die Herkunft seiner Erkenntnis bekannt: Simon Wiesenthal, jüdischer Antifaschist aus Wien, habe am 6. September 1968 auf einer Pressekonferenz eine Dokumentation vorgelegt mit dem Titel "Die gleiche Sprache: Erst für Hitler - jetzt für Ulbricht". Dort stehe, daß das ND in seiner Sonntagsausgabe am 25. August 1968 mit der Titel-Schlagzeile "In Prag regiert der Zionismus" erschienen sei.

Indessen, die Geschichte ist eigentlich noch etwas verwickelter: Tolmein hatte die "Schlagzeile" in dem Buch von Siegler erwähnt gefunden und für seine Rezension übernommen. Erst durch die Leserzuschrift motiviert hatte sich Tolmein später hilfesuchend an Siegler gewandt und von diesem den Hinweis auf Simon Wiesenthals Dokumentation bekommen.

Jetzt haben wir also zwei unterschiedliche Datumsangaben, 21.8. und 25.8. Außerdem besteht eine kleine Differenz im Wortlaut: "der Zionismus" oder "die Zionisten". Das Datum 25. August, das laut Tolmein von Wiesenthal genannt wurde, ist - abgesehen davon, daß sich im ND auch an jenem Tag absolut nichts dergleichen finden läßt - offensichtlich unsinnig. Denn in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 wurde die CSSR von Truppen des Warschauer Pakts besetzt. Eine Artikelüberschrift am 25.8.68 hätte also keinesfalls in der Gegenwartsform ("herrschen") formuliert sein können, sondern allenfalls in der Vergangenheitsform ("herrschten"). Denkbar ist, daß diese Unstimmigkeit Broder auffiel und daß er deshalb auf den 21. August umdatierte - die letzte Ausgabe des ND, die noch vor Beginn der Invasion fertiggestellt wurde.

Wenn man sich die NDs vom August und September 1968 insgesamt durchsieht, wird man sehen, daß dort der Begriff "Zionismus" überhaupt nicht verwendet wurde, weder im Zusammenhang mit Israel noch, wie von Wiesenthal und seinen Zweit- und Drittabschreibern unterstellt wurde, im Sinne einer "jüdischen Verschwörung" in Prag oder sonstwo. Die erfundene "Schlagzeile" liegt total jenseits der Art und Weise, wie damals im "Neuen Deutschland" zu den Vorgängen in der CSSR argumentiert wurde. Im ND wurden der deutsche Imperialismus, der deutsche Revanchismus, deutsche Kapitalisten, westdeutsche Parteien für die Unterstützung und Steuerung der Entwicklung verantwortlich gemacht.

Im Rückblick mag die Kühnheit erstaunen, am 6. September eine frei erfundene ND-"Schlagzeile" vom 25. August des gleichen Jahres zu präsentieren. Derart grobschlächtige, primitiv zusammengeschusterte Propagandagags waren aber im Kalten Krieg an der Tagesordnung. Außerdem ist daran zu erinnern, daß das

"Neue Deutschland" damals im freien Westen nicht zu beziehen war, da offiziell verboten. Man konnte also über den Inhalt des ND eine ganze Menge behaupten, ohne sich sofort zu blamieren.

Daß heute ein linker Buchautor, der sich dankenswerterweise des anspruchsvollen Themas "Rechtsextremismus in der DDR" annimmt, nicht selbst in die Lektüre des ND einsteigt, sondern sich bequem aus einer tendenziösen Dokumentation des Kalten Krieges bedient, paßt zum Zeitgeist. Daß ein vielbeschäftiger linker Publizist, der dann ein solches Buch zu rezensieren hat, eine haarsträubende "Schlagzeile" gutgläubig abschreibt, die er wahrscheinlich keiner westdeutschen Zeitung zutrauen würde, wohl aber eben dem SED-Zentralorgan, bewegt sich ebenfalls im Rahmen des heute Üblichen. Unverständlich bleibt aber, daß Tolmein nicht nach der erwähnten Zuschrift, in der das "Zitat" explizit als Fälschung bezeichnet wurde, zur eigenen Sicherheit in der Carl-von-Ossietzky-Bibliothek der Hamburger Uni vorbeigeschaut hat, wo das ND archiviert und zugänglich ist. Schlechter zu recherchieren als ein "Spiegel"-Redakteur ist kein Radikalitätsbeweis, sondern nur Faulheit. Tolmein noch am 9. Dezember zu dem nachdrücklichen Hinweis, der umstrittene Satz stehe tatsächlich nicht im ND: "Wiesenthal sagt etwas anderes."

Kt.

33. DKP: Unaufhörlicher inhaltlicher Niedergang

Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:30

Wenn die Bezirksmitgliederversammlung Nordbayern der DKP sich einig ist, "daß es gilt aus der Vergangenheit zu lernen, und daß gerade aufgrund der Entwicklung in den letzten Monaten eine kommunistische Partei notwendig sei, weil auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands der Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital nicht gelöst sei", dann fällt mir nicht nur ein, warum um Himmels Willen sollte er auch ausgerechnet dadurch gelöst werden, sondern dann ahne ich, daß in der DKP das letzte Sammelgefecht alter Parteiidentität ausgebrochen ist. Die Nordbayern wollen also - wie sympathisch - zurück zum "Grundwiderspruch", vielleicht zur grundsätzlichen Kapitalismuskritik (?), und landen - wie unsympathisch - in konsequenter DKP-Nachfolge, bei einem konkreten Aufgabenkatalog, der das ganze Elend der Partei und ihre Rückwärtsgewandheit offenbart: "Infostände, Aktionen gegen die Wohnungsnot, den Mietwucher, Kampf gegen Neonazis, gegen Sozialabbau" und was die Partei noch so an Spiegelstrichaktivitäten aufzulisten hat, aber auch bei - so der Aktionskatalog - der "Verbesserung der Mitgliedererfassung und Kassierung, um die Partei in Nordbayern entsprechend ihren Kräften und Möglichkeiten ins politische Tagesgeschehen eingreifen zu lassen."

Ein Fred Filius macht unter der Überschrift "Ist der Kommunismus tot?" Mut: "Und diese kleine DKP, die die Jahre 1989 bis 1991 mit großen Verlusten, aber ungebeugt überstanden hat, wird auch die kommenden Jahre nicht nur überstehen, sondern nach einiger Zeit wieder an Bedeutung gewinnen." Das war kurz nach dem gescheiterten Staatsstreich in Moskau. Mittlerweile hat eines der Aushängeschilder der Partei, die Stadtratsfraktion Wülfrath, sie verlassen. Und es tobt der Fraktionskampf. Fred Filius scheint kurioserweise einer jener Anhänger "eines diffusen ‚Linkssozialismus`" zu sein, die Parteivorstandsmitglied Hans Peter Brenner meint, wenn er das "Liquidatorentum" in der Parteiführung angreift. Damit steht er nicht allein. "Große Teile des PV (Anm.: Parteivorstands) wollen die Liquidation der Partei", wird von der Mehrheitsmeinung der Kreismitgliederversammlung Nürnberg berichtet. "Ich bin davon überzeugt, daß es für die Gesundung unserer Partei notwendig sein muß, das Liquidatorentum radikal zu kritisieren und zu überwinden", schreibt eine der Parteisprecherinnen, Helga Rosenberg, in der UZ. Robert Steigerwald kontert, "ihr seid, wenn ihr so weitermacht, die wirklichen Liquidatoren - und zwar nicht aus Grundsatztreue, sondern aus Borniertheit!"

Wen die Gruppe Helga Rosenberg/Peter Brenner aus der nordrhein-westfälischen DKP und ihre nordbayerischen Verbündeten als Liquidatoren bezeichnen, wird mittlerweile auch offen angesprochen: die Parteisprecher Rolf Priemer und Heinz Stehr, die für eine offenkundig noch mehrheitliche Linie in der Partei stehen, an den alten DKP-Reform- und Bündniskonzepten zur Überwindung der Macht der Monopole festzuhalten. Helga Rosenberg, gegen die eine "Hexenjagd" in der Partei laufe (so ein Bericht über einen nordbayerischen Kongreß "Kommunistische Politik in Deutschland"), steht für die Kritik am "Gorbatschowismus" und gegen das "Liquidatorentum". Der Streit wird auf verschiedenen Feldern ausgetragen. Eines davon ist das um das Verhältnis zur PDS, was sich im monatelangen Streit um die Eigenständigkeit der DKP als "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" dokumentiert. Priemer und Stehr, so ihre Kritiker, würden im Erhalt der DKP "nur eine entscheidende Voraussetzung sehen, um in einem längeren Prozeß eine stärkere kommunistische Partei zu schaffen." Damit würden sie die DKP zur "Partei auf Abruf" erklären, kritisiert Dr. Friedhelm Kröll, Parteivorständler aus Nordbayern. Gegenüber einem Zusammengehen mit der PDS wird Kröll genauso deutlich: "Mit den Ruinen und den Ruinierern der SED kann keine neue Kommunistische Partei entstehen... Nur die Preisgabe oder Zurücknahme programmatischer Substanz würde die DKP PDS-kompatibel machen." Und Helga Rosenberg assistierte, daß der DKP als "irgendwie geartete Linkspartei" "der sichere Weg in ein sozialdemokratisches Mini-Ghetto drohe." Folgerichtig fordern Rosenberg/Brenner massiv den Aufbau der DKP in der ehemaligen DDR. Immerhin waren sie dabei erfolgreich. Auf der 2. PV-Tagung begrüßte der Vorstand einstimmig die bevorstehende Gründung einer Bezirksorganisation Berlin/Brandenburg der DKP, über deren Ergebnis allerdings nie wieder etwas verlautete.

Revolutionäre Partei versus linkssozialdemokratischer Parteientwicklung, Kritik des "Gorbatschowismus" und "reformkommunistischen" Rechtsopportunismus, Kritik an einer DKP-Asylpolitik, die "das politisch-ökonomische Interesse des Kapitals" vertritt (Helga Rosenberg) - linker Aufstand in der Rest-DKP?

Nicht jede linke Phraseologie ist auch links. Zur Parteidiskussion fällt den Kritikern halt nicht mehr ein, als die "Aktualität der Leninschen Parteikonzeption" zu beschwören. Die Kritik am "Gorbatschowismus" kommt erst nach dem gescheiterten Staatsstreich, dafür aber sehr heftig daher. Hier habe die DKP-Opposition in der Vergangenheit versagt, so Rosenberg/Brenner (was wiederum den alten Chefideologen Willi Gerns zu einer Replik veranlaßt, ab wann er Kritiken an der Perestroika veröffentlicht habe). Helga Rosenberg geißelt kurz vor dessen endgültigen Abschuß mutig, daß in der DKP seit seiner Machtübernahme um Gorbatschow ein "Personenkult" veranstaltet worden sei, "der in seiner Geschmacklosigkeit mit dem um Stalin durchaus vergleichbar sei". "Eine radikale Abrechnung mit der Perestroika, mit der Haltung fast der gesamten DKP zu ihr von Anfang an, mit der Wirkung der Perestroika als auflösendes Moment nicht nur der KPdSU, sondern auch der DKP steht noch vollständig aus." Gemeint ist damit aber beileibe nicht eine linke Kritik der Sowjetunion und der Bedeutung von Glasnost und Perestroika als nicht "Reform des Kommunismus", sondern als Überleitung vom Staatssozialismus zum Kapitalismus. Gemeint ist auch nicht, das apologetische Verhältnis der DKP zur Mutterpartei aufzuarbeiten, sondern der nostalgische Blick zurück auf die gute alte UdSSR. So kritisieren Rosenberg/Brenner am gescheiterten Staatsstreich nicht etwa seine vaterländischen und Perestroika-angelehnten Inhalte und Träger, sondern sein Zuspätkommen. Brenner: "Nicht die gescheiterte Aktion war die Ursache für diese historische Tragödie (Anm.: Zerfall der UdSSR). Dieses letzte Aufbäumen eines Teils der sowjetischen Führung zur Wahrung der UdSSR vor dem Zerfall und zur Sicherung der bereits stark angeschlagenen Grundlagen des Sozialismus hatte nur noch die Funktion eines Katalysators." Beschworen wird damit eine sowjetische Nichtrealität von Grundlagen des Sozialismus, die Richtung DKP-Traditionsverein weisen.

Jüngste Eskalation ist ein Artikel von Helga Rosenberg zur DKP-Asylpolitik, in dem in reaktionärer Weise der Zusammenhang zwischen "Einwanderungswelle" und sozialen Folgelasten hergestellt wird. Folgerichtig soll die DKP dagegen eintreten, daß die Bundesrepublik ("zu dicht besiedelt") ein Einwanderungsland wird (vergleiche dazu AK 336). Hans Peter Brenner nennt diesen Artikel einen "antiimperialistischen Ansatz bei Helga Rosenberg, den ich aber nicht für gelungen halte". Zumindest in Nordbayern wird die Rosenberg-Position in der Politik gegen Flüchtlinge geteilt. In der Gesamt-DKP ist er Beginn einer heftigen Kontroverse geworden, die - folgt man der Diktion, in der sie in der UZ ausgetragen wird - Auftakt für eine erneute Parteispaltung sein könnte. In "erregter und gereizter Atmosphäre" wurde mit "überspitzten und zum Teil beleidigenden Bemerkungen" auf der 3. Parteivorstandstagung im November die Kontroverse ausgetragen. Helga Rosenbergs Position sei "Nähe zu rechtsradikalen Aussagen" vorgeworfen worden, was zwar stimmt, dennoch von der Mehrheit zurückgewiesen wurde. Statt aber "nachdenklich zu werden", sei sie zum Gegenangriff übergegangen. Einem neuen Entwurf für eine Parteivorstandserklärung "Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus" - u.a. mitverfaßt vom bekannten Antifaschisten Peter Gingold - warf sie "hohles Pathos des moralisierenden, weltfremden Kleinbürgers (vor), geeignet vielleicht als Antrag für die Synode der EKD: folgenlos, verständnislos, scheinbar klassenneutral. In Wirklichkeit jedoch vertritt der Antrag das politisch-ökonomische Interesse des Kapitals, welches an einem möglichst unbegrenzten Arbeitskräfte-Reservoir interessiert ist und die BRD nach wie vor als Einwanderungsland haben will." Starker Tobak von einer Autorin, die alle Vorurteile eines DKP-spezifischen Rassismus auf kurzem Raum artikuliert hat. Allein die antikapitalistische Verpackung vom "Interesse des Kapitals" macht eine solche Position nicht links, sondern beläßt sie rechts, wenn sie die bestehende Vorurteilsstruktur reproduziert.

Das intern Folgende kündigt weitere Verwerfungen an: Heinz Stehr und Rolf Priemer sprechen vom "unerträglichen Umgang miteinander", Helga Rosenberg würde "durch Polarisierung Öl ins Feuer gießen." Hans Peter Brenner erklärte laut UZ, "wer Helga angreife, der wolle die Partei liquidieren, denn sie stehe für eine revolutionäre kommunistische Partei, während Heinz und Rolf die schleichende Liquidierung der DKP betrieben". Keine Frage, so der Berichterstatter Fritz Noll, "hier stand der Vorwurf der fraktionellen Tätigkeit, dort der des Liquidatorentums".

Keine der Positionen in dieser DKP-Auseinandersetzung steht für einen ernstzunehmenden Neuansatz kommunistischer Politik. Beide bewegen sich zwischen dem alten Reformansatz der DKP, der größere Nähe zur aktuellen PDS-Entwicklung, hat und einem prinzipienradikal formulierten "Marxismus-Leninismus", der inhaltlich hohl ist. Wenn diese Strömung den Bezug auf die alte Arbeiterklasse, die "Hauptopfer der sozialen Polarisierung" seien (so der bayerische Kongreß "Kommunistische Politik in Deutschland") zum hauptsächlichen erklärt, weil diese "auch heute nichts zu verlieren haben als ihre Ketten", so wird auch klar, warum rassistische Positionen wie die Rosenbergs greifen können. Es fehlt jede Einsicht, daß deutsche

Arbeiter mehr als ihre Ketten zu verlieren haben. Das wissen sie selber besser. Mit diesem Teil der DKP kann vielleicht noch der ML-Parteiansatz der MLPD ("Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands") kooperieren, die gerade dabei ist, in Vorbereitung ihres IV. Parteitags einen Fehler zu korrigieren: den "berechtigten Wunsch der Massen nach nationaler Einheit" nicht ernstgenommen zu haben, da "für die Arbeiterklasse die Nation die Basis ist, auf der sich der Klassenkampf entfaltet..." Ist das auch noch links?

hr.

Quellen:

Alle Zitate aus der vierzehntägig erscheinenden DKP-Zeitung UZ von August bis Dezember 1991

34. Die neunte Anstrengung. Fülberths Anregungen aufnehmen (zu Fülberth, Sieben Anstrengungen)

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:01

Der Diskussionsbeitrag von Christian Schmidt in ak 335 zu Georg Fülberths "Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen" teilt über das Buch sachlich korrekt wenig mit. Manchmal hat Christian Schmidt Zitate sinnentstellend gekürzt. In der Hauptsache ist dieser Beitrag deshalb nicht der Auseinandersetzung mit Christian Schmidt gewidmet, sondern ein Versuch, Fülberths Buch als, vorab sei es gesagt, das darzustellen, was es ist: eine anregende Streitschrift.

Fülberth beginnt mit der geschichtsphilosophischen Klarstellung, daß die Gewißheit über das gesetzmäßige Ende des Kapitalismus zu verabschieden ist, weil sich die Geschichte nicht als "Kanon unverrückbarer weltgeschichtlicher Abläufe" (S. 8) darstellt. Zu Recht weist Fülberth an dieser Stelle darauf hin, daß die Annahme geschichtlichen Fortschritts und der Subjektwerdung des Menschen keine Besonderheit des Marxismus ist, sondern sich bereits mit der bürgerlichen Aufklärung als "Mainstream" gegen die Auffassung vom "Ende der Geschichte" durchgesetzt hat.

Im folgenden Kapitel beschreibt Fülberth in einem Schnelldurchgang von sechs Seiten die Debatte, die sich um das Marxsche Reproduktionsschema aus dem zweiten Band des "Kapital" rankt und eng mit dem Namen Rosa Luxemburgs, aber auch Bucharins, Bauers und Grossmanns verbunden ist. Dieses Kapitel bringt für die LeserInnen wenig Erkenntnisgewinn, weil Fülberth angesichts der komplizierten Materie mit dem Versuch scheitern mußte, sie auf so begrenztem Raum nachvollziehbar darzustellen.

Eine weitere kapitalistische Modernisierungstheorie?

Ganz anders das nächste, dritte Kapitel; eingangs zitiert Fülberth geschichtsphilosophische Verallgemeinerung, die Marx aus dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus gefolgert hatte: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." (S. 17) Fülberth hält Lenin und Hilferding, den Theoretikern des Imperialismus, vor, "daß ihnen ein Irrtum gemeinsam war, die Auffassung vom revolutionären Reifegrad der kapitalistischen Ordnung". (S. 20) Auch Engels habe bei seinem Verweis auf "die wachsende revolutionäre Vereinheitlichung des Proletariats" die Wahrscheinlichkeit des unmittelbaren Übergangs zur sozialistischen Epoche überschätzt. (S. 23) Die "Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses durch die unmittelbaren Produzenten" war nicht so entwickelt (und sei auch heute nur tendenziell erkennbar), daß "das bisherige Proletariat ebenso zum Subjekt geworden sei wie die im Feudalismus zunächst noch subalternen Verleger (und) Manufakturbesitzer". (S. 20f.)

Allerdings steuern die weitere technologische Entwicklung und die Ansätze der damit einhergehenden Vergesellschaftungstendenzen nicht gesetzmäßig auf das Ziel Sozialismus zu. Weder der dauerhafte Bestand des Kapitalismus noch seine Überwindung sind durch irgendeine außermenschliche Bestimmung gewährleistet. Feststellbar sind die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüche und die mehrfachen Versuche, "den Kapitalismus durch eine kommunistisch-sozialistische Ordnung zu ersetzen. Modernisierungstheoretiker werden diese Ansätze zur Sprengung wahrscheinlich als Durchgangsphase interpretieren, als Ergebnisse zeitbedingter Defekte, die gerade durch diese Art der Gegenwehr systemimmanent beseitigt werden konnten. Demgegenüber meine ich, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation tatsächlich einen Mechanismus der Selbstaufhebung besitzt, der, solange er nicht zerstörerisch wirkt, eher ihre Optimierung bewirkt, ohne daß eine Beschränkung auf diese Funktion für alle Zeit ausgemacht sein muß." (S. 24f.) Hier endet das Zitat - bei Christian Schmidt, der ein Zwischenfazit zieht: "Er (Fülberth; Anm. fo.) ist damit theoretisch nicht weit weg von jenen, die Frieden gemacht haben mit der metropolitanen Wachstumsgesellschaft der 80er Jahre. Und seine Distanzierung von aktuellen prokapitalistischen ‚Modernisierungstheorien` fällt deprimierend ‚abgewogen` aus." (ak 335, S.28).

Es ist schon aus diesen Zitaten herauszulesen, daß Fülberth nicht die Aussöhnung mit dem siegreichen Kapitalismus propagiert, sondern das Verstehen seiner Siege ermöglichen will. Das mag jemand zu

"abgewogen" finden, der seine Überzeugungskraft aus der Heftigkeit seines Stils zieht, aber das Verwechseln von Parteilichkeit und Einseitigkeit in der Betrachtung der Geschichte und der Gegenwart hat sich weder für die Linke als fruchtbar erwiesen noch entspricht es der historisch-dialektischen Methode. Und zuguterletzt gibt Fülberth im unmittelbaren Anschluß an die zuletzt zitierte Stelle noch eine kleine Lesehilfe: "Ist das aber wahr, dann wäre die bisherige Geschichte des Kapitalismus vor dem Hintergrund seiner möglichen und notwendigen Überwindung zu schreiben. Alle in der Vergangenheit unternommenen Versuche, ihn zu beseitigen, wären dann der Ausdruck der zeitweilig an die Oberfläche gekommenen Wahrheit, daß auch diese Formation nicht nur in einem physikalischen, sondern auch im gesellschaftlichen Sinne endlich ist." (S. 25)

"Realer Sozialismus" und Menschenbild

Es folgt eine Passage, deren Inhalt in seinem ganzen Für und Wider zu erörtern alleine eine ak-Seite füllen könnte. Fülberth regt an zu prüfen, "ob der Zustand dieser ("realsozialistischen"; Anm. fo.) Gesellschaftsformation nicht in erster Linie aus der Geschichte des Kapitalismus erklärt werden sollte ..." Waren die bisherigen Sozialismusversuche im Sinne von Thomas Kusczynski notwendig "verfrüht ..., dann wäre das Versagen von Institutionen und Personen nicht Ursache, sondern Folge". (S. 26) Christian Schmidts prompt erhobener Vorwurf, Fülberth rechtfertige mit dieser Formulierung fast im klassisch marxistisch-leninistischen Stil die jeweilige Linie der herrschenden KPen und denunziere damit andere Strömungen, ist eine ziemliche Überdehnung der Stelle.

Aber der Vorstellung, die Impulse menschlichen Handelns würden von außen gegeben, von technologischen Bedingungen und gesellschaftlichen Verhältnissen, während die menschlichen Handlungen nur Folge, nicht auch Ursache seien, liegt ein eher mechanisches Verständnis von der besonderen Wesenhaftigkeit des Menschen zugrunde. Die menschliche Fähigkeit, die vorgefundene Wirklichkeit gedanklich zu überschreiten, sich über sie hinausreichende Ziele zu setzen, die aus dieser Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit angetriebenen Handlungen sinnhaft zu besetzen, wird ausgeblendet. Gerade weil Fülberth zu Recht bestreitet, daß es ein Gesetz über den zukünftigen Verlauf der Geschichte gibt, sondern er von den Entscheidungen und Handlungen abhängt, zu denen Menschen im Dialog mit der Wirklichkeit kommen, müßte Fülberth in seiner Theorie Platz für die menschliche Entwurfs- und Entscheidungsfreiheit finden.

Für die Geschichtsschreibung des "realen Sozialismus" heißt das, die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen der kapitalistischen Ökonomie und der "realsozialistischen" herauszufinden, die sowjetischen Einflüsse in der Kommunistischen Internationale und ihre Wirkungen auf das Handeln der KPen untersuchen, Trotzki und Stalin, Bucharin und Sinowjew als Menschen anzuerkennen, die aus dem Dialog mit dem sie umgebenden Umfeld Schlußfolgerungen zogen, die unbeugsam zu ihrem Entwurf standen, die halbherzig waren, die jedes Mittel rechtfertigten. Sie alle lebten in ihrer Zeit nicht allein als "Folge", sie lebten als Menschen mit Hoffnungen und Entwürfen, mit Ängsten und Wünschen, mit dem Blick-auf- die-Zukunft-hin. Fülberth hat recht, daß die Geschichte des Kapitalismus nicht auf seinen gesetzmäßig eintretenden Zusammenbruch hin geschrieben werden darf; aber diese Vorgehensweise muß entsprechend geändert auch auf den "realen Sozialismus" angewandt werden: Die Entscheidungen und Handlungen ihrer Zeit dürfen nicht aus dem nur uns bekannten Ende interpretiert werden, sondern nach dem ihnen in ihrer Gegenwart zukommenden Sinn.

Vor neuen Konflikten

Fülberths Darstellung der "fünf Perioden kapitalistischer Entwicklung", die so lang ist wie die ersten drei Kapitel zusammen und damit einen Schwerpunkt des Buches ausmacht, beansprucht nicht, wie Christian Schmidt unterstellt, einen neuen "Kanon unverrückbarer weltgeschichtlicher Abläufe" zu beschreiben. Fülberth meint, bisher fünf Perioden dieser "noch junge(n) Gesellschaftsformation" ausmachen zu können, "deren Ende auf keinen Fall berechenbar ist und deren bisherige Geschichte deshalb auch nicht im Lichte einer Schlußkatastrophe dargestellt werden kann". (S. 27) Im Rahmen dieses Kapitels stellt Fülberth "Grenzen der Modernisierung" dar, Tendenzen der Modernisierung, die zugleich in dieser stabileren kapitalistischen Periode ihre Widersprüche produzieren, aus denen ein nächster großer Konflikt entstehen kann, der sowohl in einer neuen Gegengesellschaft oder "in einer teilstabilisierenden Transformation enden kann". (S. 90) Mensch muß schon, wie Christian Schmidt etwas unverständlich schreibt, "die ‚finale Systemgrenze` (als) Resultante dialektischer Systemgrenzen" (ak 335, S. 29) suchen, um in Fülberths Darstellung eine Kette von Beschönigungen zu sehen.

Fülberth beschreibt die Grenzen so:

"1. Die ‚Friedensfähigkeit` des Kapitalismus durch Zurückführung seiner Kriegstechnologie auf ein Maß, das die Risiken kontrollierbarer macht, mag mit großer Mühe gerade noch denkbar sein. Es wäre aber ein Frieden eben zu den Bedingungen des Kapitalismus, eine Pax Imperialistica, so wie es einst eine Pax Romana gab. Sie schließt die Dominierung der nichtkapitalistischen Welt mit - nun eben ‚risikoärmer` - militärischen Mitteln ein. Die angeblich sanfte Gewalt des Weltmarktes wird nicht ausreichen.

2. Ähnliches gilt für die Perspektiven einer Rückführung der riskanten Großtechnologien auf ein Niveau, das sie beherrschbarer macht. Sie bleibt vorerst eine technokratische Vision, deren Umsetzung unter kapitalistischen Bedingungen wahrscheinlich neue Opfer erzeugen wird. Nach wie vor werden diese vor allem in der sogenannten ‚Dritten Welt` zu suchen sein. Zumindest auf den ersten Stufen der Durchsetzung eines solchen Modells wird die Umweltzerstörung dort wohl ungebremst weitergehen, während sie in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Staaten allenfalls verlangsamt, nicht aber endgültig gestoppt wird." (S. 68 f.)

Diese beiden ersten Punkte so ausführlich zu zitieren, ist notwendig geworden, weil Christian Schmidt sie in seinem Artikel bis zu Unkenntlichkeit verkürzt hat (vgl. AK 335, S. 28). Fülberth enthält sich zwar jeder Aufgeregtheit in der Sprache, aber in der Sache ist er gleichwohl eindeutig: Wenn die kapitalistische Beherrschung der Erde weitergehen wird, wird es Vernichtung durch die "sanfte Gewalt des Weltmarktes", mit "militärischen Mitteln" und "Umweltzerstörung" geben. Das können Systemgrenzen werden, wenn diese Entwicklung Anstöße für Protest, Widerstand und Revolution liefert oder für die "passive Revolution" der Selbstzerstörung, der Barbarei.

Die weiteren heute denkbaren Systemgrenzen macht Fülberth im Patriarchat, in der Arbeitslosigkeit, in der weltweiten Verelendung, im Nachlassen der Integrationsfähigkeit des politischen Systems und in neuaufkeimenden Nationalismen und religiösen Fundamentalismen aus.

Vorsozialistische Keimformen im Kapitalismus?

Das sechste Kapitel mit dem Titel "Gegengesellschaften" bildet den zweiten Schwerpunkt des Buches. Den kommunistischen Siedlungen in den USA während des 19. Jahrhunderts und der Pariser Commune widmet Fülberth jedoch kaum zwei Seiten, während er sich der Geschichte des "realen Sozialismus" ausführlich widmet, ohne allerdings der umfangreichen Fachliteratur neue Überlegungen hinzuzufügen.

Gibt es neben diesen drei Gegengesellschaften einen "ständigen vierten Versuch" von "Formen nichtkapitalistischer Vergesellschaftung in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern", der "Tendenzen zur Überwindung der auf dem Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise" anzeigt? (S. 128) "Nein", sagt Fülberth, denn "die real bestehenden nichtkapitalistischen Vergesellschaftungsformen", die repräsentative Demokratie, der sozialstaatliche Kompromiß und die Ebene kommunikativen Handelns, "sind keine Voraussetzungen einer aktuell absehbaren Überwindung des Kapitalismus. (...) Von einem ‚vierten Versuch` in Permanenz, etwa im Sinne des demokratischen Sozialismus, kann also nicht die Rede sein." (S. 144 f.)

Gesinnungsethik und Widerspruchsethik

Das siebte und abschließende Kapitel verdient sicher mehr als die von Christian Schmidt gefundene Bewertung "persönlich". Da ist zunächst Fülberths empirisch gewonnene, von Marx abweichende Beschreibung des Subjekts der "menschlichen Emanzipation", das er nicht mehr allein in der Arbeiterklasse ausfindig macht: "Individualisierte, geschlechtsspezifische und in frei nach soziokulturellen Bedürfnissen und Neigungen zueinanderfindenden Gruppen sich manifestierende Interessen werden in einen Emanzipationsbegriff eingehen müssen, der nur dann human genannt werden kann, wenn er tatsächlich universell, also nicht territorial begrenzt ist." (S. 186)

Diese Strömungen bilden gegenwärtig jedoch keine einheitlich denkende oder handelnde "Linke" (Anführungszeichen jeweils im Text; fo.). Wer überhaupt sich heute zur Linken rechnen wolle, müsse sich zwei "gesinnungsethische" Grundsätze zum "kategorischen Imperativ" des Handelns zu eigen machen:

1. "Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchest";

2. die "Bestimmung einer humanen Gesellschaft" aus dem "Kommunistischen Manifest" als "Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Damit diese Leitlinien mehr werden als Ausdruck des moralischen und schlauen Kommentatorentums, bedarf es der Anreicherung durch die "Widerspruchsethik: die Bereitschaft zur Gegenwehr derer, die durch die herrschende Ordnung benachteiligt werden". Und umgekehrt bleibt der Widerstand ohne so bestimmte gesinnungsethische Grundsätze populistisch und wird "nicht Teil einer linken Bewegung". (S. 188)

Die Linke solle sich nicht am "reformerischen ‚Mitgestalten` von innen heraus" beteiligen, meint Fülberth, denn zu solchen Selbstkorrekturen ist das bürgerlich-demokratische System, "solange es überhaupt noch Reserven hat", aus sich heraus fähig. Da er sich die zukünftige Linke nicht als "einheitlich handelndes Subjekt", sondern als Summe von "Funktionen" vorstellt, empfiehlt Fülberth den Begriff der "Proto-Linken", der Linken in Larvenform. "Diese wird sichtbar

1. in der wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus,

2. in der Aufdeckung und operativen Bekämpfung der durch ihn bewirkten Zerstörungen in Aktionen, die sich gegen die Ursachen, nicht die Symptome richten,

3. in der gesinnungsethisch ausgerichteten und historisch-materialistisch informierten Mitwirkung dort, wo Menschen sich wehren, weil sie sich wehren müssen,

4. dies alles aber orientiert auf die strategische Notwendigkeit eines gebrauchswert- und reproduktionsinteressierten Gesellschaftstypus ..." (S. 190)

Auch diese Zitatstelle hat Christian Schmidt sinnverkürzend zusammengeschnitten (AK 335, S. 28). Weder diese verallgemeinernde Bestimmung noch Fülberths Einzelbeschreibungen lassen eine besondere "persönliche" Note erkennen, die das Buch eher zur Bekenntnisschrift, weniger zur anregenden politischen Lektüre machen. Im Gegenteil: Fülberth gibt auf 190 gut lesbaren Seiten sowie in einem brauchbaren Anmerkungs- und Literaturverzeichnis auch dort Anregungen zu einem fruchtbaren Streit, wo mensch nicht mit ihm übereinstimmt. Gerade das bringt uns der Beitrag von Christian Schmidt leider nicht näher.

fo.

Georg Fülberth: Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg (Konkret Verlag) 1991, 208 Seiten, DM24,-.

35. Berlin als spirituelles Zentrum. Neudeutscher Hauptstadtkult und deutscher Nationalismus

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:11

"Da liegst du, Berlin, du wirkliche," sprach Barbara Sichtermann am 9. November via taz zur alt-neuen Hauptstadt, "kannst es kaum fassen, daß die Mauer weg ist, die auf deinem Geist gelastet hat wie ein Grabstein ..." Nach Mauerfall und Wiedervereinigung spuken sie wieder, nationalistische Geister. Drohen alternative Citoyens in rechtsnationalistische Diskurse abzugleiten? Ihr Hauptstadtkult, so die im folgenden formulierte Befürchtung, kennzeichnet jedenfalls einen Übergang. Wo Linksintellektuelle bürgerliche "Zivilität" wortreich würdigten, gewinnt nach und nach die Identifikation mit biologisch gefaßter Volksgemeinschaft die Oberhand.

I. Pax Nolte

Als 1986 Ernst Nolte mit der These vor die erstaunte historische Fachwelt trat, die Judenvernichtung sei eine im Grunde "asiatische Tat" gewesen, und Hitlers KZs seien auf Stalins Gulags zurückzuführen, stieß diese Entsorgung deutscher Geschichte auf Gegenwehr. Liberale und linke HistorikerInnen verteidigten die "Singularität" der Verbrechen, die in Auschwitz ihren Höhepunkt gefunden hatten. Wenig beachtet wurde an der Historikerdebatte, daß es den rechten Exponenten im Kern um die Reetablierung eines ungebrochenen deutschen Nationalgefühls ging. Hintergrund ihrer Offensive war, daß die regierungsnahe Elisabeth Noelle-Neumann in einer Allensbach-Studie den Deutschen lädiertes Nationalbewußtsein attestiert hatte, und insbesondere der Geschichtswissenschaft diesbezüglich Versäumnisse vorhielt. Michael Stürmer, Historiker und Kanzlerberater, nahm gemeinsam mit Nolte den Ball auf. Hillgruber, Dritter im Bunde, formulierte als Ziel, "deutsche Geschichte ... als eine Entwicklung darzustellen, die auf die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik hingelaufen ist, auf ein Gesamtdeutschland auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts, das es eines Tages zur Geltung zu bringen heißt. Das erscheint mir eine nicht nur historische, sondern auch politisch notwendige Perspektive." (1)

Gegen das Anliegen, Auschwitz zugunsten nationaler Identifikation aus der deutschen Geschichte zu verdrängen, setzten liberale HistorikerInnen um Habermas auf das Konzept, Deutsche sollten sich "in erster Linie auf ein republikanisches, verfassungspatriotisches Selbstverständnis stützen" (2). Die Problematik ihrer Gegenposition lag von Beginn an darin, daß in der Berufung auf die "zivilisatorische" Seite bürgerlicher Staatlichkeit die Kehrseite, der völkische Nationalbegriff, stets bereits mitangelegt ist. Das gilt für die Bundesrepublik in sehr konkreter Weise: Die Verfassung, das Grundgesetz, schreibt einen völkischen Begriff des Deutschtums vor und erklärt die Wiedervereinigung aller Deutschen zum Verfassungspostulat. Bundesdeutsche "Verfassungspatrioten" wie Habermas haben sich bis heute niemals ernsthaft und offensiv gegen solch völkische Bestimmungen gewandt, dagegen nur ihre geringere Gewichtung befürwortet ("... in erster Linie ...").

Es gilt aber auch für die bürgerliche Gesellschaft im allgemeinen. Der abstrakte Staatsbürger ist, selbst in seinen Menschenrechten, nie universell, sondern er ist immer auf einen konkreten bürgerlichen Staat, eine "Nation" bezogen. Im Staatsbürger wird das Individuum auf eine Gleichheit reduziert, die von den konkreten Lebens- und Klassenbeziehungen abstrahiert. Die Leere, die dadurch geschaffen ist, wird durch Symbole konkreter Zusammengehörigkeit scheinhaft gefüllt. Solche mythischen Gemeinsamkeiten wie "deutsche Mentalität" oder "Schicksalsgemeinschaft" sind als völkische Komponenten unüberwindbare Bestandteile der bürgerlichen Staatlichkeit. "Verfassungspatriotismus" und völkisches "Nationalgefühl" sind also zwei Seiten derselben Medaille.

Vielleicht erklärt dieser Zusammenhang, warum die linksliberalen HistorikerInnen gegen die offensive Reetablierung von deutschem Nationalstolz nur einen kläglichen Abwehrkampf geführt haben. Sie wähnten sich nach der Historikerdebatte zwar als Sieger nach Punkten, hatten im Prozeß der Wiedervereinigung dem Siegeszug des Nationalgedankens aber nichts entgegenzusetzen. Habermas selbst zog sich auf die Position zurück, die Wiedervereinigung solle nach Artikel 146 Grundgesetz durchgeführt werden; einige seiner ehemaligen Mitstreiter ergriffen gar schon bald offen für Nolte Partei (3). Noltes Geschichtsrelativierung ist heute weitestgehend gesellschaftlicher Konsens. Die umstandlosen Gleichsetzungen der

DDR-Staatssicherheit mit NS-Terror ist Indiz für die allgemeine Geschichtsrelativierung, wie etwa die Unterstützung der projektierten "wolgadeutschen" Republik von taz bis FAZ Beleg für den wiedererstarkten Nationalgedanken ist. Kaum wahrgenommen wird, daß sich das Verhältnis zu erklärten Nazis massiv verschoben hat. Kaum eine Talkshow kommt heute mehr ohne DVU- oder FAP-VertreterInnen aus. Sie gelten nicht mehr als RepräsentantInnen des historischen Nazismus, sondern als DiskussionspartnerInnen in Fragen des Ausländer"problems", denen bestenfalls ihre unzivile, gewaltförmige Form der "Problem"lösung wegtherapiert werden soll. Und bis in die Linke hinein findet sich kaum jemand mehr, der heute noch das Selbstbestimmungsrecht "der deutschen Nation" in Frage stellen wollte.

Handelt ein Sieger staatsmännisch und taktisch klug, macht er den Besiegten ein Angebot zur Güte und zur Integration. Schon kurz nach der Wiedervereinigung sah sich Nolte in dieser Lage des generösen Siegers, und machte "den Linksintellektuellen" eine Offerte in Sachen nationaler Frage (4). Diese "Pax Nolte" räumt ein, daß von "Singularität" der NS-Verbrechen schon irgendwie die Rede sein könne, wenn nur daraus keine historischen Folgerungen abgeleitet werden. Um das Projekt "deutsche Nation" weiter voranzubringen, muß Nolte an der Relativierung von Auschwitz allerdings festhalten: "... darf und muß ... von einer Singularität ... schon deshalb die Rede sein, weil die Ausrottung relativ kleiner und für fremd erklärter Gruppen einen abstoßenderen Charakter trägt als die quantitativ umfassendere sowjetische Klassenliquidierung." Für Nolte ist das ermordete europäische Judentum also eine "relativ kleine Gruppe". Weiter führt er den Genozid des NS-Deutschland an Juden und anderen darauf zurück, daß die Bolschewiki 1917 einen "Weltbürgerkrieg" entfesselt hätten. Einen deutschen Sonderweg habe es nicht gegeben, nur einen russischen. 1933 sei als Epochenjahr zu streichen, "vielmehr muß es als feindselige Imitation des wichtigeren russischen Jahres 1917 verstanden werden."

In der Debatte um einen neuen Nationalkonsens greift die "Pax Nolte" Begriffe wie "Zivilität" und "

Verfassungspatriotismus" positiv auf. Sie werden in ein Konzept positiven deutschen "Nationalbewußtseins" integriert. Nolte fordert von "den Linksintellektuellen" allerdings, kosmopolitische Gedanken zu verbannen, vom abstrakten, nationalstaatlich nicht erfaßten "Menschen" in Zukunft konsequent abzurücken. Stattdessen solle ausschließlich von an die Nation gebundenen "Bürgern", und über die Zugehörigkeit zur eigenen Nation definierter "Zivilgesellschaft" die Rede sein. Nolte setzt damit geschickt an den inneren Widersprüchen des "Verfassungspatriotismus" an und führt jenen weiter zu seiner nationalistischen Konsequenz.

Die "Pax Nolte" scheint an den anvisierten Linksintellektuellen nicht vorübergegangen zu sein. Jedenfalls bewegen sie sich mehr und mehr im von Nolte vorgeschlagenen Konsens. Forderungen nach Ausbreitung ziviler Verhältnisse kooperieren inzwischen völlig reibungslos mit Traditionslinien deutschnationalistischer Provenienz. Der Ruf nach der Verbreitung von Vernunft und Zivilisation richtet sich beispielsweise beim Jugoslawienkonflikt durchgängig und völlig einseitig gegen die serbische Seite, was mit deren Darstellung als einer Ansammlung fremdrassiger und barbarischer Horden korrespondiert. Massaker kroatischer Ustascha-Faschisten werden konsequent übersehen, was den Erfordernissen einer wieder offensiver werdenden deutschen Außenpolitik des Ostraums entspricht.

Die Debatte um die Hauptstadt Berlin war Gradmesser und Katalysator der Entwicklung hin zum neuen deutschnationalen Konsens. Nur wenige aus dem Intellektuellen- und Künstlermilieu sprachen sich noch für Bonn, das Symbol des Verfassungsstaates, aus. Die Mehrheit identifizierte sich mit Berlin, dem Symbol der Wiedervereinigung zur Nation. Und der durch Citoyens betriebene Kult um die zivilisatorische Bedeutung der Urbanität Berlins entwickelt immer deutlicher Kategorien, die dem klassischen Deutschnationalismus entstammen.

II. Hauptstadtdebatte

Die Attraktivität Westberlins auf intellektuelle wie linke Kreise hatte in den letzten Jahrzehnten sicherlich objektive Hintergründe: Die bisherige Möglichkeit für die jüngere männliche Bevölkerung, um Militär- und Zivildienst durch einen Zuzug herumzukommen, zählt dazu ebenso wie allgemeiner die Chance, im großstädtischen Milieu auch abweichende Lebensentwürfe zu verwirklichen. Die bisher randständige Lage der Stadt begünstigte solche Möglichkeiten zusätzlich. Die ausgeprägt antiautoritäre und linksradikale Tradition der Außerparlamentarischen Opposition war eine weitere wichtige Wurzel für die Anziehungskraft dieser Metropole.

Die ehemalige 68er- und Nach-68er Generation hat sich größtenteils von den revolutionären politischen Zielsetzungen der APO schon lange losgesagt, bemüht sich aber dennoch bis heute eifrig, deren Erbe zu verwalten. Die ehemalige KPD- Aktivistin Antje Vollmer etwa suchte ihre Akzeptanz des neuen, wiedervereinigten Großdeutschland aus ihren linken Traditionen zu begründen. Die APO, so Vollmer, habe die Wiedervereinigung erst möglich gemacht, weil sie die BRD grundlegend verändert, grundlegend zivilisiert, und dadurch die Bedenken der Nachbarstaaten gegenüber Großdeutschland zerstreut habe (5). Kohl sei die so herbeigeführte Wiedervereinigung unberechtigterweise in den Schoß gefallen. Die APO endete nach diesem Verständnis nicht in einer Niederlage, sondern setzte sich durch, indem sie eine Demokratisierung der Bundesrepublik erkämpfen konnte. Und diese fortschrittliche Traditionslinie findet in der Wiedervereinigung ihre Fortsetzung.

Aus einem solchen Geschichtsbild ergibt sich die Möglichkeit, die eigene Identifikation mit dem aufständischen, studentischen Berlin der APO bruchlos in eine Identifikation mit der Wiedervereinigung der Stadt zu übersetzen. Heute ist Konsens einer breiten linksliberalen Szene mit linker Vergangenheit, daß das Leben in der Hauptstadt Berlin noch schicker und noch moderner sein wird. Die Urbanität Berlins wird als solche zum positiven Wert erklärt, die Provinz zum negativen Gegenbild. Die positive Auswirkung der Wiedervereinigung auf die Stadt wird oft - neben der Emphase, daß Berlin "wieder ganz" wird - als eine Beschleunigung beschrieben, die diesen urbanen Charakter noch hervorzuheben und zu steigern vermag. Berlin gilt als das Zentrum, wo "die Zeit schneller rennt" und "das Leben intensiver pulsiert". Solche bewegten Bilder archivieren die Erinnerung an früher angestrebte Veränderungen in ihren Beträgen, ohne von deren Ausrichtung noch etwas wissen zu wollen. Mehr und mehr getilgt wird dabei aber nicht nur die ehemals revolutionäre Zielsetzung. Auch die angeblich durch die APO bewirkte Zivilisierung wird zugunsten des bejubelten urbanen Lebensgefühl immer weniger auf ihre Inhalte hin befragt. So führt in der Hauptstadtdebatte des Sommers '91 Klaus Hartung die eigene linke Vergangenheit als ein Faktum an, das irgendwie dem Plädoyer für die Wahl Berlins dienen soll: "Es war doch die `Spiegel'-Affäre, es war 68 und all die späteren Bewegungen, die unsere durchaus verteidigenswerte Demokratie erzeugt haben. Sie kamen aus den Metropolen, aus Frankfurt und Berlin und nicht aus Bonn. Um an dieser Stelle ganz klar zu sein: um Himmels willen nicht zurück zu den linken Weltbildern, auch nicht zu den 68er Ideologien. Aber den kritischen Impetus, den sollte man sich doch bewahren." (6) Hartung ist aber nicht in der Lage, aufzuklären, weshalb das Festhalten an einem "kritischen Impetus" dafür sprechen soll, die Hauptstadt Berlin zu präferieren. Die linken Ideen sind abgelegt, der Zusammenhang, den er zu revolutionären Phasen dennoch herstellen will, gerät zum Mythos.

Hartung breitet diese Argumentation in der taz gegen Joscha Schmierer aus. Schmierer hatte in der taz mit verfassungspatriotischen Argumenten für Bonn als Parlaments- und Regierungssitz geworben. Hartung steht in dieser Hauptstadtdebatte der taz für den run auf Berlin. Er mobilisiert gegen Schmierer das Ressentiment. Obwohl Schmierer von revolutionären Idealen schon vor langer Zeit Abschied nahm, behandelt Hartung ihn wie ein Fossil: "Zu den eher komischen und erheiternden Elementen" der Debatte gehöre, "... daß Angehörige jener (68er) Generation ausgerechnet dann Frieden mit der Bundesrepublik machten, als sie politisch verschwand." (7) Die Aussage ist in Bezug auf Schmierer nachweislich falsch, dennoch mobilisiert Hartung das Bild des ewig zu spät Kommenden.

Der Verdacht liegt nahe, daß Hartung eigentlich Schmierers aktuelle Haltung, bürgerlich-demokratische Verfassungsgrundsätze zu betonen, als unmodern abzuqualifizieren sucht. Die von Schmierer - in Nachfolge Habermas' - genannten "Grundelemente: die Westbindung, den Föderalismus, und die repräsentative Demokratie" seien, sagt Hartung, zur "Kritik linker Ideologien" durchaus nützlich gewesen - etwa, um die NATO zu verteidigen, oder um den bürgerlichen Staat vor dem Vorwurf zu schützen, Repressionsorgan zu sein (8). Ist das linke Denken erst einmal ausreichend ad acta gelegt, muß nach Hartung aber eingestanden werden, daß die Werte des Gemeinschaftskundeunterrichts nicht die Wirklichkeit beschreiben: "Aber als Affirmation taugen diese Begriffe nichts. Diese heilige Dreifaltigkeit von Föderalismus, Westbindung und repräsentativer Demokratie hat nichts zu tun mit der tatsächlichen Geschichte der Bonner Republik." "Gibt es denn keine Verfassungsdebatte?" fragt Hartung rhetorisch gegen Schmierers Verfassungspatriotismus.

Dabei ist offensichtlich, daß er dessen Konzept nicht retten möchte, indem etwa eine modernere Verfassung affirmationsfähig würde. In der "Zeit" zieht Hartung gegen einen anderen Bonn-Befürworter, Peter Glotz, zu Felde; dabei macht Hartung deutlich, daß sein Denken sich einer anderen Werteskala annähert. Hartung

spricht da von der "historischen Chance" (darunter geht es natürlich nicht), die durch die Wiedervereinigung Berlins, Deutschlands und Europas entstanden sei (9). Diese Chance sieht er in der Ostlage Berlins repräsentiert - er erklärt die Bürgerbewegungen des Ostens zu Vorbildern. In ihnen habe "eine Intelligenz den Schauplatz der Geschichte" betreten, "die alle Begriffe - die Begriffe Nation, Religion, Demokratie, Markt, die in Westeuropa festgelegt, tabuisiert oder ins Rechts-Links-Schema gebracht worden sind - nicht nur neu dachte, sondern politisch in Bewegung brachte." Unter westdeutschen Intellektuellen gebe es, wie bei Glotz, übermäßige Befürchtungen gegenüber entstehenden Nationalbewegungen im Osten. Es liege aber, so Hartung, auf der Hand, "daß von Slowenien bis zum Baltikum der politische und gesellschaftliche Emanzipationsprozeß über die Wiederentdeckung der Nation und über die Rückkehr zu den Landesregionen" verlaufe. Und da Demokratie und Nation so gut zusammengehen, versteht Hartung auch nicht, daß Glotz "ein junges Deutschland" fürchtet, das "national, durchaus republikanisch, smart, gebildet, weltmächtig und von beängstigender Unbefangenheit" sei. Zu diesem jungen Deutschland rechnet sich Hartung offensichtlich selbst: "... was wirkt so brisant an diesen Deutschen? Sie lieben die Metropole und halten den deutschen Föderalismus für provinziell ..."

Hartung spricht noch nicht offen aus, daß die Werte der deutschen "Nation" endlich der Tabuisierung, und der Einordnung "ins Rechts-Links-Schema" entrissen werden müßten. Seine für die Hauptstadt Berlin ins Feld geführte Argumentation läuft aber darauf hinaus, den östlichen Vorbildern am Objekt Deutschland endlich uneingeschränkt nacheifern zu wollen. Wenn er die Hauptstadt Berlin zum "Symbol der Vereinigung als Versöhnung" werden lassen will, ist dabei die Versöhnung mit dem bisher durch den Makel Auschwitz belasteten Nationalbegriff impliziert.

Hartungs bürgerlicher Vordenker ist Karl-Heinz Bohrer, Herausgeber der Zeitschrift "Merkur", der mit der Dezemberausgabe '90 in seinem Organ eine Artikelserie startete, um dem deutschen "Provinzialismus" zu Leibe zu rücken. Jener, ein "Erbteil der Nazis", müsse endlich überwunden werden, u.a. indem endlich weltweit Deutsche an den Fronten kämpfen. Provinzialismus sei Ursache der "deutschen politischen Impotentia". Nur die "metropolitane Dynamik" der "alten preußischen und deutschen Hauptstadt" könne auf die "hereinbrechende Problematik eines neuen deutschen Nationalstaats" angemessene Antworten entwickeln, propagiert Bohrer recht offen die Wiederaufnahme deutschnationaler Traditionen.

Überhaupt wurde in der bürgerlichen Debatte der Zusammenhang, daß Bonn für Verfassungspatriotismus, Berlin aber für das Wiedererstehen des Nationalgedankens steht, stets offen ausgesprochen. Im FAZ-Feuilleton forderte z.B. Patrick Bahners schon im Februar 1991, "die Wahl der Hauptstadt" müsse als symbolische Handlung "ausdrücken, daß Deutschland zu sich selbst gekommen ist." (10) Das könne Bonn nicht gewährleisten: "`Verfassungspatriotismus' ist ein Widerspruch in sich: Universale Prinzipien sollen Gegenstand eines Gefühls sein, das aufs Besondere geht. Verfassungsprinzipien sind der Inhalt der westlichen politischen Kultur, ihre historische Form aber ist der Nationalstaat." Dem deutschen Nationalstaat sei Berlin der Ort, "an dem wir an die nationalsozialistische Vergangenheit anschließen müssen, indem wir uns von ihr abstoßen." Die symbolische Wahl eines Ortes nationalsozialistischer Machtausübung als Hauptstadt gilt ihm geradezu als Gewähr dafür, daß die Bewältigung der Vergangenheit endlich zu Ende gebracht werden und Deutschland in seine nationale Normallage zurückkehren kann: "Wenn die Deutschen sich zu einem Staat zusammenschließen, werden sie mit einer Verspätung von vier Jahrzehnten schließlich die politische Verantwortung für ihre Vergangenheit übernehmen können. Das historische Subjekt, das den zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung zu verantworten hat, wird zeigen können, ob es aus der Geschichte gelernt hat."

In der Hauptstadtdebatte des Bundestages rückte Wolfgang Schäuble die nationalistische Symbolik Berlins eindeutig in den Vordergrund. Seine Rede wurde in der gesamten Presse, einschließlich der taz, und in allen veröffentlichten Reaktionen als "eindrucksvoll" und als "Sternstunde des Parlaments" beschrieben. Genüßlich registrierte FAZ-Beobachter Günter Banas im Bonner Wasserwerk nach der Entscheidung für die Hauptstadt Berlin den neuentwickelten nationalen Konsens: "Die Menge quillt heraus, und Schäuble bleibt. Zu ihm kommen sie, der Gratulation oder des Dankes wegen. Brandt noch einmal, wie schon am Morgen, und Vogel. Möllemann von der FDP und Fischer von den Grünen und Meckel von der SPD, der letzte Außenminister der DDR. Und nickend, am Ausgang, Gregor Gysi von der PDS. Schäuble fährt, nickend, an ihm vorbei. Draußen erregt ein Reporter Vogel mit der Frage, ob es die 17 Abgeordneten der PDS gewesen seien, die die Abstimmung entschieden. Vogel empört sich und hätte - fast - die Kamera verlassen." (11)

Im Zentrum der Ausführungen Schäubles stand, die Entscheidung niedriger, konkret-materieller Aspekte zu entheben: "Es geht heute nicht um Bonn oder Berlin, sondern es geht um unserer aller Zukunft, ..." (12); allein um die Entscheidung über ein Symbol also sollte es gehen. Seine zweite zentrale Message war, daß der Gegenstand der Symbolik die Einheit der Nation zu sein habe; es gehe "... um unsere Zukunft in unserem vereinten Deutschland, das seine innere Einheit erst noch finden muß, und um unsere Zukunft in einem Europa, das seine Einheit verwirklichen muß, wenn es seiner Verantwortung für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gerecht werden will." Mehr hat Schäuble in seiner hochgejubelten Ansprache im Grunde nicht gesagt. Eine Durchsicht der Reden aus PDS-Linke Liste und Grüne-Bündnis 90 erweist, warum diese einfache nationale Rhetorik auch in linksintellektuellen Kreisen so sehr gewürdigt wurde: Die meisten Beiträge reproduzierten dasselbe Gedankengut. Da wird fast durchgängig mit dem Argument für Berlin plädiert, Ostbürger hätten einen Anspruch auf die Symbolik, in Nähe des Parlaments- und Regierungssitzes zu wohnen. Dabei geht es in keiner Weise um konkret faßbare Interessen und Vorteile für jene Menschen (13). Als Beispiel für viele Gregor Gysi: "Viele haben oft davon gesprochen, daß wir, um die Teilung zu überwinden, zu teilen bereit sein müssen. Das ist wahr. Aber wer glaubt, das sei nur mit Steuern und Abgaben oder Tarifverhandlungen und Eingruppierungen zu erledigen, der täuscht sich. Teilen heißt, daß wir gemeinsam bereit sein müssen, die Veränderungen miteinander zu tragen, die sich durch die deutsche Einheit ergeben." (14) Statt konkrete Interessen der DDR-Bevölkerung zu vertreten, geht die Argumentation solchermaßen im Appell an den einigenden Nationalgedanken auf, der durch die Hauptstadt symbolisiert ist. Diese Verschiebung produziert nationalistisches an der Stelle sozialen Denkens. Die Position der meisten PDS-Linke Liste und Grüne-Bündnis 90 Abgeordneten gab damit zurecht den entscheidenden Ausschlag dafür, daß mit Berlin das Symbol erstarkenden Nationalgefühls durchgesetzt werden konnte.

III. "Berlin, du wirkliche ..." - das Beispiel Sichtermann

Ausgerechnet am 9. November veröffentlichte die taz, die an diesem Tag ansonsten durch ausländische JournalistInnen gestaltet wurde, eine deutsche Hauptstadtbeilage: "taz-special, Berlin, Berlin". Der darin zentral aufgemachte Beitrag "Berlin, du wirkliche, du scheußliche ..." von Barbara Sichtermann bedeutet den vorläufigen Höhepunkt der linksintellektuellen Tendenz, über einen Hauptstadtkult zu traditionellen Denkstrukturen des deutschen Nationalismus vorzustoßen.

Wie für Hartung ist auch für Sichtermann ein wesentlicher Aspekt, die Ostlage Berlins zum Argument für dessen Hauptstadtqualitäten zu machen. Auch sie feiert in diesem Kontext östliche Nationalismen. Argumentierte Hartung aber noch mit dem "Emanzipationsprozeß", der dort mit dem nationalen Wiedererwachen angeblich verbunden sei, nimmt Sichtermann die Katalogisierung von Nationalcharakteren vor. Berlin, so schreibt sie, "wird den Fatalismus und die Herzlichkeit der Russen ebenso in die Skala der europäischen Eigenarten eintragen wie das Rebellentum und die Frömmigkeit der Polen - und die Sinnlichkeit und Intelligenz der Juden". Sichermann transportiert in ihren klassisch nationalistischen Zuschreibungen hier zwar noch positive Bewertungen. Sind aber "die Juden" erst einmal durch die Stereotype "sinnlich und intelligent" beschreibbar, ist es nur noch ein winziger Schritt, ein Stimmungsumschwung, der ihre Aburteilung als "obszön und verschlagen" reaktivieren kann.

Die nationalsozialistische Vergangenheit wird bei Sichtermann (ähnlich wie bei Bahners) dadurch entsorgt, daß der Ort ihrer Machtausübung wiederum zum Machtzentrum wird: "Worauf die Sonntagsredner immer pochen: daß man die Schrecken der jüngeren Vergangenheit nicht vergessen dürfe, das braucht man in Berlin nicht anzunehmen, weil man von Zeugnissen dieser Schrecken auf jedem Quadratkilometer umstellt ist." Nolte könnte mit dieser Schülerin zufrieden sein.

Die Hauptstadt Berlin ist bei Sichtermann nicht als Ort oder als widersprüchlicher Gesellschaftszusammenhang, sondern wie ein Wesen gefaßt. Der "Stadtkörper ... hat sich einst in seiner ... Jugendlichkeit hoch aufgereckt", bis ihn die Alliierten '45 malträtierten: "Das `Dritte Reich' hat ihn wohl mehr ausgenutzt ... - und doch ist er für dessen Amoklauf fast zu Tode geprügelt worden". Heute aber ist "der geprügelte, zerschnittene, wieder hochgepflegte und jetzt zum Zusammenwachsen freigegebene Stadtkörper" gerade wegen der ausgestandenen "Qualen" außerordentlich "beredt". "Berlin hat lange geschrien und geseufzt und wird jetzt anfangen, in festem Ton zu berichten". Die Fassung der Gesellschaft als wabernde Wesenheit wird hier auf einen absurden Höhepunkt getrieben, der lachhaft wirkte, wären nicht die so angesprochenen Traditionslinien allzu offensichtlich. Es ist die Volksgemeinschaft, die in biologische Bilder

gefasst wird, und ebenso eindeutig besetzt ist die Tendenz, dieses kollektive Wesen als gefesselt und gebunden abzubilden, um seine Selbstverwirklichung einzuklagen.

Sichtermann spricht die Sehnsucht aus, daß Berlin "wieder ganz" werden möge. In solchem Denken gibt es keine Individuen oder gar Klassen mit widersprüchlichen gesellschaftlichen Interessen, sondern der oder die Einzelne fügt sich als willen- und steuerungslose Einzelzelle vegetativ in das Gesamte ein. Nur noch dieses konkrete biologische Wesen, nicht mehr die abstrakten Widersprüche unter Menschen, gelten als "wirklich". Und so ist bei Sichtermann die "Wirklichkeit" eine zentrale Qualität der Stadt Berlin. "Die schöpferische Energie" schäume, schreibt sie, "um so höher ..., je `wirklicher' eine Stadt ist", und Berlin sei "heute in Deutschland - vielleicht in ganz Europa - die Stadt mit dem höchsten Wirklichkeitsgrad".

Zur abgefeierten Kategorie des "Wirklichen" zählt insbesondere der wirtschaftliche Boom "der Stadt", der nicht aus den Interessen konkreter Menschen beurteilt, sondern als "Gesundheit" des Volkskörpers interpretiert wird. "Ein lebensvolles, ruheloses, boomendes Berlin" werde es geben, prognostiziert Sichtermann, und fragt rhetorisch: "... "was will man mehr?" Der Gegensatz zur Gesundung der Stadt wäre ihr Absinken in "eine Art Überprovinz". Böse Mächte favorisieren allerdings diese Degenerierung - es sind: "die Alternative Liste und das Bonner Establishment".

Auf der anderen Seite sind aber auch "Geist" und "Spiritualität" Kategorien der "Wirklichkeit" der Stadt. Berlin als biologischem Wesen eignet einerseits das Körperliche, zum anderen wird ihm aber auch eine Wesensart, eine Seele zugeschrieben: "Wirtschaftliche Potenzen" Berlins werden, so Sichtermann, "mit seinen spirituellen verschränkt sein". Die esoterischen Modewellen, denen sich die bundesdeutsche Alternativszene seit Jahren immer wieder unterzog, finden sich in der Vorstellung Berlins als eines Geistes wieder: der Stadt werde "die regionalen, nationalen, individuellen Stimmen ... wie ein Medium beschwören und zur Durchdringung bringen". - "Berlins Stärke wird - wenn es denn wieder eine entwickelt - im Spirituellen wurzeln".

Der Volkskörper Berlin, den Sichtermann entwirft, zeichnet sich vor allem durch seine Opferrolle aus, die endlich einmal ein Ende zu finden habe. Unterdrückt wurde er u.a. durch den realen Sozialismus: der "ganze europäische Osten und das halbe Berlin" wurden, schreibt sie, "von einer kommunistischen Erziehungsdiktatur ... an der Entfaltung ihrer Eigenarten gewaltsam gehindert". Berlin wurde in der Vergangenheit stets nur - selbst passiv - bestialisch gequält, zerschnitten, geprügelt. Das Ende dieser Opferhaltung, die Gesundung des Volkskörpers, wird mit Elementen einer Befreiung, einer Revolte verbunden, die sich auf diffuse Weise auch gegen Elemente des bestehenden westlichen Kapitalismus richtet. "Wir erwarten von Berlin die erste deutsche Metropole, deren Wachstum und Wirtschaftskraft, Farbigkeit und Frivolität, Multikultur und Szenenvielfalt endlich stark genug sein werden, die deutsche Tendenz zu Ruhe, Ordnung und Sicherheit wirksam und nachhaltig zu konterkarieren", schreibt Sichtermann zum Beispiel, oder sie wählt das bedrohliche Bild, Berlin werde blühen und "explodieren". Die bejubelte Dynamik des Wirtschaftsbooms hat auch eine häßliche, eine zerstörerische Seite, die den Jubel über diese Entwicklung allerdings nicht beeinträchtigt. Eher wird die Einheit von Entwicklung und Zerstörung als schicksalhafte Notwendigkeit gefaßt. Die Veränderungen, schreibt Sichtermann, werden Berlin "beuteln, drangsalieren und bereichern. Vielleicht wird es dann wieder schreien, aber diesmal nicht in Agonie, sondern nur in der Not des Überfordertseins: weil die Zeit zu schnell und zu voll ist".

Die angeführten Denkelemente - der Volkskörper, den die schaffende, expandierende Wirtschaft verkörpert, gekoppelt mit dem "Geist", der sich "ruhelos"

sehnt und danach "schreit", wieder "ganz" und "wirklich" zu werden - sind unschwer als Ideologiemuster zu identifizieren, wie sie klassisch-faschistisch auf die Nation bezogen werden. Das Element der Revolte erinnert dadurch fatal an das Selbstverständnis vieler Rechter, die Alternative zur seelenlosen kapitalistischen Wirklichkeit zu repräsentieren. Würde Sichtermann die Feinde Berlins beschreiben, sie müßte folgende Prinzien anklagen, die den Gegensatz zum "Volkskörper" beschreiben: das Denkens in speziellen Interessen, das Abstrakte und Intellektuelle, und den Kosmopolitismus. Als Personifizierung solcher Elemente galten einstmals die Juden.

Für das Denken in speziellen Interessen steht bei Sichtermann die Hauptstadtalternative Bonn. Bonn ist nicht "lebensvoll", sondern leblos, unmodern, verfallen: "... hätten manche das deutsche Parlament lieber in Bonn belassen, denn es politisiert sich doch besser aus der Ruine heraus ...". Die Hauptstadt Berlin befreit vom

"politisieren", vom Problem, konkreten Menschen und ihren Interessen verpflichtet zu werden. Das Ganze, das Wesen "Stadt", nimmt sein Schicksal nun endlich selber in die Hand "... mit den höchsten Verfassungsorganen wird diese Stadt Politik nicht nur über sich ergehen lassen, sondern selbst machen". Solche Ausführungen erinnern noch entfernt an - nur zu berechtigte, linke - Vorbehalte gegen bürgerliche Interessenpolitik in Bonn. Sie setzen dagegen aber nicht andere Interessen, sondern transformieren die Kritik in klassisch-reaktionäre Vorstellungen, wie sie in der Weimarer Republik in der Forderung nach dem "Ende des Parteiengezänks" ihren Ausdruck fanden.

Als "Volkskörper" ist bei Sichtermann die Stadt Berlin gefaßt - Berlin ist jedoch bei ihr bereits Exempel für die Nation: "Berlin ist die Probe auf die Wiedervereinigung", wird "die Wiedervereinigung exemplarisch durchbuchstabieren". Es ist dadurch die gedankliche Weiterführung bereits angelegt, daß auch die deutsche Nation zum "wirklichen" Wesen werden, und den geprügelten Körper aus den quälenden Beschneidungen der Vergangenheit befreien müsse.

IV. Metropolis Berlin

Am Beispiel Barbara Sichtermanns zeigt sich eindringlich eine Gefahr, daß ehemals linke, oder als linksintellektuell eingeordnete Diskurse durch einen Siegeszug des Nationalgedankens in Gedankengut einer neuen Rechten umschlagen könnten. Werden Versatzstücke "alternativen" Denkens, wie biologische Bilder, die schon längst in Ökologie-, Friedens- oder auch Teilen der Frauenbewegung gehäuft benutzt wurden, zur Welterklärung, und auf eine positiv gefaßte "Nation" angewandt, entsteht in einem qualitativen Sprung ein neues geschlossenes reaktionäres Weltbild. Ein rebellischer Gestus, seiner linken Inhalte entkleidet, ist originärer Bestandteil rechter Konzepte. Es sollte daher nicht leichtfertig auf die "Überholtheit" des Nationalgedankens vertraut werden. Bei Barbara Sichtermann geht die Biologisierung der Stadt eine mühelose Verbindung mit der Rede von "Multikultur" und "Szenenvielfalt" ein. Ihr Text wirbt gerade damit, modern zu sein - modern, wie das biologisierte Berlin in ihren eigenen Worten erscheint: "Ihre gesammelte Kraft zur Neuerung hat sie, die Zeit - oder meinetwegen die Geschichte - über Berlin ausgegossen ..."

In der Weimarer Republik betrieb ein bekannter Film massiv die Biologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, und galt dennoch als hochmoderner, als ein avantgardistischer Beitrag. Die Rede ist von Fritz Langs 1926 gedrehtem "Metropolis". Abgebildet ist dort, daß Hirn (Wirtschaftsorganisation) und Hand (Arbeiter) erst durch die Verbindung des Herzens zum "ganzen" Volkskörper gesunden könne. Auch der Antisemitismus der Nazis fand in diesem Film seine Entsprechung: Der Erfinder des Stadtkörpers, eine kleine, bucklige Gestalt, sucht den lebendige Menschen durch Roboter-Maschinen zu ersetzen, und die das Herz symbolisierende Heldin in seine finsteren Höhlen zu ziehen ... Solche Inhalte des Films taten der Faszination über seine "Modernität" bis heute keinen Abbruch. Szenen aus "Metropolis" dienen im Vorspann jenes regelmäßig in N 3 ausgestrahlen "Hauptstadtmagazins" zur Bebilderung urbanen Treibens, in dem u.a. die ehemalige taz-Chefkoordinatorin Georgia Tornow dem Publikum das "lebensvolle" Berliner Leben zu präsentieren sucht.

Der Regisseur von "Metropolis", Fritz Lang, mußte 1933 als Halbjude vor den Nazis über Paris in die USA flüchten - Flucht vor einem Antisemitismus, den der eigene Film mitproduziert und gefördert hatte. Die Biologisierung von Gesellschaft entsprach nationalsozialistischem Denken, "Metropolis" erfuhr im NS- Staat große Hochachtung, und die Drehbuchautorin, Thea von Harbou, Langs Ehefrau, wurde zum überzeugten Mitglied der NSDAP. An solch tragische Zusammenhänge erinnert, wenn mit der Publizistin Barbara Sichtermann ausgerechnet jene Frau zu einer Exponentin völkisch-biologistischen Denkens wird, die an der Seite Peter Brückners die existenzbedrohende Repression des deutschen Herbstes 1977 zu erleiden und zu überstehen hatte. Solche Tragik gilt es festzuhalten. Die Gefahr aber wird dadurch keinen Deut geringer, daß die Beschreibung Berlins als ein "wirkliches" Faszinosum, in dem Zeit und Geschichte schneller pulsieren; als ein "Stadtkörper", in den der Einzelne sich wie eine willenlose Körperzelle einzufügen hat, sich als Vorschein für die schnelle Ausbreitung moderner rechtsnationaler Diskurse erweisen könnte.

Be, Gruppe K Hamburg

Anmerkungen:

1) Andreas Hillgruber, "Für die Forschung gibt es kein Frageverbot", in: Rheinischer Merkur, 30. Oktober 1986. Zu den Hintergründen der Historikerdebatte vgl. AK 317, 2.4.1990, S. 36f. Der Durchmarsch der rechten Positionen nach der Wiedervereinigung ist in AK 329, 8.4.1991, S. 33f dargestellt.

2) Jürgen Habermas in der "Zeit" vom 30.3.1989

3) Dies gilt z.B. für Christian Meier, den ehemaligen Präsidenten des "Verbands der Historiker Deutschlands"; vgl. in AK 329, S. 33.

4) "Die unvollständige Revolution. Die Rehabilitierung des Bürgertums und der defensive Nationalismus/ Intellektuelle Konsequenzen des letzten Jahres", in: FAZ 24. 1. 1991, S. 27.

5) Nolte griff Vollmers Argumentation in der Formulierung seines Konsensangebotes übrigens auf: "... Und sogar diejenigen, die nachdrücklich für die Zweistaatlichkeit eintraten, haben vermutlich, wenngleich gegen ihren Willen, einen wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung geleistet ..."; er legt ihnen aber die kritische Selbstreflexion nahe, "ob die Zweistaatlichkeit nicht weiterhin bestehen geblieben wäre, wenn sie allein das sagen gehabt hätten."

6) Klaus Hartung in Erwiderung auf Joscha Schmierer, "Der Linken letztes Gefecht", taz 12.6.1991

7) Klaus Hartung, "der Linken letztes Gefecht", taz 12.6.91.

8) "Man kann den demokratischen Nutzungen der Westbindung beschwören in Kritik linker Ideologien von der NATO als Instrument des Imperialismus; man kann den Föderalismus ins Felde führen gegen einen linken Begriff vom Staat als Repression, gegen die Vorstellung einer Identität von Stammheim und Verfassungsschutz. Aber als Affirmation taugen diese Begriffe nichts ..."

9) "Wider das Alte Denken. Eine Antwort an Peter Glotz", Die Zeit, Nr. 20, 10. 5. 1991, S. 60.

10) "Streit der Symbole. Schreibt die Geschichte den Deutschen ihre Hauptstadt vor?", in: FAZ, 16.2.1990.

11) FAZ 22.6.1991, S. 3

12) Zitiert nach: Plenarprotokoll 12/34, S. 2746 f.

13) Einzig die Abgeordnete der PDS-Linke Liste Dr. Dagmar Enkelmann hob etwas stärker angebliche Arbeitsplatzbeschaffung in Brandenburg durch eine Hauptstadt Berlin hervor; Feige (Grüne-Bündnis 90) und Briefs (PDS-Linke Liste) sprachen gegen Berlin.

14) Plenarprotokoll 12/34, S. 2744.

36. Linker Antisemitismus. - Betr.: Kontroverse über linken Antisemitismus (AK 335, Leserbrief AK 336)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:46

Eine Diskussion und ihre Konsequenzen

Eine einzige schriftliche Äußerung direkt zur Wiesbadener Antisemitismus-Kontroverse (siehe ak 335) seitens der erklärten Antizionisten (Kommunistische Hilfe und Intifada Komitee) liegt vor. Unter dem Titel "Antisemitismus und Imperialismus - auch zionistischen - bekämpfen, ohne in den Sielen von Schaubühnendiskussionen bürgerlich-zerquälter Beobachter der Wirklichkeit zu enden!" werden zwei für Oktober angekündigte Diskussionsveranstaltungen kritisiert: Zum einen eine Auseinandersetzung mit einem Thesenpapier von Klaus Wehmeier (im letzten Rundbrief der Radikalen Linken veröffentlicht), zum anderen eine Veranstaltung mit Joachim Bruhn (ISF/Freiburg, Kritik und Krise). Dabei werden die Veranstalter (fünf Einzelpersonen) hemmungslos mit den Thesen Wehmeiers zusammengeschmissen, und den angekündigten Terminen unterstellt, "letztlich die Sinnlosigkeit von Politik festzuschreiben". Besonders anrüchig erscheint dabei das Interesse der Veranstalter an "spannenden" Diskussionen. "Diskussionen sind nicht um jeden Preis und an jeder Stelle der geeignete Weg, Klärungen herbeizufüh- ren ..." Die verhaltene Drohung, nicht jede (linke) Diskussion hinnehmen zu wollen, deuten solche Aussagen bereits an.

Und wirklich schritt die Szene schließlich zur Tat: Der Diskussionsabend mit Joachim Bruhn wurde von der antizionistischen Szene gesprengt. Bereits im Vorfeld wurden Politik und Theorie des ISF als objektive Counter-Strategien entlarvt, Druck auf Veranstalter und für den Raum zuständige Personen ausgeübt und Drohungen ausgestoßen. Kommunistische Hilfe und Intifada Komitee erklärten: "Die Absicht, mit dem Antisemitismus- Vorwurf auf Linke einzuknüppeln, scheint stärker als irgendein politischer Wille: z.B. gegen die Faschisten und ihre Ziehväter für eine internationalistische Politik, in der auch die arabische Region vorkommt."

Etwa 40 Menschen erschienen am 14. Oktober zu Bruhns Vortrag. Bruhn konnte jedoch seine Thesen nicht referieren, weil ihn ein Teil der Anwesenden daran hinderte. Stattdessen forderten sie lautstark vom Referenten und den Veranstaltern prinzipielle Erklärungen zum palästinensischen Widerstand und zu Texten und Debatten der letzten Wochen. Die Versuche, den Abend doch noch in der geplanten Form durchzuführen, wurden niedergebrüllt. Bezeichnenderweise war die am lautstärksten vorgebrachte Forderung der Störer die nach "offener Diskussion", also genau dem, was sie gerade durch ihr Agieren verunmöglichten. Das von vielen Veranstaltungsbesuchern geäußerte Interesse, die attackierten Thesen wenigstens kennenlernen zu dürfen, wurden ignoriert. Die Veranstaltung mußte angebrochen werden.

Kritik an dieser unverhohlenen Zensurmaßnahme wurde auch im Nachhinein nur ganz vereinzelt geübt - zu einer szene-öffentlichen Erklärung reichte es jedenfalls nicht. Die Veranstalter folgern daraus in einer Erklärung, daß "die Kritik einer linken Variante des Antisemitismus nur noch unter dem Schutz einer bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit geführt werden kann." Und mit Blick auf die Wiesbadener Szene: "Antisemitische Stereotypen werden behandelt wie Mundgeruch: Wegriechen scheint angesagt."

sw.

Keine rassistischen Witze im AK!

In AK 336, S. 6 beginnt der Artikel "Deutschland ist ausländerfreundlich" mit einem rassistischen Türkenwitz. Ich finde, solche Witze sollten einer freiwilligen Selbstzensur zum Opfer fallen.

Man könnte zwar auch trefflich über den Artikel selbst und seinen "guten Geschmack" streiten wollen, vorausgesetzt Linke untereinander wollen sich noch gegenseitig zuhören, aber das liegt auf einem ganz anderen Blatt.

Es ist Stil und Verkaufsmethode der Boulevard-Presse, ihren LeserInnen erst einmal einen Einstieg in den Rassismus oder, noch beliebter, einen Einstieg in die Pornographie zu bieten, bevor sie dann ihren Abscheu darüber vermeldet. Ich finde, im AK ist jeder einzelne Witz darüber überflüssig und abscheulich und ekelhaft. Oder meint jemand, die AK-Leserschaft über die Existenz solcher Witze erst einmal aufklären zu müssen?

Ich nehme einmal an, es wurde darüber nicht nachgedacht. Das ließe sich nachholen. Ich nehme außerdem an, daß es sogar bürgerliche Zeitungen in diesem rassistischen Land gibt, wo so etwas nicht durchgehen würde, dem AK stünde es auf jedem Falle gut zu Gesicht.

HH

37. Demokratie und Sozialismus. - Betr.: Demokratie und Sozialismus (AK 335)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:40

Im Artikel "Demokratie und Sozialismus" im ak 335 erläutert fo., daß Kritiker von Demokratie irgendwas zwischen Illusionisten und Menschenverächtern sind, weil sie das angeblich die Demokratie kennzeichnende, die Volksabstimmung, nicht begrüßen. "Es müssen Entscheidungen gefällt werden. Die sollten möglichst ohne polizeiliche und militärische Gewalt gesucht werden. Nach aller geschichtlichen Erfahrung scheinen dafür Abstimmungsverfahren sinnvoll."

Für solche Abstimmungsverfahren im Sozialismus nennt er zwei Beispiele:

1. Der Besitz von Produktionsmitteln könne von allgemeiner Verstaatlichung über Mischformen von verstaatlichten Sektoren und privaten Bereichen bis hin zum jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell reichen. Keiner dieser Wege hat sich bislang bewährt.

2. Bei Einigung über das Abschalten aller AKWs könnte "erheblicher Streit über den Umgang und die Unterbringung der verstrahlten Brennelemente entstehen".

Ad 1: Ausgerechnet über den Besitz an Produktionsmitteln soll abgestimmt werden! Die wesentliche Differenz des Sozialismus zum Kapitalismus, nämlich, daß die private Verfügungsgewalt über die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums abgeschafft wird, soll qua Abstimmung entweder beschlossen oder halt abgelehnt werden, je nach Tagesstimmung. Sollte fo. hier nicht einmal bedenken, daß die Macht des Geldes durch den Trieb seiner ständigen Vermehrung die Menschen von den Gebrauchsgegenständen trennt, ihnen den Lohn, das Zwangsmittel ihrer Anwendung, nur dann gewährt, wenn sie Hirn, Muskel, Nerv usw. so verschleißen, daß sich der Verschleiß in einer im Vergleich stattlichen Profitrate niederschlägt, daß diese Macht des Geldes mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln steht und fällt? Wissen tut er das wohl, aber warum will er dann private Bereiche neben verstaatlichte Sektoren stellen? Und das jugoslawische Modell: Sollte man wirklich einen Laden, der seine Währung zum kapitalistischen Geld sehr schnell konvertibel gemacht hat, der also seine Produktion von vornherein dem kapitalistischen Wertgesetz angeglichen und unterworfen hat, der seinen Arbeitern je nach geldmäßigem Produktionserfolg ihrer Betriebe einen Lebensunterhalt zugestanden hat oder nicht, sollte man wirklich so eine Ökonomie als sozialistische Alternative abstimmen lassen? Oder sollte man sich mal mit dem kruden Charakter dieser Gesellschaftsform befassen? Was die allgemeine Verstaatlichung in der SU betrifft, so beruhte diese ja auch nicht gerade auf der Planung der Produktion. Die `bewußte Anwendung des Wertgesetzes` sollte durch die `Hebel` Gewinn, Preise, Löhne, Kredit und Zins den Kapitalismus überflügeln. Die Privatmacht des Geldes wurde abgeschafft, um das Geld als Methode ausgerechnet von immer umfassenderer Gebrauchswertproduktion einzuführen. Das Ergebnis ist bekannt: permanentes Auseinanderfallen des finanziellen und gebrauchswertmäßigen Ergebnisses, natürlich auf Kosten der Versorgung. Die drei sozialistischen Alternativen, die da zur Abstimmung vorgelegt werden sollen, haben allesamt nicht so arg viel Sozialistisches.

Und, by the way, eine Sachfrage zur Abstimmung vorzulegen, ist absurd, weil unterstellt, es ließe sich keine Erkenntnis über den Gegenstand und die daraus folgende Umgangsweise mit ihm zustandebringen. Der Abstimmungszirkus kann die Analyse des Kapitalismus und die daraus folgenden Aufbaubestimmungen für den Sozialismus nicht ersetzen. Abstimmen kann man vielleicht darüber, was es zum Abendessen gibt, aber doch nicht über die Verfaßtheit einer Produktionsweise! Da soll man bitte schön die eigene Kapitulation vor der wissenschaftlichen Erklärung der Welt nicht zum positiven Argument machen. Oder will fo. demnächst über die Richtigkeit der Marxschen Kapitalanalyse abstimmen lassen?

Ad 2: Das zweite Argument zur Endlagerung der Kernbrennstäbe von AKWs ist auch nicht besser. Komisch, daß ihm nicht eingefallen ist, daß man über die AKWs abstimmen müsse. Da kennt er offenbar die objektive Bestimmung der Gefahrenlage schon so gut, daß er nicht behauptet, daß es gute Gründe für das Weiterlaufen der Teufelsdinger geben könnte. Aber es soll sich kein vernünftig begründeter Weg in der Debatte finden lassen, wie man das strahlende Zeug am sichersten wegpackt? Ausgerechnet da, wo es nur um das Feststellen von Sicherheit geht, wo also kapitalistische Kostenkriterien keine Rolle mehr spielen, soll man die durch Wissen begründete beste Lösung einer Abstimmung anheimstellen. Was bei einer Abstimmung zählt, ist

aber der reine Wille: daß es jemand will. Warum, ist dabei völlig uninteressant. Man soll ja gerade nicht die Gründe des Abstimmenden untersuchen, und wenn sie nichts taugen, für deren Änderung plädieren.

Dieses Verfahren, dem Streit um die Bestimmungen der Realität aus dem Weg zu gehen, gibt es allerdings längst in der Praxis der bürgerlichen Gesellschaft. Noch jedes Mal, wenn die Politiker die "Sachzwänge" staatlicher Macht gegen ihre Untertanen durchsetzen, berufen sie sich auf die Mehrheit in der letzten Wahl, die ihnen ein eindeutiges Votum verschafft hat. Vom Mob auf der Straße braucht sich so ein Mehrheitsrepräsentant nichts vorschreiben lassen. Natürlich ist`s total gelogen, diese Mehrheit irgendein Sachprogramm abgestimmt hätte: Schließlich ging es nur um die Bestätigung der Machtausübung zur Exekution der kapitalistischen Notwendigkeiten, um die Ermächtigung der Herrschaft. Nur wäre die Ermächtigung qua Mehrheitsentscheid im Sozialismus dann besser, wenn sie tatsächlich Sachprogramme umfaßte? Zeigt nicht gerade die Demokratie, daß es um nachvollziehbare Gründe und zu befriedigende Interessen nirgendwo so wenig geht wie in ihr, der abstimmungswütigsten und auf freiwilliger Unterwerfung beruhenden effektivsten aller Herrschaftsformen. Und da ist es schon bescheuert, wenn man ihr das Attribut `bürgerlich` verpaßt, um ihr eigentlich gutes Wesen vor der im Kapitalismus leider schlechten Verwirklichung zu retten.

Wo hat fo. eigentlich den Gedanken her, daß die nach seiner Auffassung notwendigen Entscheidungen möglichst ohne militärische und polizeiliche Gewalt zustandekommen sollen und nach aller geschichtlichen Erfahrung Abstimmungen dafür am sinnvollsten seien? Er sieht die Demokratie als ein Verfahren zur Vermeidung von Gewalt an. Den Zwang zum Mitmachen, den einem die ökonomischen Verhältnisse aufoktroieren und die Abhängigkeit der Arbeitenden vom Staat, die ihrem positiven Bezug auf den Staat vorausgeht, vergißt er dabei wohl. Daß die staatliche Gewalt millionenfach jeden Diebstahl sanktioniert, daß ihre Allgegenwart jedem Versuch, der Lohnarbeit zu entkommen, seine Einbahnstraßenqualität `nachweist`, daß also schon `ne Menge an gewaltmäßiger Betreuung der Klassengesellschaft gelaufen ist, wenn die Massen die staatliche Gewalt freiwillig als die ihre anerkennen, sollte man beim Lob der Demokratie nicht ganz unterschlagen. Mir scheint, fo. ist schon sehr weit in die Geschichte zurückgegangen, um die Demokratie als Vermeidung von Gewalt ausfindig zu machen.

Kommen wir zum Kern der Sache: Glauben die Antidemokraten wirklich, "daß es nur den Tag X der sozialistischen Umwälzung braucht und am nächsten Tag herrscht ein allgemeines Idyll, widerspruchsfreies Schlaraffenland, in dem wir Demokratie nicht mehr brauchen?" (fo.)

Diese Sozialkundelehrerart, sich den sozialistischen Buhmann aufzubauen, taugt nicht besonders. Daraus, daß viel debattiert, gestritten, gearbeitet und gefaulenzt wird, folgt nämlich nicht das Recht und der Staat schon gleich gar nicht. Wenn zuerst jedem eine anständige Wohnung gebaut wird, das öffentliche Verkehrssystem nach den Bedürfnissen der Leute ausgerichtet und ausgebaut wird, und die Herstellung von genügend Surfbrettern für alle noch 2 Jahre verschoben wird, wird`s nämlich keinen Aufstand der Surfbrettliebhaber geben. Im Sozialismus ist ja bekanntlich das Versorgungssystem für alle da, so daß der Surfer sich in den Wohnen-Müssenden, den Verkehrsmittelbenutzern usw. vervielfacht, so daß er nicht als Geschädigter auftritt, wenn er mitbeschließt, in einer dieser Rollen mal als Wartender aufzutreten. Was für ein Unsinn, daß die Polizei und `s Militär im Kapitalismus dafür da wären, wegen der Versorgung, die nicht für alle und gleichmäßig wäre, einzuspringen. Da es in der bürgerlichen Welt nicht um Versorgung geht, sondern diese, soweit sie überhaupt zustandekommt, ein Abfallprodukt des Gewinnemachens ist, Polizei und Militär also Klassenverhältnisse nach innen und außen durchsetzen, kann man deren Notwendigkeit auf den Sozialismus nun wirklich nicht übertragen. Aber soweit kommt`s, wenn man sich den Inhalt der `Konflikte` nicht mehr anschaut, weil man die Demokratie als Konfliktvermeidungsmodell auffassen möchte.

Was die "sozialen Menschenrechte" betrifft, die der Staat laut fo. durch die soziale Verfassung schützen soll, so ist einfach festzustellen, daß der Staat die Menschen nicht sozial schützen muß, wenn er sie vorher nicht zu Sozialfällen gemacht hat und durch die Art der Organisierung der Ökonomie entsprechend schädigt. Ein Staat, der die Menschen sozial schützt (vor wem?), läßt sie schon vorher für sich antreten, damit sie seine staatliche Existenz erarbeiten und verewigen. Sind denn 74 Jahre Arbeiterstaat nicht genug gewesen?

Der Realismus der demokratiebegeisterten Sozialisten - zuerst verlangen sie das Recht sowie die staatliche Gewalt samt Polizei und Militär, um dann der gleichen Gewalt den Auftrag zu geben, die Untergebenen vor ihr zu schützen - beruht auf einer denkbar schlechten Meinung vom Menschen. "Alle sind in unterschiedlichem

Maße von den Merkmalen der alten Ordnung gezeichnet: neurotisch, chauvinistisch, suchtmittelabhängig, vereinsamt." Mal dahingestellt, ob diese Kennzeichnung den Sachverhalt trifft. Auf alle Fälle ist unterstellt, daß ein größerer Teil dieser Menschen sich von den Kommunisten in bezug auf die Notwendigkeit der Abschaffung dieser Verhältnisse überzeugen ließ, da sonst ein Sozialismus gar nicht erreicht worden wäre. Und ausgerechnet da, wo sie die Initiative ergriffen haben, der alten Gewalt den Garaus zu machen, soll man ihnen die nächste, sozialere Gewalt ans Herz legen wegen ihrer Neurosen? Das macht keinen Sinn. Genau sowenig wie es Sinn macht zu behaupten, man könne vernünftige und damit objektive Lösungen für die im Sozialismus anfallenden Aufgaben nicht finden, weil die Leute psychisch verkrüppelt wären, um dann den gleichen Leuten ihre Zukunft in Gestalt von Abstimmungen anzuvertrauen. Bei der Ableitung einer sozialistischen Staatsgewalt taugt fo. die These von den chauvinistischen Neurotikern, aber bei der Konstruktion des eigenen Demokratieideals will er dann davon nichts mehr wissen. In einem hat fo. aber recht: "In Deutschland ist die Wiedergeburt einer antidemokratischen, sozialistischen Linken schwer vorstellbar." Bei der Begeisterung für die schönste, weil effektivste Herrschaftsform namens Demokratie selbst in der Linken!

A. K., Berlin

REPs in der DKP?

Betr.: Leserbrief zu DKP und Rassismus ak 336

Ich finde es gut, daß sich im ak 336 ein Artikel von Regina Behrendt über "DKP und Rassismus" findet und dazu auch längere Zitate aus der unglaublichen Erklärung der DKP-Sprecherin Helga Rosenberg, die aus "proletarischem" Interesse gegen Einwanderung in "dieses dichtbesiedelte Land" ist.

Regina Behrendt deutet selbst diese Erklärung als den Versuch, in der verbliebenen DKP-Mitgliedschaft eine Mehrheit für einen nationalistisch-populistischen Kurs zu erringen.

Ich möchte diese Einschätzung, vor allem nach der langjährigen Lektüre der UZ, nachdrücklich unterstreichen. Nebenbei gesagt ist die Linie Rosenberg/Brenner/Nordbayern, von der die Autorin spricht, keineswegs eine, "die den Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse unberücksichtigt läßt", sondern eine, die sich im Gegenteil opportunistisch gerade auf diesen Rassismus einläßt.

Dafür wurde, wie Regina Behrendt m.E. zu Recht schreibt, schon über längere Zeit Vorarbeit geleistet - etwa in den berüchtigten "Wahlanalysen" des sogenannten Wahlforschers Dr. Friedhelm Kröll aus Nürnberg, der seit neuestem auch Sekretariatsmitglied der DKP ist. In diesen sogenannten Analysen wurden noch penetranter als in der zitierten Bremer Erklärung zum Wahlausgang die Stimmen für Reps und andere Neonazis als Stimmen von "sozialen Protestwählern" hingestellt, die es für die DKP zu gewinnen gelte. Gerade diese Einschätzungen, die immer viel Platz in der UZ bekamen, gaben für einige "Erneuerer" den letzten Anstoß, der DKP den Rücken zu kehren. Ich denke etwa an einige Marburger Stadtverordnete.

Ich meine, daß man die sogenannte Interessenpolitik nicht als den Hauptgrund für die jüngsten rassistischen Töne in der DKP ansehen sollt. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) der CDU kommt von einem anders gedeuteten Interessensbegriff gerade zu dem Ergebnis, es liege auch im Interesse der "deutschen Arbeitnehmer", daß mehr Ausländer als bisher hier leben und arbeiten, weil nur dann die Sozialversicherungssysteme stabil blieben! Wenn man schon meint, an Interessen appellieren zu müssen, dann doch bitte lieber in dieser rationalen Ausprägung eines Heiner Geißler als in der an lumpenproletarischen Ressentiments orientierten Variante einer Helga Rosenberg.

Ich denke, man sollte alle DKP-Mitglieder höflich aber bestimmt darauf hinweisen, daß man ihren Verein als Teil der rechtsradikalen Szene anzusehen hat, falls dem Spuk der REP-Freunde in ihren Reihen keine Ende bereitet wird. Für diesen Fall haben Thomas Ebermann und Rainer Trampert in einer anderen linken Zeitschrift schon die angemessenen Umgangsformen aufgezeigt.

d. m., Frankfurt

Dies ist schlicht unseriös

Betr.: "DKP und Rassismus" von Regina Behrendt in ak, 18.11.91

Ich bin Mitglied der DKP, der Internationalen Kommission derselben sowie Internationalist und fühle mich in den genannten Eigenschaften angesprochen. Im Gegensatz zum Trampert/Ebermann-Artikel "Zum Beispiel Grenzkontrollen" in konkret 12/91 setzt sich die Kollegin Regina Behrendt sehr qualifiziert und argumentativ mit dem in der UZ vom 18.10.91 veröffentlichten Artikel "DKP-Sprecherin zur Asylpolitik" auseinander. Dennoch gibt es Parallelen - doch dazu später.

Es ginge mir in meiner (parteipolitischen) Haut wohler, könnte ich gegen Reginas Artikel polemisieren. Dem ist aber nicht so. Ich teile ihre Argumentation und Positionen. (Die Autorin schreibt u.a.: "Die Reaktionen sollen einigermaßen heftig sein." So ist es.) Doch das Problem des ak-Artikels liegt - wie so oft - im Detail.

Der Artikel ist überschrieben mit "DKP und Rassismus", was den Schluß nahelegt, daß in der genannten Erklärung die Position der DKP dargestellt würde - was nicht stimmt.

Regina selbst teilt mit: "Eine neue Stellungnahme des Parteivorstands ist in Arbeit." "Neue Stellungnahme" suggeriert, daß es bereits eine gegeben hätte - auch das ist schlicht falsch.

Tatsache ist, daß es eine auf der Parteivorstandstagung vom 2./3.11. mehrheitlich verabschiedete "Erklärung des Parteivorstands" (veröffentlicht in der UZ vom 15.11.) gibt, in der u.a. auch das von der Kollegin Regina eingeforderte Bleiberecht ("... müßte sie - die DKP, Anm. Verf. - z.B. in der Forderung nach 'Bleiberecht für alle` verdeutlichen ...", Zitat Regina) als zentrale Forderung verankert ist. Ich fände es nur fair, wenn der ak nun auch diesen Text im Original veröffentlichen würde - bei allen eventuellen Unzulänglichkeiten.

Schließlich wird in der redaktionellen Fußnote zur Autorin darauf hingewiesen, daß diese "schon im November 1989 im ak am DKP-Programm Bottrop den Chauvinismus und Rassismus in der DKP thematisiert" habe. Hierin sind sich dann ak und konkret wieder einig: Es gilt, anhand von zwei (zugegeben: üblen) Beispielen zu belegen, daß "die DKP" ausländerfeindlich, rassistisch und damit out of area für den Dialog "der Linken" sei. Das ist schlicht unseriös und arrogant.

Ich verweise darauf, daß es die seit 1968 wieder legal arbeitende DKP war und ist, die sowohl theoretisch wie auch praktisch ihren Beitrag zum Internationalismus leistet. Im Programm der DKP heißt es: "Ein Teil der Arbeiterklasse der BRD sind die ausländischen Arbeiter. Sie haben die gleichen Grundanliegen wie ihre deutschen Klassengenossen. ... Sie (die DKP, Anm. Verf.) bekämpft entschieden jede Form von Diskriminierung und alle Versuche, durch nationalistische Hetze einen Keil zwischen deutsche und ausländische Arbeiter zu treiben. ... Die DKP wirkt für Solidarität und gemeinsames Handeln der deutschen und ausländischen Arbeiter." (beschlossen vom Mannheimer Parteitag, 20.-22. Oktober 1978!)

Unser Engagement gegen imperialistische Kriege gegen die Völker des Trikont, für die praktische Solidarität mit den Flüchtlingen - schon vergessen? Unsere praktische, auch materielle, Solidarität mit den antiimperialistischen Bewegungen weltweit - schon vergessen? Die Liste ließe sich fortführen. Doch ich will meiner Partei, mit ihren (unseren, meinen) Schwächen, Fehlern, Versäumnissen keinen Heiligenschein aufsetzen. Es geht mir darum, voreiligen Verurteilungen dieser Partei, also ihrer Mitglieder, entgegenzutreten.

Zum Artikel der Kollegin Regina zurückkommend: Ich werde mich - logischerweise - nicht zu ihren parteiinternen Spekulationen äußern, möchte Euch aber abschließend doch noch Auszüge eines Positionspapiers von einer weiteren DKP-Genossin und mir zumuten:

"1. Wer, auch und gerade in "der Linken", von einem "Asylproblem" spricht, steht bereits auf der Seite der Täter. Eine verschwindend geringe Zahl von Flüchtlingen erreicht überhaupt die großdeutschen Grenzen. Die Grenzen einer der Metropolen, die seit 500 Jahren auf Kosten von 2/3 der Menschheit lebt. Jeder einzelne Flüchtling, der es bis in dieses Land schafft (und nicht nur er!), hat ein historisches, objektives, unteilbares Recht auf Teilhabe.

Es gibt kein "Asylproblem". Es gibt ein Problem des deutschen Rassismus, der faschistischen Traditionslinie in diesem, dank der ehemaligen Sowjetunion von allen außenpolitischen Fessel befreiten, Großdeutschland. Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Lande haben - ohne wenn und aber, ohne Taktiererei, ohne Schielen auf "Bündnisfähigkeit" oder auf den "aktuellen Bewußtseinsstand der deutschen Arbeiterklasse" das Erbe ihrer antifaschistischen Tradition anzutreten - hier und heute!

Es gibt in dieser Situation nur eine Solidarität - die für die verfolgten, an Leib und Leben bedrohten ausländischen Klassenbrüder und -schwestern. In/vor den Flüchtlingsunterkünften (sagt nicht "Heimen"! Selbst Schäferhunde haben ein besseres "Heim"!), beim Aldi, in der Straßenbahn (in deutsche Kneipen wagen sich die meisten nicht mehr) usw. usf.

2. Die von den Herrschenden geprägten, von den bourgeoisen Medien millionenfach eingehämmerten Kampfbegriffe "Asylantenflut, -schwemme, -strom" usw. haben den Nährboden bereitet für die neuen Pogrome in Großdeutschland. Achten wir, bitte!, auf die Sprache, derer wir uns bedienen! "Asylantenfluten", "Flüchtlingswellen" usw. meinen "Naturkatastrophen", denen wir, die von diesen ohne unser Zutun (!) entstandenen Gewalten Bedrohten (!!), Dämme entgegensetzen müssen - oder eben alles andere, womit man sich gegen diese Dinge (!) wehren kann.

Es geht um Menschen!!! Um Menschen, die in ihrer Heimat entweder der Folter oder dem Verhungern entfliehen konnten und es über Tausende Meilen bis an die Grenzen dieses reichen Landes geschafft haben. (Ja! Reichen Landes!)

In dieser Situation nützt keine theoretische Diskussion in "der Linken"; z.B. über die Notwendigkeit, in den Herkunftsländern die nationale Bourgeoisie zu stürzen. Angesichts der Rettung des nackten Lebens sind solche Lamentos schlicht zynisch. Und noch eins: "In jedem Vorrechnen, wie wenig die Flüchtlinge 'uns` kosten, liegt immer auch die Botschaft, daß sie nichts kosten dürfen." (Ebermann/Trampert in: konkret 11/91)

Hier müssen Kommunistinnen und Kommunisten - und zwar ganz pragmatisch, also praktisch - beweisen, auf wessen Seite wir stehen.

3. Auch Flüchtlingsfragen sind Klassenfragen. Über die Notwendigkeit einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung sind wir uns vermutlich alle einig. (Ansätze hiervon gab`s z.B. zwischen der sozialistischen UdSSR und Ländern des Trikont, auch Cuba. Nach dem Sieg der Konterrevolution im Lande Lenins beteiligen sich nun dessen Führer an der Erdrosselung Cubas.)

Einig sind wir uns uns sicherlich auch darüber, daß der deutsche Imperialismus aus seinem Klasseninteresse heraus in den letzten Jahren den in Deutschland immer vorhanden gewesenen (und von uns immer wieder unterschätzten!) Rassismus und Faschismus erneut zu schüren versucht. Er hat es auch ohne Probleme geschafft, ein klassenübergreifendes Besitzstanddenken wiederzubeleben (man denke an "das raffende jüdische Kapital und die schaffende deutsche Arbeit" ...).

Nun haben sich die verschiedensten Fraktionen der Linken, strömungsübergreifend, zusammengefunden, eine Entschuldigungsarie zu komponieren: "Der" deutsche Arbeiter, von Arbeitslosigkeit bedroht, von Lohnabbau, Mietpreissteigerungen usw. betroffen - na, den muß man doch verstehen ... Was denn, wenn er, indem er in Hoyerswerda Beifall klatscht und damit die brutalen Überfälle erst zum Pogrom macht??

Ich als Unterzeichner kann dem, aus einer antifaschistischen und antirassistischen Familie stammend, nicht einen Deut Verständnis abgewinnen.

Ich als Unterzeichner erlebe diese Entschuldigungsstrategien seit zwei Jahren als Straßensozialarbeiter. Alle möglichen Gründe werden angeführt, um zu belegen, daß der jugendliche Skin ja eigentlich das Opfer (!) ist - wenn er mit Gleichgesinnten darangeht, "Neger zu klatschen", "Briketts zu mischen" usw. D.h.: Schwarze zusammenschlagen, umbringen, vietnamesischen Schwangeren das Kind aus dem Leib prügeln und nun - als neueste Krisenbewältigungsstrategie - ausländische Kinder verbrennen.

Treffend formuliert Hermann L. Gremliza, "konkret"-Herausgeber, in seiner Zeitung 11/91: "Äußere Umstände des Lebens, die für 95 Prozent der Weltbevölkerung ein Traum von unerreichbarem Luxus bleiben, sind bei mordlustigen deutschen Herrenmenschen strafmildernd anzurechnen."

Wir, die Autoren dieses Beitrags, sind in dieses Land mit seiner bestialischen Vergangenheit hineingeboren. Wir haben die daraus resultierende Verantwortung zu tragen.

70 Flüchtlinge mußten mit Hilfe autonomer Genossinnen und Genossen aus Greifswald vor faschistischen Hooligans nach Neumünster in Sicherheit gebracht werden. Zur anstehenden Rück-Deportation sagte der schleswig-holsteinische Sozialminister Jansen laut WAZ vom 5.11.91: "Man muß die Asylbewerber überzeugen, daß sie diesen schweren Weg mitgehen."

MIT-gehen! MIT den Tätern?! Wir alle müssen endlich begreifen: Sowohl die imperialistischen Wiederbeleber des Faschismus in Deutschland als auch die Ausführenden (!!) sind unsere Gegner! Es geht darum, wo wir hier und heute stehen.

Abschließend will ich darauf verweisen, daß sich m.E. auch in der brennenden Frage der Notwendigkeit von Entwicklung praktischer Solidarität mit unseren nicht-deutschen Klassengeschwistern, insbesondere mit den in Großdeutschland verfolgten Flüchtlingen, niemand den Doktorhut aufsetzen und mit Noten um sich werfen sollte.

Mit internationalistischem Gruß

Heinz, Essen

38. Vereinzelt springen Terroristen über Wiesen ... Buchbesprechung: "Terroristen und Richter"

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:09

Im VSA-Verlag ist kürzlich ein dreibändiges Werk von Rolf Gössner, Heinrich Hannover und Margot Overath mit dem gemeinsamen Titel "Terroristen & Richter" in einem Gesamtumfang von fast 1.000 Seiten erschienen. 8 cm breit für die Bücherregale der immer kleiner werdenden interessierten Öffentlichkeit und nicht ohne Gewicht.

Ich tue mich schwer, diese Trilogie zu besprechen. Das liegt daran, daß ich mich stellenweise gründlich geärgert habe beim Lesen, andererseits aber auch eine Menge gelernt habe und streckenweise ein wütendes Interesse verspürte.

Die drei Bücher sind das Ergebnis einer vom Hamburger Institut für Sozialforschung geförderten Untersuchung über die politische Justiz in der BRD am Beispiel der sogenannten Terroristenprozesse.

Das ist ein löbliches Unterfangen und bei manchen Fragestellungen und Ergebnissen sowohl von den Fakten her als auch in den Kommentierungen spannend. Trotzdem bleibt es ein kaltes Unternehmen - das Frösteln des Sicherheitsstaates wird fast nie aufgebrochen. Die Faszination der dargestellten Fakten reicht eben nicht aus, selbst tausend Seiten lang nicht, um das von den AutorInnen im gemeinsamen Vorwort erklärte Ziel zu erreichen: "den Prozeß der kollektiven Verdrängung zu stören."

Bis auf wenige Ausnahmen werden in dieser Studie völlig ausgeklammert die Motivation von Widerstand, die Haltung von politischer Moral, die Wut und die Trauer über Niederlagen und die umgekommenen GenossInnen. Beim Lesen entsteht überwiegend ein Gefühl, an einem riesigen und unangenehmen Theaterspiel teilzunehmen, in dem nicht Menschen agieren, sondern Figuren - auf allen Seiten. Dem sich zu entziehen als Leserin, die das dreibändige Werk trotz des widerlichen Titels (Terroristen & Richter (1)) studiert, ist anstrengend.

Dennoch sollte dieses Dreierwerk gelesen werden.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Es ist meines Wissens die bisher ausführlichste Faktenzusammenstellung, was den Bereich präventiver Sicherheitsstaat betrifft, und untersucht akribisch die zeitlichen Abfolgen und parallelen Geschehnisse zwei-Jahrzehnte-langen staatlichen "Anti-Terror-Kampfes". Es ist eine Geschichte der Zerschlagung des linken Widerstands, während zur gleichen Zeit rechtsextreme Gruppierungen und alte und neue Täter gehätschelt wurden. Es ist ein Stück unserer Geschichte, zu der eben Richter, Hochsicherheitsjustiz, staatliche Verfolgungsorgane, gebrochene Gefangene, Distanzierungen drinnen und draußen und die Kriminalisierung des Widerstands gehören.

Im ersten Band mit dem Titel "Terroristenprozesse" (1) erläutert der Strafverteidiger Heinrich Hannover seine Theorie von den "zwei gegensätzlichen Modellen Politischer Justiz für und gegen Freund und Feind". Gemeint ist das, was Leute, die gegen diesen Staat kämpfen, sowieso wissen: Daß sie im Zweifelsfalle juristisch "unschuldig" hinter Gittern landen, während gleichzeitig ein ehemaliger KZ-Scherge freigesprochen wird.

"Im politischen Strafprozeß geht es nicht um Wahrheitsfindung, sondern um die Vernichtung von Feinden und die Rehabilitierung von Freunden. Zwei durchaus gegensätzliche Verfahrensziele, die mit ein und derselben Strafprozeßordnung erreicht werden sollen. Das setzt ein biegsames Recht und flexible Rechtsanwender voraus. Wir haben beides.

Wer den Gerichtsaal als Feind betritt, hat in der Regel nichts zu hoffen, wer als Freund kommt, hat nichts zu fürchten. Die Unterscheidung von Freund und Feind ist schon außerhalb des Gerichtssaals getroffen." (S. 17)

Heinrich Hannover ist seit Anfang der 50er Jahre Strafverteidiger; "Verteidigung auch in politischen Strafsachen gegen Kommunisten, Demonstranten (von der Studentenbewegung bis zu Sitzblockaden gegen Waffenlager und Raketenstationierungen) und sogenannte Terroristen" (Klappentext).

Hannover ist Fachmann, anerkannt von allen Seiten. Das macht seine akribisch zusammengetragenen Beobachtungen und Aufzeichnungen wichtig und wahrscheinlich seriös für ein juristisch interessiertes Fachpublikum. Dabei sind besonders die Kapitel über die KPD-Verfahren in den fünfziger Jahren und die Kronzeugen-Berichte neueren Datums spannend, auch die Beiträge über öffentliche Vorverurteilungen und die "gerichtsbekannte Kollektivität der RAF".

Was mich bei Hannover stört, ist der beinahe gnadenlose Versuch, die eigenen Erfahrungen als Verteidiger mit Distanz und einer mir unbegreiflichen bemühten "Objektivität" zu beschreiben. Das, was er bei der politischen Justiz (zutreffend) analysiert, nämlich eine unterschiedliche Vorgehensweise nach der Freund-Feind-Einordnung (früher hätten wir schlicht gesagt: Klassenstandpunkt), erlaubt er sich selbst nur selten und das führt zu ganz seltsamen und befremdlichen Gedankenspielchen: "Ich könnte es mir reizvoll vorstellen, bundesdeutschen Oberlandesgerichtsräten Fragen über ihre Einstellung zum Terrorismus, dem großen und dem kleinen, und zur kalten Amnestie für Nazi- Verbrecher zu stellen." (S. 91) "Ob das Leben auch so fröhlich weitergegangen wäre, wenn die 13 Toten und 200 Verletzten des Attentates sich auf das Konto der RAF hätten schreiben lassen?" (zu den Folgen des neofaschistischen Anschlags auf das Münchner Oktoberfest 1980, S.75).

Die RAF hätte eben diesen Anschlag nicht gemacht, und bundesdeutsche Oberlandesgerichtsräte zu befragen, stelle ich mir nicht reizvoll, sondern eher zum Kotzen vor ...

Im zweiten Band mit dem Titel "Das Anti-Terror-System" analysiert der Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner den staatlichen "Anti-Terror-Kampf" mit seiner bundesdeutschen Geschichte und heutigen Erscheinungsweise. Erfreulich und informativ ist auch hier die Herangehensweise, nicht mit der APO oder der RAF anzufangen, sondern dort, wo die Wurzeln des "Feindbildes Links" zu finden sind: "Sinnvoll erscheint uns ein solches Unterfangen allerdings nur vor dem historischen und ideologischen Hintergrund, den wir in Deutschland vorfinden, der jedoch so gerne verdrängt wird: Die nicht bewältigte Geschichte der Terror-Justiz der NS-Zeit und die Rolle der bundesdeutschen Justiz der fünfziger und sechziger Jahre bei der Kommunistenverfolgung entpuppen sich als Vergangenheiten, die auch die Anti-Terror-Justiz der siebziger und achtziger Jahre nachhaltig prägten." (S.10)

Am besten gefallen hat mir in diesem Band das Kapitel "Auf der Suche nach den verlorenen Maßstäben", in dem u.a. eine statistisch-vergleichende Bestandsaufnahme von "Rechtsterrorismus-Verfahren" und "Links-Terrorismus-Verfahren" in den achtziger Jahren zu finden ist, ohne deren Geschichte und Bedeutung gleichzusetzen.

Gössner führt im Vorweg aus, daß rechts nicht gleich links sein kann. Das "ergibt sich nicht nur aus der Geschichte, sondern diese Erkenntnis wird auch bestätigt durch die grundsätzlich und qualitativ verschiedenen Zielsetzungen, Angriffsziele und Handlungsweisen, wie immer diese im einzelnen zu bewerten, zu be- oder verurteilen sind." (S.310)

Es geht ihm um die strafjustitiellen Reaktionen und Prioritäten und Befangenheiten. Explizit wendet sich Gössner gegen die Forderung von formaler Gleichbehandlung von linker und rechter politischer Gewalt. "Wir sind auch nicht der Auffassung, die Bekämpfung des "Rechtsextremismus- und Terrorismus" könne dem Strafrecht, der politischen Strafjustiz bzw. diesem Staat überlassen werden." (S. 314).

Erschreckend informativ auch für Menschen, die schon politische Prozesse besucht haben und einschlägige Artikel lesen, ist das zusammenfassende Kapitel Gössners über geheimdienstliche Ermittlungsarbeit, in dem die Ausnahme als Trend zur Regel analysiert wird.

Enttäuschend hingegen fand ich das Kapitel "Ein Stück Staatskunde-Unterricht", in dem es um das Verfahren gegen Ingrid Strobl geht (Rolf Gössner war hilfreicher und solidarischer Mitarbeiter in der Prozeßbeobachtungsgruppe). Vielleicht liegt das daran, daß ich dieses Verfahren relativ auswendig kenne und mich deshalb auch über (Satz)fehler ärgerte (Bsp.: Ingrid Strobl und Ulla Penselin wurden im Dezember 1987 und nicht 1978! (S.21) festgenommen). Vor allem aber fehlte mir hier der Aspekt Widerstand und - relativer - Erfolg. Meiner Meinung nach sind - sämtliche - politischen Verfahren einschließlich diesem nicht nur juristisch zu behandeln und einzuschätzen, sondern müssen eben, wenn wir eine Antistrategie entwickeln wollen, gerade die Zusammenhänge linker Solidarität und linken Widerstands einbeziehen. Das macht Gössner hier

nur relativ formal und das ist schade, denn er war ja beteiligt an unserer Wut und unserer Arbeit gegen diesen Prozeß.

Im dritten Band nähert sich die Bremer Journalistin Margot Overath dem Thema. Der Band heißt "Drachenzähne" und ist mir der unheimlichste. Ich habe das Buch "gefressen", d.h. mit äußerster Spannung gelesen, obwohl ich dauernd Magenschmerzen kriegte.

Am deutlichsten wohl fehlt in diesem Band der Mut zu "Ungerechtigkeit", zu einer politischen Haltung, die mehr ist als ein scheinbar neutrales Zusammentragen von Informationen, von wem auch immer und wie sie zustandegekommen sein mögen.

Overath hat anhand von Dokumenten und mittels Tonbandgesprächen und Schriftwechseln recherchiert - im Knast und bei betroffenen "Terroristen". Dabei liegt die Schwierigkeit der Angelegenheit im ihr Auskunft gebenden Klientel begründet: Bis auf wenige Ausnahmen ist niemand der Gefangenen oder ehemaligen Gefangenen, die sich immer noch dem Widerstand zurechnen, bereit oder in der Lage gewesen, mit Margot Overath zu reden. Dabei spielen staatliche Gesprächsverbote und Behinderungen eine beachtliche Rolle, vor allem aber auch - berechtigtes - Mißtrauen der Gefangenen selbst, zu Objekten einer sozialwissenschaftlichen Begierde gemacht zu werden, und sich dann im bunten Reigen mit Ex-Genossen oder Nicht-Ex-Genossen, mit Verrätern und sich Distanzierenden und mit arroganten Vertretern der Familie von Braunmühl wiederfinden.

Das jedenfalls ist mein Eindruck nach dem Lesen des dritten Bandes, wobei ich zu Beginn des Buches eher bedauerte, daß die meisten politisch noch kämpfenden Gefangen nicht zu Wort kommen.

Es gibt Ausnahmen, die mag die LeserIn selbst finden.

Ich vermute, daß es anderen gehen wird wie mir: Trotzdem habe ich dieses Buch angespannt, wütend, traurig und beinahe gierig gelesen. Ich habe lange überlegt, warum. Ein Grund ist sicherlich wirklich eine Art "kollektiver Verdrängung", die ich allerdings nicht als freiwillige Maßnahme sondern auch als eine Art Überlebensstrategie für die Gefangenen und die, die Widerstand leisten, verstehe. Es ist ein schwarzes Loch, das in der Strategie des "Anti-Terror-Kampfes" des Staates eine wichtige Rolle spielt: das Vergessen und Verdrängen von unserer - gemeinsamen - Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Auf dieser Grundlage ist es zwar bitter, aber notwendig, Aussagen von gebrochenen Gefangenen und den damit zusammenhängenden Niederlagen zu lesen. Wahrscheinlich ist es sogar wichtig, daß wir genau das tun.

Mehr über das, was war und ist, bekommen allerdings alle mit, die politische Gefangene besuchen oder mit ihnen korrespondieren. Die "kollektive Verdrängung" kann auch zur Schutzbehauptung werden - und das ist sie in diesem dritten Band - um nicht zu kämpfen um die, die seit fünf, zehn oder noch mehr Jahren in bundesdeutschen Knästen sind, ohne daß sich ein nur nennenswerter Teil der hiesigen Linken mindestens beschämt und beleidigt fühlt.

Fazit: "Terroristern & Richter" sind drei unterschiedlich informative Bücher, die gelesen werden müssen, obwohl sie leider viele, viele Mängel haben. Sie tragen ein Stück unserer neueren Geschichte zusammen mit einem manchmal sehr fremden Blickwinkel; doch würde ich allen drei Autoren zugestehen, mit guter Absicht ans Werk gegangen zu sein.

Die Bücher sind ausdrucksvoller und erschreckender Beleg für mangelnde Auseinandersetzungen und fehlende solidarische Zusammenarbeit zwischen "Fachleuten", "Geldgebern" und "Betroffenen", ein Beleg für die Spaltungen und Isolierungen, in die sich die Linke hier hat manövrieren lassen und hat lassen müssen. Was daran die Hauptseite ist, werden wir erst wissen, wenn wir gegen die Isolation im Knast und an den Schreibtischen "draußen" mehr Widerstand leisten.

Katja Leyrer

(1) Trotz einer langatmigen Erläuterung Hannovers in der Einleitung des ersten Bandes, in der viel richtiges gesagt und Kritiken vorab begegnet wird: Der Begriff "Terrorismus" wird nicht nur im Titel der Bände widersprüchlich verwendet. Es gab mal eine Zeit, da haben wir neue Wörter erfunden oder wenigstens Anführungsstriche benutzt, um staatlich verordneter Sprache etwas entgegenzusetzen.

Heinrich Hannover: Terroristenprozesse. DM 39,80. ISBN 3-87975-575-2

Rolf Gössner: Das Anti-Terror-System. DM 49,80. ISBN 3-87975-576-0

Margot Overath: Drachenzähne.

DM 39,80. ISBN 3-87975-577-9

Die Bücher sind - auch einzeln - erhältlich beim VSA-Verlag, Stresemannstr. 384a, 2000 Hamburg 50 oder im Buchhandel.

39. Wo bleibt das Geld beim ak?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak337/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:34

Eine linke Zeitung, die vollständig ohne Werbeeinnahmen leben muß, ist kostendeckend nicht zu bekommen. Dennoch machen wir seit 20 Jahren den ak. Das ist nur möglich durch einen hohen Anteil von unentgeltlicher Arbeit (keine Honorare, unbezahltes Arbeiten in der Produktion und im Vertrieb). Bei Beginn dieses Stadiums der Herausgabe ("Dach-ak") haben wir eine Erlöse- und Kostenrechnung vorgelegt (abgedruckt in ak 333, S. 2). Da wir auch in diesem Jahr wieder die LeserInnen um Spenden bitten, wollen wir an dieser Stelle für Transparenz sorgen, wo die Gelder beim ak bleiben.

Von August bis November, also für die vier Ausgaben, die bisher in gemeinsamer Herausgabe produziert wurden, haben wir insgesamt Erlöse in Höhe von DM 73.946,94 erzielt. Das sind ziemlich genau DM 20.000 weniger als wir gerechnet hatten. Dies liegt hauptsächlich daran, daß sich die insgesamt verkaufte und bezahlte Auflage bei ca. 4.000 Exemplaren eingependelt hat, während wir von einem Soll von 4.500 bis 5.000 ausgegangen waren. Die verkaufte Auflage ist innerhalb dieses Jahres von 4.600 auf 4.000 gesunken, dies allerdings schon bis August, während seit dieser Zeit eine Stabilisierung eingetreten ist. Rückgänge im Vertrieb und Verkauf sind vor allem im Bereich der politischen Strukturen festzustellen, d.h. der Verkauf über ehemalige KB-Gruppen o.ä., während die Abozahlen und der Vertrieb über Buchläden stabil sind. Derzeit haben wir ca. 1.900 Einzelabonnenten, 1.500 Exemplare werden über den linken Buchhandel vertrieben.

Zu den oben genannten Erlösen kommen für diesen Zeitraum insgesamt DM 25.000 Zuschüsse hinzu, davon DM 13.000 von den Herausgebern, davon wiederum DM 9.000 von der Mehrheit (KB) und DM 4.000 von der Gruppe K, und DM 12.000 durch regelmäßige Spenden. (Außerhalb dieses Berechnungsrahmens finanziert die Ex-Mehrheit monatlich noch vier halbe Stellen für RedakteurInnen aus ihren Reihen.)

Damit hatten wir Einnahmen von DM 98.946,94.

Dagegen stehen Ausgaben in Höhe von insgesamt DM 106.939,36. Diese teilen sich in DM 25.990 Personalkosten, DM 48.412,40 Produktionskosten (Satz, Repro, Druck), DM 21.487,28 Vertriebskosten (Verpackung, Transport, Porto, Vertriebsstelle), DM 4.400 anteilige Raumkosten und DM 6.646,68 Bürokosten (Fotokopierer, Telefon, Büromaterial, Zeitschriften). Insgesamt hatten wir mit Kosten in Höhe von DM 120.000 gerechnet, so daß das Defizit nicht ganz so hoch ist wie durch die verminderten Einnahmen zu befürchten gewesen wäre.

Damit hat sich in diesen vier Monaten ein Defizit von insgesamt DM 8.000.- angesammelt. Wenn wir dies auf das gesamte Jahr hochrechnen und dabei noch berücksichtigen, daß Kosten steigen werden (Raumkosten durch Staffelmiete), benötigen wir beim derzeitigen Stand ca. DM 30.000 zusätzlich, die wir durch Spenden hereinbekommen müssen.

Dabei ist gerechnet, daß die verkaufte Auflage sich nicht wesentlich ändern wird. Wir hoffen natürlich, daß wir wieder einen Schritt nach oben machen können, wofür aber derzeit keine Indikatoren zu erkennen sind.

Die gegebene finanzielle Lage läßt die Aussage zu, daß der ak aller Voraussicht nach in gewohnter Weise weiter erscheinen wird.

Hamburger Satz- und Verlagskooperative

Helft mit beim ak-Verkauf!

Der ak könnte gut eure kleine und auch große Unterstützung beim Vertrieb gebrauchen, wie ihr folgender Verkaufstabelle entnehmen könnt.

Wir haben in diesem Jahr einige Verkaufseinbußen hinnehmen müssen. Das hat im wesentlichen zwei Gründe:

- Im März stellte der Postvertriebsdienst der ehemaligen DDR seine Dienste ein, immerhin konnten wir zum Schluß darüber noch rund 350 aks pro Ausgabe verkaufen. Der sonstige ak-Verkauf in den neuen Bundesländern macht zwar kleine Fortschritte, steckt aber noch in den Kinderschuhen.

- Das Verlust von weiteren 400 verkauften aks pro Ausgabe geht vor allem darauf zurück, daß der Vertrieb, den früher die Organisation geleistet hatte, zurückgegangen ist.

Zumindest erfreulich konstant hingegen sind die Abozahlen des ak und auch der Vertrieb über Buchläden. Es scheint der Tiefpunkt beim Vertrieb erreicht zu sein, dem vielleicht ja wieder ein Anstieg folgen könnte, oder?

Für diejenigen, die es ganz genau wissen wollen, sei ergänzt, daß die tatsächlichen Verkaufszahlen noch rund 10% tiefer liegen, weil wir allen Vertriebsgruppen und Buchläden das Recht einräumen, nichtverkaufte aks zu remittieren.

Knapp 4.000 aks pro Ausgabe zu verkaufen, ist einerseits bitter wenig, aber der ak hat schon einmal noch schlechtere Zeiten erlebt, 1983/84 sank der Verkauf auf 3.500 Stück pro Ausgabe und erreichte dann wieder schrittweise Auflagen von über 6.000 Stück.

Mit eurer Hilfe sind bessere Zeiten für den ak auch diesmal nicht zu auszuschließen.

ak-Vertriebsstelle

Spendenkonto: Heinrich Eckhoff · Postgiroamt Hamburg · Bankleitzahl: 200 100 20 · Kontonummer: 4645 84-204

40. Lotta armata

Stefan Seiferts Geschichte der Roten Brigaden

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:02

Ein "Beitrag zur Überprüfung festgefahrener Strategien" soll Stefan Seiferts Buch sein, das kürzlich in der Edition ID-Archiv erschienen ist. Die Chronik des bewaffneten Kampfes in Italien will verdeutlichen, "inwieweit die Konzepte der Stadtguerilla in Westeuropa in den 70er Jahren erfolgreich sein konnten und wo deren - auch selbstverschuldete - Grenzen lagen". An seiner Sympathie für den bewaffneten Kampf der Metropolenguerilla läßt der Autor keinen Zweifel. Seine Kritik an einzelnen Erklärungen und Strategiepapieren der Roten Brigaden - "schönfärberische Sicht der Realität", "Tendenz zur Selbstüberschätzung" - wie auch an einigen schwer "vermittelbaren" Aktionen und dem sich verselbständigenden Krieg mit der Staatsmacht stellt nie den Ausgangspunkt der Roten Brigaden in Frage. Seiferts Buch soll Mut machen. Auch wenn heute in Italien wie in der BRD "der bewaffnete Kampf kaum mehr ein Thema ist und die Revolution in weite Ferne gerückt zu sein scheint", zeige doch die "Entwicklung der Roten Brigaden - weit deutlicher als die der RAF -, daß das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen worden sein muß".

Die RAF kommt überhaupt nicht gut weg bei Stefan Seifert. Dem Eingeständnis von Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin aus dem Jahre 1975 - "Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen..." - setzt er die militanten Traditionen der italienischen Arbeiterklasse entgegen, auf die sich die Brigate Rosse (BR) stützen konnten: "Die BR ... erwuchsen aus den Klassenkämpfen in Italien." Die Verankerung der ersten BR-Generation im Proletariat, die Eingebundenheit ihrer Aktionen in die Arbeiterkämpfe der großen norditalienischen Fabriken, ist heute kaum noch vorstellbar. Das Opfer ihrer ersten Entführung im März 1972, ein verhaßter Spitzenmanager bei Sit-Siemens, wurde ganze 20 Minuten festgehalten und nach einem symbolischen Prozeß "auf Bewährung" entlassen. "Einen treffen, um hundert zu erziehen" lautete das Motto dieser und vieler ähnlicher Aktionen.

Unvermeidliche Eskalation

Noch 1973 hielten die Roten Brigaden an dem Anspruch fest, "klandestine Organisation und Massenagitation, Untergrundarbeit und Massenorganismen" miteinander zu verbinden, um der Gefahr der Isolierung von den Arbeitermassen zu entgehen. Stefan Seifert hat erkannt, warum das nicht funktionieren konnte: "Es liegt wohl im Wesen des Krieges zwischen Stadtguerilla und kapitalistischem Staat, daß sich eine Guerilla, die nicht innerhalb kürzester Zeit aufgerieben werden will, der Dynamik immer höherer Ebenen des Kampfes nicht entziehen kann und insofern die direkte Konfrontation mit den Staatsorganen, also auch die Verteidigung der Strukturen der Guerilla in gewisser Weise vorprogrammiert ist." Ohne es offen auszusprechen, erkennt der Autor damit die Unmöglichkeit einer nicht isolierten, nicht rein militärisch agierenden, sondern in die Massenkämpfe integrierten Stadtguerilla an. Die von den ArbeiterInnen offen beklatschten "befristeten Strafaktionen" gegen Personalchefs, Betriebsleiter und Denunzianten wurden von Anschlägen "höheren Niveaus" abgelöst. Auf Spaßguerilla folgte tödlicher Ernst, nicht nur wegen der scharfen Reaktionen der Gegenseite. Auch das von den BR vertretene Prinzip der "Volksjustiz", das auf Vergeltung und Rache basiert, mußte zwangsläufig zur Eskalation führen. Immer wieder wurde in den Erklärungen der BR betont, daß das Proletariat "ein hervorragendes Gedächtnis hat und daß daher am Ende nichts ungestraft bleiben wird".

Dem "Betriebsunfall", der 1974 zur ungeplanten Erschießung zweier Neofaschisten führte, folgte zwei Jahre später die "Hinrichtung" des Oberstaatsanwalts Francesco Coco. Das war nicht mehr als "exemplarische Repressalie" zu verstehen, wie der BR-Gefangene Prospero Gallinari vor Gericht erklärte: "Mit dieser Aktion öffnet sich eine neue Phase des Klassenkrieges, die auf die Zersetzung des Staatsapparates abzielt." Jede "partielle Äußerung des proletarischen Antagonismus" sollte von nun an "in einen Angriff auf das Herz des Staates" umgewandelt werden. Wo immer das "Herz des Staates" seinen Sitz haben mag - getroffen haben es die Roten Brigaden offensichtlich nicht. Die gezielten Schüsse in die Beine christdemokratischer Politiker waren für die Betroffenen zweifellos schmerzhaft; die "Zersetzung des Staates" konnten sie nicht bewirken. Auch die Liquidierung hoher Justizbeamter hat den italienischen Staat nicht vor allzu große Probleme gestellt. Seinen mit der eingeschränkten "inneren Sicherheit" verbundenen Ansehensverlust hat er durch drastische Gesetzesverschärfungen und flächendeckende Polizeistaatsaktionen mehr als wettgemacht.

Nichts Neues über Moro

Die Entführung und Ermordung Aldo Moros, die bedeutendste, aufsehenerregendste und geheimnisvollste Aktion der Brigate Rosse, wird von Stefan Seifert enttäuschend geradlinig dargestellt: Moro wird entführt, die Polizei kann ihn wegen der genialen Planung der BR nicht finden, die Brigadisten veröffentlichen neun Kommuniques, Moro schreibt vorwurfsvolle Briefe an seine christdemokratischen Partei- "freunde", DC und PCI lehnen Verhandlungen mit den Entführern ab, Moro wird der Staatsräson geopfert und stirbt. Daß die Sache sich auch etwas bis ganz anders zugetragen haben könnte, wird von Stefan Seifert nicht einmal angedeutet. Mutmaßungen über Kontakte des Chefs der römischen BR-Kolonne, Mario Moretti, zur CIA oder anderen Geheimdiensten, tut er als "Legenden" ab. Nun sind die verschiedensten Spekulationen über andere Tatbeteiligte, gar über eine "Instrumentalisierung der Roten Brigaden" nicht beweisbar. Das von Werner Raith entworfene Szenario - die Moro-Entführung sei in Kooperation mit dem israelischen Geheimdienst Mossad durchgeführt worden, Moros unauffindbares "Volksgefängnis" sei die israelische Botschaft in Rom gewesen - ist mangels Beweisen nichts weiter als ein Gedankenspiel. Auch wer sich darauf nicht einlassen will, sollte sich zumindest die Frage stellen, welche Rolle denn die nicht wenigen in die BR eingeschleusten Agenten während der 55 Tage dauernden Moro-Entführung gespielt haben könnten. Daß die Aktion politisch nicht als erfolgreich zu bewerten ist, gesteht Stefan Seifert immerhin zu.

Die Analysen der Roten Brigaden

Breiten Raum nehmen die schriftlichen Äußerungen der Brigate Rosse ein. Neben unzähligen Bekennerschreiben werden auch Strategiepapiere und Versuche von Imperialismusanalysen ausführlich zitiert. Vieles davon hat sich längst als falsch herausgestellt, etwa die These vom "Stato Imperialista delle Multinazionali" (SIM, Imperialistischer Staat der multinationalen Konzerne). Das bei der Befreiung Renato Curcios im Februar 1975 zurückgelassene Bekennerschreiben erklärte die italienischen Regierungspolitiker zu bloßen Handlangern, welche "die Anweisungen der imperialistischen superpadroni Ford und Kissinger befolgen". Daß Stefan Seifert diese und ähnliche Fehler und Beschränkungen nicht verschweigt, macht sein Buch zu einer wertvollen Dokumentensammlung. Die Kommentare des Autors sollten allerdings genauso kritisch gelesen werden wie die zitierten BR-Papiere. Mehr als einmal übernimmt Stefan Seifert die einfache Weltsicht der Brigadisten. "Historischer Kompromiß oder bewaffnete proletarische Macht: Das ist die Entscheidung, vor der die Genossen heute stehen. Die Mittelwege sind verschüttet", schreiben die BR, und Stefan Seifert wendet seinerseits diesen Lehrsatz auf die revolutionäre Organisation Lotta Continua an. Deren Beteiligung am Wahlbündnis Democrazia Proletaria im Jahre 1976 ist für ihn gleichbedeutend mit dem Abschwören revolutionärer Politik, die typische Konzentration der Reformisten auf den parlamentarischen Weg. Ähnlich grobschlächtig geht er mit dem PCI um, der während der Jugendrevolte 1977 und danach ein besonders entschiedener Befürworter des starken Staates war, aber dennoch nicht einfach dem herrschenden Block an der Macht zugeschlagen werden darf. Die 1976 von Kanzler Schmidt an die italienische Regierung gerichtete Warnung, den PCI nicht in die Koalition aufzunehmen, wäre aus Stefan Seiferts Sicht der Dinge nur mit antikommunistischer Paranoia zu erklären.

Das Ende

Die vielleicht spektakulärste erfolgreich abgeschlossene Aktion der Roten Brigaden war die Entführung des Richters Giovanni D'Urso im Dezember 1980. Sie endete mit der Erfüllung sämtlicher Forderungen der Entführer: Das verhaßte, besonders unmenschliche Gefängnis in Asinara wurde geschlossen, die Zeitungen veröffentlichten Papiere der BR und Erklärungen der zur selben Zeit revoltierenden Gefangenen von Trani. Ebenso erfolgreich endete die Entführung eines Alfa- Managers durch die Mailänder "Kolonne Walter Alasia". Als Gegenleistung für seine Freilassung wurden 500 Kündigungen rückgängig gemacht.

Trotzdem war Ende 1981 die Niederlage der Brigate Rosse nicht mehr abzuwenden. Auf Verhaftungen, Folterungen und Geständnisse folgten immer neue Verhaftungswellen. Binnen kurzem waren an die 1.000 Personen unter dem Verdacht der "mitgliedschaftlichen Beteiligung an Aktivitäten terroristischer Gruppen" verhaftet. Viele von ihnen wurden zu pentiti (Reumütigen), die sich durch Denunziationen Strafnachlaß erkauften. Die "Ursachen des Massenphänomens 'Verräter'" kann Stefan Seifert verständlicherweise nicht abschließend erklären. In der Tendenz stimmt er dem Ex-Brigadisten Alberto Franceschini zu: "Für die Jugend war der Terrorismus der BR nach 1978 zu einer Mode geworden. (...) Als ich mit Jüngeren geredet habe, wurde mir klar, daß für sie der bewaffnete Kampf ein Bedürfnis war, so wie ins Kino zu gehen. (...) Ich habe

Leute kennengelernt, die haben getötet, ohne sich klar zu machen, was sie da taten. Und als sie dann geschnappt wurden, haben sie sich davon distanziert, haben sie ausgepackt, auf die allerselbstverständlichste Art. Das war für sie etwas Natürliches. (...) Als der Staat ihnen bewies, daß er der Stärkere war, gingen sie auf seine Seite über."

Js.

Stefan Seifert: Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden. Berlin - Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1991. 212 Seiten. DM 26,-.

41. Quelldatei 17.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:17

Dokumentation

Erklärung der Flüchtlinge in Norderstedt

Wir sind die Flüchtlinge in Norderstedt, welche in letzter Zeit in der Öffentlichkeit ziemlich bekannt wurden. Unser Kampf begann am 12. September '91 in der Anschar-Kirche in Neumünster und geht weiter.

Wir haben unsere Länder verlassen wegen Krieg, politischer Verfolgung, Unterdrückung, um in diesem Land Asyl zu suchen. Wir sind entsetzt darüber, daß in diesem Land die politische Unterdrückung und die gewalttätigen Angriffe auf uns weitergehen. In der Ex-DDR, in die wir zwangsverteilt wurden, haben wir in Todesangst gelebt. Einige von uns haben mehrere Angriffe durchgemacht. Aus diesen Gründen sagen wir, wir wollen hingehen, wo wir uns sicher fühlen. Wir wollen nicht in die Ex- DDR zurück.

Wir wissen, daß wir nicht die einzige Gruppe sind, die sich gegen die Zwangsverteilung wendet. Weil unser Kampf einen symbolischen Charakter hat, wollen die Politiker auch nicht von ihrer harten Haltung abweichen.

Die Schalom-Gemeinde hat sich am Anfang mit uns solidarisiert. Unter dem Druck von außen, vor allem durch die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins und durch die Neonazis (Drohungen, Telefonterror), hat die Schalom-Gemeinde ihre Haltung geändert.

Der Kirchenvorstand will, daß wir die Schalom-Kirche verlassen. Der Kirchenvorstand verfaßt Beschlüsse und nimmt starken Einfluß durch Worte und Taten (Werbungen für Orte in der Ex-DDR, Einzelgespräche), damit dadurch unser Widerstand gebrochen wird. Der Kirchenvorstand hat erklärt, daß die Flüchtlinge den Widerstand nur aufrechterhalten, weil angeblich ein innerer Gruppendruck unter uns bestünde, und daß einige von uns in die Ex-DDR zurückwollten. Es ist richtig, daß einige von uns, Familien mit Kindern, in die Ex-DDR zurückgegangen sind. Aber das war für diese Menschen keine freie Entscheidung.

Sie sind zurückgegangen, weil sie nach drei Monaten Widerstand - unter äußerst schwierigen psychischen und physischen Belastungen - den Druck durch die Landesregierungen und die Kirche nicht mehr aushalten konnten.

Was in der Öffentlichkeit über uns verbreitet wird, nämlich, daß wir Spielbälle seien und von bestimmten politischen Kräften zum Widerstand verführt worden seien, ist nicht nur falsch, sondern auch eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen.

Wir sind niemandes Spielbälle. Wir können selber denken und Widerstand leisten gegen Ungerechtigkeit. Der Beweis dafür ist, daß wir hier sind, um Asyl zu erhalten, weil wir in unseren Ländern Widerstand geleistet haben.

Wir begrüßen alle, die sich mit uns solidarisieren. Wir warnen die Kirche, die verantwortlichen Politiker und die Medien: Hört damit auf, unsere UnterstützerInnen und einige Leute von uns zu kriminalisieren! Redet nicht über uns! Behandelt uns nicht als Entmündigte und Handlungsunfähige! Das ist Rassismus! Wir können selbst über uns bestimmen!

In dieser Erklärung vom 4. Dezember 1991, die wir gemeinsam beschlossen haben, stellen wir fest: Unser Kampf richtet sich gegen rassistische Gewalt und diskriminierende Gesetze. Deswegen nennen wir unseren Widerstand hier antirassistischen und antifaschistischen Widerstand. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich mit uns zu solidarisieren!

Nein zur Zwangsverteilung der Flüchtlinge! Nein zu Sammellagern und gesellschaftlicher Isolation! Nein zum Plan eines europäischen Zentralregisters für Flüchtlinge!

Freie Wahl des Aufenthaltsortes! Einhaltung der "Genfer Konvention", welche die BRD 1951 mitunterzeichnete! Die Verantwortlichkeit für die Fluchtursachen liegen im Kolonialismus und Imperialismus auch der westlichen Industrieländer! Die Fluchtgründe - Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut, Verelendung ... - sind politische Gründe!

Wir wollen Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

42. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:19

Menschenrechte

Die Verletzung von Menschenrechten, sofern mehr "im Allgemeinen" oder aber von als "fortschrittlich" etikettierten Bewegungen oder Staaten begangen, wird von der Linken meist nur ausnahmsweise beachtet und angemessen kritisiert. Indes zeigt schon ein flüchtiges Durchblättern des amnesty-international-Info, in welchem Maße damit die Wirklichkeit von Gesellschaften ausgeblendet wird, in der "der Mensch des Menschen Wolf" ist. Marokko: Seit Jahren spontane Unruhen und Demonstrationen, die mit Hilfe eines weitverzweigten Sicherheitsapparates brutal unterdrückt werden (4/91, April). USA: 36 der insgesamt 50 Bundesstaaten haben rechtlich die Möglichkeit, die Todesstrafe zu verhängen; in 24 davon ist dies auch für Jugendliche möglich - und wird z.T. praktiziert -, die zur Tatzeit jünger als 18 Jahre waren (10/91, Okt.). Philippinen: Seit 1987 garantiert die philippinische Verfassung das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften; Gewerkschafter, die dieses Recht aktiv wahrnehmen, riskieren jedoch ihr Leben: Allein seit Januar 1990 sind ai 27 Fälle von staatlich organisiertem Mord bekanntgeworden (11/91, Nov.).

ai-Info. Jahresabo (12 Ausg. zu je rd. 30 S.) 30 DM. Bezugsadresse: amnesty international, Postf. 170229, 53 Bonn 1

Frieden

Neben den einleitenden Beiträgen "Bilanz und Perspektiven der Friedensentwicklung 1990/91" und "Hundert Jahre Pazifismus in Deutschland" informiert das Jahrbuch Frieden 1992 in siebzehn Aufsätzen u.a. über Aspekte des Golfkriegs, Militär und Gesellschaft in der SU, Reduzierung der Bundeswehr, die Aktion Scheherazade, israelisch-palästinensischen Dialog und die Rolle deutscher Friedensinitiativen. Der Anhang enthält u.a. eine Chronik der Proteste gegen den Golfkrieg.

Jahrbuch Frieden 1992. Konflikte - Abrüstung - Friedensarbeit. München (C.H. Beck = BsR 448) 1991. 259 S., 19.80 DM

Afrika

Die "Demokratisierung in Afrika" thematisieren die blätter des iz3w in ihrer 176. Ausgabe. Al Imfeld umreißt einführend die wichtigsten politischen Veränderungen der letzten Jahre. Walter Michler beschreibt den "Wirtschaftskrieg gegen einen Kontinent", der die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung behindert. In weiteren Beiträgen wird die "Demokratiebewegung in Afrika" dargestellt und diskutiert: Karim Traoré kritisiert die eurozentristische Auffassung afrikanischer Demokratiebewegungen; Gero Erdmann untersucht, ob die liberale Demokratie einen Ausweg aus der ökonomischen Krise biete; Katrin Eickenberg erörtert den "Mythos Tribalismus" und die Bedeutung ethnischer Konflikte in afrikanischen Gesellschaften für die Demokratisierung. Henning Melberg referiert, den Schwerpunktteil beschließend, die auf Grund der allgemeinen Umbrüche entstandenen unterschiedlichen Auffassungen von internationalistischer Arbeit.

blätter des iz3w, H. 176, 60 S., 6 DM. - Jahresabo (8 Ausg.) 48 DM (für Rentner, Arbeitslose etc. 38 DM), Bezugsadresse: Aktion Dritte Welt e.V., iz3w, Postf. 5328, 78 Freiburg i.Br.

Lateinamerika

Glückwunsch von Haus zu Haus: Im November ist die 150. Ausgabe der 1976 erstmals erschienenen Zeitschrift der Informationsstelle ila erschienen. Die "alternativen Medien" in Lateinamerika stehen im Zentrum des vorliegenden Heftes. Neben allgemeineren Überblicken - Gefahren des engagierten Journalismus, Medienkonzepte in Nicaragua - stehen Berichte über die Arbeit einzelner Zeitschriften (darunter eine uruguayische und eine peruanische Frauenzeitschrift), Radio-und Filmschaffen. Weitere Artikel informieren u.a. über die Lage in Haiti, die Landlosenbewegung in Brasilien und den Lebensweg des antifaschistischen Exilanten Pieter Siemsen, der von 1937 bis 1952 in Argentinien gelebt hat.

ila, H. 150, Nov. 91. 68 S., 5 DM. Jahresabo (10 Ausg.) 50 DM (Ermäßigung für Einkommensschwache), Bezugsadresse: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Palästina

Das von den Hamburger "FreundInnen des palästinensischen Volkes" herausgegebene Palästina Info nimmt zunehmend Israel, die "andere Seite des Konflikts", in den Blick. In der Oktoberausgabe werden Beiträge zur israelischen Wirtschaft veröffentlicht, zur Situation der Beduinen in Israel und der "Judaisierungspolitik in Galiläa", jener Region in Nordisrael, in der ein großer Teil der palästinensischen Israelis leben. In weiteren Artikeln werden einzelne Aspekte der Entwicklung im Libanon, in Jordanien, dem Maghreb, in Marokko, Algerien und Jemen behandelt.

Palästina Info, Nr. 18 (Okt. 91). 52 S., 6 DM. Jahresabo (4 Ausg.) 24 DM. Bezugsadresse: Palästina Info, Postf. 304145, 2000 Hamburg 36

Golfkrieg

Der Zerfall der Sowjetunion, der andauernde Bürgerkrieg in Jugoslawien haben allzu schnell die Aufmerksamkeit von Entstehung, Verlauf und Folgen des Zweiten Golfkrieges abgelenkt, obwohl der Riß, der während des Golfkriegs durch die Linke und die Friedensbewegung gegangen ist, fortbesteht. Georg Stein hat nun einen umfangreichen Band mit Nachgedanken zum Golfkrieg vorgelegt, der es, nachdem die Hitze des (ideologischen) Schlachtgetümmels abgeklungen ist, ermöglicht, die Debatten, die während des Golfkriegs geführt worden sind, nachzuvollziehen und und sich mit einigen wesentlichen Aspekten dieses Krieges zu befassen, die in den Kriegsmonaten nur oberflächlich zur Kenntnis genommen worden sind. Der Band enthält achtzehn Beiträge, darunter die erweiterte Fassung der zuvor an anderer Stelle veröffentlichten Darstellung von Mohssen Massarat zu den historischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Hintergründen des Golfkriegs; einen Beitrag von Helga Baumgarten zum Stand des israelisch-palästinensischen Konflikts; Aufsätze von Bassam Tibi "Über die Schwierigkeit der Europäer, arabische Politik zu verstehen", von Reinhard Schulze zum "Bild der arabischen Welt und des Islam im Westen" und von Jörn Böhme vom Verhältnis der deutschen Friedensbewegung zu Israel während des Golfkriegs. Weitere Beiträge informieren über die Lage in der Golfregion nach dem Krieg.

Georg Stein (Hg.): Nachgedanken zum Golfkrieg. Heidelberg (Palmyra) 1991. 300 S., 28 DM

Juden

Eine kritische oder gar hübsch-freche jüdische Presse hat in der BRD bislang keine Zukunft gehabt. Die von Broder und Finkelgruen um 1980 herausgegebene Freie Jüdische Presse hat mangels Publikumsinteresse nach einem Dutzend Ausgaben ihr Erscheinen eingestellt. Die recht ambitiöse Zeitschrift des Bundes Jüdischer Studenten in Deutschland (BSJD), Cheshbon (Rechenschaft), brachte es auf nicht einmal zehn Nummern. Vor drei Jahren ist nun Abie Melzer mit der Zeitschrift SEMIT angetreten, um die erstarrte innerjüdische Diskussion, sowohl was den Zustand der jüdischen Gemeinschaft in der BRD angeht wie das Verhältnis zu Israel, aufzuscheuchen und ein Forum "für einen offenen Dialog zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Welt" (Melzer) zu schaffen. Fällt bei der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung, dem Organ des Zentralrats der Juden in Deutschland, häufig Spießigkeit, Vereinsmeierei und die Abwesenheit tatsächlich kontroverser Debatten ins Auge (wiewohl in den letzten Jahren diese "Linie" schon häufiger mit lesenswerten Artikeln durchbrochen wurde), versucht Melzers SEMIT es mit dem anderen Extrem: Einen wesentlichen Bestandteil der Ausgaben dieser Zeitschrift bildet die Kritik des Zentralrats und insbesondere ihres Vorsitzenden Galinski, die nun ihrerseits vereinsmeierische Züge hat und nicht selten Anklänge an persönliche Abrechnungen. Gleichwohl: Wer sich ernsthaft mit dem jüdischen Leben in der deutschen Diaspora und den Auffassungen oppositioneller Israelis befassen will, wird neben der Allgemeinen (und, wer sich etwas mehr zutraut, Babylon) auf das deutsch-jüdische Meinungs- und Zeitmagazin SEMITTIMES, wie das Blatt sich nun seit seiner Oktober/Novemberausgabe nennt, kaum verzichten können.

SEMITTIMES, Nr. 4/1991 (Okt./Nov.). 104 S., 10 DM. Bezugsadresse für Abo und Einzelhefte: SEMIT-Verlag, Buchschlager Allee 28, 6072 Dreieich 3

Gesundheitswesen

Die Diffamierung der Berliner Charité als "Horror-Klinik" war einer der zahllosen Versuche, auch noch die Leiche des Realsozialismus publizistisch zu fleddern. Die Zeitschrift im Gesundheitswesen - Dr. med. Mabuse befaßt sich mit dem "mühsamen Prozeß der Selbstbefreiung" in der Charité und dokumentiert das Wirken des

Staatssicherheitsdienstes im Gesundheits- und Sozialwesen. Ein weiterer Beitrag stellt die Erfahrungen einer Therapiegruppe in der Situation des Zusammenbruchs der DDR und des Anschlusses an die BRD dar.

Dr. med. Mabuse, Nr. 75, Dez. 1991. 66 S., 7 DM. Jahresabo (6 Ausg.) 42 DM. Bezugsadresse: Mabuse-Aboservice, Postf. 110642, 6000 Frankfurt 1

43. Quelldatei hoy.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/hoy.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:hoy

Flüchtlinge in Deutschland

Nach den Überfällen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Hoyerswerda ist die antirassistische Pra- xis in den Mittelpunkt linker Debatten geraten. In Berlin hat das Antirassistische Zentrum ca. 100 Flüchtlingen, die aus der Ex-DDR geflohen sind, Unterkunft und Infrastruktur in der besetzten Technischen Universität verschafft. In Norderstedt bei Hamburg halten aus Greifswald geflohene Flüchtlinge seit mehr als dreizehn Wochen dem Druck der sozialdemokratischen Landesregierung und der nordelbischen Kirche stand und wehren sich gegen ihre Rückverschiebung in die Ex-DDR. Während an der TU Berlin derzeit eine polizeiliche Räumung nicht zu befürchten ist, wird die Lage der verbliebenen Flüchtlinge in Norderstedt brisant, da die Kirchengemeinde und ihr Pastor Frenz am Ende ihrer christlichen Toleranz angekommen sind und ihnen unmißverständlich zu verstehen gegeben haben, daß man weder bereit ist, unter dem Dach der Kirche ihre Verschiebung in den Osten zu verhindern, noch für ihr Bleiberecht zu kämpfen. Wir berichten in diesem ak über die Begrenztheit kirchlicher Flüchtlingssolidarität und über das Zusammenspiel kirchlicher Gemeindearbeit mit sozialdemokratischer Asylverhinderungspolitik in Schleswig-Holstein. Wir gehen der Frage nach, warum so viele Demokraten abtauchen: "Die Praxis der Bürgerrechts-, der humanistischen und kirchlichen Organisationen setzt in den Fällen von drohenden Abschiebungen dagegen höchstens ein Signal des schlechten Gewissens. Ein Signal, das versucht, die schlimmsten Auswirkungen einer Asylpolitik, die auf Abschiebepraxis ganz normal aufbaut, zu mildern", wertete das Berliner Antirassistische Zentrum seine Erfahrungen aus. Schließlich diskutieren wir die Frage, wieweit die herkömmliche linksradikale Kategorie einer revolutionären Praxis und konkrete Arbeit zum Schutz der Flüchtlinge vereinbar sind. Konkrete Sozialarbeit statt Politik überwiegt die Praxis von Unterstützergruppen, in denen die Angst vor dieser Tendenz diskutiert wird. Möglicherweise ist sie angesichts der Lage der Flüchtlinge und des mehrheitlichen Rassismus dieser Gesellschaft als eines ihrer Fundamente der einzige Ansatzpunkt, konkreten Widerstand zu leisten.

Seite 13 und folgende

44. Quelldatei jugo.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/jugo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:jugo

Jugoslawien Winterpause im Bürgerkrieg?

Am 25. Juni verkündeten Slowenien und Kroatien ihre staatliche Unabhängigkeit. Die letzte Phase der Auflösung der jugoslawischen Föderation hatte begonnen. Das war zugleich der Beginn eines Bürgerkriegs, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Seit Anfang November besteht "im Prinzip" Einigkeit zwischen den Kriegsparteien, UNO-Soldaten als Puffertruppe in Jugoslawien zu stationieren. Voraussetzung dafür wäre aber erstens, daß vorher ein stabiler Waffenstillstand zustande kommt, und zweitens, daß die Gegner sich einigen, wo die "Blauhelme" stationiert werden sollen. Beide Voraussetzungen bestehen bisher noch nicht. Serbien will sie an den aktuellen Fronten sehen, um seine Kriegsgewinne zu konsolidieren. Kroatien möchte sie an seinen bisherigen Grenzen haben, die aber nicht den ethnischen Verhältnissen entsprechen. Da in der Republik 600.000 Serben leben, von denen viele die Verbindung mit Serbien oder mit einem erneuerten Jugoslawien behalten wollen, ist auch die kroatische Variante einer "Pufferzone" nicht durchsetzbar. Ein Kompromiß ist auch nach wochenlangen Verhandlungen des UN-Sonderbotschafters Vance mit beiden Seiten noch nicht in Sicht.

Aber selbst eine Einigung auf die Modalitäten einer UN-"Friedensmission" brächte den serbisch-kroatischen Streit noch kein Stück näher an eine politische Lösung heran. Allzusehr gehen die jeweiligen Vorstellungen über die territoriale und politische Neuordnung, die an die Stelle Jugoslawiens treten soll, auseinander.

Und die nächsten Konfliktherde zeichnen sich schon ab. Bosnien- Hercegowina droht in seine ethnischen Bestandteile zu zerfallen. Neben den kroatischen Kriegsgebieten ist es zum wichtigsten Aufmarschgebiet der Armee geworden. Nur noch ein mittleres "Wunder" könnte die Republik vor einem langwierigen, blutigen Bürgerkrieg bewahren. Makedonien hat nach einer Volksabstimmung seine Unabhängigkeit erklärt und die aus der Republik stammenden Wehrpflichtigen zur Rückkehr von den Fronten aufgerufen. Die zu 80- 90% von Albanern bewohnte serbische Provinz Kosovo hat ein Untergrund-Parlament gebildet, das freie Wahlen und die Bildung einer eigenen Republik vorbereiten soll.

Inzwischen ist die Armeeführung das einzige noch funktionierende zentrale Organ. Im Belgrader Parlament sitzen nur noch Abgeordnete aus Serbien und Montenegro. Ebenso sind die Vertreter dieser beiden Republiken im Staatspräsidium unter sich. Die Regierung Markovic ist teils zurückgetreten, teils hat Serbien ihr "das Vertrauen entzogen". Damit hat Jugoslawien auch formal aufgehört zu bestehen.

Durch den beginnenden Winter bedingt ist auf den kroatischen Schauplätzen ein Nachlassen der Kämpfe eingetreten. Zu befürchten ist aber, daß im kommenden Frühjahr eine neue Phase des Bürgerkriegs beginnt, die dann vielleicht nicht mehr auf Kroatien beschränkt wäre.

Seite 3

45. Quelldatei kasts1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/kasts1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:kasts1

Sambia

Mit dem Wahlsieg des Konservativen Chiluba über den bisherigen sambischen Präsidenten Kaunda ist eine weitere der afrikanischen Persönlichkeiten, die in den sechziger Jahren ihr Land in die Unabhängigkeit geführt hatten, zum Abtreten gezwungen worden. Nach einer Jahre währenden Verelendung und der Alleinherrschaft der Partei Kaundas wollten die Wähler nur noch eines:

Veränderungen - gleich wie. Diese Veränderungen aber stehen unter dem Diktat von Weltbank und IWF.Seite 27

Südafrika

Dreieinhalb Millionen ArbeiterInnen im Streik in Südafrika haben die Regierung De Klerk nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie Wirtschaftsreformen künftig nicht mehr im Alleingang durchführen kann, sondern mit den Werktätigen und ihren Gewerkschaften zu rechnen haben wird. Seite 27

Äthiopien

Ende Mai ist das Mengistu-Regime gestürzt worden. Der Kampf gegen den Hunger, die Bemühung um die Sicherung von Frieden und Demokratie und vor allem die Erfüllung der Forderung der verschiedenen Nationalitäten nach Selbstbestimmung waren das Programm, mit dem die PRDF einen bedeutenden Teil der ÄthiopierInnen gewonnen hatte. Eine Bilanz des ersten halben Jahres der Übergangsregierung auf Seite 23

Israel/BRD

Das "besondere deutsch-jüdische Verhältnis" erweist sich, soweit es die hohe Politik Israels und der BRD angeht, bei genauerer Betrachtung als das höchst gewöhnliche Wechselspiel imperialistischer Allianzen und konkurrierender Interessen. Schließlich unterschieden sich, so Ben Gurion, die Juden Israels von den Juden anderer Völker, und dies "besonders in ihrer Einstellung zur deutschen Frage". Seite 24

Lutz Taufer

Lutz Taufer, Gefangener aus der RAF, berichtet über ein Gespräch mit dem Tupamaro Luis Rosadilla und erörtert in diesem Zusammenhang die Problematik bewaffneter Aktionen in der BRD: "Die Selbstgewißheit, die die Tupamaros aus dem gemeinsamen Prozeß mit dem Volk ziehen, wird hierzulande zur illusionären Spiegelung in staatlichen Reaktionen."

Seite 32

46. Quelldatei para218.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/para218.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:para218

Urteil von Memmingen bestätigt

Anfang Dezember bestätigte der Bundesgerichtshof das Urteil des Memminger Inquisitionsgerichts gegen Dr. Horst Theissen. Ausdrücklich bekräftigten die Karlsruher Richter, es sei Sache der Gerichte, über eine vom Arzt ausgestellte Notlagenindikation zu entscheiden.

Zeitgleich fanden im Bundestag die Expertenanhörungen zur Neuregelung des Abtreibungsrechts statt. Der Name des Sonderausschusses "Schutz des ungeborenen Lebens" nimmt das angestrebte Ergebnis vorweg. Unter dem Vorsitz der CSU-Abgeordneten Ursula Männle kamen vorwiegend männliche "Experten" aus dem liberalen bis konservativ-klerikalen Lager zu Wort. Die Einladung von Sachverständigen aus der ehemaligen DDR war vorsorglich "vergessen" worden. Der ak dokumentiert einen der wenigen kritischen vor dem Sonderausschuß gehaltenen Beiträge. Die Autorin, Conny Hühn vom Feministischen Frauengesundheitszentrum in Frankfurt, spricht sich darin gegen jede Form von Zwangsberatung aus. Auch hilfsbereite Angebote freundlicher BeraterInnen würden nichts an der Tatsache ändern, "daß Gespräche, die nicht freiwillig aufgesucht werden, prin- zipiell einen eindrin- genden und entblö- ßenden Charakter haben". Der entmündigende Charakter von Pflichtberatungen könne zu erheblichen krankmachenden Folgen führen: "Der Zwang zur Beratung verletzt die Frau".

Seite 9

47. Quelldatei sicht.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/sicht.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:sicht

Berlin:

Neudeutscher Haupstadtkult

Metropolis, Mythos, Urbanität, die pulsierende Metropole voller Gegensätzlichkeiten und Brüche. Wer kennt es nicht, das begriffslose Geschwätz von Kulturschaffenden und Feuilletonschreibern wenn es um die alte und neue Hauptstadt geht: Berlin. Hinter den unmittelbaren Interessen dieser postmodernen Lebensgefühl-Vermittler - Zeilengeld bzw. Subventionen aus dem Kulturetat zu kassieren - steckt jedoch mehr. Der neue Hauptstadtkult springt in die Bresche, die Nolte, Hillgruber und andere vor Jahren geschlagen haben, als sie unter dem Markennamen Historikerstreit die Entsorgung deutscher Geschichte einleiteten. Statt sich der Hauptstadtbegeisterung entschieden entgegenzustellen, beschwören ausgerechnet Linksintellektuelle und Alternative den Mythos Berlin in der taz und anderswo wortreich. Versatzstücke aus der eigenen "rebellischen" Vergangenheit werden für die Etablierung eines "modernen" rechtsnationalen Diskurses geschickt genutzt. Es entsteht ein Jargon, der um Expressivität bemüht, Hektik und krasse Gegensätzlichkeiten als Erkennungsmerkmale der Metropole Berlin hervorhebt und so ein Konglomerat von Gebäuden und Leuten als einen Stadtkörper definiert, der nach dem Zusammenwachsen der beiden getrennten Teile endlich zu sich selbst findet. Die blutige Geschichte Berlins als deutsches Machtzentrum wird zum notwendigen Bestandteil im Leben eines Organismus umgedeutet, dessen extreme Widersprüchlichkeiten Nachweis seiner Vitalität sind. Im Hauptstadtkult vollzieht sich der Anschluß von Linksintellektuellen an die großdeutsche Volksgemeinschaft

ab Seite 36

48. Quelldatei su.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak337/su.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:337:su

Jelzin, Naserbajew und Co: Erbstreitigkeiten

"Das Zentrum bin ich", sagte Gorbatschow in einem Interview mit französischen Journalisten. Aber wovon eigentlich, fragt sich nicht nur der schlangestehende Sowjetmensch. Der Kaiser droht zum Hofnarren zu werden. Nach dem Zusammenschluß der politisch bedeu- tendsten und wirtschaftlich stärk- sten Republiken - Rußland, Belorußland und der Ukraine - hat Boris Jelzin die besten Aussichten, Gorbatschows Nachfolger als starker Mann zu werden. Die Übernahme der sowjetischen Schulden durch den neu gegrün- deten Staatenbund macht dessen Regierung zum wichtigsten Ansprechpartner des kapitalistischen Westens. Mit ihrem Erbschaftsanspruch haben Jelzin, Schuschkewitsch und Krawtschuk für mehr als nur ihre drei Republiken die Verantwortung übernommen. Sie werden daran gemessen werden, wie weit es ihnen gelingt, offene Fragen wie die atomare Bewaffnung oder die Beziehungen zu den anderen Republiken zu lösen. Völlig ungesichert ist nach wie vor die Versorgung der Bevölkerung. Hungerrevolten, "Chaos und Anarchie" - vom alten Zentrum gezielt herbeigeredet - sind nicht auszu- schließen. Jelzin und die übrigen Erben Gorbatschows sind wie er selbst Kandi- daten einer Über- gangsperiode. Einer Periode, deren Ende und Ergebnis heute noch nicht abseh- bar sind. Weite Teile der Sowjetunion werden dabei auf Ver- hältnisse zurückgeworfen werden, wie sie vor der Oktoberrevolution bestanden haben. Bündniskonstellationen werden künftig schneller wechseln als die Jahreszeiten. Der Prozeß der Umgestaltung der politischen Landkarte hat mit dem Ausradieren der alten Grenz- und Bündnislinien erst begonnen.

Seite 7